



- 45. Woche der Begegnung 2005
- Benedikt XVI. und der Relativismus
- Kirche und Menschenrechte in Russland



INHALT

editorial 3

KIRCHE UNTER SOLDATEN (I)

45. Woche der Begegnung „Militärseelsorge
zukunfts-fähig gestalten“ 4

SICHERHEIT UND FRIEDENSPOLITIK

- Kirchliche Friedenslehre: Benedikt XVI.: Glaube
und Friede *von Andreas M. Rauch* 8
- Weltfriedenstag 2006: Der Friede liegt in der
Wahrheit (KNA) 11
- Terrorismus: Die Gleichzeitigkeit des Ungleich-
zeitigen *von Philip Plickert* 12
- Rechtsphilosoph Waechter beklagt Verfall der
Rechtskultur (KNA) 13
- Interview zur Entwicklungspolitik: Stärkere Ver-
zahnung von Außen-, Sicherheits- und
Entwicklungspolitik *von Klaus Liebetanz* 14
- Dialog zwischen GKS und pax christi: Zivilmilitä-
rische Zusammenarbeit *von Reinhard Voß* 16
- Abrüstung und Rüstungskontrolle: UN versagen
bei Kleinwaffenkontrolle (KNA) 17
- USA sollen Anti-Landminen-Abkommen beitreten
(KNA) 18
- Stichwort: Anti-Landminen/-Fahrzeugminen 19
- Abrüstung und Rüstungskontrolle 20
- Sicherheitspolitische Spannungen in Osteuropa
von Andres M. Rauch 21

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Benedikt XVI.: Petrusamt als Garantie der
kirchlichen Einheit (KNA) 24
- Erzbischof Cordes über Benedikt XVI., den
Relativismus und die Glaubenserneuerung in
Europa (ZENIT) 24
- Zum Begriff des Relativismus bei Joseph
Ratzinger und Benedikt XVI.
von Andres M. Rauch 26
- Papst veröffentlicht neuen Kurz-Katechismus ... 27
- Kirche sieht Religionsunterricht vor neuen Her-
ausforderungen (KNA) 27
- Vatikan beklagt „Schatten über Eucharistie“ 28
- Meldungen zur Rolle der Religion in Politik und
Gesellschaft (KNA) 28
- Kirche in Deutschland: Bischöfe und Laien:
Bewegung im „Räte“-System (KNA) 30
- Bischof Mixa wechselt von Eichstätt nach
Augsburg und bleibt Militärbischof (KNA) 32
- Stichwort: Bistum Augsburg (KNA) 33
- Vor 450 Jahren: Augsburger Religionsfrieden ... 33

CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Der Heilige Benedikt für Väter und Familien
(ZENIT) 34
- Weil sie Göring nicht grüßten *von Albrecht
Zutter und Richard Elsigk...* 36
- Warum kommt es zu Marienerscheinungen?
(ZENIT) 38
- Warum für Selig- und Heiligsprechungen Wunder
verlangt werden (ZENIT) 39
- Kardinal Clemens August Graf von Galen
(1878-1946): „Löwe von Münster“ wird selig
gesprochen (KNA) 40

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Deutschland – Meinung zur politischen Lage: ... 41
- Sieben magere Jahre. Nicht schlechter: schlichter!
von Helmut P. Jermer 41
- Europäischer Werte-Atlas: 42
- Die Große Staatsreform – einige konkrete
Vorschläge *von Helmut P. Jermer* 43
- Russland: Diskussion über eine Militärseelsorge
in Russlands Streitkräften *von Paul Roth* 47
- Russisch Orthodoxe Kirche: 51
- Menschenrechte auf Russisch? (KNA) 51
- Europäische Gesellschaft: Modernisierung kein
Gegensatz zur Christlichkeit (bt) 52
- UNO, EU und die Kirche (ZENIT) 86

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- Vor 100 Jahren wurde UN-Generalsekretär Dag
Hammarhjöld geboren: Top-Diplomat und christli-
cher Mystiker (KNA) 54
- Vor 90 Jahren: Bundestagserklärung zu Massakern
an Armeniern (KNA) 55
- Vor 50 Jahren: Die Rückkehr der letzten Kriegs-
gefangenen. Eine Sternstunde der Bundesrepublik
(KNA) 55
- Vor 60 Jahren: Als die Rote Armee kam:
Das Märchen von der Rache
von Joachim G. Görlich 56
- Der Traum ist aus Jugend im Zusammenbruch
1944-1945 57
- Kirchen zum Kriegsende (KNA) 57
- 50 Jahre Bundeswehr: Der erste Bundespräsident
und die Bundeswehr. Korrektur eines Vorurteils
von Dieter Kilian 58
- Kirchen würdigen Bundeswehr: Dienst für
Frieden und Freiheit (KNA) 62
- Interview: „Ein friedensstiftender Dienst“
Militärbischof Mixa zur Rolle der Bundeswehr
(KNA) 63

KIRCHE UNTER SOLDATEN (II)

Zentrale Versammlung: www.krisenkompass.de ..	64
Militärbischof Mixa, neuer Bischof von Augsburg, erhält bayerische Auszeichnung (KMBA)	65
Militärseelsorge feiert mit MGv a.D.	
Dr. Ernst Niermann 75. Geburtstag (KMBA)	65
Militärdekan Ursprung feierte Silbernes Priesterjubiläum (KMBA)	66
Der Bundesgeschäftsführer berichtet aus dem Bundesvorstand der GKS von Klaus Achmann ...	68
GKS-Kreis Standort Veitshöchheim:	69
GKS-Kreis Ingolstadt/Pleystein:	69
Standort Feldkirchen:	70
Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V.:	71
Polnischer Erzbischof mit Bundesverdienstkreuz geehrt (KNA)	71

GKS-Akademie Oberst Helmut Korn	72
Seminar für Funktionsträger der GKS	74
Weltjugendtag in Köln: 400 Soldaten aus aller Welt kommen zum Tag der Militärseelsorge	76
Wallfahrt 2005 auf dem Camino in Spanien	77
GKS München	78
Apostolat Militaire International – AMI	
Generalversammlung 2005 in Litauen	79

KURZ BERICHTET: 46

PERSONALIA 67

TERMINE 75

BUCHBESPRECHUNGEN 57, 84

AUTOREN UND FOTONACHWEIS 87

editorial

Einzelgewissen contra Gehorsampflicht

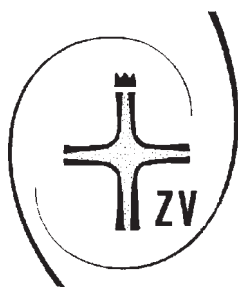
„Gewissensfreiheit auch in der Bundeswehr“ und „Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen Rechens“ lauteten die Überschriften mit denen am 23. Juni 2005 z.B. „Die Tagespost“ und die „F.A.Z.“ über das letztinstanzliche Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) in Leipzig berichteten. Zur Erinnerung: Ein Major, der unter Berufung auf sein Gewissen sich geweigert hatte, an einem Computerprogramm weiterzuarbeiten, das nach seiner Vermutung auch von den US-Streitkräften im Irak-Krieg genutzt werden könnte, war vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung freigesprochen worden.

Während sich die Bundeswehr mit einer Bewertung zurückhält und das BMVg erst den Eingang des Urteils abwarten will, äußerte sich die Präsidentin der Kriegsdienstverweigerungs-Zentralstelle, Landesbischöfin Margot Käßmann, dankbar und erleichtert über das Urteil. Und sie folgerte, es „... hätte manches anders ausgesehen, hätte es ein Bewusstsein dafür gegeben, dass auch in einer Armee das Einzelgewissen zählt und nicht nur Befehl und Gehorsam“. Welche archaische Auffassung vom Dienst des Soldaten in der Bundeswehr kommt hier zum Ausdruck. Ein wenig Kenntnis der Wehrgesetze, der inneren Strukturen der Bundeswehr und vor allem die Beschäftigung mit ihrer Führungskultur „Innere Führung“ wären da von Nutzen. Immer schon gilt in der Bundeswehr letztlich der Vorrang des Gewissens auch, weil nicht auszuschließen ist, dass im Rahmen

des positiven Rechts Handlungen erlaubt sein können, die unter Anwendung strenger ethischer Kriterien verwerflich wären.

Nicht nur für katholische Soldaten gilt, dass es sowohl den erteilten Befehl wie dessen Ausführung ethisch zu verantworten gilt (vgl. Aussage des II. Vatikanischen Konzils in „Gaudium et spes“, Nr. 79). Das Gewicht dieser Verantwortung entspricht dabei dem Grad, in welchem für den Einzelnen die Folgen der Erteilung seines Befehls wie seiner Befolgung vorhersehbar sind.

Eine ethische Entscheidung kann nur nach bestem Wissen und Gewissen erfolgen. Bei der zz. in der deutschen Gesellschaft inflationären Berufung auf das Gewissen scheint es häufig nicht nur am erforderlichen Wissen, sondern auch an einer einhergehenden Bildung des Gewissens zu fehlen. Wer als Soldat den Gehorsam auf einen rechtmäßig erteilten Befehl nach bestem Wissen und Gewissen verweigert, mag subjektiv gerechtfertigt handeln. Er oder sie muss aber bereit sein, die Folgen dieses Handelns zu tragen, wenn die Rechtfertigungsgründe von den zuständigen Stellen nicht anerkannt werden. Hier scheint aber die Crux zu liegen: Gewissenentscheidung ja, auch wenn es (nur) ums individuelle Wohlfühlen geht, Folgen tragen nein! Welche Nachteile hätte der Major befürchten müssen, wenn er aus Gründen einer anderen Sach- und Gewissensüberzeugung die Versetzung auf einen anderen Dienstposten oder die Entlassung aus dem Dienstverhältnis beantragt hätte? (PS)



Einladung zur 45. Woche der Begegnung vom 12. bis 17. September 2005



Akademie Klausenhof in Hamminkeln-Dingden

Leitthema: Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten

10. - 12. September Vorkonferenz für Vorstände ZV und GKS

12. - 14. September Zentrale Versammlung (ZV)

14. - 17. September Bundeskonferenz der GKS

45. Woche der Begegnung

Katholische Militärseelsorge



Kirche unter Soldaten

**Militärseelsorge
zukunftsfähig gestalten**

vom 12. bis 17. 09. 2005
in Hamminkeln - Dingden

Programm der ZV in Auszügen

Montag, 12. September 2005 – ZV

- bis
16.00 Uhr Anreise und Empfang der Teilnehmer
17.00 Uhr Eröffnungsgottesdienst
Zeilebration: Militärgeneralvikar
Prälat Walter Wakenhut
Ort: Bruder-Klaus-Kapelle
19.30 Uhr Eröffnung der Zentralen Versammlung
Begrüßung Vorsitzender ZV
Oberstleutnant R. Schmitt
Eröffnung der Beratungen
Militärgeneralvikar W. Wakenhut
Bildung eines Wahlausschusses
anschl. Treffen der Delegierten aus den Dienst-
aufsichtsbezirken der Kath. Leitenden
Militärdekanen (KLMD)

Dienstag, 13. September 2005 – ZV

- 07.15 Uhr Heilige Messe
Zeilebration: MD Rainer Schnettker
Ort: Bruder-Klaus-Kapelle
09.00 Uhr Vortrag
„Das organisierte Laienapostolat zwischen
Anspruch und Wirklichkeit – 40 Jahre nach
Abschluss des 2. Vatikanischen Konzils u.
30 Jahre nach Abschluss der Würzburger
Synode“; Referent:
Prof. Dr. Bernhard Sutor, Eichstätt
10.20 Uhr Aussprache zum Thema; Moderation:
Generalleutnant Karl-Heinz Lather
11.20 Uhr „Militärseelsorge zukunfts-fähig gestalten“
Erklärung der Zentralen Versammlung aus
Anlass des 50-jährigen Bestehens der
Bundeswehr und der Katholischen Militär-
seelsorge
12.00 Uhr Bericht über die Arbeit im ZdK
Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt
12.15 Uhr Vorbereitung der Wahl
– der Mitglieder des Vorstandes ZV
– des Vertreters der ZV im ZdK
15.00 Uhr Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit
im Vorstand ZV
15.30 Uhr Bericht über die Nachbarschaftshilfe
2004/2005 Hauptfeldwebel Peter Weber
15.45 Uhr Aus der Arbeit von Sachausschüssen
16.45 Uhr „Die mittlere Ebene der Laienmitverant-
wortung – Überarbeitung der Ordnung für
die Arbeitskonferenz beim KLMD“
Aussprache und Beschlussfassung
Vorsitzender ZV /
Hauptmann Hermann Webels
18.00 Uhr Einbringen weiterer Beschlussvorlagen
abends: Treffen der Delegierten

Mittwoch, 14. September 2005 – ZV

- 07.30 Uhr Morgenlob in der Bruder-Klaus-Kapelle
09.00 Uhr Wort des Vertreters des Priesterrates
Militärpfarrer Thomas Stolz, Ulm
09.20 Uhr Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken
der KLMD: Moderatoren / Vertreter
11.15 Uhr Zusammenfassung durch Vorsitzenden ZV
und Aussprache
11.30 Uhr Verabschiedung von Beschlussvorlagen
12.00 Uhr Vorstellung der Kandidaten
– der Mitglieder des Vorstandes ZV
– eines Vertreters der ZV im ZdK
15.00 Uhr Wahlen
15.15 Uhr Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS
Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein
15.35 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
15.45 Uhr Wort des Militärgeneralvikars zum
Abschluss der ZV
16.00 Uhr Schlusswort des Vorsitzenden der ZV
bis 16.00 Anreise weiterer Teilnehmer und Gäste
zur Bundeskonferenz der GKS
17.30 Uhr Pontificalgottesdienst
Zeilebration: Weihbischof Prof. Dr.
Franz-Peter Tebartz-van Elst
Ort: Pfarrkirche St. Pankratius, Dingden
19.00 Uhr Empfang und Gästeabend
Ort: Akademie Klausenhof

Programm der BuKonf GKS in Auszügen

Donnerstag, 15. September 2005 – BuKonf

- 07.00 Uhr Heilige Messe mit Weihe der GKS - Fahnen
Zeilebration: Militärgeneralvikar
Prälat Walter Wakenhut
Ort: Bruder-Klaus-Kapelle
09.00 Uhr Eröffnung der Bundeskonferenz GKS durch
den Bundesvorsitzenden, Begrüßung
– Wort des Militärgeneralvikars
– Bericht des Vorsitzenden ZV
– Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS
– Wort des Geistlichen Beirates
– Grußworte
10.30 Uhr Berichte und Aussprache zu den Berichten
– Bundesgeschäftsführer
– Haushaltsbeauftragter
– Chefredakteur AUFTRAG
– Berichte der Sachausschüsse
– aus der Arbeit FGKS
15.00 Uhr Vortrag mit Aussprache: „Kirche unter
Soldaten – Militärseelsorge zukunfts-fähig
gestalten: Die Sicht katholischer Verbände“
Referent: Prof. Dr. Hans Maier, München

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

19.15 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes, Neuwahlen und Konstituierende Sitzung des neuen Bundesvorstandes

Freitag, 16. September 2005 – BuKonf

07.15 Uhr Heilige Messe
Zelebration: Militärpfarrer Thomas Stolz
Ort: Bruder-Klaus-Kapelle

09.00 Uhr Plenum:
Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlen zum BV

09.15 Uhr Arbeitsgruppen zum Thema des Vortrages: „Kirche unter Soldaten...“

anschl.: Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum

13.30 Uhr Mitgliederversammlung FGKS
(Neuwahlen; Einladung siehe Seite 7)

15.00 Uhr Kulturprogramm, geselliger Abend

Samstag, 17. September 2005 – BuKonf

07.30 Uhr Morgenlob
Militärdekan Msgr. Georg Kestel
Ort: Bruder-Klaus-Kapelle

08.45 Uhr Plenum:
- Beschlüsse
- Verabschiedungen von Erklärungen
- Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr
• Unser Jahresthema
• Aktivitäten

- Ansprache des alten Bundesvorsitzenden
- Fahnenübergabe
- Ansprache des neuen Bundesvorsitzenden
- Schlusswort des Bundesvorsitzenden
- Ende der Bundeskonferenz, Abreise

Hinweis: Die Teilnahme an der 45. Woche der Begegnung (ZV und/oder BuKonf GKS) setzt eine Delegation durch die Arbeitskonferenzen bei den Leitenden Katholischen Militärdekanen (KLMD) und/oder durch die Bereichskonferenzen der GKS voraus. Die Mitglieder der (Bundes-)Vorstände der ZV und der GKS nehmen bereits an der Vorkonferenz (10./11.09.2005) teil. Die Einladungen und Anmeldungen erfolgen über das Katholische Militärbischofsamt. An der Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS können alle Mitglieder nach eigenem Ermessen teilnehmen; Einladung siehe folgende Seite.

Das Bistum Münster: www.bistummuenster.de



Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) – Vorstand –



**Einladung zur Mitgliederversammlung des FGKS
am 16. September 2005
in der Akademie Klausenhof , 46499 Hamminkeln**

Drensteinfurt, im Juli 2005

Sehr geehrte Mitglieder,

der Vorstand des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) lädt zur jährlichen Mitgliederversammlung ein.

Termin: Freitag, 16. September 2005

Zeit: Beginn 13:30 Uhr , Ende ca. 14:30 Uhr

Ort: Akademie Klausenhof , 46499 Hamminkeln

Kosten: sind gem. Satzung einschließlich der Fahrtkosten selbst zu tragen.

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Übergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Vorsitzenden
5. Wahlen:
 - a) Stellv. Vorsitzender
 - b) Schatzmeister
6. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen wollen, melden sich bitte
bis Montag, 29. August 2005

schriftlich an – per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@t-online.de) –
bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann,
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

gez. der Vorstand des FGKS



KIRCHLICHE FRIEDENSLEHRE:

Benedikt XVI.: Glaube und Friede

Zu einzelnen theologischen Facetten im Denken des neuen Papstes

VON ANDREAS M. RAUCH

Das Thema Frieden ist für katholische Soldaten der Bundeswehr berufsbedingt von besonderem Interesse. Hierzu nimmt Benedikt XVI. gleich im ersten Satz seiner Predigt beim ersten Gottesdienst als Papst Bezug, indem er aus dem ersten Brief des Petrus zitiert: „Gnade und Friede in Fülle euch allen.“¹ Und etwas später äußert der neue Papst: „Ich erbitte von Gott Einheit und Frieden für die menschliche Familie und erkläre die Bereitschaft aller Katholiken, mitzuarbeiten an einer echten sozialen Entwicklung, die die Würde jedes Menschen respektiert. Ich werde weder Anstrengung noch Hingabe scheuen, um den von meinen ehrwürdigen Vorgängern eingeleiteten viel versprechenden Dialog mit den verschiedenen Kulturen fortzusetzen, damit aus dem gegenseitigen Verständnis die Voraussetzung für eine bessere Zukunft für alle entstehen.“² Der Papst verwendet das Wort Frieden³ im Sinne der christlichen Gesellschaftslehre so, dass hiermit der so genannte erweiterte Sicherheitsbegriff angesprochen ist, der Sicherheits-, Entwicklungs- und Sozialpolitik in einem Zusammenklang sieht und insgesamt einen „gerechten Frieden“⁴ intendiert.

Gerechter Frieden

Diese Wahrnehmung von Frieden im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs wird bei einer Ansprache von Papst Benedikt XVI. für sieben neue Botschafter beim Heiligen Stuhl deutlich: „Unser Herz kann keinen Frieden finden, solange wir unsere Brüder leiden sehen, unter dem Mangel an Nahrung, Arbeit, Unterkunft oder anderen grundlegenden Gütern.“⁵ Der Papst mahnt in dieser Ansprache – ganz im Verständnis eines „gerechten Friedens“ – eine gerechtere Aufteilung der Ressourcen unseres Planeten unter allen Menschen an. Ähnlich äußert

sicher der Papst bei einer Audienz für den neuen Botschafter der Republik Ruanda beim Heiligen Stuhl: „Wie könnte man sich heute nicht dazu aufgerufen fühlen, unermüdlich für den Frieden und die Versöhnung zu arbeiten, um für die heutigen und künftigen Generationen eine sorglose Zukunft zu bereiten!“⁶ Mit diesen Äußerungen steht Benedikt XVI. in Tradition mit einem seiner Amtsvorgänger, Johannes XXIII., der in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ verkündete: „Entwicklung ist ein neuer Name für Frieden“.

Zum Begriff des Friedens gehört es, auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den weltweiten Terrorismus einzugehen, der durch islamische Extremisten hervorgerufen wird. Angesichts der schrecklichen Terroranschläge von London mit seinen über fünfzig Toten vom 7. Juli 2005 rief Papst Benedikt XVI. in seiner Ansprache vom 10. Juli dazu auf, für diese Terroristen zu beten: „Lasst uns für die Menschen, die getötet wurden, für diejenigen, die verletzt wurden, und für ihre Angehörigen beten. Aber lasst uns auch für die Attentäter beten: Möge der Herr ihr Herz berühren.“⁷ Und an die Terroristen gewandt sagte Papst Benedikt XVI. weiter: „Gott liebt das Leben, das er erschaffen hat, nicht den Tod. Im Namen Gottes hört damit auf.“⁸

Papst Benedikt XVI. zeigt noch eine weitere Dimension des Friedensbegriffs auf, die sich auf den Frieden zwischen den Religionen und Kulturen bezieht. So äußerte Benedikt XVI. in den ersten Wochen seines Pontifikats, sich um einen Dialog des Friedens und der Versöhnung mit dem Judentum zu bemühen. Zum christlichen Engagement um Frieden gehört auch das Eintreten für eine Einheit der Christen.⁹ Der Heilige Vater erklärte Ende April 2005, dass meine „vorrangige Verpflichtung die Aufgabe (ist), mit allen

Kräften an der Wiederherstellung der vollen und sichtbaren Einheit aller Jünger Christi zu arbeiten.“¹⁰ So äußerte Benedikt XVI. in einer Ansprache für den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen: „Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserem Vater, und dem Herrn Jesus Christus“ (Phil 1,2). Mit diesen Worten des hl. Paulus heiße ich Sie und die Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen gern willkommen.“¹¹

Die Bildworte vom „guten Hirten“

Der Begriff des Friedens umfasst alle Bereiche öffentlichen Lebens. Für die Gestaltung des Friedens gibt Benedikt XVI. die Bildworte vom „guten Hirten“ vor. Bei der Durchsicht seiner ersten Äußerungen und Predigten als Papst scheinen für Benedikt XVI. die Bildworte vom guten Hirten und von den Schafen im Sinne des Evangelisten Johannes¹² von großer Wichtigkeit zu sein. So spricht Benedikt XVI. gleich zu Beginn seiner ersten Predigt vom 20. April vom „Hirten“ und von der „Herde“. In seiner Predigt bei der Messe zu seiner feierlichen Amtseinführung auf dem Petersplatz am 25. April 2005 bezeichnet er Johannes Paul II. als guten Hirten. Dann äußert er: „das Gleichnis vom verlorenen Schaf, dem der Hirte in die Wüste nachgeht, war für die Kirchenväter ein Bild für das Geheimnis Christi und der Kirche. Die Menschheit, wir alle, sind das verlorene Schaf, das in der Wüste keinen Weg mehr findet.“¹³ Und etwas später führt der Papst aus: „So muss es eine Haupteigenschaft des Hirten sein, dass er die Menschen liebt, die ihm anvertraut sind, weil und wie er Christus liebt, in dessen Diensten er steht.“¹⁴ Damit sind Prinzipien der katholischen Soziallehre wie Gemeinwohl und Solidarität indirekt angesprochen. Die Schlüsselbegriffe „Hirte“,

„Herde“ und „Lamm“ durchziehen seinen gesamten Predigttext, was die Wichtigkeit des Hirtenbildes für Benedikt XVI. unterstreicht. Auch in den Ansprachen und Predigten der ersten Monate taucht das Bild vom „guten Hirten“ wiederholt auf. So sagt Papst Benedikt XVI. etwa beim Besuch von Bischöfen aus dem südlichen Afrika: „Euer Zeugnis als von eucharistischer Hoffnung erfüllte Hirten soll euren Herden helfen, dieses Geheimnis tiefer zu ergründen.“¹⁵ Auch in anderen Ansprachen wird das Hirtenbild von ihm verwendet.¹⁶

Aus Sicht der christlichen Gesellschaftslehre lässt sich anmerken, dass die Bildworte vom „guten Hirten“ altbekannt sind und ihre Ursprünge in jüdisch-christlicher Tradition suchen. So führt der alttestamentarische Psalmist aus: „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln. Er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich zum frischen Wasser. Er erquicket meine Seele. Er führte mich auf rechten Straßen um seines Namens willen.“¹⁷ Es handelt sich zugleich um eine Textstelle, die Bundesverteidigungsminister Peter Struck sich in der Publikation „’Suchet der Stadt Bestes’. Politiker Bibel“ aussuchte.¹⁸

Es gehört zu jenem Phänomen des modernen politischen Lebens in einer säkularisierten Gesellschaft, dass Bürger im Kern Politiker mit den Wertegrundsätzen des „guten Hirten“ messen, jedoch meist nicht mehr um seine christliche Wurzeln wissen. Ähnliches lässt sich von den drei Prinzipien der katholischen Soziallehre, also Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität, sagen, die irgendwo latent im Gedächtnis der Bürger vorhanden sind, ohne sie jedoch meist mit christlichen Wurzeln in Verbindung bringen zu können.

Friedensauftrag an alle Menschen guten Willens

Katholische Soldaten der Bundeswehr mögen sich fragen, wie der neue Papst über die gegebene Skizzierung des Friedensbegriffs hinaus mit politischen Themen wie „Friede“, „Krieg“ und „Militär“ umgehen mag. Hierzu lassen sich zwei Punkte anbringen. Als enger Mitarbeiter von Papst Johannes Paul II., dessen Pon-

tifikat der neue Papst mitgeprägt hat, ist zu erwarten, dass er sich in Fragen der Friedensethik ähnlich äußern und verhalten wird wie sein Vorgänger. Dies gilt bei der moralischen Beurteilung von Präventivkriegen wie dem Irak-Krieg eben so wie bei Kriegshandlungen, die durch den UN-Sicherheitsrat nicht durch ein multilaterales Mandat abgesichert sind. Im Prinzip hat der jetzige Papst mit seinem Vorwort zur Veröffentlichung des katholischen Militärbischofs, Walter Mixa, mit dem Titel „Friede und Versöhnung im Zeichen des Kreuzes“ bereits eine Richtung vorgegeben, indem er schreibt: „Bei der Geburt Jesu durften die Hirten der Botschaft der Engel lauschen, die sozusagen in diesem Augenblick das ‚neue Lied‘ anstimmten, das den mit der Geburt des Erlösers beginnenden neuen Äon ankündigt: ‚Verherrlicht ist Gott in der Höhe und auf Erden der Friede bei den Menschen seiner Gnade‘. (Lk, 2,14). Der neugeborene ‚König der Juden‘ ist vor allem ein Friedenskönig.“¹⁹

Eine weitere Facette stellt die Wahl seines Papstnamens dar, der an Benedikt XVI. (1914-1922) erinnert. Der Italiener Giacomo della Chiesa war ähnlich wie US-Präsident Woodrow Wilson mit seiner Vierzehn-Punkte-Erklärung vom 8. Januar 1918 ein glühender und entschiedener Kämpfer für den Frieden in Europa. Zugleich nimmt der Name Benedikt Bezug auf den Heiligen Benedikt von Nursia, der als Spross einer reichen römischen Familie um 480 n.Chr. geboren als Eremit lebte und den Benediktinerorden gründete, dessen Motto „ora et labora“ lautet. Zudem ist der Heilige Benedikt seit 1964 Schutzpatron Europas, womit er gleichsam für eine christliche Identität Europas steht, die in einem griechischen und römischen Erbe wurzelt. Diese Namensgebung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass auch noch in Veröffentlichungen des Jahres 2004 sich Ratzinger mit dem Thema Frieden intensiv auseinandersetzt.²⁰

Biographisches

Joseph Ratzinger wurde am 16. April 1927 in Markl am Inn in der Diözese Passau geboren, die auch noch heute einen Katholikenanteil

von weit über neunzig Prozent ausweist. Es sind vor allem die dörflichen und kleinstädtischen Strukturen, die hier den katholischen Glauben bewahrt haben. Sein Vater war Gendamerie-Kommissar und entstammte einer niederbayerischen Familie von Landwirten, deren finanzielle Situation sich eher bescheiden ausnahm. Seine Mutter war Handwerkstochter aus Rimsting am Chiemsee; vor ihrer Heirat arbeitete sie als Köchin in verschiedenen Hotels. Seine Eltern waren einfache, ehrliche und fromme Leute gewesen, die in schlichten Verhältnissen lebten.

Seine Kindheit und Jugend erlebte Ratzinger in der kleinen Stadt Traunstein nahe der österreichischen Grenze und rund 30 km von Salzburg entfernt. In dieser Zeit des Heranreifens wurde er durch diese Region mit dem dort vorherrschenden katholischen Glauben und seiner Kulturvielfalt geprägt. Seine Jugendzeit gestaltete sich in jeder Hinsicht einfach. Sein christlicher Glaube und seine christliche Erziehung im Elternhaus haben ihn auf die harten Erfahrungen der mit dem nationalsozialistischen Regime verbundenen Probleme vorbereitet: einmal muss er mit eigenen Augen mit ansehen, wie sein Pfarrer vor der Feier der Heiligen Messe von militanten Nationalsozialisten zusammengeschlagen wurde. Ratzinger erfuhr in der nationalsozialistischen Ära eine tiefe Feindseligkeit gegenüber der römisch-katholischen Kirche in Deutschland. Zugleich entdeckte er in ersten Diensten in der Kirche als Messdiener und Lektor Facetten von Schönheit und Wahrheit im christlichen Glauben. Seine Familie bildete für ihn einen wichtigen emotionalen und sozialen Bezugspunkt.

Nach Hilfsdiensten in der Flugabwehr und dem Ende des II. Weltkrieges studierte Ratzinger von 1946-1951 Philosophie und Theologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Freising und an der Maximilians-Universität München. Am 29. Juni 1951 wurde er zum Priester zusammen mit seinem zwei Jahre älteren Bruder geweiht. 1952 begann seine Lehrtätigkeit an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Freising in den bei-

den Teildisziplinen der Katholischen Systematischen Theologie, und zwar in der Fundamentaltheologie und in der Dogmatik. 1953 schloss er sein Doktorat zum Thema „Volk und Haus Gottes in Augustinus Lehre von der Kirche“ ab. 1957 folgte seine Habilitation beim Münchener Fundamentaltheologen Gottlieb Söhngen zum Thema „Die Geschichte der Theologie des Heiligen Bonaventura“.

„Ein Fest des Glaubens“

Im Jahr 1959 folgte ein erster Ruf an die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, an der er bis 1963 als Fundamentaltheologe lehrte. Seine Antrittsvorlesung „Der Gott des Glaubens und der Gott der Philosophen“ hat an Aktualität nichts eingebüßt, weshalb sie 2004 mit einem Nachwort seines dritten Nachfolgers Heino M. Sonnemanns erneut publiziert wurde. Dann nahm er einen Ruf nach Münster an, wo er bis 1966 blieb. In den Jahren 1966-1969 folgte Ratzinger einem Ruf nach Tübingen. Schon in frühen Jahren genoss Ratzinger einen herausragenden Ruf in der deutschen, katholischen Theologie, was ihm durch den Umstand erleichtert wurde, dass in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wissenschaftlicher Nachwuchs in katholischer Theologie nur wenig ausgebildet werden konnte.

Die Kritik der Studentenbewegung an allen gesellschaftlichen Institutionen („Marsch durch die Institutionen“), so auch an der Kirche, berührten Ratzinger im stark protestantisch geprägten Tübingen unangenehm. Umso lieber nahm er einen Ruf nach Regensburg als Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte von 1969-1977 an, der ihn in seine bayerische Heimat und in ein religiöses Umfeld zurückführte, welches immer noch maßgeblich durch den katholischen Glauben bestimmt ist. 1977 wurde Ratzinger Erzbischof von München-Freising, 1981 Präfekt der Glaubenskongregation in Rom. Eben im Jahr 1981 veröffentlicht Ratzinger auch sein Buch „Das Fest des Glaubens“, welches eine Theologie des Gottesdienstes behandelt und zugleich die Feier der Heiligen Eu-

charistie in das Zentrum katholischen Lebens stellt.²¹ Die eucharistische Liturgie bildet den eigentlichen Quellpunkt in Ratzingers theologischem Denken. Helmut Hoping und Jan-Heiner Tück stellen zu Recht fest, dass wer diese eucharistische Tiefendimension übersieht, nach Ratzinger die Pointe dessen verfehlt, was Kirche ist: „Nicht zufällig sind ‚Communio‘ und ‚Leib Christi‘ Leitbegriffe, die er in die nachkonziliare Debatte eingebracht hat – auch um einer einseitigen Sicht der Kirche als ‚Volk Gottes‘ und damit verbundenen Demokratisierungsforderungen gegenzusteuern.“²²

Grundsätzlich lässt sich die Aussage von Arthur F. Utz bekräftigen, der anlässlich der Verleihung des Augustin-Bea-Preises 1989 an Joseph Kardinal Ratzinger ausführte: „Das Schrifttum von Kardinal Ratzinger ist so reichhaltig und vielschichtig, dass es schwer wird, auch nur einen Themenausschnitt in entsprechender Weise zu würdigen.“²³ Der Zugang zur pastoralen und theologischen Persönlichkeit von Joseph Ratzinger erschließt sich über seinen christlichen Glauben, so wie er ihn auch in seiner Familie erlebte und vermittelt bekam. Das Denken und Handeln Ratzingers sind maßgeblich von den theologischen Teildisziplinen der Fundamentaltheologie und Dogmatik geprägt.

„Ein einfacher Arbeiter im Weinberg des Herrn“

Benedikt XVI. versteht sich ganz in der Tradition seiner Vorgänger als „servi servorum dei“, als Diener der Diener Gottes. Dies drückt sich auch in seiner ersten Botschaft nach seiner Wahl aus, indem er sagt: „Nach dem großen Papst Johannes Paul II. haben die Kardinäle mich gewählt, einen einfachen und bescheidenen Arbeiter im Weinberg des Herrn. Mich tröstet die Tatsache, dass der Herr auch mit ungenügenden Werkzeugen zu arbeiten und zu wirken weiß.“²⁴ Die Predigten und Reden zum Beginn des Pontifikats finden sich gesammelt in einem Buch „Benedikt XVI. ‚Ich vertraue auf euch‘“, welches von Martin Posselt herausgegeben und eingeleitet wird.²⁵

Mit der Ernennung eines Deutschen zum Papst ging auch eine Belebung des deutschen Buchmarktes in Frage von Papst-Publikationen einher. Da ist zunächst der von Peter Seewald herausgegebene Bildband „Der deutsche Papst. Von Joseph Ratzinger zu Benedikt XVI.“ zu nennen²⁶. Der Journalist Peter Seewald steht zu Joseph Ratzinger in einer besonderen Beziehung, da er ihn seit vielen Jahren begleitet. So veröffentlichte Seewald Gespräche mit Ratzinger 1996 unter dem Titel „Salz der Erde“²⁷ und im Jahr 2000 ein weiteres Buch mit dem Titel „Gott und die Welt“²⁸. Der vorliegende Bildband mit seinen über einhundert Fotos richtet sich an alle, die sich von ausdrucksstarken Bildern und kurzen Begleittexten ansprechen lassen.

Thomas Schweer und Steffen Rink geben in ihrem Taschenbuch „Benedikt XVI. Der deutsche Papst“²⁹ eine eher politische Betrachtung ab, die kurz das weltpolitische Wirken Papst Johannes Paul II. referiert und die aktuelle Situation der katholischen Kirche skizziert. Die Autoren vertreten die fragliche These, dass sich der Vatikan und mit ihr die Kirche „im Stillstand“ befänden. Zudem gehen sie alten Kritiken am Papsttum nach, die sich in ihrer Substanz längst überholt haben. Im Eingang wird der Einfluss von Papst und Heiligem Stuhl analysiert, ohne auf die Botschaft des christlichen Glaubens und den Sendungsauftrag der katholischen Kirche einzugehen. Vier Kapitel zur Person von Joseph Ratzinger bleiben theologisch substanzlos. Im Ergebnis liegt hier ein reißerisch geschriebenes Taschenbuch vor, welches in vielen Fragen einseitige Beurteilungen vornimmt, insgesamt aber informationsreich sein mag.

In einem positiven Kontrast hierzu steht das Buch des langjährigen Rom-Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Heinz-Joachim Fischer, mit dem Titel „Benedikt XVI. Ein Porträt“³⁰. Formal zeichnet sich die Publikation durch einen tabellarischen Lebenslauf, eine Auswahl von Ratzingers Buchveröffentlichungen in deutscher Sprache und eine gut strukturierten

Inhalt aus. Skizziert wird Ratzingers Weg nach Rom, seine Tätigkeit als Präfekt, die Zeit des Überganges und schließlich das Wirken des deutschen Papstes. Der Leser erfährt zahlreiche Detailinformationen über das Engagement Ratzingers im Vatikan, seine Beziehung zu Papst Johannes Paul II. und Ratzingers große Anerkennung in der theologischen und kirchlichen Welt. Sodann werden die kleinen Schritte nachgezeichnet, die Ratzinger immer näher an den Stuhl Petri brachten. In vielen Fragen steht Benedikt XVI. in Kontinuität zu Johannes Paul II., doch eigene Akzentsetzungen als „ein einfacher Arbeiter im Weinberg des Herrn“ werden deutlich.

Anmerkungen

- 1 Petrus 1,2 ; Martin Posselt (Hg): Benedikt XVI. „Ich vertraue auf euch.“ Die Predigten und Reden zum Beginn des Pontifikats. München, 2005, S. 63 (Rede am 20. April 2005 beim ersten Gottesdienst als Papst mit dem Kardinalskollegium in der Sixtinischen Kapelle).
- 2 vgl. Posselt, ebd., S. 78.
- 3 vgl. „Benedikt XVI. für Dialog und Frieden. Programmatische Aussagen in der Sixtinischen Kapelle, in: Neue Zürcher Zeitung, 21. April 2005, Nr. 92, S. 1-2.
- 4 vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg): Der gerechte Friede. Bonn 2000.
- 5 Benedikt XVI.: Solidarität zwischen den Ländern und Kontinenten schaffen (Ansprache am 16. Juni 2005), in: L'Osservatore Romano, 24. Juni 2005, Nr. 25, S. 9.
- 6 Papst Benedikt XVI.: Unermüdlich für Frieden und Versöhnung arbeiten (Ansprache am 16. Juni 2005), in: L'Osservatore Romano, 24. Juni 2005, Nr. 25, S. 11.
- 7 „Papst appelliert an Terroristen: 'Im Namen Gottes hört damit auf'“, in: www.kath.net vom 10. Juli 2005, 12.59 Uhr).
- 8 ebd.
- 9 Vielfach ist unbekannt, das es gerade Ratzinger war, der sich mit den Grundlagen und den Weg der biblischen Exegese auseinandersetzte und damit auch evangelisches und ökumenisches Terrain betrat, vor allem in der Auseinandersetzung mit den evangelischen Theologen Dibelius und Bultmann – und dies, als er bereits Präfekt der römischen Glaubenskongregation war; vgl. Joseph Ratzinger (Hg): Schriftauslegung im Widerstreit. Freiburg, Basel, Wien 1989.
- 10 L'Osservatore Romano, dt., Nr. 17, 29. April 2005, S. 9.
- 11 Benedikt XVI.: Zu einem tieferen ökumenischen Verständnis gelangen, in: L'Osservatore Romano, dt., Nr. 25, 24. Juni 2005, S. 9; seine Ansprache beendet er bezeichnenderweise mit 2 Petr 1,2, den er bereits in seiner ersten Predigt als Papst zitiert.
- 12 Joh 10, 1-39.
- 13 Benedikt XVI.: „Wer glaubt, ist nie allein“. Predigt bei der Messe zur feierlichen Amtseinführung auf dem Petersplatz am 24. April 2005, in: Posselt, a.a.O., S. 90-91.
- 14 Posselt, a.a.O., S.93-94
- 15 Benedikt XVI.: „Durch Wort und Tat die authentische Lehre des Evangeliums bezeugen“ (Ansprache vom 10. Juni), in: L'Osservatore Romano, dt., Nr. 25, 24. Juni 2005, S. 7.
- 16 So etwa bei der Ansprache vom 4. Juni an Teilnehmer der Pilgerfahrt der Diözese Verona, wenn er von Christus als dem Hirten aller Gläubigen spricht (Benedikt XVI.: „Aus der Quelle der Liebe Kraft für die Sendung schöpfen“, in: L'Osservatore Romano, dt., 24. Juni 2005, Nr. 25, S. 8) oder in seiner Ansprache vom 16. Juni an den neuen Botschaft der Republik Malta beim Heiligen Stuhl, in der er von sich selbst als dem Nachfolger Petri als dem Hirten der Gesamtkirche spricht (Benedikt XVI.: „Ein vereintes und solidarisches Europa ins Leben rufen“, in: L'Osservatore Romano, dt., Nr. 25, 24. Juni 2005, S. 10).
- 17 Psalm 23, 1-3.
- 18 Peter Struck: Die Seele in Gott baumeln lassen, in: Karl Jüsten, Stephan Reimers (Hg): „Suchet der Stadt Bestes“. Die PolitikerBibel. Kiel 2004, S. 16-17.
- 19 Andreas M. Rauch: Friede, Gerechtigkeit und Versöhnung, in: AUFTRAG Juni 2005, Nr. 258, S. 20.
- 20 vgl. Joseph Ratzinger: Auf der Suche nach dem Frieden, in: Klerusblatt, Jg. 84, 2004, H. 6, S. 131-134.
- 21 Joseph Ratzinger: Das Fest des Glaubens. Versuche zur Theologie des Gottesdienstes. Einsiedeln 1981.
- 22 Helmut Hoping, Jan-Heiner Tück: Der Wahrheitsanspruch des Glaubens. Joseph Ratzingers theologisches Profil, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 93, 22. April 2005, S. 35.
- 23 Arthur F. Utz: Der christliche Glaube als Voraussetzung des demokratischen Pluralismus, in: Arthur F. Utz: Glaube und demokratischer Pluralismus im wissenschaftlichen Werk von Joseph Kardinal Ratzinger: Zur Verleihung des Augustin-Bea-Preises 1989. Bonn 1991, S. 11.
- 24 Posselt, a.a.O., S. 59.
- 25 s. Anm. 1.
- 26 Peter Seewald (Hg): Der deutsche Papst. Von Joseph Ratzinger zu Benedikt XVI. Weltbild-Verlag: Augsburg 2005.
- 27 Joseph Kardinal Ratzinger: Salz der Erde. Christentum und katholische Kirche an der Jahrtausendwende. Ein Gespräch mit Peter Seewald. Heyne-Verlag: München 1996.
- 28 Joseph Kardinal Ratzinger: Gott und die Welt. Gespräch mit Peter Seewald. Heyne-Verlag: München 2000
- 29 Thomas Schweer, Steffen Rink: Benedikt XVI. Der deutsche Papst. (Ullstein-Taschenbuch Nr. 36828). Berlin 2005.
- 30 Heinz-Joachim Fischer: Benedikt XVI. Ein Porträt. Herder-Verlag: Freiburg, Basel, Wien 2005.

WELTFRIEDENSTAG 2006:

Der Friede liegt in der Wahrheit

Der Weltfriedenstag 2006 steht unter dem Motto „Der Friede liegt in der Wahrheit“. Wie das vatikanische Presseamt Ende Juni mitteilte, will Papst Benedikt XVI. seine erste Friedensbotschaft zum 1. Januar des kommenden Jahres zu diesem Thema verfassen. Der Text selbst wird, wie in den vergangenen Jahren, für Mitte Dezember erwartet.

Zur menschlichen Natur gehöre, dass die Menschenrechte angewandt, das natürliche Völkerrecht und seine universalen Prinzipien respektiert und Gerechtigkeit verwirklicht würden, erläuterte der Vatikan die Wahl des Mottos. Es gebe keinen Frieden, solange menschliches Handeln nicht die „Ordnung der Dinge“ respektiere, wenn das menschliche Leben eingeschränkt und seine Entwicklung behindert werde und wenn den Völkern unerträgliche Opfer aufgeladen würden. Eine menschlichere Welt werde nur möglich, wenn „alle sich in einer inneren Erneuerung dem wahren Frieden zuwenden“, zitiert der Vatikan das Konzilsdokument „Gaudium et spes“. Friede sei eine „gelassene Ruhe der Ordnung“. Der Mensch sehne sich nach Frieden, der das Gegenteil von Unordnung sei.

Der Weltfriedenstag wird seit 1968 jährlich am 1. Januar begangen.
(KNA)

TERRORISMUS:

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen

VON PHILIP PLICKERT

Nach dem Terror ist vor dem Terror – so könnte man zynisch sagen. Die Selbstmordanschläge islamistischer Fanatiker in London, die 55 Tote und mehr als 700 Verletzte forderten, haben Europa erneut seine Verwundbarkeit spüren lassen. Welches Land wird das nächste Ziel sein? „Es sind vorrangig Italien, Polen und Deutschland“, meint der Terrorspezialist und Buchautor Udo Ulfkotte. Aus Sicht der Terroristen sei Deutschland auch am Krieg im Irak beteiligt, da es irakische Offiziere an der NATO-Schule in Oberammergau ausbilde; zudem sind deutsche Truppen in Afghanistan stationiert, halten dort die Reste der Taliban in Schach. Man sollte sich nicht täuschen lassen, die Bomben von London und Madrid seien allein als Vergeltung für den Irakkrieg zu werten. El Kaida schlug massiv am 11. September 2001 zu. Dazu brauchten sie keine Invasion des Irak.

Tickende Zeitbomben auch in Deutschland

In Deutschland, schätzt Ulfkotte, gibt es eine Szene von 20 000 bis 30 000 Sympathisanten des islamistischen Terrors, die aber nicht selbst zu Gewalttaten schreiten würden. Die deutschen Sicherheitskräfte hätten mindestens 300 Personen als gewaltbereite Islamisten namentlich identifiziert, sogenannte „Gefährder“ im Behördenjargon. Diesen seien „jederzeit Terroranschläge zuzutrauen“, so Ulfkotte. Zudem gebe es eine Dunkelziffer von etwa 200 weiteren potenziellen Terroristen, die sich illegal in Deutschland aufhielten und nicht erfasst seien. Sie sind lauter tickende Zeitbomben. Eine lückenlose Überwachung der „Gefährder“ scheint aber unmöglich – aus Personalmangel. „Sie müssen davon ausgehen, dass eine gute Observation rund um die Uhr bis zu 20 Sicherheitskräfte erfordert.“ Abgehört werden Telefone, die Polizei verfolgt die elektronische Kommunikation der „Gefährder“. „Aber der von der Poli-

tik erweckte Eindruck ist falsch, dass die alle ständig unter Kontrolle seien.“ Die Briten haben auf die Detonationen in der Hauptstadt mit erstaunlicher Disziplin reagiert, mit jener „heroischen Gelassenheit“, wie sie der Politikwissenschaftler Herfried Münkler als westliche Antwort empfohlen hat. Bloß keine Panik, nur keine Angststarre, lautet die Devise. Somit verpufft ein Teil der von den Terroristen beabsichtigten Wirkung, mit ihren Bomben die angegriffenen Gesellschaften psychologisch zu lähmen.

Gleichzeitig werden aber immer dringlicher Fragen zur Zukunft der multikulturellen Gesellschaft Großbritanniens gestellt. Offenbar waren die Attentäter aus Leeds „ganz normale“, unauffällige pakistanische Jugendliche mit britischem Pass, halbwegs integriert, halbwegs etabliert und keineswegs ausgegrenzt, wie so oft entschuldigend behauptet wird. Die Attentäter stammten aus der Mitte jener Migrantengesellschaft von 1,8 Millionen Muslimen auf der britischen Insel, die sich ihrer „Pluralität“ rühmt. Jetzt häufen sich Beleidigungen und Drohungen, die Übergriffe auf islamische Einrichtungen haben in den vergangenen Tagen dramatisch zugenommen.

Die britische Politik ist bemüht, den zivilen Frieden zu wahren. Reflexartig wird eine Verbindung der Islamisten mit dem wahren Islam abgestritten. Fanatismus und Gewalt seien dieser Religion fremd. Islam bedeute Frieden, hieß es unisono bei einem vom britischen Botschafter in Berlin einberufenen Treffen von Vertretern der drei monotheistischen Religionsgemeinschaften. Nadeem Elyas, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), schüttelte dort Hände und lächelte besorgt in die Kameras. Dabei ist gerade seine Organisation umstritten. „Den Zentralrat der Muslime halte ich für unterschätzt, was seine Gefährlichkeit angeht“, warnt Ulfkotte. Die Hälfte der unter dem Dach des ZMD versammelten Gruppierungen

rechnet der Verfassungsschutz der Muslimbruderschaft zu, dem ideologischen Bindeglied radikal-islamistischer Organisationen rund um den Globus. „Der Zentralrat von Herrn Elyas“, so Ulfkotte, „kann und darf nicht Ansprechpartner von Politik und demokratischer Gesellschaft sein. Dem traue ich nicht über den Weg!“

Bis zum Jahr 2020 wird sich nach realistischen Prognosen die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime, bedingt durch anhaltende Migration und höhere Geburtenraten der Zuwanderer, auf 7 Millionen verdoppeln. Eine seriöse Organisation, die ihre religiösen Belange artikuliert, ist aber nicht in Sicht. Die in Deutschland operierenden islamischen Dachverbände sprechen allenfalls für Minderheiten. „Der arabisch-wahhabitisch geprägte Zentralrat etwa vertritt allenfalls zwei bis drei Prozent der hiesigen Muslime. Er maßt sich ein Monopol an, das ihm nicht zusteht“, kritisiert der Islamwissenschaftler Rainer Glagow, Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Berlin.

Beim so genannten Dialog mit dem Islam fordert Glagow künftig mehr Ehrlichkeit und Härte. „Dieses gutgläubige, dieses blauäugige Umgehen mit einer Religion, die sehr wohl weiß, welche Ziele sie hat, das ist schief gegangen.“ Außer unverbindlichen Reden habe der Dialog kaum Ergebnisse erbracht. Eine „Aufklärung“ des Islam ist bitter nötig. „Im Wesentlichen vermittelt der Koran auch heute, im einundzwanzigsten Jahrhundert, ein Denken, wie es im siebten Jahrhundert in der arabischen Wüste entstanden ist“, so Glagow. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, von Mittelalter und Postmoderne, wirft Probleme auf.

Ehrlichkeit im Umgang mit dem Islam hieße auch, Phrasen wie „Islam heißt Friede“ kritisch zu hinterfragen. „Islam, wenn man das wissenschaftlich betrachtet, bedeutet nicht Frieden, sondern Hinwendung zu, Unterwerfung unter Allah, und

das ist ein großer Unterschied“, so Glasgow. „Ich sage immer wieder, es gibt im Islam eine positiv aufgefasste Tradition von Kriegen im Namen der Religion, im Namen des Islam, von den Muslimen immer als Verteidigung des Islam bezeichnet.“ Selbst an den Namen von Moscheen sei dies zu erkennen. „In Deutschland werden zuhauf Fatih-Moscheen gebaut, benannt nach Sultan Mehmet II., dem ‚Fatih (Eroberer)‘ des christlichen Konstantinopel.“ Wenig ehrlich sei es auch, den kriegerischen Charakter Mohammeds, des Religionsstifters, zu leugnen. „Die Nachfolge des Propheten ist sehr wichtig“, so Glasgow, „und zu diesem Bild gehört natürlich auch Mohammed als Feldherr und oberster Mudjahedin, als oberster Kämpfer des Islam.“

Religiöser Anspruch und politische Wirklichkeit

Jenseits der radikalisierten Zellen von Islamisten gibt es natürlich die übergroße Mehrzahl der in den Westen zugewanderten Muslime, die in Frieden leben wollen, einen bescheidenen Wohlstand und Sicherheit suchen. Der Gedanke an einen Dschihad liegt ihnen fern. Doch auch diese Gemäßigten bleiben nicht unberührt von den giftigen Ressenti-

ments, welche sich in der islamischen Welt gegen den Westen aufgebaut haben. Psychologisch sind sie leicht zu erklären. Im Kern geht es um den Widerspruch von religiösem Anspruch und politischer Wirklichkeit. Eine riesige Lücke klafft zwischen dem Überlegenheitsanspruch, den der Koran verkündet, und der täglich erfahrenen wirtschaftlichen Rückständigkeit der arabischen Länder, ihrer technologischen Abhängigkeit vom Westen.

Die große Zeit, als die islamische Zivilisation den Westen in Kunst, Wissenschaft und politisch-wirtschaftlicher Macht in den Schatten stellte, liegt mehr als siebenhundert Jahre zurück. Während andere Wirtschaftsräume, allen voran die südostasiatischen Gesellschaften, im Zuge der Globalisierung einen rasanten Aufschwung nehmen, fällt die arabische Welt weiter zurück. Trotz sprudelnder Gewinne aus dem Ölgeschäft grassieren Armut, Arbeitslosigkeit und Analphabetismus. Besonders die Jugend, aufgehetzt von religiösen Einpeitschern, empfindet dies als tiefe Demütigung. Sie vermuten die Verantwortung aber nicht bei ihren eigenen dogmatisch verknöcherten Religionswächtern und ihnen verbundenen korrupten Eliten, die Wis-

senschaft und Wirtschaft blockieren. Statt dessen sucht und findet man ein bequemes Feindbild: die Verschwörung der Ungläubigen, also der Juden, Amerikaner und ihrer europäischen Verbündeten.

Trost finden enttäuschte Muslime in jenen Erzählungen islamischer Größe, Expansion und Weltgeltung, von denen der Koran kündet. Extremer Frust und Minderwertigkeitskomplexe entladen sich in Attentaten, die zwar nicht allgemeine Billigung, doch vielfach klammheimliche Schadenfreude unter Muslimen auch im Westen hervorrufen. „Tabarak Allah – gelobt sei Allah“, sollen Besucher einer Londoner Teestube gerufen haben, als die Nachricht von den Bomben die Runde machte. Selbstkritische Stimmen aus der arabischen Welt, die das Versagen ihrer Länder analysieren, sind bislang kaum zu hören. Hier könnte der Westen, auch die islamischen Organisationen im Westen, helfen. In einem ehrlichen Dialog der Religionen, der beiden Seiten nutzen soll, müsste zweierlei geklärt werden: sowohl das Verhältnis des Islam zur Gewalt als auch die Ursachen der Rückständigkeit der islamischen Welt. Nur so besteht Hoffnung, den Terror zu besiegen.

(aus: DT vom 19.07.2005)

Rechtsphilosoph Waechter beklagt Verfall der Rechtskultur

Ein Verfall der Rechtskultur hat der Hannoveraner Rechtsphilosoph Kay Waechter bedauert. Die Achtung von Grundrechten „erodiert wahnsinnig schnell, wenn die Mentalität dagegen ist“, sagte Waechter am 27. Juni in Berlin. Deshalb sei die Pflege rechtsstaatlicher Kultur oft wichtiger als deren formale Sicherung. Im Recht gebe es zugleich Tendenzen, den absoluten Schutzbereich zu relativieren, wie beim Folterverbot oder dem Luftsicherheitsgesetz. Waechter äußerte sich auf einer Tagung über Menschenrechte und innere Sicherheit.

Kontrovers diskutiert wurde Waechters These, wonach der Absolutheitsanspruch der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der Unabwägbarkeit von Leben ein Restbestand von Metaphysik und Theologie seien, der in einer pluralistischen

Gesellschaft rational begründet werden müsse. Dem widersprach der Berliner Staatsrechtler Martin Kutscha. Der Parlamentarische Rat habe bei der Abfassung des Grundgesetzes die Grundrechte nicht aus theologischen Überlegungen abgeleitet, sondern aus der Unrechtserfahrung des Dritten Reichs. Wie andere Debattenteilnehmer verlangte er, bestimmte absolute Rechtswerte beizubehalten. Alles Übrige führe auf eine schiefe Ebene von Abwägungen.

Mehr Bewusstsein für die Menschenrechte gefordert

Nach Waechters Ansicht wird das Recht zunehmend „als lästig empfunden“. In den Vordergrund rücke das politisch Gewollte oder die Effizienz. Als Beispiel nannte er Demonstrationsverbote gegen Neonazis. Er bringe dieser Gruppe keiner-

lei Sympathien entgegen. Allerdings müsse das Recht höher stehen als die private Meinung, da sonst das Rechtsbewusstsein beschädigt werde.

Der Direktor des Deutschen Menschenrechtsinstituts, Heiner Bielefeldt, forderte „mehr Emphase“ für den Rechtsstaat. Er sah ein schwindendes Bewusstsein für das „Recht auf Privatheit“ durch die wachsende Zustimmung zu Lauschangriffen oder Überwachungen. Dabei gehe es nicht nur um eine Gefährdung der Schamgrenze und des Individualrechts, sondern auch um die Gestaltung des Gemeinwesens. Skeptisch äußerte er sich zu Überlegungen, die persönliche Sicherheit im Rahmen eines umfassenden Sicherheitskonzepts als Menschenrecht zu fassen. Das schaffe Verwirrung und drohe andere Menschenrechte Sicherheitserwägungen unterzuordnen. (KNA)

INTERVIEW ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK:

Stärkere Verzahnung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

AUFTRAG-Interview mit dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Christian Ruck. Die Fragen stellte das Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ und Fachberater für Katastrophenmanagement, Klaus Liebetanz, bevor die Absicht bekannt wurde, am 18. September Neuwahlen zum Deutschen Bundestag durchzuführen.



AUFTRAG: Herr Dr. Ruck, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat sich in ihrer Erklärung zu Friedenseinsätzen deutscher Kräfte (vgl. AUFTRAG 257, S. 69) kritisch mit der bisherigen Praxis deutscher Friedenseinsätze auseinandergesetzt. In ihrer Erklärung heißt es u.a.: „Nur eine konzertierte Aktion aus angemessener militärischer Stabilisierung und ziviler Konfliktbearbeitung ist geeignet, in einem vom Krieg heimgesuchten Land einen sich selbst tragenden Friedensprozess in Gang zu setzen und nachhaltig zu unterstützen“. Teilen Sie diese Auffassung?

Dr. Ruck: Ja. Natürlich. Es gibt inzwischen genügend praktische Beispiele, die uns sehr deutlich machen, dass Konfliktprävention, Konfliktbeilegung und Nachsorge Hand in Hand gehen müssen. Vor allem in den letzten beiden Phasen eines Konfliktes ist ein funktionierendes Zusammenwirken militärischer und ziviler Kräfte (Militär, Polizei und der Entwicklungsexperten) sehr wichtig. Entscheidend ist, dass das Wirken der einzelnen Akteure gut aufeinander abgestimmt ist und einem gemeinsamen Ziel dient.

AUFTRAG: Was halten Sie von der pazifistischen Grundauffassung, dass ausschließlich entwicklungspolitische Maßnahmen dem Frieden dienen und militärische Einsätze grundsätzlich keinen Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung leisten können? Teilen Sie die Berührungsängste von Heidemarie Wieczorek-Zeul, die es als Bundesministerin

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Feizabad (Afghanistan) sorgsam vermied, Kontakt mit den dort eingesetzten Bundeswehrsoldaten aufzunehmen? Was würden Sie anders machen?

Dr. Ruck: In vielen Ländern ist vor allem die mangelnde Sicherheit ein entscheidendes Entwicklungshemmnis. Auch alteingesessene Pazifisten sollten inzwischen verstanden haben, dass der Grundsatz gilt: Ohne Sicherheit keine Entwicklung. Ich bin auf jeden Fall dafür, dass in Situationen in denen sowohl deutsche Soldaten als auch deutsche Entwicklungsexperten eingesetzt werden, beide Akteure eng miteinander kooperieren und sich abstimmen.

Ein deutscher Entwicklungsminister darf jedoch unter keinen Umständen unseren Truppen den Rücken zuwenden. Für mich wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, die Bundeswehr zu besuchen und den Soldaten für ihren mutigen Einsatz zu danken. Schließlich halten sie ihren Kopf dafür hin, dass die Entwicklungsexperten ihre Arbeit tun können.

AUFTRAG: Beim 10. Forum „Globale Fragen“ des Auswärtigen Amtes im Juni 2004 hat Ministerialdirigent Adolf Kloeke-Lesch (BMZ) eine stehende „zivile Interventionskapazität“ im BMZ gefordert. Diese zivile „Task Force“ soll aus einem kleinen Krisenstab zur Lagebeurteilung und Bedarfsanalyse gebildet werden und kurzfristig auf einen Pool von Experten zum Staatsauf-

bau, zur demokratischen Gesellschaftsförderung und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in den betroffenen Regionen zurückgreifen können. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Dr. Ruck: Ich habe dies in ähnlicher Form schon seit Jahren gefordert. Wir brauchen ein flexibles Instrument, um schneller auf Krisen reagieren zu können. Nur sollten wir im Auge behalten, dass kurzfristige Interventionen alleine auch nicht zum Ziel führen. Um demokratische und gesellschaftliche Prozesse erfolgreich zu begleiten, brauchen wir einen langen Atem. Letzen Endes muss aber beides auch finanzierbar sein.

AUFTRAG: Die Erhöhung der Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt ist notwendig. Ausgehend von der Präambel des Grundgesetzes, in der sich die Bundesrepublik feierlich verpflichtet, dem Frieden in der Welt zu dienen, muss der langjährige Trend, die Ausgaben für Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Gesamthaushalt ständig zu senken, gestoppt und umgekehrt werden. Welche Chance sehen Sie, dass die zugesagte ODA-Quote (offizielle Entwicklungsausgaben) von derzeit 0,26 % auf 0,33% des Bruttonationalprodukt im Jahr 2006 gesteigert werden kann? Gilt für Sie die alte 0,7 %-Forderung noch als langfristiges Ziel?

Dr. Ruck: Die Union hat beschlossen, nach einer Regierungsübernahme die ODA auf 0,33% des

BNE (Bruttonationaleinkommen) zu erhöhen und dazu einen Finanzierungsplan vorgelegt. Wir werden anstreben, die ODA-Quote – seriös finanziert – langfristig auf 0,7 % des BNE zu erhöhen. Um die ODA dauerhaft zu erhöhen, ist allerdings eine Sanierung der Wirtschaft und des Haushalts notwendig, da wir auch auf die soziale Gerechtigkeit in Deutschland achten müssen. Es ist allerdings auch darauf hinzuweisen, dass Geld allein nicht ausreicht, um Entwicklung nach vorne zu bringen. Wichtig ist vor allem die gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern. Nur wenn dies gegeben ist und sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, die unternehmerischen Kräfte der Privatwirtschaft entfalten können, sind Entwicklungsgelder sinnvoll angelegt.

AUFTRAG: Was halten Sie von der britischen Idee bei Friedenseinsätzen in der Konsolidierungsphase einen gemeinsamen Finanzpool für militärische und entwicklungspolitische Maßnahmen im Bundeshaushalt vorzuhalten?

Dr. Ruck: Wir streben eine stärkere Verzahnung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik an. Dazu muss der Bundessicherheitsrat als permanente ressortübergreifende, Kohärenz sichernde Koordinierungs- und Entscheidungsinstanz revitalisiert werden. Um den lückenlosen Übergang von friedensschaffenden (Battle Groups) über friedenserhaltende Maßnahmen zum Staatsaufbau durch flankierende entwicklungspolitische Maßnahmen zu erreichen, muss ein Konzept der Bundesregierung für Krisenreaktion unter Einschluss eines gesicherten Finanzierungsmodus für schnelle und koordinierte Krisenreaktionen erarbeitet und umgesetzt werden.

AUFTRAG: Wo würden Sie als führender Entwicklungspolitiker der CDU/CSU im Gegensatz zu Rot/Grün die Schwerpunkte in der Entwicklungspolitik setzen?

Dr. Ruck: Die rot-grüne Entwicklungspolitik wurde trotz aller Ver-

sprechungen den gewachsenen Herausforderungen nicht gerecht: Das zuständige Ministerium wurde finanziell und organisatorisch geschwächt; die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Ressorts – insbesondere dem Auswärtigen Amt – war mangelhaft; Effizienz und Durchschlagskraft wurden ersetzt durch Aktionismus, Worthülsen und Ideologieexport; der internationale Einfluss Deutschlands ist gesunken.

Die Union strebt eine Reform der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik mit dem Ziel an, ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Entscheidend für Entwicklung ist, dass die Regierungen in den Entwicklungsländern ihrer Verantwortung für gute Regierungspolitik gerecht werden. Für uns stehen die Stärkung der Selbsthilfekräfte der Menschen und der Gesellschaften sowie die Hilfe bei der Durchsetzung von guter Regierungsführung im Vordergrund. Wir streben eine Konzentration unserer Maßnahmen auf Schlüsselsektoren an wie Aufbau von Staat und Verwaltung, Bildung und Ausbildung, ländliche Entwicklung, Schutz der natürlichen Ressourcen und Infrastrukturentwicklung. Entscheidend ist für uns der Aufbau einer funktionierenden Privatwirtschaft durch Rechts- und Eigentumssicherheit, Vertragsfreiheit und dem Zugang zu Kapital auch für arme Bevölkerungsschichten. Wir streben eine Koordinierung und Straffung unserer entwicklungspolitischen Institutionen an, die Stärkung des Entwicklungshilfeministeriums als politisches Schlüsselressort für die internationale Wirtschafts-, Wissenschafts- und Entwicklungszusammenarbeit.

Wir halten eine erhebliche Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung für unerlässlich, einschließlich einer kritischen Prüfung des UN-Systems und einer weit reichenden Reform der EU-Entwicklungspolitik. Zur Durchsetzung von guter Regierungsführung setzen wir auf eine stärkere Verzahnung von Außen-, Sicher-

heits- und Entwicklungspolitik und die Intensivierung des entwicklungspolitischen Dialogs. Wir wirken darauf hin, dass eine weitere Liberalisierung des Welt Handels und der Abbau von Protektionismus auch die Chancen der armen Menschen in den Entwicklungsländern erhöht.

Wir setzen auf eine stärkere Zusammenarbeit mit Kirchen, wichtigen Nichtregierungsorganisationen und einen Ausbau der Arbeit der politischen Stiftungen. Wir wollen auch eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit suchen.

AUFTRAG: Die CDU/CSU hat als „Partei der praktischen Befreiungstheologie“ mit der sozialen Marktwirtschaft und ihrer konsequenten Europapolitik (Adenauer und Kohl) mit der Schaffung einer Friedenszone von Portugal bis Estland Weltpolitik geschrieben. Halten Sie es für möglich, dass Deutschland unter Führung der CDU/CSU erneut Weltpolitik gestaltet, in dem es durch eine enge Verzahnung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik zusammen mit seinen Partnern weitere rechtsstaatliche und demokratische Friedensinseln schafft und so zu einer gerechteren und friedlicheren Welt beiträgt?

Dr. Ruck: Es steht außer Frage, dass eine unionsgeführte Regierung internationale Akzente setzen würde, die sich von der rot/grünen Politik unterscheiden. Die Kohärenz unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik liegt uns sehr am Herzen. Als Beispiel möchte ich die Kohärenz der deutschen Afghanistanpolitik anführen, die sich wirklich verbessern muss. Zudem halten wir es für notwendig, uns in Krisenfällen sehr viel enger mit unseren internationalen Partnern abzustimmen.

AUFTRAG: Herr Dr. Ruck, wir danken für das Gespräch. □

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Briefwechsel zur GKS-Erklärung „Der Friede ist möglich!“

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hatte im November 2004 mit ihrer „ERKLÄRUNG ZU FRIEDENSEINSÄTZEN DEUTSCHER KRÄFTE“ unter dem Titel „DER FRIEDE IST MÖGLICH!“ (s. AUFTRAG 257; S. 69) eine erste kritische Bilanz der Auslandseinsätze der Bundeswehr gezogen: Sie sei „durch negative Erfahrungen deutscher Soldaten bei Friedenseinsätzen beunruhigt“. Die GKS forderte u.a.: „Neben der militärischen Stabilisierung sind vor allem effektiver Polizeischutz, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Entwicklung einer rechtsstaatlichen Demokratie Voraussetzungen zum Entstehen weiterer Regionen des Friedens.“

Im Zusammenhang mit der GKS-Erklärung hat sich ein interessanter Briefwechsel zwischen Heinz Werner Weßler (pax christi) und Major a.D. Klaus Liebetanz (GKS) entwickelt. Wesentliche Aussagen dieses Email-Di-
 alogs werden nachfolgend so wiedergegeben, wie sie der Generalsekretär der deutschen Sektion von pax christi, Dr. Reinhard Voß, für die Zeitschrift „pax zeit“ zusammengestellt hat. * H.W: Weßler ist Mitglied der pax christi-Kommission „Solidarität mit Zentralafrika“; Klaus Liebetanz arbeitet im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ mit.

Liebetanz: Die Erklärung der GKS ist ein Ausfluss der gemeinsamen Veranstaltung von GKS und pax christi im März 2004 in Bonn. Sie stellt eine Synthese aus pazifistischen und rein militärischen Vorstellungen dar. Diese Erklärung hat folgende zwei Botschaften:

a. Friede ist möglich und kein unrealistisches Ziel.

b. Die friedensunterstützenden Einsätze der Bundeswehr leiden unter einem Mangel an ziviler Konfliktbearbeitung. Dadurch wird der Erfolg dieser Missionen in Frage gestellt. Der mangelnde durchgreifende Erfolg bei deutschen Friedenseinsätzen nagt an der Motivation der eingesetzten Soldaten.

Weßler: Sie suchen nach der besagten „Synthese aus pazifistischen und rein militärischen Vorstellungen“. Es ist beeindruckend, wie Sie an diesem Thema dran bleiben. Dabei ist Ihnen sicherlich klar, dass die „konzertierte Aktion aus angemessener militärischer Stabilisierung und ziviler Konfliktbearbeitung“ eine polemische Spitze gegen das Frieden-schaffen-ohne-Waffen enthält. Derzeit beobachten wir die Aufrüstung in der EU, die sogar im vorerst gescheiterten EU-Verfassungsvertrag verankert ist, mit großer Sorge.

Deutschland und Europa wollen mehr internationale Verantwortung vor allem als militärische Aufgabe („Friedenseinsätze“) verstehen, so befürchten wir. Die GKS teilt diese Sorgen nicht, wie es scheint. Sie äußert sich zu meiner Überraschung auch lediglich im Hinblick auf die Bundeswehr unter Ausblendung der viel beschworenen GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) auf EU-Ebene.

Ich kann nur sagen, dass ich Ihre Position in Sachen Vermischung von militärischen und zivilen humanitären Aufgaben überhaupt nicht teile. Der scheinbar konziliante Sprachstil des Papiers in Sachen parlamentarischer Kontrolle und UN-Mandatierung will hier etwas unterjubeln, statt zu argumentieren. Das scheint mir eine Mogelpackung zu sein. Die Friedensarbeiterin im Schatten der Militärs, sozusagen als zivile Ergänzung zum Militäreinsatz kann nicht funktionieren: Dann kann die Bundeswehr auch gleich selbst ihre Soldaten als Mediationsfachleute anbieten. Und genau das scheinen das GKS-Papier und Ihr Kommentar dazu zu empfehlen. Sie brauchen pax christi überhaupt nicht.

L.: Ich bin erstaunt und überrascht, wie man diese simple Erklärung so

gründlich missverstehen und missdeuten kann. Es zeigt mir, wie schwierig ein Dialog mit pax christi zu führen sein wird und wie unterschiedlich unsere Denkgewohnheiten sind.

Natürlich gibt es Tausende von Möglichkeiten, Frieden ohne Waffen zu schaffen. Die Agenda for Peace der Vereinten Nationen zeigt viele dieser gewaltfreien Maßnahmen. Es wäre ja schlimm, wenn man überall gleich Waffen einsetzen müsste. Die GKS-Erklärung beklagt, dass die Maßnahmen der Bundesregierung zu halbherzig sind. „Soldaten sind keine Konfliktlöser. Militärische Einsätze können die Konfliktlösung begleiten und ihre Voraussetzung schaffen.“ (Willi Nachtwei am 11.03.04 vor dem Bundestag) Der Einsatz in der Friedenskonsolidierung sollte immer eine konzertierte Aktion der Bundesregierung sein, an der sich alle relevanten Bundesministerien beteiligen sollten.

Es geht hier nicht um die Vermischung von zivilen und militärischen Aufgaben, sondern um die „komplementäre Ergänzung“, zu deutsch: was der eine nicht zu leisten vermag, schafft der andere. Jeder bleibt für sein Handeln selbst verantwortlich. Das schließt nicht aus, dass man sich gegenseitig verständigt und unterstützt um das gemeinsame Ziel, nämlich einen sich selbst tragenden Friedensprozess, zu erreichen.

W.: Die „konzertierte Aktion“ des Papiers, hinter dem Sie stehen, ist für eine Bewegung, die als Theorieansatz den Frieden ohne Waffen sucht, für pax christi, zu simpel und wohl auch in Zukunft nicht tragbar. In der Praxis – z.B. in Bosnien und im Kosovo – ergeben sich Situationen, in denen sich die strikte Trennung nicht durchhalten lässt, das steht auf einem anderen Blatt. Ich habe einige Monate für das IKRK in Kaschmir gearbeitet, wo uns die indischen Sicherheitsdienste ständig Begleitschutz auf-

drängen wollten. Wir haben sehr viel Mühe darauf verwandt, diese freundliche Umarmung abzuwenden, um damit das Vertrauen der Opposition für unsere Mission nicht aufs Spiel zu setzen.

Es gibt aber auch Situationen, in denen die militärische Intervention den Konflikt oder neue Konfliktsituationen noch befördert. Auch Sie sprechen im Zusammenhang mit Afghanistan von einer „Fehlentwicklung“, von pax christi aus fragen wir hier natürlich kritisch, ob die „Fehlentwicklung“ hier nicht schon mit dem militärischen Ansatz der Intervention von Anfang an angelegt war. - Man muss immer eigentlich jeden Konflikt einzeln in den Blick nehmen, wie uns auch die Kongo-Ituri-Debatte gezeigt hat.

Zum Stichwort „Komplementäre Ergänzung“: als Theorieansatz wird sich pax christi dieser Sicht der Dinge wohl nicht anschließen können. Fordern Sie damit nicht offensiv eine Vermischung von militärischen und zivilen Aufgaben in der Bundeswehr?

L.: Ich finde es wichtig, dass GKS und pax christi darin übereinstimmen, dass es eine klare Verantwortlichkeit des deutschen Parlaments für bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland geben muss (lt. BVerfG

vom April 1994). Alle bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden bislang mit ca. 90% Zustimmung aller Abgeordneten beschlossen. Daher kann man sinnvoller Weise von einer „Parlamentsarmee“ sprechen.

Was die humanitäre Soforthilfe durch die Bundeswehr angeht, so befinden wir uns auf dem Gebiet der Naturkatastrophenhilfe auf einem gesicherten Boden. Die Bundeswehr hat seit vierzig Jahren humanitäre Hilfe geleistet und dabei nachweislich Hunderttausenden von Menschen das Leben gerettet. Ich kann das aus eigener Erfahrung als früherer Mitarbeiter im Arbeitsstab Humanitärer Hilfe im Auswärtigen Amt bestätigen.

In den letzten Jahren hat die Bundeswehr bei ihren friedensunterstützenden Einsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan kleinere Projekte der humanitären Soforthilfe (quick impact projects) durchgeführt, um das Wohlbefinden der jeweiligen Zivilbevölkerung zu erlangen. Insofern befinden sich diese Projekte in einer gewissen Grauzone. Die Bundeswehr beabsichtigt allerdings nicht, zu einer bewaffneten Hilfsorganisation zu werden.

Was das aus meiner Sicht ausgezeichnete Bischofswort „Gerechter Friede“ vom 27.09.2000 angeht,

wird es notwendig sein, dass sich die GKS nicht nur mit den Aussagen des Bischofswortes zu den soldatischen Themen beschäftigt (wie in der entsprechenden GKS-Handreichung zu GF), sondern auch mit den übrigen 80 % des Textes, der sich u.a. friedenspolitischen Erwägungen und mit der Notwendigkeit der Friedensfachkräfte befasst. Umgekehrt sollten sich die Mitglieder von pax christi auch mit den Passagen von „Gerechter Frieden“ auseinandersetzen, die die Aufgaben der Soldaten in der Friedenskonsolidierung zum Gegenstand haben. So könnte ein fruchtbarer Dialog zwischen pax christi und der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ entstehen.

W.: Ich danke für diesen Dialog, von dem ich sehr viel lerne. Es bewegt mich, mit welchem Engagement Sie argumentieren und den Brückenschlag zu mir, zu pax christi und wohl auch zum Pazifismus überhaupt suchen. Andererseits wollen Sie aber auch über unsere „Irrtümer“ aufklären und uns vor allem dafür gewinnen, die zivilen Friedensdienste als Komplementärorgane – und nie mehr als Alternativen – zu den militärischen Optionen einzuschätzen. Da können wir nicht so einfach mitgehen. □

ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE:

Antirüstungsorganisationen: UN versagen bei Kleinwaffenkontrolle

Antirüstungsorganisationen haben den Vereinten Nationen Versagen im Kampf gegen die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen vorgeworfen. Den bei einer UN-Rüstungskonferenz vorgestellten neuen Richtlinien fehle eine gesetzliche Verpflichtung zur Anwendung, kritisierten amnesty international, Oxfam und das Internationale Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen (IANSA) 14. Juli 2005 in London. Zudem sei Munition gänzlich von der vorgesehenen Dokumentationspflicht ausgeschlossen worden. Die Regeln, die bei der UN-Vollversammlung im September be-

schlossen werden sollen, hinderten Waffenhändler auch künftig nicht daran, Gewehre und auch größere Waffensysteme an Kriegsverbrecher und Menschenrechte verletzende Staaten zu liefern, kritisierten die Antirüstungsorganisationen.

Sie warfen vor allem den USA, dem Iran und Ägypten vor, eine strengere Regelung verhindert zu haben. Scharf wenden sich die Rüstungskritiker gegen die geplante Möglichkeit, jede Auskunft über Waffen-geschäfte zu verweigern, wenn diese die „nationale Sicherheit“ betreffen. Die Richtlinien, die am 12. Juli nach 58 Abstimmungssitzungen erstmals

öffentlich in New York vorgestellt wurden, sollen durch die Kennzeichnungspflicht die Herkunft von Waffen und ihre Handelswege transparenter machen. Produzenten und Käuferstaaten sollen sich verpflichten, jeden Waffentransfer zu dokumentieren. Munition wurde von der Vereinbarung explizit ausgenommen. Unter Klein- und Leichtwaffen fallen Rüstungsgüter vom Gewehr, Anti-flugzeugraketen bis zu größeren, von bis zu drei Personen zu bedienenden Waffensystemen.

Unschuldige zahlen den Preis

„Unschuldige Menschen in armen Staaten werden den Preis für das mangelhafte Abkommen bezahlen“,

warnte Oxfam-Sprecherin Anna MacDonald. Der illegale Handel werde unkontrolliert weitergehen. Auf dem Weg zu einem globalen, rechtsverbindlichen System zur Kontrolle von Waffenhandel zu kommen, bedeuteten die vorgestellten Richtlinien kaum einen Fortschritt. „Das ist kaum das Papier wert, auf dem es gedruckt ist“, so amnesty-Sprecher Denise Searle. Seit 11. Juli tagt in New York die UN-Kleinwaffenkonferenz, um über Strategien für international bindende Mechanismen zur Kontrolle, Einsammlung und Vernichtung dieser Waffen zu beraten. Nach UN-Schätzungen sterben jährlich etwa 500.000 Menschen an den Folgen dieser Kleinwaffen, darunter Tausende Kinder.

Unicef verlangt mehr Einsatz im Kampf gegen Kleinwaffen

Vor dem Hintergrund der UN-Konferenz haben Unicef und das in Bonn angesiedelte Internationale Konversionszentrum BICC die Bundesregierung aufgefordert, eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen Kleinwaffen einzunehmen. Sie befürchten, dass ein vereinbartes weltweites Aktionsprogramm nicht umgesetzt wird. Nach wie vor lehnten Waffenlieferanten wie China oder Russland Beschränkungen des Exports ab. Die USA wollten den privaten Waffenbesitz nicht einschränken.

Weltweit gibt es laut Unicef und BICC rund 600 Millionen Kleinwaffen. Ihre Gegenwart lasse Konflikte immer wieder aufflammen. „Kleinwaffen sind die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit“, betonte der Geschäftsführer von Unicef Deutschland, Dietrich Garlichs. Gewehre wie das deutsche G3 oder die russische Kalaschnikow brächten mehr Menschen den Tod als schwere Waffensysteme. Zudem ermöglichten sie den Einsatz von Kindersoldaten. „Ohne die Lösung des Kleinwaffenproblems sind auch die Millenniumsentwicklungsziele nicht zu erreichen“, erklärte BICC-Direktor Peter Croll.

Regelungen zur Markierung von Waffen

Bei der ersten UN-Kleinwaffenkonferenz 2001 beschloss die internationale Gemeinschaft ein Aktionsprogramm. Bis heute hätten erst we-

nige Staaten Maßnahmen ergriffen und ihre Rüstungsexportbestimmungen verschärft, kritisierten Unicef und BICC. Die Bundesregierung solle bis 2006 international bindende Mechanismen zur Kleinwaffenkontrolle sowie zur Waffeneinsammlung und -vernichtung verwirklichen. Dazu gehörten verbindliche Regelungen zur Markierung von Waffen sowie für Vermittlungsgeschäfte. Auch Munition sei strikt zu kontrollieren.

Die Bundeswehr solle keine ausgerichteten Kleinwaffen und Munition

mehr weitergeben, sondern unter Beobachtung verschrotten, so Unicef und BICC. Die Bundeswehr müsse offen legen, wie die Verschrottung der über 400.000 G3-Gewehre voranschreite, die bis 2007 abgeschlossen sein sollte. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weitergabe von Waffen aus Deutschland und die Lieferung von Waffen, die im Ausland unter deutscher Lizenz hergestellt werden, zu verhindern, sofern diese Transfers nicht den deutschen Richtlinien für den Rüstungsexport entsprächen. (KNA)

Vatikan für UN-Aktion gegen illegalen Handel mit Kleinwaffen

Der illegale Handel mit leichten und klein-kalibrigem Waffen ist nach Ansicht des Vatikans eine ernste Bedrohung des Friedens, der Entwicklung und der weltweiten Sicherheit. Der Aktionsplan der UNO zum Kampf gegen diese Waffentypen sei daher auch eine wichtige Maßnahme gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschen- und Drogenhandel, betonte Vatikan-Diplomat Celestino Migliore bei der UN-Rüstungskonferenz am 11. Juli in New York. Diese Verbrechen seien eng mit dem unerlaubten Handel von leichten Waffen und Schusswaffen verbunden, so der Erzbischof, der den Vatikan als Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen vertritt. Gleichzeitig forderte er verstärkte Maßnahmen zur Entwaffnung und gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Kindersoldaten. (KNA)

Europaparlament:

USA sollen Anti-Landminen-Abkommen beitreten

Das Europaparlament hat an die USA appelliert, dem Anti-Landminen-Abkommen beizutreten. Auch die drei EU-Staaten Finnland, Lettland und Polen wurden von den Europaabgeordneten am 7. Juli 2005 in Straßburg aufgerufen, das so genannte Ottawa-Abkommen zu ratifizieren. Ausdrücklich appellierten die Parlamentarier auch an Russland und China, die Produktion von Minen einzustellen, ihren Einsatz zu beenden und dem Abkommen beizutreten.

Das Europaparlament sprach sich dafür aus, den in der EU ansässigen Banken und Finanzinstitutionen die Investition in Rüstungsfirmen zu verbieten, die Landminen oder Streumunition produzieren. Dazu brauche es wirksame Kontroll-

und Strafmechanismen. In der Vergangenheit hatten unter anderem in Belgien führende Bankhäuser ihre Aktienpakete solcher Firmen abgestoßen und erklärt, die Unternehmen sollten auch keine Kredite mehr erhalten.

Die Abgeordneten befürworteten zudem mehr Mittel für Minenräumung, Vernichtung von Beständen und die Rehabilitation von Minenopfern. Die EU müsse bei der Abrüstung eine Führungsrolle übernehmen und sich auch gegen Anti-Fahrzeugminen, gegen Streumunition und gegen die Verbreitung von kleinen und leichten Waffen einsetzen. (KNA)

--> Zum Thema „LANDMINEN“ s.a. Kasten auf der Seite rechts, Thema „STREUBOMBEN“ S. 20

STICHWORT: Anti-Personenminen**Hintergrund**

Anti-Personen-Minen sind Landminen, die häufig bei innerstaatlichen Konflikten gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Zwischen 15.000 und 20.000 Menschen werden laut UNICEF-Angaben jährlich bei Minenexplosionen verletzt oder getötet, darunter 90 % Zivilisten. Weltweit sind rund 110 Millionen

Anti-Personen-Minen

Anti-Personen-Minen in 90 Ländern verlegt. Darüber hinaus befinden sich 200 Millionen Sprengkörper in militärischen Lagern. Preis einer Anti-Personen-Mine: 3 \$; Preis für ihre Räumung: 300-1.000 \$.

Ottawa-Abkommen

Das Ottawa-Abkommen, das am 1. März 1999 in Kraft trat, verbietet die Herstellung, das Weitergeben und den Einsatz aller Anti-Personen-Minen. Bis heute haben 143 Staaten den Vertrag unterschrieben. 42 Länder, darunter die USA, Russland, Indien und China, sind dem Abkommen nicht beigetreten. Die teilnehmenden Staaten beteiligen sich an der Vernichtung von Lagerbeständen sowie der Räumung von bereits verlegten Sprengkörpern.

Vertragsstaaten

Durch das Abkommen ist die Zahl der Herstellerländer von 55 Staaten (1997) auf 14 (2003) zurückgegangen. Zu den Hauptproduzenten von Anti-Personen-Minen gehören unter anderem China, Nord- und Südkorea, Singapur und Vietnam.

(aus: ARD-Text, 29.11.2004, S. 167)

Tödliches Erbe: betroffenen Weltregionen
(Zahlenangabe in Millionen Minen)

Kroatien: 1; Serbien/Montenegro: 0,5-1; Bosnien/Herzegowina: 1-1,7; Sudan: 0,5-2; Äthiopien: 0,5-1; Eritrea: 0,3-1; Angola: 9; Mosambik: 2; Somalia: 1-1,5; Irak: 5-10; Afghanistan: 7-10, evtl. bis zu 35; Kambodscha: 8-10.

80 bis 100 Millionen scharfe Landminen bedrohen die Menschen in 90 Ländern.

Antifahrzeugminen in der Bundeswehr

Nachdem Deutschland bereits bei der Zerstörung von Antipersonenminen im Jahr 1997 eine Vorreiterrolle eingenommen hatte, wird die Bundeswehr bis zum Jahr 2010 nicht nur auf Antifahrzeugminen ohne Wirkzeitbegrenzung verzichten, sondern bis zum Jahr 2015 ebenfalls den aktuellen Bestand an Antifahrzeugminen um über 50 % reduzieren.

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hat mit Blick auf ... den Bundestagsbeschluss zur „Weiterentwicklung der humanitären Rüstungskontrolle bei Landminen“ vom 13. Juni 2002 über eine Anpassung des Landminenbestandes entschieden.

Die Bundeswehr verfügt für Einsatzzwecke ausschließlich über Antifahrzeugminen. Der gegenwärtige Bestand wird bis zum Jahr 2015 um 55% reduziert werden. Dies bedeutet für das Heer eine Bestandsverringerung um 52 % bis zum Jahr 2010 und für die Luftwaffe eine Bestandsaufgabe um 100% voraussichtlich im Jahr 2015.

Die Anpassung des Landminenbestandes der Bundeswehr bis 2015 stellt die signifikanteste Reduzierung des Antifahrzeugminenbestandes seit Bestehen der Bundeswehr dar. Ungeachtet dessen stellt das Ergebnis sicher, dass die Bundeswehr weiterhin über die Fähigkeit zum Schutz und zur Steigerung der Überlebensfähigkeit eigener Truppen und der von Verbündeten durch Antifahrzeugminen verfügt.

Weiterhin hat das BMVg entschieden, dass ab dem Jahr 2010 fast 90 % aller Antifahrzeugminen mit einer Technik für eine programmierbare, zeitlich befristete Wirkzeit von wenigen Stunden bis zu wenigen Tagen ausgerüstet sein werden. Die restlichen rund 10 % der Antifahrzeugminen ergänzen den Bestand mit einer längeren Wirkzeit, wobei einige davon sogar manuell ausschaltbar sind.

Mit dieser Entscheidung erfüllt das BMVg die Forderung des Bundestagsbeschlusses nach einer technischen Wirkzeitbegrenzung aller Antifahrzeugminen bis zum Jahr 2010. Die Bundeswehr wird erstmals uneingeschränkt befähigt, den Einsatz von Antifahrzeugminen stets mit der Zielsetzung vorzusehen, die Wirkzeit und damit das Gefährdungspotenzial für Personen auf ein Minimum zu begrenzen. Der angestrebte Antifahrzeugminenbestand stellt damit eine bisher unerreichte Balance zwischen humanitären Interessen und militärischen Erfordernissen dar ...

Die Entscheidung des BMVg ermöglicht es der Bundesregierung, ihr rüstungskontrollpolitisches Engagement im Rahmen des VN-Waffenübereinkommens über den Bundestagsbeschluss hinaus nachhaltig zu untermauern und damit den internationalen Prozess für ein völkerrechtliches Protokoll zu Antifahrzeugminen voranzutreiben.

Mit Blick auf das Thema der Antipersonenminen hat das BMVg entschieden, dass der gemäß Artikel 3 des Ottawa-Übereinkommens erlaubte, nicht für Einsatzzwecke vorgesehene Bestand von Antipersonenminen, auch künftig für Test- und Ausbildungszwecke benötigt wird, um den Schutz unserer Soldaten vor Antipersonenminen im Einsatz nachhaltig aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern. (Quelle: www.bundeswehr.de)

ABRÜSTUNG UND RÜSTUNGSKONTROLLE:

USA: Rüstungsgegner fordern Zerstörung von Streubomben

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat das US-Militär zur Vernichtung großer Teile ihres Streubomben-Arsenals aufgerufen. Mehr als 700 Millionen gelagerte Sprengkörper dürfen wegen ihrer hohen Blindgängerquote nie zum Einsatz kommen, forderte die Organisation am 21. Juli 2005 in New York. Streubomben bestehen in der Regel aus Hunderten einzelner Explosionskörper, die sich nach dem Abschuss über einen großen Radius verteilen. Rüstungsgegner kritisieren, nicht explodierte Munition wirke auf Jahre wie Antipersonenminen.

Laut HRW starben durch den Einsatz der Munition etwa im Irak mehr Zivilisten als durch jeden anderen Waffentyp. HRW-Sprecherin Bonnie Dochery forderte strengere internationale Auflagen, um Zivilisten in Konflikten zu schützen. Nur ein Bruchteil der US-Waffen verfüge

über eine Selbstzerstörungsvorrichtung, die die Blindgängerquote verringere. Zwar bewertete sie es als positiv, dass das Pentagon künftig keine Streubomben mit einer mehr als einprozentigen Blindgängerquote erwerben wolle, eine Zerstörung der auf bis zu eine Milliarde geschätzten Einzelsprengsätze in Altbeständen sei aber nicht vorgesehen.

Auch Bundeswehr besitzt Streubomben

Antirüstungsorganisationen fordern seit langem ein Verbot der so genannten Cluster-Munition. Nach einer Studie des deutschen Aktionsbündnisses „Landmine.de“ besitzt die Bundeswehr rund 30 Millionen Stück Streumunition mit einem Anschaffungswert von 2,5 Milliarden Euro. Laut Studie stellen in Deutschland unter anderem die Unternehmen Rheinmetall, Diehl und EADS solche Waffen her. (KNA)

UNO will Kinder in Kriegen besser schützen

Der Weltsicherheitsrat hat einstimmig eine Resolution zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten verabschiedet. Verstöße wie die gezielte Tötung von Kindern, ihre Rekrutierung als Soldaten oder die Zerstörung von Schulen sollen künftig besser dokumentiert und zu schnelleren Sanktionen führen, beschloss der Rat der Vereinten Nationen am 26. Juli in New York. Aktuell sollen 54 Konfliktparteien in 11 Staaten überwacht werden.

Menschenrechtsgruppen begrüßten den Maßnahmenkatalog. Nach jüngsten UN-Schätzungen gibt es derzeit weltweit rund 300.000 Kindersoldaten. In den vergangenen zehn Jahren sind demnach rund zwei Millionen Kinder in Kriegen getötet worden. Zu den Regionen, in denen Kinder in Konflikten entführt, getötet, für militärische Zwecke instrumentalisiert oder sexuell missbraucht werden, nennt ein UN-Bericht unter anderem den Sudan, Sri Lanka, die Demokratische Republik Kongo, die Philippinen und Uganda.

Laut den nun beschlossenen Re-

geln sollen in den betroffenen Staaten auf nationaler Ebene Verstöße untersucht und die gewonnenen Informationen an den UNO-Generalsekretär weitergegeben werden. Bei andauernden Missständen sieht die Resolution „geeignete Maßnahmen“ des Weltsicherheitsrats vor, etwa Reisebeschränkungen oder die Einstellung von Militär- und Finanzhilfen.

Der UN-Sonderbeauftragte für Kinder in Kriegsregionen, Olara Otunnu, bezeichnete die Entscheidung des Sicherheitsrats als Wendepunkt. Und wörtlich: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass eine große Anzahl von Staaten und Rebellen Gruppen auf diese Maßnahmen reagieren werden.“ Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) forderte alle Konfliktparteien auf, die neuen Überwachungsregeln zu akzeptieren. Die Vereinten Nationen wie die einzelnen Staaten müssten ihren Druck weiter erhöhen, um das Töten, Foltern und den Missbrauch von Kindern als Soldaten zu beenden. (KNA)

Friedensbewegung fordert Beseitigung aller Atombomben

Zum 60. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki hat die deutsche Friedensbewegung eine Ächtung und Beseitigung aller Atombomben gefordert. Es müsse alles unternommen werden, um diese gefährlichste aller Waffen für immer zu beseitigen, betonte der Bundesausschuss Friedensratschlag am 27. Juli in Kassel mit Blick auf den Einsatz der Bomben in Hiroshima und Nagasaki am 6. beziehungsweise 9. August 1945. Er kündigte dazu bundesweit über 110 Gedenkveranstaltungen an.

Die Friedensbewegung betonte, dass die Atomkräfte USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China immer noch über die riesige Menge von über 20.000 Atombomben verfügten. Damit könne alles menschliche Leben mehrfach total vernichtet werden. Nach ihren Angaben halten die USA auf deutschem Boden noch immer eine geheim gehaltene Zahl von Atombomben bereit, jede mit der fünf-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe ausgestattet. (KNA)

500.000 Menschen in Brasilien durch Kleinwaffen getötet

In Brasilien sind nach einer neuen UNO-Studie in den vergangenen 25 Jahren mehr als 500.000 Menschen durch Kleinwaffen ums Leben gekommen. Das seien vier Mal mehr Todesopfer als im israelisch-palästinensischen Konflikt der vergangenen 50 Jahre, heißt es in dem Bericht über die Jahre 1979 bis 2003. Mehr als die Hälfte der Opfer seien Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren. Die Mordrate liegt damit 30 mal höher als z.B. in Deutschland.

Hintergrund der Studie ist ein von der Regierung für Oktober geplantes Referendum über eine mögliche Einschränkung des Waffenverkaufs. Ein dazu notwendiger Parlamentsbeschluss wurde wegen erheblichen Drucks der Waffenindustrie mehrfach verschoben. (KNA)

Sicherheitspolitische Spannungen in Osteuropa

Das Beispiel Moldau

VON ANDREAS M. RAUCH^{*)}

Die „orange Revolution“ in der Ukraine und die bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Teilen von Usbekistan führten einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen, dass es in Osteuropa – und damit im OSZE-Raum – ein hohes sicherheitspolitisches Unruhepotential gibt. Die Entwicklung in der Ukraine gestaltete sich als bedeutsam für die Europäische Union insofern, als die im gleichen geopolitischen Raum angesiedelten Staaten Rumänien und Bulgarien über eine Mitgliedschaft mit der Europäischen Union verhandeln. Die innenpolitische Entwicklung in Usbekistan ist für die Bundeswehr von sicherheitspolitischer Relevanz, als über das usbekische Temez die Abwicklung und gegebenenfalls auch die Evakuierung des deutschen ISAF-Kontingents in Afghanistan erfolgen soll. Grundsätzlich sind alle sicherheitspolitischen Spannungen und Konflikte in Osteuropa und auf dem Kaukasus – wo die Bundeswehr etwa im Rahmen einer UN-Mission in Georgien engagiert ist – in ihrer Bedeutung für NATO, Europäische Union und Deutschland zu untersuchen.

Moldau – Armenhaus Europas

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der damit einhergehenden Einteilung der Welt in zwei politische Hemisphären können wir einen politischen Zerfallsprozess der alten Sowjetunion und des früheren Ostblocks (Wolfgang Leonhard) beobachten. Hierzu gehört, dass alle Staaten des früheren Warschauer Paktes ihre volle, völkerrechtliche Souveränität zurückerhalten und sich aus dem Erbe der Sowjetunion auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker neue, souveräne Staaten bilden konnten. In diesen politischen Kontext ist die Republik Moldau einzuordnen, die am 27. August 1991 ihre Unabhängigkeit in Form einer parlamentarischen Demokratie erlangte.

Im Zusammenhang mit der Weltenwende (Karl Dietrich Bracher) von 1989/90 gewinnt der so genannte „erweiterte Sicherheitsbegriff“ an Bedeutung. Aufgrund der veränderten Lage der internationalen Beziehungen werden sicherheitspolitische Fragen nicht allein in militärischen Kategorien bewertet, sondern im größeren Zusammenhang von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Krisen und Konflikten. Vorrangiges Problem für

Osteuropa stellt die nach wie vor geringe Wirtschaftskraft dar, verbunden mit nur geringen Chancen im internationalen Wettbewerb, ausgenommen komparativer Vorteile auf dem Gebiet von qualifiziertem Personal und vergleichsweise geringen Löhnen. Doch auch diese komparativen Vorteile greifen nicht in allen Ländern und Regionen Osteuropas.

Bis heute ist die Republik Moldau das Armenhaus Europas geblieben – teilweise mit einer Infrastruktur und einem Lohnniveau wie in einzelnen Regionen Afrikas. So schwankt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen nach unterschiedlichen Quellen zwischen 37 und 64 Euro monatlich, wobei das große Stadt-Land-Gefälle zu berücksichtigen ist. Die ländlichen Regionen Moldaus sind durch unasphaltierte Straßen, fehlende Wasser- und Abwasserversorgung (Brunnen) und Abwesenheit moderner Kommunikationsmittel (Telefon, Fax) gekennzeichnet. Hinzu treten Versorgungsengpässe, mangelhafte medizinische Infrastruktur und das teilweise Fehlen öffentlicher Transportnetze (Busse/Bahn), sodass sich dem unvoreingenommenen Betrachter ein Bild er-



schließt, welches ländlichen Gebieten Europas im 19. Jahrhundert ähnelt. Männer werden in Moldau im Durchschnitt 58 Jahre alt.

Transnistrien-Konflikt

Ein in Deutschland recht unbekannter Konflikt im „Armenhaus Europas“ zeigt deutlich die Differenzen in den politischen Interessen der Europäischen Union und Russlands auf. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem damit einhergehenden Machtvakuum in den Satellitenstaaten bildete sich eine separatistische Bewegung in der moldauischen Region Transnistrien. Die Separatisten schaffen es bis heute, das geopolitische Interesse Russlands für ihre eigenen Zwecke zu nutzen und sie profitieren von der Stationierung der rund 1200 russischen Soldaten in der Region Transnistrien. Dabei spielt eine Rolle, dass Stalin 1924 auf dem linken Ufer des Dnjestr die „Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik“, das heutige Transnistrien, gründete.

Beim Transnistrien-Konflikt handelt sich nicht um einen ethnischen Konflikt, sondern um das kri-

* Der Autor war im März 2005 im Auftrag des Auswärtigen Amtes zur Wahl- und Demokratiebeobachtung für die OSZE in Moldau gewesen.

minelle Profitstreben Einzelner zu Lasten der Bevölkerung – allen voran durch den transnistrischen Präsident Smimoff und seinen Sohn. Laut Angaben der Botschaft von Moldau in Berlin sollen illegale Geschäfte mit Waffen und Drogen sowie Menschenhandel an der Tagesordnung in diesem Landstrich von Moldau sein. Die Verschiebung von Schwarzgeldern nach Österreich und in die Schweiz wurde bereits angeklagt. Die kleine Republik Moldau mit etwa vier Millionen Einwohnern – 17 Prozent in Transnistrien – ist nicht in der Lage, den Konflikt im Alleingang zu lösen und ist daher insbesondere auf europäische Hilfe angewiesen.

Auch die Europäische Union sollte stärker als bisher ins Auge fassen, dass Drogen und Waffenhandel in der Nähe ihrer Grenzen eine Bedrohung darstellen. Dabei ist die Verknüpfung mit den mafia-artigen Netzwerken in Rumänien ganz offensichtlich. Eine Erweiterung der Europäischen Union um Rumänien 2007 wird das Problem Transnistriens unmittelbar an seine Grenze heranrücken. Der gute Wille zur Unterstützung wird von allen Beteiligten postuliert, zeigt aber bislang keine Ergebnisse. Bereits 1999 sagte Russland den Abzug der Truppen zu, handelte aber bis heute nicht. Von moldauischer Seite wird eine Reihe von Gründen angenommen. Zum einen betrachte Russland die Gebiete der ehemaligen Satellitenstaaten als seinen „Vorgarten“ und wolle sich seinen Einfluss auch durch militärische Präsenz erhalten. Zum anderen bestehe schon allein deshalb ein Interesse, weil 25 Prozent der Bevölkerung von Transnistrien russischer Abstammung sind; weiterhin problematisierend wirken die zuständigen russischen Beamten, die als korrupt eingestuft werden.

Russland schlug 2003 mit dem „Kosaken-Plan“ einen Abzug der Truppen bis 2020 sowie eine Föderation der Teilgebiete unter Vetorecht von Transnistrien vor. Die Republik Moldau lehnte dies aber als inakzeptabel ab. Die Europäische Union ist aus moldauischer Sicht seit 2004 aktiver geworden und unterzeichnete einen Aktionsplan, der zur Ernennung eines erfahrenen niederländischen Diplomaten zum EU-Beauftragten führte. Für die Ukraine als

Zweitvermittler ist eine Lösung politisch ebenfalls sehr wichtig. Der ukrainische Präsident Juschtschenko schlug im Rahmen der GUAM, der dortigen regionalen Organisationen, einen Sieben-Punkte-Plan vor, der den russischen Einfluss mindert und der als wesentlichen Bestandteil die zugegeben schwierige Demokratisierung Transnistriens vorsieht. Am Ende wird der Transnistrien-Konflikt, der die kleine Republik Moldau viel Kraft kostet, in Moskau entschieden werden und nur ausländische Unterstützung, besonders durch die Europäische Union, kann diesen Prozess beschleunigen.

Die schwierige Abkehr vom Kommunismus

Anfang März 2005 fanden Parlamentswahlen in Moldau statt. Eine internationale Gruppe von Beobachtern aus 17 Nationen, unter denen die Teilnehmer von US-Amerikanern – und hier wiederum der Anteil der Senioren – besonders hoch war, beobachtete die Wahlen für die OSZE. Der Autor war drei Tage in „Basarabasca 2“ eingesetzt, also in der Teilrepublik Gagausien mit der Hauptstadt Comrad, die seit 1995 einen Autonomiestatus besitzt. Die Einsatzbedingungen, also Essensversorgung und sanitäre Verhältnisse, waren ziemlich schlimm. Teilweise war in den Hotels nur schlecht oder gar nicht beheizt und auf den Wahlstationen zog oftmals ein eisiger Wind. Fenster sind meist nicht richtig abgedichtet und Wände nicht isoliert. Jede Gruppe von Wahlbeobachtern war nach wenigen Tagen erkältet, verschnupft oder irgendwie angeschlagen.

Die Aufgabe der Wahlbeobachtung bestand in der Kontrolle einzelner Wahlstationen am Wahlvortag und die Beobachtung von durchschnittlich zehn Wahlstationen am Wahltag. Im Prinzip war die OSZE-Wahlbeobachtergruppe personell gut ausgestattet. Der Wahlkampf wurde von der OSZE hinsichtlich Medienzugang und allgemeiner Informationsvermittlung kritisch als nur eingeschränkt „fair“ bezeichnet, während die Abläufe am Wahltag und in der Wahlnacht als „free and fair“ charakterisiert werden können. Es kam nur zu einzelnen kleineren oder größeren Fehlern, beispielsweise der

Präsenz eines Polizisten im Wahlbüro oder die Nichtversiegelung einer Wahlurne – Vorfälle, die auch aus Unachtsamkeit passiert sein können.

Die Wahl-Lokale von „Basarabasca 2“ befanden sich überwiegend in ländlichen Regionen, die nur auf nicht asphaltierten Straßen zu erreichen waren. Mehrfach blieb das Auto im Schlamm stecken oder es konnte nur im Schritt-Tempo gefahren werden. Die Wahl-Stationen waren bis auf eine nicht beheizt und meistens zog es. Alle Wahl-Stationen verfügten über Stromanschluss und auch sonst über die notwendigen Wahlutensilien. Im ländlichen Bereich gab es praktisch keine Kanalisation, sondern nur Brunnen. Bei den Wahl-Stationen handelt es sich um Kulturhäuser aus sowjetischer Zeit, oder um Schulen oder Kliniken. Bis auf die Klinik und eine Blindenschule, die über eine Wassertoilette verfügten, hatten alle Wahlstationen ein Plumpsklo außerhalb des Gebäudes.

Beim Beobachten der Stimmauszählung in ausgewählten Wahl-Lokalen manifestierte sich der landesweite Trend, dass es vor allem um drei Parteien ging:

- Party of Communists of the Republic of Moldova (PCRM),
- Braghis Alliance
- Christian Democratic People's Party.

Beim Auszählen von mobilen Wahlurnen fiel auf, dass vor allem ältere Bürger die kommunistische Partei wählten, während jüngere Bürger die beiden anderen Parteien stark unterstützen. Im Bewusstsein vieler älterer Menschen scheint von Bedeutung zu sein, dass sich mit der Kommunistischen Partei in Moldau ein gewisser kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt verbindet, etwa durch den Bau von Kulturhäusern, Bibliotheken und Museen sowie die Schaffung von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und modernen Wohnkomplexen. Der Abkehr von der Kommunistischen Partei in Moldau fällt diesen Menschen so schwer, weil sie diese Fortschritte mit dieser Partei verbinden und weil die kommunistische Partei über viele Jahrzehnte, manchmal ein ganze Lebensspanne, das Handeln von Menschen beherrschte. In der Rückschau

möchten mehrheitlich die Menschen Moldaus die Zeit der kommunistischen Herrschaft nicht als Zeit politischen Stillstandes und demzufolge diesen Zeitabschnitt als „verlorene (Lebens-) Zeit“ wahrnehmen.

Abkehr von Moskau und aufblühendes kirchliches Leben

Die Parlamentswahlen in Moldau vom März 2005 brachten keine politische Wende. Staatspräsident ist weiterhin Wladimir Woronin, dessen Kommunistische Partei 46 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Der Block „Demokratisches Moldau“ (Braghis Allianz) errang einen Achtungserfolg mit 28 Prozent der Stimmen. Die Christdemokraten des langjährigen Regimegegners Iurie Rosca erhielt neun Prozent der Stimmen und übersprang damit in Unterschied zur sozialdemokratischen Partei die sechs-Prozent-Hürde. Als erneutes Zugeständnis an die Braghis-Allianz geht nun der parteilose Premierminister Vasile Tarlev in seine zweite Amtszeit.

Der Sieg der Kommunisten in Moldau wurde durch drei Faktoren möglich. Zum einen fehlten der Braghis-Allianz und den Christdemokraten die Stimmen der vielen jungen und oft hoch qualifizierten Menschen, die Moldau wegen fehlenden Arbeitsperspektiven dem Land den Rücken kehrten und nicht wählten. Des Weiteren würdigten viele Wähler die Abkehr der Kommunistischen Partei vom politischen Moskau, während sich die meisten Politiker der Braghis-Allianz gegenüber Moskau freundlich geben. Als Wendepunkt der Achse Moskau-Chisinau gilt das Scheitern des durch einen Gesandten von Russlands Präsident Vladimir Putin vorgelegten Plans zur Lösung des Transnistrien-Konflikts im November 2003. Der Moskauer Plan sah eine Föderalisierung von Moldau vor, die es den im sowjetischen Stil regierenden Machthabern in Transnistrien ermöglicht hätte, alle strategischen Entscheidungen zu blockieren und den moldauischen Staat auszuhöhlen. Ein weiterer Aspekt besteht darin, dass die PCRM einen Wandlungsprozess von einer kommunistischen zu einer sozialistischen Partei derzeit durchläuft – ähnlich wie in Deutschland die alte Blockpartei SED zur PDS. Dabei ist

sich zu vergegenwärtigen, dass der PCRM-Vorsitzende Woronin kein Demokrat, sondern ein Autokrat ist und Europa wird gut beraten sein, seine weiteren politischen Schritte genau zu beobachten. Im Unterschied zum aserbeidschanischen Staatschef Ilham Alijew und dem usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow wirkt Woronin jedoch deutlich weniger korrupt und er erscheint mit einem erheblich geringerem Maß an krimineller Energie ausgestattet.

Festhalten lässt sich, dass sich Moldau in einer äußerst problematischen sozialen und wirtschaftlichen Lage befindet, die charakteristisch ist für einige Regionen Osteuropas – vor allem in Rumänien und Bulgarien. Als einen kleinen, positiven Lichtblick lässt sich vermerken, dass in Moldau wie in Russland und zahlreichen osteuropäischen Staaten auch ein aufblühendes kirchliches Leben zu verzeichnen ist. In der Hauptstadt Chisinau, in Provinzhauptstädten wie Comrad und auch in entlegenen, ländlichen Regionen gehören die Kirchen jeweils zu den am besten am Ort erhaltenen und mit viel Aufwand restaurierten Gebäuden. Die vergoldeten Kuppeln und Kreuze der Kirchen sind oft weithin sichtbar. Die Kircheninnenräume scheinen eher von zweiter Priorität zu sein; hier sind vielfach Restauratoren und Handwerker noch am Werk. Die Gründe für dieses aufblühende kirchliche Leben mögen vielschichtig sein. Sicherlich spielt die neu erworbene politische und gesellschaftliche Freiheit eine zentrale Rolle, die auch den Kirchen eine neue Form von Religionsfreiheit ermöglicht.

Doch eine weitere Facette ist sicherlich auch die Einsicht in den alten Volksspruch: „Not lehrt beten“. Die soziale und wirtschaftliche Situation in Moldau stellt sich nach wie vor als bedrückend dar. Viele Menschen, wenn sie zu ein wenig Geld kommen, spenden oft zuerst ihrer Kirche und investieren erst dann in die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Andererseits gibt es wie in anderen osteuropäischen Staaten – vor allem in Rumänien, Bulgarien und der Ukraine – auch in Moldau Mafia-Strukturen in Form von organisierter Kriminalität. Hier bergen existierende Armutsstrukturen und soziale Not sicherheitspolitische Risiken – auch für NATO, Europäische Union und Deutschland. Soziale Konflikte und Notlagen können in sicherheitspolitische Spannungen münden.

Moldau besitzt ein reiches kulturelles Erbe. Vor allem in Chisinau lassen sich viele architektonisch bedeutsame Bauten aus der Zeit des zaristischen Russland bestaunen. Diese Bauten – sofern sie nicht im Eigentum einer ausländischen Botschaft oder Gesellschaft stehen – weisen wie viele Museen in Chisinau oft einen beklagenswerten Zustand auf. Um ihren Erhalt wird gerungen. Auch Natur und Ökologie Moldaus befinden sich in einer schlimmen Notlage; Investitionen wären dringend erforderlich. Von der Schönheit Moldaus künden die zahlreichen restaurierten orthodoxen Kirchen Moldaus, die nicht nur kulturelle Anziehungspunkte bilden, sondern Menschen geistigen Halt und christliche Orientierung geben. □

Fassade der renovierten russisch-orthodoxen Kathedrale von Comrad in der autonomen Teilrepublik Gagausien



ÜBER KIRCHE UND PETRUSAMT:

Benedikt XVI.: Petrusamt als Garantie der kirchlichen Einheit

Papst Benedikt XVI. hat die Bedeutung des Papstamtes für die Einheit der Kirche bekräftigt. Zugleich sprach er sich am 29. Juni im Vatikan aber auch mit Nachdruck für die Einheit der Christenheit aus. Das Petrusamt sei sichtbare Garantie der kirchlichen Einheit in allen Teilen der Erde und zu allen Zeiten. Es habe dafür Sorge zu tragen, dass keine Ortskirche in eine „falsche Autonomie“ abgleite und damit ihre innere Unabhängigkeit gefährde.

„Papst-Primat ist Dienstamt und kein Stolperstein für Ökumene“

Das Papstamt ist nach Worten von Benedikt XVI. ein Dienstamt und eine Hilfe, nicht aber ein Stol-

perstein für die Ökumene. Er hoffe, dass das Petrusamt des Bischofs von Rom nicht als Hindernis, sondern als Hilfe auf dem Weg zur Einheit gesehen werde, betonte er. Er unterstrich den Wunsch, „dass möglichst bald der Wunsch Christi realisiert wird, dass alle eins seien“.

„Von Herzen und mit Dankbarkeit“ begrüßte der Papst in seiner Predigt zum römischen Patronatstag Peter und Paul die hochrangige Delegation des orthodoxen Patriarchats von Konstantinopel unter Leitung von Metropolit Joannis Zizioulas, die zum Namensfest der beiden Apostel in den Vatikan gekommen war. Auch wenn beide Kirchen über die Rolle und Bedeutung des Petrusamtes

noch unterschiedlicher Ansicht seien, seien sie jedoch „zutiefst geeint über das Bischofsamt und den Priesterdienst und bekennen gemeinsam den Glauben der Apostel, wie ihn die Schrift überliefert und die großen Konzile interpretiert haben“.

Mit Blick auf die orthodoxe Delegation sagte Benedikt XVI., als Bischof von Rom nehme der Papst einen „einzigartigen und unverzichtbaren Dienst für die Universal-Kirche“ wahr. Dieser Petrusdienst sei „ständiges und sichtbares Prinzip und Fundament der Einheit der Bischöfe und aller Gläubigen“. „Der Primat der Kirche von Rom und ihres Bischofs ist ein Primat des Dienstes an der katholischen Gemeinschaft“. Seit dem Martyrium der Apostel Petrus und Paulus blickten alle Kirchen auf „Rom als zentralen Bezugspunkt für die Einheit der Lehre und der Pastoral“. (KNA)

Erzbischof Cordes über Benedikt XVI., den Relativismus und die Glaubenserneuerung in Europa

ZENIT-Interview am 5. Juli mit dem Präsidenten des Päpstlichen Rates „Cor Unum“

Erzbischof Paul Joseph Cordes, ein alter Bekannter und Landsmann des Heiligen Vaters, ist Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“, der päpstlichen Koordinationsstelle für kirchliche Hilfswerke, die Ausdruck ist für die „Sorge der katholischen Kirche für die Notleidenden, auf dass die Brüderlichkeit unter den Menschen wachse und Christi Liebe sich zeige“ (Apostolische Konstitution „Pastor Bonus“ vom 28.06.1988, 145).

Den Nachfolger von Johannes Paul II. sieht der Erzbischof unter anderem als „Antwort Gottes“ auf die „Not des Säkularismus“, und er rechnet damit, dass der entscheidende Impuls zur Revitalisierung des Glaubens in Europa von den neuen geistlichen Bewegungen ausgehen werde.

Da zum Begriff „RELATIVISMUS“ bzw. „MORALISCHER/RELIGIÖSER R.“ in (Fach-) Lexika oder auch im Internet nichts Erhellendes zu finden ist, hat die Redaktion Prof. Dr. Andreas M. Rauch um einen erläuternden Beitrag „ZUM BEGRIFF DES RELATIVISMUS BEI JOSEPH RATZINGER UND BENEDIKT XVI.“ gebeten. Siehe dazu Seite 26.

ZENIT: Einige Kommentatoren sind der Meinung, dass Papst Benedikt XVI. für den MORALISCHEN UND RELIGIÖSEN RELATIVISMUS das sein werde, was Papst Johannes Paul II. für den Kommunismus war. Wie sehen Sie diesen Vergleich?

Erzbischof Cordes: Bei seinen Berufungen knüpft Gott fraglos in der Lebensgeschichte und in der spezi-

fischen Fähigkeit seiner Boten an. Der verstorbene Papst hatte die Tyrannei des Nationalsozialismus sowie die des Kommunismus schmerzhaft in seiner Jugend und als Bischof von Krakau erlebt. So kämpfte er mit großer Energie gegen die atheistischen Kräfte des Regimes. Ich durfte 1977 miterleben, wie er als Kardinal von Krakau bei der

Weihe der Kirche von „Nowa Huta“ – sie galt als Symbol dieses Kampfes – seinem heiligen Zorn freien Lauf ließ.

Auch als Bischof von Rom hat er nicht nachgelassen, vor „Königen und Präsidenten“ für die Freiheit und Würde der Menschen einzutreten. Sein sehnlicher Wunsch, auch Russland und China zu besuchen, wurde ihm leider nicht erfüllt.

Papst Benedikt XVI. hat als theologischer Lehrer immer schon die Wahrheit von Glaube und Sitte verdeutlichen und einsichtig machen wollen. Er hat an der Universität die künftigen Priester und Katecheten geformt. Er hat Mittel gesucht, in der intellektuellen Welt von heute Argumente für die Bejahung der Offenbarung zu finden und sie zu verbreiten. Er hat als Präfekt der Glaubenskongregation Papst Johannes Paul II. zugearbeitet, die theologischen Weisungen

für das Volk Gottes zu formulieren und herauszustellen – denken wir nur an den „Katechismus der Katholischen Kirche“. Es liegt auf der Hand, dass er sich auch als Papst mit dem MORALISCHEN UND RELIGIÖSEN RELATIVISMUS nicht abfinden wird.

ZENIT: *Einige haben gemeint, Johannes Paul II. habe die Plätze füllen können, nun werde Benedikt XVI. wohl die Kirchen füllen. Die Begeisterung für den neuen Papst ist aber so groß, dass es so aussieht, als könne er Kirchen und Plätze füllen ...*

Erzbischof Cordes: Ich stimme Ihnen völlig zu. Man braucht nur den Zustrom der Pilger nach Rom ins Auge zu fassen, um die Meinung des genannten Kommentators als voreilig zu qualifizieren. Gewiss half und hilft Johannes Paul II. noch vom Himmel her, dass das Interesse an Person und Amt des Papstes Ratzinger dieses erstaunliche Echo hat. Aber niemand kann übersehen, dass es außerordentlich ist – ob bei der diesjährigen Fronleichnamsprozession, beim sonntäglichen Angelus oder bei den wöchentlichen Audienzen.

ZENIT: *Nach fast 1000 Jahren gibt es heute wieder einen deutschen Papst, ein Ereignis, das durch den Fall der Mauer und den europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess von zusätzlicher Bedeutung ist. Der heilige Benedikt rettete die Gesellschaft vor der Verderbnis, die vom römischen Reich ausging, Benedikt XVI. steht nun vor der Aufgabe, das traditionell christliche Europa und die Länder des Ostens aus einer moralischen und religiösen Dekadenz zu befreien. Da Deutschland für das Schicksal von Europa von entscheidender Bedeutung ist, scheint ein deutscher Papst tatsächlich ein Zeichen der Vorsehung zu sein. Wie sehen Sie das?*

Erzbischof Cordes: Der Säkularismus der so genannten ersten Welt hat schon Papst Johannes Paul tief bekümmert. Auch wenn er aus einem Land kam, das fest in der christlichen Tradition verankert war und durch die politische Herausforderung zusätzliche Glaubenskräfte mobilisierte, so sah er

doch deutlich die Zeichen der Dekadenz. Darum hielt er bei seinem Österreichbesuch 1983 gegen das Abraten kirchlicher Diplomaten an einem Besuch am Kahlenberg bei Wien fest, um des 300-jährigen Jubiläums eines „glücklichen Sieges“ zu gedenken, der Europa vor der Überfremdung durch die Türken und ihrer Religion bewahrt hatte.

Er sagte damals ferner bei seiner Begegnung mit den österreichischen Bischöfen in Wien ein klarsichtiges Wort zur europäischen Krankheit: „Die Erfahrung der scheinbaren Abwesenheit Gottes lastet nicht nur auf den Abständigen und Fernstehenden, sie ist generell. Die Geistesströmung des gängigen Bewusstseins prägt also gleichfalls die aktiven Glieder der Kirche ... Darum sieht sich der kluge Hirte genötigt, in Welt und Kirche vor allem andern dem Licht Raum zu schaffen, das aus dem Glauben an die wirksame Anwesenheit Gottes kommt“ (12.09.1983).

Der neue Papst ist wohl die Antwort Gottes, dieser Not des Säkularismus weiter zu wehren. Das deutet nicht nur der von ihm gewählte Name an. Papst Benedikt ließ nie Zweifel an seiner Beschwernis über die gottlose Präambel der Europa-Konstitution. Mir scheint jedoch, dass der Beitrag Deutschlands für die rechte Verankerung des Christentums in Europa nicht sehr hoch angesetzt werden kann – aus mancherlei Gründen. Ich zähle für eine Revitalisierung des Glaubens in unserm Kontinent eher auf

die neuen geistlichen Bewegungen, die in Italien, Spanien und Frankreich stärker Fuß gefasst haben. Sie standen an der Wiege des „Internationalen Jugendtages“. Auch Papst Benedikt schätzt sie: 2006 zu Pfingsten sollen sie sich wieder zu einem großen Treffen hier in Rom einfinden.

ZENIT: *Viele haben Papst Benedikt XVI. unmittelbar nach seiner Wahl als „großen Inquisitor“ und „strengen Wächter der Rechtgläubigkeit“ bezeichnet. Er selbst sieht sich als unwürdigen „Arbeiter im Weinstock des Herrn“. Sie kennen ihn gut. Was halten Sie vom neuen Papst?*

Erzbischof Cordes: Die wenigen Wochen seines Pontifikats haben gewiss genügt, um das von Ihnen angesprochene Vorurteil aus der Welt zu schaffen. Wer Kardinal Ratzinger kannte, hat es nie geteilt. Wem er fern stand, wurde eines Besseren belehrt. Der Grund für seine Diskreditierung war wohl auch die Tatsache, dass er gegebenenfalls unliebsame Wahrheiten von Glauben und Sitte in Erinnerung zu rufen hatte. Wie aber machen die Vermittler solcher Botschaften dann ihrem Ärger Luft? Indem sie den Boten herabsetzen und kaum etwas Positives über ihn berichten. Die Welt der Nachrichten ist ja immer auch durchstimmt von den Aggressionen mancher Journalisten. Dann aber verblüffen diejenigen, die „mit den Füßen abstimmen“ – wie etwa bis heute die zahllosen Pilger zu Johannes Paul II. und diejenigen, die im Augenblick Benedikt XVI. sehen und hören wollen. (ZENIT.org)

Benedikt XVI. wird die Menschen überzeugen

Papst Benedikt XVI. wird nach Meinung des deutschen Kurien-erzbischofs Paul Josef Cordes die Menschen durch seine Persönlichkeit überzeugen. Er sei ein sehr gewinnender Mensch und werde als Papst eine prophetische Botschaft für die Gegenwart und Zukunft bringen, sagte der Präsident des Päpstlichen Rates Cor unum am 27. Juli im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). In seiner Bilanz der ersten 100 Tage Amtszeit des neuen Papstes sagte Cordes, es sei noch sehr früh, um charakteristisch Neues an Benedikt XVI. ausmachen zu wollen. Einige Äußerlichkeiten hätten sich jedoch verändert. So verzichte der Papst „schon aus Altersgründen“ auf manche Aktivitäten, die unter seinem Vorgänger üblich gewesen seien. Er habe zum Beispiel kaum Gäste bei seinen Eucharistiefeiern am Morgen oder bei den Mahlzeiten. Vermutlich werde er auch weniger reisen als der Papst aus Polen.

Zum Begriff des RELATIVISMUS bei Joseph Ratzinger und Benedikt XVI.

VON ANDREAS M. RAUCH

Joseph Kardinal Ratzinger führt in seiner Predigt „pro eligendo papa“ im Petersdom vor dem Einzug der Kardinäle ins Konklave am 18. April 2005 aus: „Wie viele Glaubensmeinungen haben wir in diesen letzten Jahrzehnten kennen gelernt, wie viele ideologische Strömungen, wie viele Denkweisen... Das kleine Boot des Denkens vieler Christen ist nicht selten von diesen Wogen zum Schwanken gebracht, von einem Extrem ins andere geworfen: vom Marxismus zum Liberalismus bis hin zum Libertinismus; vom Kollektivismus zum radikalen Individualismus; vom Atheismus zu einem vagen religiösen Mystizismus; vom Agnostizismus zum Synkretismus, und so weiter. Jeden Tag entstehen neue Sekten, und dabei tritt ein, was der Paulus über den Betrug unter den Menschen und über die irreführende Verschlagenheit gesagt hat (vgl. Eph 4,14). Einen klaren Glauben nach dem Credo der Kirche zu haben, wird oft als Fundamentalismus abgestempelt, wohingegen der Relativismus, das sich „vom Windstoß irgendeiner Lehrmeinung Hin-und-hertreiben-Lassen“, als die heutzutage einzige zeitgemäße Haltung erscheint. Es entsteht eine Diktatur des Relativismus, die nichts als endgültig anerkannt und als letztes Maß nur das eigene Ich und seine Gelüste gelten lässt.“ Relativismus meint, dass eine Wahrheit nicht absolut, sondern nur in Bezug auf den Menschen, seine Einstellungen und seine geschichtlich-gesellschaftliche Situation gültig sein könne.

Dem Relativismus stellt Ratzinger den Sohn Gottes gegenüber. Dabei spricht Ratzinger von einem erwachsenen Glauben, der tief in Christus wurzelt und nicht herrschendem Zeitgeist hinterher läuft. Ratzinger beruft sich auf Paulus und seinen ersten Korintherbrief, in dem davon gesprochen wird, dass sich in Christus Wahrheit und Liebe decken: „In dem Maße, in dem wir uns Christus nähern, verschmelzen auch in unse-

rem Leben Wahrheit und Liebe. Die Liebe ohne Wahrheit wäre blind; die Wahrheit ohne Liebe wäre wie ‚eine lärmende Pauke‘ (1 Kor 13,1).“ Der Begriff der Wahrheit ist bei Ratzinger zentral. Als Präfekt der römischen Glaubenskongregation hatte er sich den Wappenspruch „Mitarbeiter der Wahrheit“ gegeben. Wer um die Wahrheit des christlichen Glaubens weiß, der steht konträr zum Relativismus in Politik und Gesellschaft. Wie wichtig Benedikt XVI. der Begriff der Wahrheit ist, wird in dem von ihm gewählten Thema zum Weltfriedenstag 2006 deutlich, der unter dem Leitspruch „Der Friede

Relativismus meint, dass eine Wahrheit nicht absolut, sondern nur in Bezug auf den Menschen, seine Einstellungen und seine geschichtlich-gesellschaftliche Situation gültig sein könne.

gründet in der Wahrheit“ steht (s.a.S. 11). Mit dem Begriff der Wahrheit verbindet Benedikt XVI., dass Menschenrechte anerkannt, das natürliche Völkerrecht und seine universalen Prinzipien respektiert und Gerechtigkeit verwirklicht werden. Diese Inhalte sind mit relativistischem Denken, in dem alle Werte für gleichrangig angesehen werden, unvereinbar.

In seiner Veröffentlichung „Werte in Zeichen des Umbruchs“ geht Ratzinger im Kapitel „Was ist Wahrheit?“ auf die Bedeutung religiöser und sittlicher Werte in der pluralistischen Gesellschaft sowie auf den Relativismus als Voraussetzung der Demokratie ein.¹ Dabei gelangt er zu Überzeugungen wie: Die Kirche dürfe keinen Ausverkauf der Wahrheit betreiben, sie müsse vielmehr „den moralischen Grundwasserspiegel der Menschheit halten“, oder dass der Kern der heutigen Krise der Verzicht auf Wahrheit sei.² Diese Krise, die Diktatur des Relativismus, könne nur

durch ein neues Verhältnis von Vernunft und Glaube überwunden werden, welches den Weg zum Weltfrieden eröffnet.³ Hier steht Benedikt XVI. ganz in der Tradition seines Vorgängers Benedikt XV., dem Friedenspapst während des I. Weltkrieges und dem heiligen Benedikt von Nursia, dem Patron Europas.

Nach Ratzinger bewirkt die Demokratie zwar nicht die ideale Gesellschaft, aber sie stellt das einzig angemessene Regierungssystem für mündige Menschen dar – eben weil sie totalitäre Herrschaftsformen ablehnt. Zur Demokratie gehört auch die pluralistische Gesellschaft; Freiheits- und Menschenrechte werden durch den demokratischen Rechtsstaat garantiert. Ratzinger verdeutlicht, dass der Staat dem Einzelnen zwar ein hohes Maß an Autonomie ermöglicht, jedoch diese Freiheitsrechte durch Menschenrechte und Grundwerte beschränkt sind, die selbst keiner Mehrheitsentscheidung unterliegen. Der Staat ist nicht Quelle von Wahrheit und Moral; vielmehr muss er das unerlässliche Maß an Erkenntnis und Wahrheit über das Gute von außerhalb seiner selbst nehmen, also über die Verfassung und Gesetze hinaus aus in einem vernünftigen Miteinander von Staat und Religion.⁴ Joseph Ratzinger: „Als am meisten universale und rationale religiöse Kultur hat sich der christliche Glaube erwiesen, der auch heute der Vernunft jenes Grundgefüge an moralischer Evidenz darbietet, ... ohne den eine Gesellschaft nicht bestehen kann.“

Das Gegenmittel zum Relativismus ist nicht ein Programm oder eine Theorie, sondern sind Menschen, die Zeugnis vom christlichen Glauben geben.

1 Joseph Kardinal Ratzinger: Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Freiburg i.B. 2005, S. 49 ff.

2 vgl. Ratzinger, a.a.O., 2005, S. 51.

3 Ratzinger, a.a.O., 2005, S. 138 ff.

4 vgl. Ratzinger, a.a.O., 2005, S. 63 f.

KATHECHISMUS DER KATHOLISCHEN KIRCHE:

Papst veröffentlicht neuen Kurz-Katechismus

Papst Benedikt XVI. hat am 28. Juni den neuen Kurz-Katechismus der katholischen Kirche veröffentlicht. Das 205-seitige, reich bebilderte Buch stellt die katholische Glaubenslehre in 598 Fragen und Antworten dar. In vier großen Abschnitten geht es um das Glaubensbekenntnis, die Sakramente, das christliche Leben anhand der Zehn Gebote und das christliche Gebet. Dabei steht das „Vaterunser“ im Mittelpunkt.

Angesprochen werden beispielsweise Themen wie Abtreibung, Sterbehilfe, Todesstrafe und künstliche Befruchtung. Eine kurze Sammlung von Gebeten und Glaubensformeln sowie ein Stichwortverzeichnis schließen das Glaubensbuch ab. Bei den rund 30 Abbildungen handelt es sich um mittelalterliche Miniaturen, antike Mosaiken oder Malereien von van Eyck oder van der Weyden.

In weniger als einem Jahr fertig gestellt

Bei einer Feier in der vatikanischen Sala Clementina überreichte Papst Benedikt XVI. das Kompendium stellvertretend an elf Personen, darunter den Wiener Kardinal Christoph Schönborn, einen Bischof, einen Priester, eine Ordensfrau und Jugendliche. Das neue Glaubensbuch folgt in Aufbau, Gliederung und Inhalt dem großen Katechismus von

1992, der von Papst Johannes Paul II. herausgegeben worden war und rund 800 Seiten umfasst. Der Kurz-Katechismus war 2002 von Papst Johannes Paul II. in Auftrag gegeben worden. Eine 2003 eingerichtete Arbeitsgruppe unter dem früheren Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, stellte das Buch in weniger als einem Jahr zusammen.

Das Kompendium richtet sich nach den Worten von Benedikt XVI. „ideell auch an jede Person guten Willens, die den unergründlichen Reichtum des Heilsmysteriums Jesu Christi kennen lernen möchte“. Es handele sich nicht um einen neuen Katechismus, sondern um ein Kompendium, das den Katechismus von 1992 abbilde. Das Werk sei dem Bedürfnis entsprungen, die katholische Glaubens- und Morallehre kurz und komprimiert darzustellen. Die Lehre solle in einer für alle verständlichen Sprache formuliert sein.

Forderungen an den Staat

Im Text werden Mord, aber auch Abtreibung, Euthanasie und Selbstmord als „schwerer Gegensatz zum Moralgesetz“ bezeichnet. Menschliches Leben müsse von der Empfängnis an absolut geschützt werden. Das unveräußerliche Recht eines jeden auf Leben bilde einen festen Bestandteil der zivilen Rechtspre-

chung. „Wenn der Staat nicht seine Stärke in den Dienst der Rechte aller stellt, insbesondere der Schwächsten und der noch nicht Geborenen, werden die Fundamente des Rechtsstaats bedroht.“

Für die Verhängung der Todesstrafe sieht das Buch kaum eine Notwendigkeit, in der Praxis sogar fast gar keine mehr. Der Staat verfüge über genügend andere Mittel, um Verbrechen zu bekämpfen und Schuldige aus dem Verkehr zu ziehen. Unter den Sünden listet das Kompendium „Ehebruch, Masturbation, Unzucht, Pornografie, Prostitution, Vergewaltigung und homosexuelle Akte“ auf. Der Katechismus bestätigt das Recht auf Privateigentum, verweist aber auf dessen Gemeinbindung. Er bekräftigt die Soziallehre und verurteilt alle wirtschaftlichen oder sozialen Systeme, die Profit zum ausschließlichen Prinzip und Selbstzweck erheben.

Zugleich „weist die Kirche die Ideologien zurück, die in moderner Zeit mit dem Kommunismus verbunden sind, oder die atheistischen und totalitären Formen des Sozialismus.“ Nach der italienischen Urfassung sollen demnächst Übersetzungen erscheinen. Ein Termin für eine deutsche Ausgabe liegt noch nicht vor.

Der deutsche Kurzkatechismus erscheint nach einem ausdrücklichen Wunsch des Papstes und der deutschen Bischöfe rechtzeitig zum Weltjugendtag auch in deutscher Sprache im Pattloch-Verlag. Er ist die erste nicht-italienische Ausgabe. (KNA)

Kirche sieht Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen

Die katholische Kirche sieht den Religionsunterricht vor neuen Herausforderungen. Hintergrund sind die Schulreform und die veränderte religiöse Situation von Kindern und Jugendlichen, wie es in einer Ende Juni in Bonn veröffentlichten Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) heißt. Anlass ist die Herausgabe einer Broschüre (Die Deutschen Bischöfe Nr. 80) zu dem Thema, die sich an Religionslehrer und Verantwortliche in der Lehrerbildung richtet.

Die Kirche geht davon aus, dass viele Kinder und Jugendliche kaum

mehr religiös sozialisiert sind. Deshalb sei Religionsunterricht der wichtigste und oft einzige Ort, an dem junge Menschen den christlichen Glauben kennen lernen könnten. Da die Lehrer häufig nicht mehr an religiöse Erfahrungen aus Familie und Gemeinde anknüpfen könnten, sei es umso wichtiger, dass die Schüler im Unterricht einen Einblick in die innere Struktur und Logik des Glaubens erhielten. Damit entspreche der konfessionelle Religionsunterricht auch einer Forderung der Schulreform, die eine Stärkung des Grundwissens in allen Fächern an-

ziele. Gelehrter Glaube erfordert laut den Bischöfen zugleich gelebten Glauben. Deshalb müssten die Schüler auch damit vertraut gemacht werden. Notwendig sei eine Zusammenarbeit mit Pfarrgemeinden, Klöstern, der Caritas und kirchlichen Jugendgruppen. Das Wort der Bischöfe will Lehrer, Eltern und Schüler ermuntern, sich im Prozess der Schulreform für eine humane Gestaltung des Schullebens einzusetzen und würdigt den Beitrag von Religionsunterricht und Schulpastoral zur Schulkultur. (KNA)

Hinweis: Näheres unter www.dbk.de

KATHOLISCHE GLAUBENSLEHRE:

Vatikan beklagt „Schatten über Eucharistie“

Der Vatikan hat die Nichtzulassung wiederverheirateter Geschiedener zum Kommunionempfang sowie das Verbot der Interkommunion bekräftigt. Oft achteten Gläubige beim Kommuniongang nicht darauf, ob sie im Stand der Sünde seien, heißt es in einem Arbeitspapier für die bevorstehende Bischofssynode, das am Donnerstag im Vatikan veröffentlicht wurde. Deshalb sei in manchen Ländern die Zulassung zur Kommunion bei Geschiedenen und standesamtlich Wiederverheirateten nicht selten. Im Papier wird ein „großes Missverhältnis zwischen den vielen Gläubigen, die kommunizieren, und den wenigen, die beichten“, beklagt. Manche empfinden die Kommunion, obwohl sie die Lehre der Kirche verneinten oder öffentlich unmoralische Entscheidungen wie Abtreibung unterstützen. Dies sei ein „Akt schwerer persönlicher Unehrllichkeit“.

Von der Bischofssynode über die Eucharistie im Oktober erhofft sich der Vatikan neue Impulse für das Selbstverständnis der Kirche sowie für den Dienst der Christen für die Welt. Aus der Eucharistie als Mitte der Kirche ergäben sich Auswirkungen für den Sozial- und den Friedensdienst der Kirche in der Welt,

für die Nächstenliebe und für die Ökumene. Gleichzeitig werden darin „Schatten über der Feier der Eucharistie“, ein Rückgang des sonntäglichen Messbesuchs, ein Sinnverlust für das Heilige und ein verblassendes Verständnis der realen Anwesenheit Christi beklagt. Das Papier fordert eine Beachtung der liturgischen Normen und plädiert für eine würdige Feier und einen würdigen Rahmen der Eucharistie. Diese könne nur von einem geweihten Priester geleitet werden. Ausdrücklich wendet sich das Dokument gegen Interkommunion. Eine gemeinsame Eucharistiefeier setze kirchliche Gemeinschaft voraus. Die Feier der Eucharistie sei Ziel der Einheit und dürfe „nicht das Mittel der Vereinigung“ sein. Allerdings könnten Katholiken unter bestimmten Voraussetzungen die Kommunion in orientalischen Kirchen empfangen, die trotz mangelnder Gemeinschaft mit den Katholiken das gleiche Eucharistieverständnis teilen.

„Mitunter banale Riten“

Das 95-seitige Arbeitspapier ist Grundlage der XI. Ordentlichen Bischofssynode, die vom 2. bis 23. Oktober im Vatikan unter dem Leitwort stattfindet: „Die Eucharistie:

Quelle und Höhepunkt des Lebens und der Sendung der Kirche.“ Das vom Synodensekretariat herausgegebene Dokument fasst eine Umfrage unter den verschiedenen Ortskirchen zu dem Thema zusammen. Darin heißt es, in den säkularisierten Gesellschaften spüre man eine Schwächung des „Sinnes für das Geheimnis“. Sie sei auch Folge mancher Auslegungen der konziliaren Liturgiereform, die mitunter zu banalen Riten führten. Angesichts einer Entfremdung des pastoralen Lebens von der Eucharistie erwarte man sich von der Synode Impulse, die Eucharistie besser als „Antwort auf die Zeichen der Zeit und der zeitgenössischen Kultur“ zu verstehen.

Die Synodenumfrage hat nach Vatikan-Angaben eindringlich die personale und kirchliche Bedeutung der Eucharistie für das moralische Leben betont. Die Kirche müsse gerade auch diejenigen seelsorgerisch begleiten, „die unter moralischen Bedingungen leben, die ihnen nicht erlauben, an der sakramentalen Kommunion teilzuhaben“. Vor allem bei Totenmessen oder Hochzeiten gingen viele Teilnehmer zur Kommunion, weil sie glaubten, eine Messe sei ohne Kommunion nicht gültig, so das Vatikan-Papier. (KNA)

MELDUNGEN UND MEINUNGEN ZUM THEMA:

Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft

US-Vergleichsumfrage in verschiedenen Ländern

Religion spielt in der US-Politik eine weit größere Rolle als in anderen mit den USA befreundeten Staaten. Das ist das Ergebnis einer Anfang Juni 2005 vorgestellten Befragung des Meinungsforschungsinstituts Ipsos zur Religiosität in zehn Ländern, darunter auch Deutschland. Laut der Studie im Auftrag der Nachrichtenagentur AP gaben 84 % der US-Amerikaner an, dass ihr Glauben eine große Rolle in ihrem Leben spiele. 37 % erklärten, Religionsvertreter sollten versuchen, Einfluss auf Politiker auszuüben. Die US-Verfassung schreibt eine strikte

Trennung von Religion und Staat vor. Dennoch ist die Verflechtung von religiösen Anschauungen und politischen Entscheidungen eng. Jüngste Beispiele sind der US-Präsidentenwahlkampf im vergangenen Herbst, die Auseinandersetzungen im Sterbehilfe-Fall Terri Schiavo sowie die Konflikte um „Homo-Ehe“ und die Förderung embryonaler Stammzellforschung mit öffentlichen Geldern.

Am wenigsten religiös zeigten sich der Umfrage zufolge die Westeuropäer. In Deutschland erklärten 54 %, Religion sei wichtig für ihr Leben; 46 % hielten sie für nicht wichtig (vgl. *Emnid-Umfrage* S. 29, Sp. 2).

Noch niedriger wurde die Bedeutung von Religion in Spanien (46 zu 52), Großbritannien (43 zu 57) und Frankreich (37 zu 63) angegeben. Lediglich in Italien (80 zu 19) und in Mexiko (86 zu 14) habe es ähnlich hohe Werte bei der persönlichen Religiosität wie in den USA (84 zu 14) gegeben. Allerdings hätten sich die Mexikaner mit großer Mehrheit gegen ein religiöses Lobbying in der Politik ausgesprochen. Auch in Mexiko gilt eine strenge Trennung von Staat und Kirche.

Drei von vier Deutschen gegen religiöse Einnischung

Nur jeder fünfte Deutsche erklärte laut Ipsos, Religionsvertreter sollten versuchen, Regierungsentscheidungen zu beeinflussen. Die deut-

sche Quote von 20 zu 75 % in dieser Frage lag im westeuropäischen Durchschnitt jedoch deutlich unter der der USA (37 zu 61 %). Die Umfrage wurde Ipsos zufolge im Mai durchgeführt und umfasst die USA, Mexiko, Kanada, Australien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Südkorea.

In Deutschland stimmten lediglich 22 % der Aussage zu: „Ich weiß, dass Gott existiert, und habe keinerlei Zweifel daran.“ In Italien waren dies 50 %, in den USA 70 und in Mexiko 80 %. 33 % der Deutschen erklärte: „Ich glaube nicht an einen personalen Gott, aber ich glaube an eine bestimmte höhere Macht.“

Zahl der US-Katholiken steigt auf 67,8 Millionen

Die Zahl der Katholiken in den USA ist nach einem neu erschienenen kirchlichen Handbuch auf 67,8 Millionen im vergangenen Jahr gestiegen. Das waren 560.000 mehr als Ende 2003, wie die katholische US-Nachrichten-Agentur CNS am 1. Juni berichtete. Dennoch gingen die Zahl der Taufen, kirchlichen Hochzeiten und Erstkommunionen teilweise stark zurück. – Die steigende Katholikenzahl dürfte insbesondere mit der zunehmenden Einwanderung aus lateinamerikanischen Staaten zusammenhängen. Derzeit leben in den USA 41,3 Millionen Hispanics bei insgesamt 293,7 Millionen Einwohnern.

Laut kirchlicher Statistik hat sich beispielsweise bei den katholischen Eheschließungen ein seit 30 Jahren währender Minus-Trend in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt. So wurden im Jahr 1970, als die Zahl der US-Katholiken bei 48 Millionen lag, über 426.000 katholische Hochzeiten gezählt. Trotz 40 % mehr Katholiken belief sich die Zahl der Eheschließungen im vergangenen Jahr lediglich auf 223.862. Die Zahl der Kindertaufen sank von 985.141 im Jahr 2003 auf 977.578 im vergangenen Jahr. Die Zahl der Welt- und Ordenspriester betrug Ende 2004 43.422 oder rund 800 weniger als im Jahr zuvor. Ordensfrauen gab es 69.963 oder 1.500 weniger als 2003.

Glaube für Deutsche wichtig

Nach einer Anfang Juni 2005 veröffentlichten Emnid-Umfrage

spielt der Glaube für die große Mehrheit der Deutschen eine wichtige Rolle. 68 % der Bundesbürger halten es für wichtig oder sehr wichtig, an etwas zu glauben. Dabei habe der Glaube für Westdeutsche (73 %) einen höheren Stellenwert als für Ostdeutsche (52); Frauen (76) bedeute er mehr als Männern (60). Nur für jeden zehnten Befragten ist der Glaube völlig unwichtig.

Ein anderes Ergebnis der Umfrage: Jeder fünfte Deutsche (21 %) sieht seine Einstellung zum Glauben durch den Tod von Papst Johannes Paul II. beeinflusst. Diese Gruppe fühlt sich durch den Leidensweg des katholischen Kirchenoberhauptes in ihrem Glauben bestätigt. 67 % der Befragten stehen Kirche und Religion allerdings unverändert kritisch gegenüber. Und 84 % stimmten der Aussage zu, dass jemand, der nicht an Gott glaubt, trotzdem ein gläubiger Mensch sein kann.

Mit Blick auf die Parteizugehörigkeit sind 60 % der CDU-Wähler überzeugt, dass es Gott gibt. 16 % des Unionslagers gehen vom Gegenteil aus. Bei den Bündnisgrünen liegt das Verhältnis bei 48 zu 19 %, bei der FDP 45 zu 22 %. Die Liberalen haben mit 33 % zudem die größte Gruppe jener, für die unklar ist, ob es Gott gibt. Bei der SPD liegt das Verhältnis zwischen Gläubigen und Ungläubigen bei 40 zu 29 %. Die meisten Atheisten verzeichnet die Linkspartei, bei der fast jeder Zweite nicht an Gott glaubt und nur jeder Vierte sich als gläubig bezeichnet. Über CSU-Wähler äußert sich die veröffentlichte Statistik nicht.

Religionssoziologe: Chronische Krise der Glaubensweitergabe

Eine „chronische Krise“ bei der Weitergabe des christlichen Glaubens sieht der Freiburger Religionssoziologe Michael N. Ebertz. In den letzten Jahrzehnten sei es zu „regelrechten Traditionsabbrüchen“ gegenüber den nachwachsenden Generationen gekommen, schreibt Ebertz in der Juni-Ausgabe des Materialdienstes für die Gemeindepastoral des Erzbistums Freiburg. Nach Angaben des Wissenschaftlers gibt es aber keinen „Kursverfall“ des Religiösen generell. Vielmehr könne eine „Vervielfältigung, eine Pluralisierung religiöser Angebote“ wahrgenommen

werden. Neuartig sei an dieser religiösen Pluralisierung ihr Ausmaß und die Tatsache, „dass sie so niederschwellig – zum Beispiel über die Massenmedien oder das Internet – zugänglich ist“. Durch die modernen sozialen Kommunikationsmittel würden christlich-kirchliche Denk- und Verhaltensweisen in Frage gestellt und relativiert. Dadurch würden die überkommenen Formen der Kirchlichkeit geschwächt.

Viele Kirchenmitglieder gingen unter solchen Bedingungen dazu über, bestimmte religiöse Vorstellungen aus der christlichen Tradition auszuwählen und diese sogar mit nichtchristlichen Überlieferungen zu mischen, so Ebertz. Andere suchten sich aus der kirchlichen Ethik und Morallehre das aus, was ihnen passe. „Die Kirche ist deshalb herausgefordert, die Menschen bei der Erschließung und Vertiefung ihrer individuellen Berufung nicht allein zu lassen, ihren Sendungsdienst sensibel auf die neuen religiösen Gelegenheiten auszurichten und ihren Sammlungsauftrag unter den neuartigen Bedingungen der Religionsfreiheit neu zu definieren“, schreibt der Wissenschaftler.

ZdK-Präsident Meyer: Mangelndes Interesse an Religion

Religiöse Gleichgültigkeit in Deutschland und eine „ethische Banalisierung“ hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, beklagt. Ähnlich wie in einigen Ländern Osteuropas gebe es gegenwärtig in der Bundesrepublik eine zunehmende „Distanz zu jeder Art religiösen Fragens“. Anstatt eine Suche nach Wahrheit zu betreiben, wird Meyer zufolge in Deutschland Religion zur Privatsache erklärt. Er bedauerte, dass die Kirchen in den neuen Bundesländern an Einfluss verlören, nachdem sie als politische Kraft zur Überwindung des Kommunismus „ihre Schuldigkeit getan“ hätten.

Gegenwärtig werde in Deutschland eine „individualistisch versessene Existenz“ nicht in Frage gestellt, so Meyer. Verbreitete Patchwork-Religiosität und ein Mix aus fernöstlich mystischen Elementen würden den aus Sicht des ZdK-Präsidenten für Europa nötigen Bedarf an Religion nicht decken.

(PS nach: KNA)

Bischöfe und Laien: Bewegung im „Räte“-System

Schließen Kirchenordnung und demokratisches Prinzip sich gegenseitig aus?

Erhalten Laien in Kirchengremien ihre Autorität durch Wahl oder durch die Zustimmung des Bischofs?

*In notwendigen Dingen Einheit,
in nicht notwendigen Dingen Freiheit,
aber in allen Dingen Liebe!
(Augustinus)*

In das seit der Würzburger Synode (1971-1975) eingespielte „Räte“-System im deutschen Katholizismus kommt Bewegung. Die durch Priester- und Finanzmangel bedingte Zusammenlegung von Gemeinden zu immer größeren Einheiten stellt – allein schon aus praktischen Gründen – die weitere Existenz der Pfarrgemeinderäte in Frage. Soll es nun im Seelsorgeverband ein zusätzliches Gremium geben oder ist es nicht besser, sich nur noch auf dieser Ebene zusammenzuschließen? Manche Bischöfe favorisieren inzwischen offen diese „große Lösung“ und wünschen sich dabei auch eine straffere Führung der Gremien durch den Pfarrer, der bisher in der Regel nicht Vorsitzender ist, aber ein umfassendes Vetorecht besitzt.

Neben pragmatisch-organisatorischen Fragen gibt es offensichtlich auch theologischen Klärungsbedarf. Den hat zumindest der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller bei der Frühjahrsvollversammlung der Freisinger Bischofskonferenz angemeldet – und von dieser den offiziellen Auftrag erhalten, die Satzungen der bayerischen Pfarrgemeinderäte theologisch und ekklesiologisch zu überprüfen sowie diesbezügliche Einwände aus anderen Bistümern zu sammeln. Unmittelbar danach änderte Müller in seiner Diözese die Satzung und die Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte: Zum einen stellte er die Satzung unter den Vorbehalt, „dass die freie Ausübung der dem Diözesanbischof nach göttlichem Recht (iure divino) zukommenden ordentlichen, eigenberechtigten und unmittelbaren geistlichen Gewalt gewahrt bleibt“. Zum anderen fügte er in der Wahlordnung zu den bisher geltenden Bedingungen, wonach die Kandidaten ein Leben führen müs-

sen, „das dem Glauben und dem zu übernehmenden Dienst entspricht“, den Passus ein, dass es auch „in Einklang ist mit der Lehre und den Grundsätzen der katholischen Kirche“. Und: „Gegenteiliges Verhalten führt zum Verlust des passiven Wahlrechts bzw. zum Ausschluss aus dem Pfarrgemeinderat durch den Bischof.“

Dieser Vorgang löste einen Konflikt mit dem seit Ende 2003 amtierenden Regensburger Diözesanratsvorsitzenden Fritz Wallner aus, in den sich inzwischen auch die im Landeskomitee der Katholiken in Bayern (LdK) und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) organisierten Laien eingeschaltet haben. Nach ZdK-Angaben war die Materie inzwischen auch Thema im Gemeinsamen Ausschuss mit der Deutschen Bischofskonferenz. In dem Konflikt geht es um das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Diözesanpastoralräten und dem Ortsbischof. Solche Gremien, deren Mitglieder gemäß den Beschlüssen der Würzburger Synode mehrheitlich gewählt sein müssen, gibt es in mehreren deutschen Bistümern, allerdings nicht in der von Müller jetzt anvisierten Zusammensetzung, in der die Laien nicht mehr die Mehrheit hätten, wie von der Synode vorgegeben. Bisher haben diese „Räte“ ihre Satzungen selbst formuliert und dann vom Ortsbischof genehmigen lassen.

Die Laienvertreter im Bistum Regensburg fühlen sich in ihren Mitsprachemöglichkeiten übergangen, weil der Bischof die Änderungen ohne Rücksprache vorgenommen hat. Zudem bestreitet Wallner, dass Müller rechtens gehandelt habe. Dieser wiederum sieht in der Kritik einen „Angriff auf die Integrität des Bischofsamtes“. Wallner wird vom LdK und vom ZdK unterstützt, wobei das bayerische Laien-Komitee deutlich moderatere Töne anschlägt und wiederholt seine Vermittlung angeboten hat, um eine einvernehmliche

Lösung zu erzielen. Dafür aber sieht die Bistumsleitung keinen Bedarf. Aus dem Ordinariat erhielt Wallner den Rat, sein Kirchenverständnis zu überprüfen.

Entzündet hat sich der Streit an der Interpretation einer nach wie vor gültigen Bestimmung in der Satzung für die Pfarrgemeinderäte im Bistum Regensburg. Änderungen der Satzung, heißt es dort, „werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Regensburg beschlossen. Sie bedürfen der Zustimmung des Diözesanbischofs und werden von ihm in Kraft gesetzt“. Aus diesem Passus leitet Wallner ab, dass Satzungsänderungen „zuerst in einem intensiven und vertrauensvollen Dialog innerhalb des Diözesanrates und auch mit dem Bischof beraten werden“. Müller vertritt dagegen die Auffassung, dass er die Satzung auch ohne Einbeziehung des Diözesanrates ändern kann. Für beide Rechtsauffassungen finden sich Kirchenrechtler, die die jeweilige Position argumentativ untermauern. – Einigkeit besteht darin, dass es sich um eine komplexe Materie handelt. Das kirchliche Gesetzbuch kennt die deutsche Konstruktion der „Räte“ nicht. Diese sind Frucht der Tradition des Verbandskatholizismus und der Würzburger Synode. Ihr doppelter Charakter als Beratungsorgan des Pfarrers bzw. des Bischofs in Fragen der Seelsorge und als selbstständig beschließendes Organ des Laienapostolats gemäß dem entsprechenden Konzilsdekret ist von den deutschen Bischöfen mehrfach bestätigt und in den Satzungen festgeschrieben worden und somit legitimes deutsches Partikularrecht. Die Vorgänge in Regensburg nähren in ZdK und LdK die Sorge, ob diese aus ihrer Sicht seit 30 Jahren bewährte Konstruktion noch Zukunft hat.

Das Verhältnis zwischen dem Regensburger Bischof und seinem Diözesanrats-Vorsitzenden ist nicht

ungetrübt. Dass aber Müller in der aktuellen Frage mit Wallner keinen persönlichen Zwist austrägt, liegt inzwischen auf der Hand. Der Bischof strebt eine Neuordnung der „Räte“ in seinem Bistum an. Im Mai beauftragte er eine Evaluierungskommission mit der Untersuchung der Arbeit des Diözesanrats während der letzten zweieinhalb Jahre. Dem Bischof geht es darum, die Laienarbeit zu modernisieren und effizienter zu machen. Was Müller darunter versteht, deutete er gegenüber der „Mittelbayerischen Zeitung“ in Regensburg an: Er wünscht einen Diözesanpastoralrat, der zu je einem Drittel aus Priestern, Ordensleuten und Laien besteht, und dessen Mitglieder mehrheitlich vom Bischof berufen werden. Wie dieses Gremium ausgestaltet werden soll, ob es den Diözesanrat ersetzen oder ob dieser darin aufgehen soll, ließ er offen. Und im Interview mit dem Ingolstädter „Donaukurier“ stellte er klar: „Ein Laiengremium und dessen Vorsitzender haben nicht das Recht, den Bischof zu kritisieren und zu kontrollieren. (...) In der Kirche hält nur einer das Steuer in der Hand: der Bischof!“

Hierarchie und Demokratie

Dass man das auch anders sehen kann, zeigt eine Aussage des designierten Linzer Bischofs Ludwig Schwarz. Dieser plädiert für ein Gleichgewicht der Kräfte in der Kirche. Jesus Christus habe die Kirche zwar hierarchisch gewollt, aber auch das demokratische Prinzip sei in ihr „immer voll berechtigt“ gewesen, sagte Schwarz im Gespräch mit der „Oberösterreichischen Rundschau“. Für ihn sei es wichtig, „hinzuhören, die Probleme auch von der Gegenseite her zu sehen und zu helfen, dass man gemeinsam zu guten Lösungen kommt“, erklärte Schwarz mit Blick auf seine neue Aufgabe.

Keine Entspannung in Sicht

Inzwischen eskaliert die Situation: Der Hauptausschuss des Diözesanrats steht hinter seinem Vorsitzenden und sieht in dem Streit eine „schwere Belastung für uns alle und für die Kirche von Regensburg“. Statt weiteren Schuldzuweisungen und Vorwürfen sollte die Auseinandersetzung rasch beendet werden.

Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern bot erneut seine Vermittlung an. Der Bischof entzog daraufhin Wallner die Weisungsbefugnis für die Geschäftsstelle des Diözesanrats und übertrug sie seinem Seelsorgeamtsleiter, Domkapitular Peter Hubbauer.

Für Wallner bedeutet das unter anderem, dass er künftig eine Erlaubnis einholen muss, um Briefe an andere Ratsmitglieder zu verschicken. Diesen „internen Verwaltungsvorgang“ begründete Bistumssprecher Philipp Hockerts mit dem „Bruch des Vertrauensverhältnisses“. Wallner sieht weiterhin keinen Anlass für einen Rücktritt oder eine Amtsenthebung. Alle bisherigen Maßnahmen gegen ihn seien ohne triftigen Grund erfolgt. Allerdings werde seine Arbeit immer mehr beeinträchtigt.

Der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, erklärte, der Regensburger Bischof setze seine Politik der unversöhnlichen Beschädigung der Person und des Amtes des Diözesanratsvorsitzenden fort. Außerdem warf er Müller ein „absolutistisches Amtsverständnis“ vor. Die Gemeinsamkeiten von Bischöfen, Priestern und Laien in der katholischen Kirche Deutschlands würden durch die Missachtung der geltenden Diözesanratssatzung und der Beschlüsse der Gemeinsamen Synode in Würzburg durch den Ortsbischof mit bedrückender Konsequenz in Frage gestellt.

Schützenhilfe

Begleitmusik ertönt inzwischen auch aus der Erzdiözese München und Freising: Der dortige Diözesanratsvorsitzende Alois Baumgartner sagte demonstrativ, aber ohne explizit auf Regensburg Bezug zu nehmen, er sei dankbar dafür, dass unter den bisherigen Münchner Erzbischöfen, den Kardinälen Julius Döpfner, Joseph Ratzinger und Friedrich Wetter, die Katholikenräte stets jene Anerkennung und Ermutigung erfahren hätten, die dem Wort und dem Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils entsprächen. Im Übrigen habe Wetter soeben in enger Kooperation mit dem Diözesanrat neue Satzungen für die Katholikenräte erarbeitet und in Kraft gesetzt.

Außerdem führte Baumgartner als „Kommentator“ indirekt den heutigen Papst an, indem er ausführlich aus dem erstmals 1970 erschienenen Buch „Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen“ (2. Auflage 2000) von Joseph Ratzinger und Hans Maier zitierte. „Diözesanräte“, hat Ratzinger darin ausgeführt, „sind als Forum der Begegnung unterschiedlicher Tendenzen und Kompetenzen, als eine Weise der Auseinandersetzung und der Konsensbildung in den Herausforderungen unterschiedlicher Situationen zu einer wertvollen Kraft geworden, die dem Bischof hilft, die unterschiedlichen Aspekte auftretender Fragen, die Stimmungen und Erfahrungen in den verschiedenen Schichten seiner Diözese wie die Möglichkeiten sinnvoller pastoraler Aktion zu erkennen und entsprechend zu handeln. Freilich wird hier die Versuchung schon größer, in angespannten Situationen mehr zu den Medien als zueinander zu reden. Aber je mehr die gemeinsame Arbeit zu einer normalen Situation der Mitglieder wird, desto leichter kann man dieser Versuchung widerstehen.“

(aus: KNA-ID Nr. 30/20. Juli 2005 und Nr. 31 / 27. Juli 2005)

HINWEIS:

Unter dem Titel „DIE RECHTSTELLUNG DER RÄTE IN DEUTSCHLAND“ hatte AUFTRAG bereits in Heft 252/253/Januar 2004, Seite 86-88, ein „Plädoyer für ein eigenständiges Laienengagement in den Räten“ veröffentlicht. Dies waren die Ausführungen des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, vor der Vollversammlung des obersten Laiengremiums der katholischen Kirche in Deutschland am 21. November 2003 in der Stadthalle von Bad Godesberg. Unter Bezug auf das II. Vatikanische Konzil und die Würzburger Synode hatte Meyer damit den festen Willen der deutschen Katholiken unterstrichen, das unverzichtbare und freie Vereinigungsrecht in den katholischen Räten wahrzunehmen. Diese Bewertung ist nach wie vor zutreffend. (PS)

Bischof Mixa wechselt von Eichstätt nach Augsburg und bleibt Militärbischof

Walter Mixa (64), seit 1996 Bischof von Eichstätt, ist von Papst Benedikt XVI. zum neuen Bischof von Augsburg ernannt worden. Das wurde am 16. Juli zeitgleich im Vatikan und in Augsburg bekannt gegeben. Er folgt dem Benediktiner Viktor Josef Dammertz nach (76), der vor 13 Monaten altersbedingt zurückgetreten war. Die Entscheidung war mit Spannung erwartet worden, weil es sich um die erste Bischofsernennung des Papstes in seiner deutschen Heimat handelt. Mixa stammt aus Oberschlesien und ist Priester der Diözese Augsburg. Mit seinem Wechsel von der Altmühl an den Lech verwaist der Eichstätter Bischofsstuhl. Betroffen ist auch die einzige Katholische Universität im deutschen Sprachraum in Eichstätt und Ingolstadt, deren Großkanzler und vehementer Fürsprecher Mixa bisher war. Den Posten des katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr, den Mixa im Jahr 2000 vom verstorbenen Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba übernahm, wird er voraussichtlich behalten.

Mit der neuen Aufgabe erhält der Augsburger Bischof zwar keine Beförderung dem Titel nach, aber mehr

Verantwortung. Das bayerische Südwestbistum ist mit 1,5 Millionen Katholiken und einem Diözesanhaushalt von 231 Millionen Euro drei Mal so groß wie Eichstätt. Mixa stand bis zu seiner Bischofsweihe im Dienst Augsburgs: Er promovierte an der dortigen Universität, leitete 14 Jahre lang die Priesterfortbildung und war zuletzt Pfarrer von Schrobenhausen, wo er auch Ehrenbürger ist. Der temperamentvolle Bischof sieht sich selbst als „kultivierten Konservativen“. Sein besonderes Engagement gilt der Förderung von Priesterberufungen. Der großgewachsene Oberschlesier pflegt das offene Wort und scheut auch vor öffentlicher Kritik an seinen Mitbrüdern im Bischofsamt nicht zurück. So warf er ihnen unlängst eine Mitschuld am Priestermangel in Deutschland vor und verlangte mehr finanzielles Engagement für die Universität Eichstätt.

Bei seinen häufigen Truppenbesuchen, auch bei den im Ausland stationierten Soldaten, hat sich der Bischof den Ruf eines einfühlsamen Seelsorgers erworben, der gut zuhören kann. Seine politischen Stellungnahmen zu Krieg und Frieden werden auch im Verteidigungsministe-

rium aufmerksam registriert. Auslandseinsätze der Bundeswehr wie im Kosovo und Afghanistan werden von Mixa befürwortet, sofern sie einer humanitären Mission dienen. Zwei Wochen vor seiner Ernennung war Mixa in seinem Bischofshaus verunglückt. Bei einem Treppensturz zog er sich eine Gehirnerschütterung und einen Nasenbeinbruch zu, der operiert werden musste. Erst am Montag letzter Woche wurde der Bischof aus dem Krankenhaus entlassen, ließ sich aber bereits am Donnerstag von Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) in München den Bayerischen Verdienstorden überreichen.

Der Augsburger Diözesanadministrator Weihbischof Josef Grünwald hieß den neuen Bischof willkommen und rief Priester und Gläubigen auf, Mixa in großer Offenheit aufzunehmen. Bereits am Samstagnachmittag kam der Bischof zu einem privaten Besuch nach Augsburg. Altbischof Dammertz begrüßte Mixa als 60. Nachfolger des heiligen Ulrich und wünschte ihm für seine Entscheidungen den Beistand des Heiligen Geistes. Glück- und Segenswünsche kamen auch vom Münchner Kardinal Friedrich Wetter als Vorsitzendem der Freisinger Bischofskonferenz und vom Augsburger Diözesanratsvorsitzenden Helmut Mangold. Mangold sagte, er habe Mixa als aufgeschlossenen Seelsorger erlebt, mit dem man schwierige Probleme vernünftig besprechen könne. (KNA)



Dr. Walter Mixa wird am 23. März 1996 im Augsburger Dom von Diözesanbischof Dr. Viktor Josef Dammertz OSB zum Bischof geweiht. Die Handauflegung durch die anwesenden Bischöfe während der Weiheliturgie ist Zeichen für die Herabrufung des Heiligen Geistes und für die Einsetzung in den kirchlichen Leitungsdienst; hinter Bischof Dammertz der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Mainzer Diözesanbischof Prof. Dr. Karl Lehmann. (Foto: Thomas Pinzka)

STICHWORT: Bistum Augsburg

Das Bistum Augsburg liegt im Südwesten Bayerns und zählt sowohl nach der Fläche wie der Zahl der Gläubigen zu den großen Diözesen im Freistaat. Seine Grenzen reichen vom Bodensee bis nach Mittelfranken sowie von Baden-Württemberg bis vor die Tore Münchens (Statistik siehe unten).

Die Wurzeln der Diözese reichen ins frühe vierte Jahrhundert zurück. Der erste Bischof mit dem Namen Dionysius ist für das Jahr 304 belegt. Zu dieser Zeit soll auch die Glaubenszeugin Afra den Martertod erlitten haben. Sie wird neben dem heiligen Bischof Ulrich und dem heiligen Bischof Simpert als Bistumspatronin verehrt. Bischof Ulrich verteidigte Augsburg im Jahr 955 gegen den Ansturm der Ungarn, bis König Otto I. diese in der Schlacht auf dem Lechfeld besiegte.

Während der Reformationszeit stand Augsburg im Mittelpunkt des Ringens um die geistige und politische Einheit des Reichs. Mit dem Namen der Fuggerstadt verbunden sind bis heute die „Confessio Augustana“ (1530) als grundlegende Bekenntnisschrift der Lutheraner, der Augsburger Religionsfriede (1555), der die friedliche Koexistenz von Katholiken und Lutheranern in Deutschland besiegelte, sowie die in Augsburg unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ (1999),



Das Bistum und seine Regionen

- I. Augsburg
- II. Weilheim
- III. Kaufbeuren-Ostallgäu
- IV. Kempten
- V. Memmingen-Unterallgäu
- VI. Neu-Ulm
- VII. Donau-Ries
- VIII. Altbayern

mit der die katholische Kirche und der Lutherische Weltbund eine der zentralen Streitfragen des Reformationszeitalters als nicht mehr Kirchen trennend erklärten.

(KNA)

Zahlen, Daten Fakten über das Bistum

Fläche des Bistums:	13.250 km ²
Katholiken im Bistum (Stand: 31.12.2004):	1.505.640
Einwohner im Gebiet des Bistums (Stand: 31.12.2004)	2.255.794
Pfarrgemeinden im Bistum:	1001
Pfarreiengemeinschaften errichtet zum 01.09.2005: sie umfassen 461 Pfarrgemeinden	142
Diözesanregionen:	8
Dekanate:	36
Bistumspatrone:	
Heiliger Ulrich, Bischof v. Augsburg, † 973, Fest: 4. Juli	
Heilige Afra, Märtyrerin, † 304, Fest: 7. August	
Heiliger Simpert, Bischof v. Augsburg, † 807, Fest: 13. Oktober	
Bischöfe und Weihbischöfe im Bistum Augsburg:	
Bischof em. Dr. Viktor Josef Dammertz OSB, 30.01.1993 – 09.06.2004	
Weihbischof Josef Grünwald, konsek. 18.03.1995	
Diözesanadministrator seit 10.06.2004	
Weihbischof Dr. Dr. Anton Losinger, konsek. 16.07.2000	
Weihbischof em. Rudolf Schmid, 25.03.1972-11.07.1990	
Weihbischof em. Max Ziegelbauer, 22.10.1983-06.09.1998	
Weltpriester im Bistum (Stand: 31.12.04):	693
davon hauptberuflich im Dienst:	520
Ordenspriester im Dienst des Bistums:	235
Ständige Diakone	
hauptberuflich:	45
mit Zivilberuf	58
Gemeindereferenten/-innen:	224
Pastoralreferenten/-innen:	155

Angaben umfassen die Personen im aktiven Dienst im Bistum

(Quelle: www.bistum-augsburg.de)

VOR 450 JAHREN:

Augsburger Religionsfriede

Reichsgesetz, das am 25. September 1555 vom Reichstag zu Augsburg zur Beilegung der seit der Reformation entstandenen konfessionellen Konflikte verabschiedet wurde. Die Verhandlungen mit dem Reichstag übernahm für Kaiser Karl V., der sich aus der deutschen Politik weitgehend zurückgezogen hatte, sein Bruder Ferdinand I.

Die wichtigsten Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens waren: Den Lutheranern (nicht aber den Reformierten) wurde Frieden und Besitzstand garantiert; den weltlichen Fürsten wurde Religionsfreiheit zugesichert sowie das Recht, über die Religion ihrer Untertanen zu bestimmen (Cuius regio, eius religio), wobei Untertanen, die einen Religionswechsel nicht mitvollziehen wollten, auswandern durften; geistliche Fürsten sollten, wenn sie zur Reformation übertraten, Amt und Territorien verlieren; die Säkularisation von Kirchengut wurde bis zum Passauer Vertrag von 1552 rückwirkend legalisiert, weitere Säkularisationen wurden verboten.

Der Augsburger Religionsfriede war zunächst nur als Provisorium gedacht, das bis zum Zustandekommen eines allgemeinen Konzils den Frieden im Reich garantieren sollte; aber nach dem endgültigen Scheitern des Tridentinum 1563 in Fragen der Glaubensspaltung wurde aus dem Provisorium ein Dauergesetz, das im Westfälischen Frieden 1648 bestätigt wurde, bis zum Ende des alten Reiches 1806 bestehen blieb und die konfessionelle Spaltung im Reich festschrieb.

Der Heilige Benedikt für Väter und Familien

Dwight Longenecker, ein Benediktineroblate und Vater von vier Kindern hat entdeckt, wie sich die Regeln des heiligen Benedikt von Nursia auch auf die Familie anwenden lassen. Der gebürtige US-Amerikaner, Autor und Fernsehsprecher lebt seit über 20 Jahren in England und veröffentlichte ein Buch zu diesem Thema mit dem Titel „Listen My Son: St. Benedict for Fathers“ (Höre mein Sohn: Der heilige Benedikt für Väter). Er sprach mit ZENIT darüber, wie die Weisheit des Ordensgründers modernen Männern helfen kann, gute Familienväter zu sein.

ZENIT: Was sind, kurz gefasst, die wichtigsten Punkte der Regel des heiligen Benedikt?

Longenecker: Die Regel des heiligen Benedikt besteht aus einfachen aber tiefgehenden Richtlinien für das Gemeinschaftsleben im Italien des 6. Jahrhunderts. Im Zentrum der Regel stehen die drei benediktinischen Gelübde des Gehorsams, der Beständigkeit und der Umkehr.

Aber in einem gewissen Sinn ist der Geist der Regel das Wichtigste. Die Regel des heiligen Benedikt hat überlebt, weil dieser ein tiefes Verständnis für die menschlichen Psychologie hatte; er verband die Disziplin mit Mitgefühl, und er sah die spirituelle Suche als freudige Gottessuche im Alltag. Diese Freude an der alltäglichen Spiritualität macht die Regel für viele so lebendig.

ZENIT: Was hat Sie inspiriert, die Regel auf Elternschaft, vor allem Vaterschaft, anzuwenden?

Longenecker: Als Benediktineroblate habe ich die Regel studiert und versucht, nach ihrem Geist zu leben. Als ich dann heiratete und uns Kinder geschenkt wurden, schienen mir die einfachen Prinzipien des Zusammenlebens in der Liebe Gottes, die der heilige Benedikt lehrt, passend für das Familienleben. Die ersten Worte der Regel haben mich besonders berührt: „Höre, mein Sohn ... , nimm den Zuspruch des gütigen Vaters willig an“. Als ich mich hinsetzte und die Regel mit den Augen eines natürlichen Vaters las, entdeckte ich, dass viele der Prinzipien und Richtlinien aufgrund ihrer inneren Dynamik gute Ratschläge für Familien sind. Der heilige Benedikt schrieb keine großartige und hochtrabende Abhandlung über Gebet oder Spiritualität. Er schrieb eine praktische

Regel für gewöhnliche Leute darüber, wie man miteinander lebt. Er erwartete von seinen Brüdern, dass sie tüchtig arbeiteten, viel lasen und gut beteten. Seine Regel passt auf das Familienleben, weil es um die richtige Mischung von Gebet, Arbeit und Zusammenleben geht.

ZENIT: Welche Aspekte der Regel des heiligen Benedikt passen am besten zur Elternschaft?

Longenecker: Der heilige Benedikt schreibt unter anderem über die Disziplin der Mönche. Diese Abschnitte machen uns bewusst, wie wichtig eine liebevolle Disziplin zu Hause ist. Seine Richtlinien zum Gebet helfen uns, ein einfaches aber wirksames Gebetsleben für Familien zu gestalten, und sein praktischer Rat für das Zusammenleben in Frieden und in offener Kommunikation hilft Familien, gemeinsam die schwierigen Lektionen der Liebe zu erarbeiten.

Am wichtigsten war mir, dass der benediktinische Geist durch meinen Kommentar zur Regel durchdringt. Das Ideal des heiligen Benedikt ist, dass jedes Mitglied einer Gemeinschaft wertgeschätzt und bedingungslos geliebt wird. Disziplin soll dem nützen, der sich ihr unterwirft und nicht der Bequemlichkeit des Abtes oder dem Wohl der Gemeinschaft. Von den Mitgliedern der Gemeinschaft wird erwartet, dass sie sich unterordnen und sich gegenseitig in Liebe dienen, aber nicht, dass sie dem Abt blind gehorchen. Auf diesen Prinzipien beruht eine Familie als primäre christliche Gemeinschaft. Diese ist die Keimzelle für eine größere christliche Gemeinschaft und eine christliche Kultur der Liebe.

ZENIT: Welchen besonderen Herausforderungen müssen sich Familienväter stellen?

Longenecker: Vaterschaft ist heute bedroht. Die Kräfte des Feminismus, der Homosexualität und des Säkularismus greifen das Patriarchat an, aber die Wahrheit wird sich durchsetzen. Kinder brauchen Väter. Natürlich gibt es viele schlechte Väter, die großen Schaden angerichtet haben, aber wir hören selten davon, dass es auch viele schlechte Mütter gibt, die ihren Kindern sehr geschadet haben. Die anderen anzuklagen, bringt nichts. Die Antwort auf schlechte Väter ist nicht, Vaterschaft abzuschaffen, sondern zu einer guten Vaterschaft zu ermutigen. Wir haben alle eine Sehnsucht nach starken, liebevollen und spirituellen Vaterfiguren. Männer müssen heute ihre Vaterrolle ernst nehmen. Wenn sie keine guten Vorbilder für die Vaterrolle haben, müssen sie diese suchen. Sie sollten sich nicht schämen, Männergruppen zu besuchen, die ihre Männlichkeit fördern und stärken – aber die Männlichkeit muss an Christus ausgerichtet sein. Sie muss stark sein, aber sich nicht schämen, ein weiches Herz zu haben. Wenn Männern das gelingt, werden sie wiederum ihren Söhnen und Töchtern helfen können, starke, reine und edle Kinder Gottes zu sein.

ZENIT: Worin besteht die Ähnlichkeit zwischen einem Vater von Kindern und einem Abt von Mönchen, wie dem heiligen Benedikt?

Longenecker: Das Wort „Abt“ hat dieselbe Wurzel wie der Begriff, mit dem Jesus Gott anredet – „Abba“. „Abt“ heißt also „Vater“, und die Beziehung zwischen dem Abt und den Mönchen ist von den ersten Seiten der Regel im Wesentlichen die eines Vaters zu seinen Söhnen. Die Ähnlichkeit mit der natürlichen Vaterschaft zieht sich durch fast alle Seiten der Ordensregel.

Es ist interessant, wie die Beziehung zwischen Abt und Novize sich im Laufe der Regel verändert. Zu Beginn wird vom Novizen erwartet, dass er dem Abt sofort und ohne zu fragen gehorcht. Später reift die Beziehung, so dass dieser sofortige Gehorsam einem Dialog Platz

macht und dem gegenseitigen Gehorsam aller Mönche. Das spiegelt die Beziehung des Vaters zu seinen Kindern wider, wenn sie heranwachsen und mehr Verantwortung übernehmen. Die Beziehung entwickelt sich zu einem Geben und Nehmen in Vertrauen und Liebe. Es mag zwar Widerspruch hervorrufen, aber die Beziehung zwischen Vater und Kind ist auch entscheidend für unsere Beziehung zu Gott. Ob es uns passt oder nicht – unsere menschliche Psyche ist nach dem Muster gestrickt, dass unser Bild des „Vaters“ unverändert auf unser Gottesbild übertragen wird. Wenn die Vaterrolle falsch gelebt wird, entwickeln wir auch ein falsches Gottesbild. Wenn die Vaterrolle gut gelebt wird, haben wir auch ein gutes Bild von Gott.

ZENIT: Was für eine Art von Mann sollte nach dem heiligen Benedikt ein Abt – oder ein Vater – sein? Welche Art von Gemeinschaft sollte er versuchen, in seiner Familie aufzubauen?

Longenecker: Am Anfang der Ordensregel gibt es ein langes Kapitel darüber, was für eine Art von Mann der Abt sein sollte, und Punkt für Punkt kann man das darauf anwenden, wie ein christlicher Vater sein sollte. Im Wesentlichen ist der Abt ein starker, liebevoller, reifer Mann, der die Würde Christi in sich trägt. Er betrachtet seine Verantwortung und Autorität als von Gott geschenkt, und er ist deswegen demütig und geht mit seiner Autorität ehrfürchtig um, indem er niemals über andere herrscht, sondern jeden einzelnen zärtlich und mit großer Aufmerksamkeit behandelt. Die christliche Familie wird vom Vater „regiert“, aber in einem Geist der totalen Selbsthingabe und liebenden Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse aller. Das ist ein sehr hohes Ideal, aber es ist ein schönes und eines, für das wir uns nicht entschuldigen sollten, nur weil einige Väter es missbraucht haben. Der Abt des heiligen Benedikt – und also der christliche Familienvater – sollte Gott ununterbrochen um Hilfe bitten und sich bewusst sein, dass er ständig auf Seine Gnade angewiesen ist.

Wenn wir das Ideal nicht erreichen, müssen wir demütig genug

Statue des hl. Benedikt (um 480 in Nocia (Nursia), †21.03.547 in Montecassino) im Innenhof des von ihm gegründeten Klosters Montecassino*

sein, um Vergebung zu bitten, sowohl Gott als auch unsere Frau und unsere Kinder. Das ist sehr wichtig, weil Kinder wissen müssen, dass ihre Väter nicht nur unvollkommen sind, sondern ihre Schwächen auch erkennen und um Vergebung für ihre Fehler bitten. Wenn Kinder sehen, dass ihre Väter um Vergebung bitten, wird es ihnen nichts ausmachen, wenn sie aufgefordert werden, genauso demütig zu sein.

ZENIT: Gibt es irgendwelche Richtlinien in der Ordensregel, die Eltern nicht auf ihre Kinder anwenden sollten?

Longenecker: Der heilige Benedikt gestattet, dass junge Mönche geschlagen werden, wenn es nötig ist, und viele moderne Eltern könnten bei diesem Gedanken erschauern. Auch seine Forderung nach sofortigem und unhinterfragtem Gehorsam werden sie als hart empfinden. Aber der allgemeine Geist der Regel des heiligen Benedikt ist, dass er „nichts Hartes und nichts Beschwerliches“ fordert. Es gibt auch einige besondere Regeln, die nicht auf das moderne Familienleben anwendbar sind, weil sie nur mit dem Ordensleben zu tun haben oder einfach, weil sie für Italiener im 6. Jahrhundert geschrieben worden sind. Der heilige Benedikt sagt seinen Mönchen beispielsweise, sie sollen ihre Schwerter beim Schlafen ablegen, und er gibt ihnen bestimmte Diätanweisungen und Regeln zur Bekleidung. Ich habe versucht, hinter die einzelnen Regeln zu schauen, um zu sehen, welchen Beweggrund der heilige Benedikt hatte. Sobald wir das nämlich tun, können wir den Grund für die einzelnen Regeln erkennen und sie, wo nötig, auf die moderne Welt anwenden.

ZENIT: Wie können normale Laien die Ordensregel des heiligen Benedikt noch anwenden?

Longenecker: Das andere benediktinische Buch, das ich geschrieben habe, heißt „St. Benedict and St.



Thérèse – The Little Rule and the Little Way“ (Der heilige Benedikt und die heilige Thérèse – Die Kleine Regel und der Kleine Weg). In diesem Buch habe ich die Grundlinien der benediktinischen Spiritualität herausgearbeitet und Parallelen zum Leben und der Lehre der heiligen Thérèse von Lisieux gezogen. Die Übereinstimmungen sind bemerkenswert. Der „weise alte Mann“ und das „kleine Kind“: beide Heilige sehen Gottes Wirken in den gewöhnlichen Ereignissen des Alltags, und dieses Prinzip macht die Ordensregel des heiligen Benedikt so lebendig. Sowohl für den heiligen Benedikt als auch für die heilige Thérèse ist Gott nicht „irgendwo anders“. Sie glauben, dass Gott in den Freuden und Sorgen unseres alltäglichen Lebens gegenwärtig ist. Die spirituelle Suche besteht dann darin, Gottes starke Hand in all seinen Taten zu erkennen – vor allem in den kleinen Dingen des Lebens.

(ZENIT.org)

Weil sie Göring nicht grüßten ...

Ein Geheimdossier aus Russland bringt nach über 60 Jahren
Licht in einen tragischen Vorfall

VON ALBRECHT ZUTTER UND RICHARD ELSIGK



Johannes Schulz im Jahr 1911 als Seminarist am Trierer Priesterseminar

Sieben Pflastersteine vor dem Bischöflichen Priesterseminar in Trier erinnern seit Ende Mai dieses Jahres an ehemalige Absolventen des Seminars, die als Priester Opfer des NS-Regimes wurden. Die kleinen messingbeschlagenen Steine mit den eingravierten Namen gehören zur Aktion „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig (s.a. *Kasten auf der folgenden Seite*). Einer der Steine trägt den Namen Johannes Schulz, ein weiterer den Namen Josef Zilliken. Das Schicksal dieser Priester, die beide mit unserer Region verbunden waren, rückt in diesen Tagen durch eine überraschende Entdeckung wieder ins Gedächtnis.

Johannes Schulz wurde 1884 im saarländischen Luisenthal geboren. Nach dem Abitur am Ludwigsgymnasium Saarbrücken studierte er am Priesterseminar in Trier, wo er 1911 zum Priester geweiht wurde. Danach war er Kaplan in Lebach und Wadgassen, war im Ersten Weltkrieg Divisionspfarrer und erhielt 1919 seine erste Pfarrstelle in Derlen. Nachdem es dort zu Konflikten mit Nationalsozialisten gekommen war, wurde er 1935 nach Nickenich am Laacher See versetzt.

Josef Zilliken wurde 1872 in Mayen geboren. Wie Schulz besuchte er in Trier das Priesterseminar. Nach der Priesterweihe 1898 verbrachte er viele Jahre in den saarländischen Gemeinden Sulzbach, Wolfersweiler

und Thalexweiler und wurde dann Pfarrer in Prüm. Wegen seiner Probleme mit Nationalsozialisten wurde er 1938 nach Wassenach versetzt.

Ende Mai 1940 kam es in dem heute noch existierenden Ausflugslokal „Waldfrieden“ in der Nähe des Laacher Sees zu einer folgenschweren Begegnung.

Johannes Schulz und Josef Zilliken saßen an jenem Nachmittag auf der Terrasse des Gasthofs, als unvermutet der damalige Generalfeldmarschall Göring in Begleitung einiger Offiziere erschien, um ebenfalls dort Platz zu nehmen. Während die Ankömmlinge von den übrigen Gästen mit „Heil Hitler“ begrüßt wurden, nahmen die beiden Pfarrer keine Notiz von Göring. Am Abend desselben Tages wurden beide von der Gestapo verhaftet; sie kamen ins Gefängnis nach Andernach, danach ins Konzentrationslager Buchenwald.

Bei unseren Recherchen¹ stießen wir vor einigen Jahren auf den Bericht einer Augenzeugin des Vorfalles. Sie zitiert die Bemerkung eines Offiziers aus der Begleitmannschaft Görings, wonach „der Generalfeldmarschall über das respektlose Benehmen der Priester verärgert“ war.

Dennoch bestanden bei uns Zweifel, ob die Verhaftung der Pfarrer auf Göring selber zurückging: Konnte eine Bagatelle wie das Nichtgrüßen tatsächlich derart massive

Folgen haben? Oder sollten da doch persönliche Rechnungen aus der Vergangenheit beglichen werden? Schließlich war es zwischen örtlichen Parteianhängern und den Pfarrern des öfteren zu Spannungen und Auseinandersetzungen gekommen.

Nach über 60 Jahren nun werden von unerwarteter Seite her die Fragen beantwortet, indem eine bis dato unbekannte Quelle ans Licht kommt: die Verhörprotokolle des russischen Geheimdienstes.

1945 erteilte Stalin seinem Geheimdienst NKWD² (dem Vorgänger des KGB) den Auftrag, die Umstände des Todes von Hitler genauer zu untersuchen. Den Russen gelang es, am 2. Mai 1945 zwei Personen gefangen zu nehmen, die die letzten Tage Hitlers im Bunker der Reichskanzlei miterlebt hatten: den persönlichen Adjutanten Otto Günsche und den Kammerdiener Heinz Linge.³

Sie wurden über drei Jahre hinweg vom Geheimdienst verhört, bevor die Protokolle 1949 Stalin vorgelegt wurden. Das Dossier, jahrzehntelang unter Verschluss, wurde jetzt



Die „Stolpersteine“ der unter dem Regime des Nationalsozialismus im KZ umgekommenen Pfarrer Johannes Schulz und Josef Zilliken vor dem Eingang zum Priesterseminar in Trier. Die beiden Pfarrer waren am 27.05.1940 verhaftet und als „Schutzhäftlinge“ am 14.06. in das KZ Buchenwald und am 31.07. nach Sachsenhausen-Oranienburg überstellt worden. Am 14.12.1940 trafen sie schließlich im KZ Dachau ein, wo Schulz am 19.08.1942 und Zilliken acht Wochen später am 03.10.1942 – nicht wie auf dem Stein (Abb. r.) angegeben 1943 – den Hungertod starben.



geöffnet und auch ins Deutsche übersetzt.⁴

Eine Passage darin⁵ berichtet über ein Treffen Hitlers mit Göring – es war nach seiner Rückkehr von einem Frontbesuch im nördlichen Frankreich im Juni 1940, bei dem sich Hitler „voller Verachtung“ über die Engländer auslässt. Der Bericht fährt fort:

„Auch Göring war in Hochstimmung. Beim Warten auf den Wagen vor dem Unterstand schilderte er Hitler sein jüngstes ‘Abenteuer’. Einige Tage zuvor war er in einem Lokal am Rhein gewesen. Alle Gäste seien aufgestanden, nur zwei katholische Priester nicht. ‘Denen habe ich es aber gezeigt. Ich habe sie ins KZ geschickt’, sagte Göring lachend. ‘Und habe befohlen, dort eine Stange mit einer alten Mütze von mir aufzustellen. Jetzt müssen sie jeden Tag daran vorbeimarschieren und den nationalsozialistischen Gruß üben.’“

Unzweifelhaft handelt es sich bei den Pfarrern um Schulz und Zilliken. Gerade die „Grußübung“ schilderte auch ein Mithäftling der Pfarrer im KZ Buchenwald, Sales Hess.⁶

Die zitierte Passage, innerhalb der ganzen Protokolle nur eine Randnotiz, ist gleichwohl ein eindrucksvolles Dokument. Es belegt, dass tatsächlich Göring selbst der Initiator der Verhaftung der beiden Pfarrer war. Es belegt zugleich die Hybris und Skrupellosigkeit eines Mannes, der das Nichtgrüßen als eine Majestätsbeleidigung ansah, der aus gekränkter Eitelkeit heraus einen furchtbaren Racheakt unternahm und sich dessen noch rühmte.

Bittbriefe, 1940 von Verwandten der Inhaftierten an Göring (und an seine Frau) geschickt, blieben dementsprechend auch erfolglos. Schulz und Zilliken wurden im Dezember 1940 nach Dachau gebracht. Dort starben beide 1942 den Hungertod.

Während Josef Zilliken in seiner Gemeinde Wassenach unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt wurde, lehnte der Bürgermeister von Nickenich ein Begräbnis von Johannes Schulz auf dem dortigen Friedhof ab. Nach längeren

STOLPERSTEINE:

Mit der Aktion „Stolpersteine“ soll an Opfer des NAZI-Terrors im Alltag der Menschen von heute erinnert werden. Dazu werden in vielen deutschen Städten im Straßenpflaster „Stolpersteine“ eingelassen, auf denen jeweils eine Messingplatte angebracht ist, die den Namen und den Jahrgang des Opfers sowie Datum und Ort seiner Ermordung trägt. Meist werden diese Steine vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer verlegt. Im Rahmen dieser Aktion hat der Kölner Künstler Gunther Demnig heute (30.05.2005) sieben solcher Steine vor dem Eingang des Trierer Priesterseminars in der Jesuitenstraße verlegt. Diese sollen an sieben ehemalige Seminaristen unseres Hauses erinnern, die als Priester in dunkler Zeit das Zeugnis für die Wahrheit des Evangeliums mit ihrem Blut besiegelt haben. Sie gehören damit zu den Märtyrern des 20. Jahrhunderts und sind für das Priesterseminar von ganz besonderer Bedeutung.

Die sieben Märtyrerpriester des Bistums Trier

Name	Jahrgang	Letzter Dienort	Todesdatum und Ort
Pfr. Joseph Bechtel	1879	Niedermendig	12.08.1942 in Dachau
Pfr. Johannes Schulz	1884	Nickenich	19.08.1942 in Dachau
Pfr. Wilhelm Caroli	1895	Kell, Kührenberg, Kottenheim (Ruhesitz)	22.8.1942 in Dachau
Pfr. Kaspar Zilliken	1872	Wassenach	03.10.1942 in Dachau
Pfr. Jakob Ziegler	1893	Cond	12.5.1944 in Dachau
Pfr. Johannes Ries	1887	Arzfeld	04.01.1945 in Dachau
Kpl. Peter Schlicker	1909	Niedermendig	19.04.1945 in Salzburg, an Entkräftung nach Haft in Dachau.

Die Aktion „Stolpersteine“ wird in Trier durch die „Arbeitsgemeinschaft Frieden“ koordiniert. Damit will sie diese sieben Männer der Vergessenheit entreißen und ihnen so noch in unserer Zeit die Möglichkeit geben, jungen Menschen Mahnung und Richtschnur zu sein, die tagtäglich auf dem Weg zum Studium oder zu Besorgungen in der Stadt über diese Steine „stolpern“ werden.

(www.ps-trier.de/Stolper/stolpersteine/index.html)

Schwierigkeiten mit Behörden erhielt die Familie des Verstorbenen die Urne mit seiner Asche und bestattete sie in einem Familiengrab in Saarbrücken. Erst am 7. März 2004 wurde die Urne – auf Veranlassung des Derlemer Dechants Hans-Georg Müller – nach Derlen, in die einstige Gemeinde von Pfarrer Schulz überführt und von Bischof Marx vor der Kirche St. Josef feierlich beigesetzt.

Anmerkungen:

- 1 Albrecht Zutter/Richard Elsigk: Weil er Göring nicht grüßte. Wassermann Verlag St. Ingbert, 1995.
- 2 Narodny Komissariat Wnutrennich Del = Volkskommissariat des Inneren der UdSSR.
- 3 Otto Günsche, geb. 1917. SS-Hauptsturmführer, verbrannte die Leichen von Hitler und Eva H. geb. Braun; bis 1956

in russischer Gefangenschaft; starb 2003 in Lohmar bei Köln.

Heinz Linge, geb. 1913. Eintritt in die Leibstandarte-SS Adolf Hitler, von 1935 bis 1945 persönlicher Diener Hitlers; 1955 aus russischer Haft entlassen; starb 1980 in Bremen.

- 4 H. Eberle und M. Uhl (Hg.): Das Buch Hitler. Aus dem Russischen von H. Ettinger. Lübbe Verlag, 2005.
- 5 a.a.O., S. 122f.
- 6 Sales Hess: Dachau, eine Welt ohne Gott, S. 193. Sebaldis Verlag Nürnberg.

Hinweis der Redaktion:

Über die Ereignisse im Gasthof „Waldfrieden“ am Laacher See, das Schicksal der beiden Pfarrer Schulz und Zilliken sowie die Beisetzung der Urne von J. Schulz auf dem Friedhof in Derlen am 7. März 2004 hatte AUFTRAG im Heft Nr. 254/Mai 2004, S. 70 ff. berichtet.

Warum kommt es zu Marienerscheinungen?

ZENIT-Interview mit Pater Jesús Castellano Cervera

In Schlüsselmomenten kann eine Erscheinung der Jungfrau Maria zur Stärkung des Glaubens beitragen, erklärte ein Mariologe. Im folgenden Interview mit ZENIT spricht Karmeliterpater Jesús Castellano Cervera, ein Berater der vatikanischen Glaubenskongregation und Professor an der Päpstlichen Theologischen Fakultät Theresianum, über die Ursachen von Marienerscheinungen und die Vorgehensweise der Kirche bei der Überprüfung ihrer Echtheit.

ZENIT: Welche Bedeutung haben Erscheinungen in der Heilslehre des christlichen Glaubens?

Pater Castellano Cervera: Auf der einen Seite beruht die theologische Bedeutung authentischer Erscheinungen darin, dass sie ein Zeichen für die lebendige Gegenwart Christi in der Kirche sind. Im Fall Mariens sind sie ein Zeichen ihrer besonderen Gegenwart an der Seite Christi als Jungfrau, die in den Himmel aufgenommen wurde.

Marienerscheinungen können der Kirche behilflich sein, da sie den Glauben stärken und dem Volk Gottes die Gewissheit ihrer Gegenwart und ihres mütterlichen Schutzes vermitteln, besonders in bestimmten Momenten der Geschichte, wenn ein Bedürfnis nach Stärkung im Glauben und in der Hoffnung besteht.

Manchmal haben Marienerscheinungen oder wunderwirkende Bilder eine ekklesiologische Bedeutung, insofern als sie durch ein übernatürliches Ereignis Sicherheit darüber verleihen, dass Maria zugegen ist, um die Versöhnung zwischen den Menschen zu fördern, wie im Falle der Jungfrau von Guadalupe.

ZENIT: Wie überprüft die Kirche die Echtheit der Erscheinungen?

Pater Castellano Cervera: Zunächst ist die Kirche davon überzeugt, dass Gott sich gegenüber seinem Volk wie es ihm beliebt offenbaren kann, wie er dies auch in den Theophanien des Alten Testaments und in den Erscheinungen des Auferstandenen getan hat.

Die Jungfrau Maria ist dazu ebenso in der Lage. Aber die Kirche bemüht sich, im Hinblick auf Fälle von subjektiver Mystifizierung, Betrug und Leichtgläubig-

keit, die auftreten können, und durch die viele Visionäre oder sogenannte Visionäre angeleitet sind, Sicherheit über diese Gegenwart zu gewinnen.

Da dies nun einmal vorkommt, ist die Kirche, mit der Absicht, die Gläubigen zur Wahrheit zu führen, immer darum bemüht, an erster Stelle die Wahrhaftigkeit der Ereignisse zu ermitteln und dabei jegliche Möglichkeit der Verwirrung oder des Irrtums auszuschließen. Es geht darum zu verifizieren, dass es keine Widersprüchlichkeiten bei den Ereignissen und den Personen gibt, die im Gegensatz zum Glauben, der Moral oder dem christlichen Leben stehen könnten.

Sie versucht auch zu überprüfen, inwieweit die verkündeten Botschaften der Wahrheit entsprechen und forscht nach, welche bleibenden Früchte sich zeigen.

Die Kirche tut dies mit Bedacht und auf ernsthafte Weise. Deshalb vergehen manchmal Jahre, ohne dass es zu einem offiziellen Urteil der Kirche kommt. In der Zwischenzeit sind alle dazu eingeladen, den Glaubensrichtlinien sowie den Prinzipien einer gesunden marianischen Theologie und Spiritualität zu folgen.

ZENIT: Hat es in letzter Zeit Erscheinungen gegeben? Wo? Sind sie es Wert, in nähere Erwägung gezogen zu werden?

Pater Castellano Cervera: Es gibt eine lange Liste von angeblichen Offenbarungen und Erscheinungen der Jungfrau Maria, sodass es unmöglich ist, hier eine Darstellung abzugeben. Die Bischöfe haben die Verpflichtung, den Heiligen Stuhl in Kenntnis zu setzen, wenn ein solches Phänomen über die Grenzen ihrer Diözese hinausgeht.

Dann wird vom Heiligen Stuhl durch das zuständige Dikasterium, in dem Falle, die Glaubenskongregation, eine Untersuchung eingeleitet und demnach vorgeschlagen, wie weiter vorzugehen ist. Dabei wird vor allem das Glaubensgut beherrzt, sowie all das, was wesentlich zur Lehre und zum Leben der Kirche gehört, das heißt: ihre liturgische Praxis; der Stellenwert jener Volksfrömmigkeit, die auf den Wahrheiten der Heiligen Schrift fußt; die Tradition und die Lehre der Kirche im Bezug auf Maria, welche so umfangreiches Schriftmaterial umfasst, wie die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils; außerdem wird Bezug genommen auf die Schriften von Papst Paul VI. und Johannes Paul II.: „*Marialis Cultus*“, deren 30-jähriges Veröffentlichungsjubiläum in diesem Jahr gefeiert wird und die wundervolle Enzyklika „*Redemptoris Mater*“.

ZENIT: Die Erscheinungen von Lourdes sind jetzt 150 Jahre her. Was haben sie für die Glaubensgeschichte bedeutet, und welche Lehren können wir daraus ziehen?

Pater Castellano Cervera: Die Botschaft von Lourdes scheint mir sehr klar zu sein. Mit ihrer Erscheinung bekräftigt Maria die Wahrheit des Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis, denn als solche gab sie sich gegenüber der heiligen Bernadette aus. Vom diesem Augenblick an wurde die „*Marienerscheinung*“ von Lourdes, die von der Kirche als echte Erscheinung anerkannt ist, zu einem Bezugspunkt der Marienverehrung.

Die Muttergottes wirkt in Lourdes auf geheimnisvolle Art und Weise auch als Quelle der Gnade und des Lichts durch die gewöhnliche seelsorgliche Betreuung, welche die Kirche den Gläubigen spendet, zum Vorteil der physischen, psychischen und spirituellen Gesundheit jener, die sich zu diesem charismatischen Ort mit Glauben, Hoffnung und Liebe hinbegeben. (ZENIT-org.)

Warum für Selig- und Heiligsprechungen Wunder verlangt werden

Ein Berater der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse gibt Auskunft

Das Erfordernis von Wundern bei Heiligsprechungsprozessen ist entscheidend, da sie die göttliche Bestätigung für die Heiligkeit der angerufenen Person sind, erklärt ein Berater des Vatikans.

Monsignore Michele Di Ruberto, Untersekretär der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse, hat 35 Jahre in diesem Dikasterium verbracht. Er war in den letzten beiden Jahrzehnten Mitglied des medizinischen Beirates, der für die Bestätigung von Wundern entscheidend ist. Di Ruberto war außerdem Relator im Prozess von Gianna Beretta Molla, die Papst Johannes Paul II. am 16. Mai 2004 gemeinsam mit fünf anderen Seligen heilig gesprochen hat.

Um die Echtheit einer wundersamen Begebenheit beweisen zu können, müsse man den Fall einer strengen wissenschaftlichen und theologischen Untersuchung unterziehen, erklärte Monsignore Di Ruberto in einem Interview mit der italienischen Monatszeitschrift „30 Tage“.

„Für die Seligsprechung eines Diener Gottes, der kein Märtyrer ist, verlangt die Kirche ein Wunder; für die Heiligsprechung, auch der eines Märtyrers, verlangt sie ein weiteres“, erklärte Di Ruberto. „Nur die vermuteten Wunder, die der Fürsprache eines Diener Gottes oder eines Seligen nach dessen Tod zugesprochen werden, können Gegenstand der Überprüfung sein.“

Ein Wunder ist ein „Ereignis, das über die Kräfte der Natur hinausgeht und das von Gott – auf die Fürsprache eines Diener Gottes oder eines Seligen – bewirkt wird.“ Dies geschehe „außerhalb dessen, was in der geschaffenen Natur als normal gilt“, sagte Monsignore Di Ruberto.

Die Untersuchung eines Wunders wird getrennt von der Prüfung von Tugenden oder des Martyriums durchgeführt.

Der Prozess der Anerkennung eines Wunders kennt zwei Stufen. Die erste steht im Zuständigkeitsbereich der Diözese, in der sich das Wunder ereignet hat. Dort werden Augenzeugen-Berichte und beweiskräftige Dokumente sowie anderes Material gesammelt. In der zweiten Stufe untersucht die vatikanische Kongregation alle gesammelten Beweis-Materialien.

Jemanden für heilig zu erklären, ist nicht wie die Verleihung eines Ehrentitels. Selbst „wenn jemand im Himmel ist, kann es sein, dass er der öffentlichen Verehrung nicht würdig ist“, erklärte Monsignore Di Ruberto. Außerdem seien der Vorgang, „heldenhafte Tugenden mittels der Sammlung von Zeugnissen und Be-

weismitteln“ und mittels „theologischer Bewertungen“ nachzuweisen nicht gefeit vor möglichen Fehlern. Es könne ein langwieriger Prozess sein, bis man „zur moralischen Sicherheit“ gelangt und ein „wohl begründetes, ernsthaft und exakt erscheinendes Urteil formuliert.“ „Wir können Fehler machen und uns täuschen“, sagte der Staatssekretär. „Wunder hingegen können nur von Gott vollbracht werden und Gott täuscht nicht.“

Wunder sind ein „sicheres Zeichen der Offenbarung, die bestimmt sind, Gott zu verherrlichen, unseren Glauben zu erwecken und zu verstärken und daher sind sie auch eine Bestätigung der Heiligkeit der angerufenen Person“, sagte der Monsignore.

Infolgedessen, macht es die Anerkennung eines Wunders „möglich, mit Sicherheit die Erlaubnis zur Verehrung zu erteilen“, fügte er hinzu. Deshalb sei „die große Bedeutung der Beibehaltung von Wundern eine Voraussetzung in Heiligsprechungsprozessen“.

Ein Kollegiumsausschuss, der aus fünf medizinischen Spezialisten und zwei professionellen Fachleuten besteht, bildet den „medizinischen Beirat“, welcher die wissenschaftliche Untersuchung des vermuteten Wunders leitet. Ihr Urteil ist von „streng wissenschaftlicher“ Natur. Ob jemand von ihnen „Atheist ist, oder einer anderen Religion angehört“, ist daher nicht relevant, betonte Monsignore Di Ruberto.

„Ihre Untersuchung und abschließende Diskussion werden mit

der genauen Aufstellung der Diagnose der Krankheit, dem prognostizierten Verlauf, der Behandlung und ihrer Heilung abgeschlossen“, setzte er fort. „Um als Gegenstand eines möglichen Wunders angesehen zu werden, muss die Heilung von den Spezialisten nach dem gegenwärtigen medizinischen und wissenschaftlichen Wissensstand rasch verlaufen, vollständig sein, über eine lange Zeitspanne andauern und als unerklärlich eingestuft werden.“

Das Wunder mag weit über Möglichkeiten der Natur im Bezug auf den Inhalt, den Gegenstand des Ereignisses, oder die Art und Weise, wie es sich ereignet hat, hinausgehen.

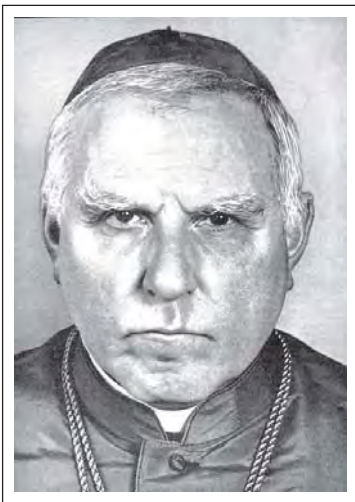
Deshalb gibt es eine Unterscheidung von drei großen Wundern: Die Wiederauferstehung von Toten, die vollständige Heilung einer als unheilbar eingestuften Person, die einen Wiederaufbau von Organen zur Folge haben kann, oder die Heilung einer Erkrankung, die längerfristig heilbar gewesen wäre, die aber plötzlich eintrat.

„Wenn es Unsicherheiten gibt stellt der Beirat vorübergehend die Auswertung ein und fordert mehr Experten oder mehr beweiskräftige Dokumente“, sagte Monsignore di Ruberto. „Wenn einmal eine Mehrheit oder eine Einstimmigkeit bei der Abstimmung besteht, wird die Untersuchung an den Beirat der Theologen weitergegeben.“

Beginnend mit den Schlussfolgerungen des medizinischen Beirates werden die Theologen „gerufen, um den Zusammenhang der Ursache zwischen dem Gebet zum Diener Gottes und einer unerklärlichen Heilung oder einem technischen Erfolg zu identifizieren, und sie sprechen das Urteil aus, ob die wundersame Begebenheit ein wirkliches Wunder ist.“

„Wenn die Theologen ihre Abstimmung auch schriftlich ausgedrückt haben, wird die Bewertung zurück an die Kongregation geschickt. Bischöfe und Kardinäle „diskutieren nach der kurzen Erläuterung eines ‚Sprechers‘, alle grundlegenden Umstände des Wunders“,

Fortsetzung auf Seite 40 u.



VON HUBERT WOLF

Rechtskatholik, Militarist, autoritärer Nichtdemokrat, Gegner der Zentrumspartei, Papenfreund und Weimarfeind? Nicht nur linke, schnell schreibende Publizisten, sondern auch seriöse katholische Historiker haben Probleme mit ihm, Kardinal Clemens August Graf von Galen, der am 9. Oktober selig gesprochen wird. Doch dessen nicht genug. Schon Zeitgenossen kamen zu durchaus ernüchternden Einschätzungen. So war Galen etwa für den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing ein „ganz durchschnittlicher Zeitgenosse von durchaus beschränkten Geistesgaben, der bis in die jüngste Zeit hinein nicht gesehen hat, wohin die Reise geht, und daher immer zum Paktieren geneigt hat.“ Dann aber habe ihn der Heilige Geist erleuchtet – so formulierte Preysing angesichts der mutigen Predigten Galens gegen die Mordaktionen der

Fortsetzung von Seite 39

sagte der Monsignore und fügte hinzu: „Jeder Teilnehmer gibt sein Urteil ab, welches der Anerkennung durch den Papst unterstellt werden muss.“

Im Letzten ist der Heilige Vater derjenige, der „über ein Wunder und über die öffentliche Bekanntmachung des Dekrets entscheidet“, erklärte di Ruberto. Das Dekret sei „ein Rechtsakt der Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsprozesse, der vom Papst sanktioniert und „durch den eine wundersame Begebenheit als echtes Wunder definiert wird“. (ZENIT.org)

KARDINAL CLEMENS AUGUST GRAF VON GALEN (1878-1946):

„Löwe von Münster“ wird selig gesprochen

Kardinal Clemens August Graf von Galen (1878-1946) wird am 9. Oktober während der Weltbischofsynode in Rom selig gesprochen. Kardinal von Galen, der von 1933 bis 1946 Bischof von Münster war, gilt wegen seines Protests gegen die Ermordung von Kranken und Behinderten als Symbolfigur des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Handeln aus dem Glauben. Zur Bedeutung der Seligsprechung von Galens

Nazis an Behinderten vom Sommer 1941, die den Münsteraner Bischof im kollektiven Gedächtnis zum „Löwen von Münster“ gemacht haben.

Der Historiker, der Quellen kritisch befragt, bleibt angesichts dieses durchaus ambivalenten Bildes vorsichtig. Dunkle Seiten gehören zum Leben eines Menschen genauso wie die hellen. Das Reden gegen die Euthanasiemorde genauso wie das Schweigen zum Holocaust. Blinde Apologie ist so wenig gefragt wie unreflektierte Kritik. Nüchterne sachliche Betrachtung ist angesagt. Und Selige sind nach der Lehre der Kirche durchaus keine perfekten Menschen ohne Fehl und Tadel. Sie stehen vielmehr exemplarisch für bestimmte christliche Tugenden, für ein Handeln aus dem Glauben in einer bestimmten Situation – trotz all ihrer menschlichen Beschränkungen.

Wer die Biografie Galens in ihrer Entwicklung betrachtet, wird die Botschaft seiner Seligsprechung verstehen, die sowohl für die heutige Kirche insgesamt als auch für die Christinnen und Christen zum Modell gelungener Nachfolge werden kann. Diese lautet: Ein „ganz durchschnittlicher Zeitgenosse von durchaus beschränkten Geistesgaben“ ist über sich hinausgewachsen; ein adliger Bischof, befangen in seiner Welt mit zementiert scheinenden Handlungsmustern, entwickelt sich zum kritischen Beobachter der Zeit und löst sich aus eingefahrenen Bahnen; ein eher mittelmäßiger Kanzelredner wird zum mutigen Prediger, zum „Löwen von Münster“, dessen Stimme weit über Westfalen, Deutschland hinaus in der ganzen Welt zu hören war und gehört wurde; ein Obrigkeitsfanatiker, der jede staatliche Gewalt als von Gott kommend ver-

stand, wird zum Widerständler gegen einen Staat, den er als Unrechtsregime erkennt und gegen dessen Morde an unschuldigen Menschen er öffentlich protestiert; ein Verteidiger rein kirchlicher Interessen entwickelt sich zum Anwalt der fundamentalen Rechte aller Menschen.

Der wegen seiner Schwerfälligkeit oft gehänselte Clemens August zeigt in einer entscheidenden Stunde seiner Biografie und der Geschichte Zivilcourage in ganz unerwarteter Weise. Er setzt das in seinem Leben um, was er als gerade 20-Jähriger seinem Bruder Franz über Heiligkeit geschrieben hatte, nämlich als Mensch „ein recht brauchbares Werkzeug zur Erfüllung“ von Gottes „heiligsten Absichten“ zu sein. „Darin besteht ja zum guten Teil die Heiligkeit, dass man seine Wünsche und seinen Willen dem Willen Gottes unterordnet, und alles Freud und Leid demütig und dankbar aus seiner Hand annimmt.“

Diese Botschaft ist nicht nur historisch wichtig, sie setzt auch für uns heute die Prioritäten richtig. Die Seligsprechung Galens stellt eine Verpflichtung für die Kirche dar, Anwältin der Menschenrechte in dieser Welt zu sein. Sie ist ein Appell an die Politik, zu ihrer verlorenen Mitte, zur Orientierung an Werten, die der menschlichen Verfügung entzogen sind, nicht zuletzt deshalb, weil sie durch den Gottesbezug in unserem Grundgesetz transzendental begründet werden, zurückzukehren. Sie stellt auch eine Verpflichtung für jede einzelne Christin und jeden einzelnen Christen dar, den Mut zur Zivilcourage aufzubringen, wann immer es im Alltag erforderlich ist. Das Beispiel Galens zeigt, dass das „Schwache an Gott stärker ist als die Menschen“ (1 Kor 1, 25b). (KNA)

DEUTSCHLAND – MEINUNG ZUR POLITISCHEN LAGE:

Wahlprogramme der Parteien und Wahlprüfsteine sehr unterschiedlicher Interessensgruppen überfluten in diesen Tagen vor der Bundestagswahl am 18. September 2005 den heiß umworbenen bundesrepublikanischen Wähler. Unser Autor Helmut Jermer, Mitglied im Bundesvorstand der GKS, hat sich von der Frage umtreiben lassen, welches Partei- und Wahlprogramm wird – wenn überhaupt – vom christlichen Menschenbild geprägt und welche Elemente der katholischen Soziallehre sind darin zu finden. Seine Gedanken und z.T. ironischen Feststellungen dazu hat er für die Leser des AUFTRAGs in zwei sehr persönlich geprägten Beiträge zusammengefasst. Während der erste („Sieben magere Jahre ...“) mehr grundsätzlicher Art ist, macht er im zweiten Beitrag konkrete Vorschläge zu einer „Großen Staatsreform“. (Red.)

Sieben magere Jahre Nicht schlechter: schlichter!

Plädoyer für eine wirkliche und große Staatsreform
oder: ein unbequemes Regierungsprogramm.

VON HELMUT P. JERMER

U nser Land hat wahrlich Besseres verdient. Seit mehr als einem Jahrzehnt dümpelt unsere Republik dahin, eiern die Regierungen herum. Die bisherigen „Reformen“ im Bereich Arbeitsmarkt, Gesundheit, Rente der Regierung Schröder gleichen der „Echternacher Springprozession“. Sie greifen allesamt zu kurz bzw. gingen oder gehen ins Leere. Und auch die aktuellen Ansätze lassen doch lediglich symptomatische Änderungen im System erkennen, anstatt sich auf einen großen Wurf zu konzentrieren, auf etwas Solides, Einfaches und Nachhaltiges.

Ein Systemwechsel ist dringend nötig! Die großen – sogenannten – Volksparteien haben den Wählern Rundumversorgung versprochen und eine nicht mehr zu verantwortende Staatsverschuldung verbrochen. Der auf dem Generationenvertrag begründete Wohlfahrtsstaat ist am Ende. Die alten Systeme des Sozialstaates haben sich überlebt, weil die Deutschen über ihre Verhältnisse gelebt haben. „Die Menschen draußen im Lande“ sind den Schalmeienklängen sozialistischer Beglückungspolitiker nachgelaufen, grobe Richtung: Schlaraffia. Deren Parolen feiern auch heute noch fröhliche Urständ, wie man am Zuspruch zur

neuen Linkspartei sehen kann. Weitermachen wie bisher geht nicht, das haben auch die derzeit rot-grünen Re-Gierigen gemerkt. Aber in ihrer Unfähigkeit treten sie nicht zurück, sondern spielen im Parlament verrückt: Misstrauen ist Vertrauen ist Misstrauen.

Ein politisches Trauerspiel

Die Bund-Länder Kommission hat bis heute ein Trauerspiel gezeigt; vor dem Hintergrund der politischen Lähmung, ist das sich gegenseitige in Schach halten von Bundestag und Bundesrat nicht nur unverantwortlich, sondern eine Unverfrorenheit! Eigentlich müssten die „Staatschauspieler“ für ihre bürgerverachtende Dreistigkeit bestraft werden. Es ist, wie es ist: der Fisch stinkt längst vom Kopfe her. Ich wundere mich, warum das deutsche Volk nicht längst die Nase rümpft. Eines ist schon jetzt, im Vorherbst, klar: Weder das sozialdemokratische Wahlmanifest noch das Wahlprogramm der Union¹ lässt den Mut – und die Kraft – erkennen, die nötig wären, um „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“.

Sieben magere Jahre wären notwendig, um echte Reformen, die den Namen verdienen, zur Wirkung zu

bringen. Das mag zunächst mystisch klingen, dürfte aber etwa hinkommen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass bereits innerhalb einer ersten Legislaturperiode die Auswirkungen spürbar würden. Mehr noch: ich glaube sogar, dass die a.a.O. vorgestellten Reformvorschläge die Bundesrepublik Deutschland nicht nur wieder zu einem ökonomisch attraktiven, sondern auch zu einem politisch vorbildlichen Land in der EU machen könnten. Allerdings weiß ich auch jetzt schon, dass ich mit solchen Ideen mindestens zwei Divisionen Bedenkenträger auf den Plan rufe. Wir wären ja nicht in Deutschland. Und sieben magere Jahre sind durchzuhalten, gleichsam als Buße für politisch-populistische Dekadenz, für Ignoranz (Generationengerechtigkeit) und Verlogenheit (Die Renten sind sicher!) und Schlendrian bei Staatsausgaben (Bundesrechnungshof), für Sattheit und Bequemlichkeit. „Fetter Bauch regiert nicht gern“, titelte Herbert von Arnim ein Buch, das bereits 1998 aufgelegt wurde.

Das Menschenbild des Grundgesetzes als Grundlage deutscher Politik

Grundlage für das vorgestellte Konzept ist die Weltanschauung der christlich-abendländischen Kultur sowie das Menschenbild des Grundgesetzes. „Die Würde des Menschen“ wird als oberstes Ziel unserer Verfassung postuliert. Menschenwürde heißt doch, dass der Mensch als Bild Gottes, unverwechselbar und vernunftbegabt, zur Freiheit befähigt, Verantwortung für das übernimmt, was er unternimmt. Er steht in Beziehung zu Gott, seinem Schöpfer, zu seinen Mitmenschen und zu allen Geschöpfen. Er sollte Antwort geben können, was er mit dem Angebot zur freien Selbstbestimmung gemacht hat, also im Sinn des Wortes Ver-Antwort-ung übernehmen. In diesem Zusammenhang sei vor allem auf die menschenfreundliche Wirkung des „Dekalogs“ und der „Goldenen Regel“ hingewiesen.

Warum werden eigentlich diejenigen nicht bestraft, welche die Bürger entmündigen, die ihnen alles vorschreiben und sie in die sozialisti-

sche Norm kollektiver Gleichmacherei pressen. Kann in diesem Lande eigentlich noch von der freien Entfaltung der Person (Art 2 Abs. 1 GG) gesprochen werden? Werden Bürger nicht übermäßig durch Erlasse, Weisungen, Richtlinien (EU, Bund, Land, Kommune) gegängelt? Kluge, weitsichtige Politik weist einen Weg, auf dem die Bundesrepublik Deutschland wieder zu sich selbst kommen kann, um sich schließlich wiederzufinden, um schließlich wieder als attraktives, von den Bürgern gemochtes, wohlständiges Land mit Zukunft dazustehen. Vieles muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Grundwerte bewusst gemacht

Es muss wieder klar und verbindlich sein: Freiheit ist nicht billig! Der Preis für bürgerliche Freiheit ist Verantwortung. Gerechtigkeit braucht aus Verantwortung gegenüber ohne eigenes Verschulden in Not Geratenen oder gegenüber Kranken und Schwachen den empathischen Wert der Barmherzigkeit, Solidarität als das Bewusstsein der Bürger, zusammenzugehören und die daraus wachsende Bereitschaft, gegenseitig und füreinander einzustehen, braucht Subsidiarität². Und genau so sieht es auch das Bundes-

verfassungsgericht: „Das Grundgesetz ist eine wertgebundene Ordnung, die den Schutz von Freiheit und Menschenwürde als den obersten Zweck allen Rechts erkennt; sein Menschenbild ist nicht das eines selbstherrlichen Individuums, sondern das der in der Gemeinschaft stehenden und ihr vielfältig verpflichteten freien Persönlichkeit“ (BVerfG 12,45,51)

Was ist eigentlich gerecht? Gerechtigkeit ist der Schlüsselbegriff unserer politischen Ordnung, eine Grundregel des gesellschaftlichen Zusammenlebens und damit Kern des Gemeinwohls. Sie geht vom Respekt vor der Person und dem Eigentum des Nächsten aus: „Gerechtigkeit gibt jedem das Seine, maß sich nichts Fremdes an und setzt den eigenen Nutzen, wenn es um das Wohl des Ganzen geht, zurück.“³ Gerechtigkeit kann nur überleben, wenn sie nicht mit Gleichmacherei gleichgesetzt wird. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen: soll mit dem Lohn der Fleißigen auch die Faulheit der Arbeitsscheuen unterstützt werden? Wo beginnt Chancengleichheit? Bei der Geburt, bei der Einschulung, nach dem Schulabschluss, oder jedes Mal dann, wenn jemand (auch aus eigener Schuld) versagt hat?

Entrümpeln ist angesagt

Vieles muss einfacher werden. Vieles ist „zu Tode“ reglementiert, viele Gesetze zu kompliziert und für die Bürger nicht mehr nachvollziehbar. Im Namen der „sozialen Gerechtigkeit“ wurde der Sozialstaat überdehnt (wer hat für diesen Begriff eigentlich die Definitionsmacht?⁴ Der Demagogen-Onkel Lafontaine oder die Märchen-Tante Nahles, die „soziale Gerechtigkeit“ mit staatsfürsorglichem Dooping verwechseln? Der von Ideologen missbrauchte und über die Jahre ausgelutschte Begriff „soziale Gerechtigkeit“, der gerne auch als Totschlagargument benutzt wird, hat bürokratische Schikanen entfesselt, die im Hinblick auf wirkliche Gerechtigkeit degenerativ wirken (z.B. Differenz zwischen Niedriglohngruppen und Sozialhilfe). Am zu reformierenden Steuerrecht wird man erkennen, ob es von Kennern geschrieben wird. Das verkorkste Steuerrecht mit 31 Bundessteuern und 70.000 Paragraphen gängelt die Bürger – diese Form der Entmündigung über den Geldbeutel ist inzwischen unerträglich. Und einem Bürger sind „nicht mehr Vorschriften zuzumuten, als der zuständige Ministerialrat aktuell im Gedächtnis be-

Fortsetzung auf Seite 43 u.

EUROPÄISCHER WERTE-ATLAS: Europäer glücklich und religiös

Eine große Mehrheit der Europäer glaubt einer neuen Studie zufolge an Gott. Drei Viertel aller Befragten erklärten sich bei der mehrjährigen Untersuchung in 33 europäischen Staaten für religiös, wie die niederländische Universität Tilburg mitteilte. Die Daten finden sich im neuen Europäischen Werte-Atlas, dessen erstes Exemplar am 23. Juni 2005 in Den Haag an Ministerpräsident Jan-Peter Balkenende überreicht wurde. Laut der Werte-Studie sind die Europäer in ihrer großen Mehrheit glücklich und mit ihren Lebensumständen zufrieden. Familie sei in ihren Augen die Grundlage der Gesellschaft. Zwar sei die Berufstätigkeit von Frauen generell akzeptiert, die Erziehung kleiner Kinder wird von einer Mehrheit der Be-

fragten aber lieber in der Familie als in Krippen gesehen.

Allerdings seien die Unterschiede etwa zur Haltung gegenüber Kindern beachtlich. Während 90 % der Letten erklärten, Kinder seien für ein sinnvolles Leben unabdingbar, teilten nur 8 % der Niederländer diese Auffassung. Allgemein würden Partnerschaft und Geld als Grundlagen des persönlichen Glücks betrachtet, Kinder nicht unbedingt. Die Bedeutung Gottes wird der Untersuchung zufolge in Malta am höchsten eingeschätzt. In Russland und Schweden dagegen besuchten nur weniger als 10 % der Bevölkerung mindestens ein Mal im Monat einen Gottesdienst.

In ihrer Einstellung zur Arbeit unterschieden sich die Europäer ebenfalls stark. Die geringste Arbeitsmoral gebe es in den Niederlan-

den und Island. Die größte Unzufriedenheit mit den Arbeitsplätzen herrsche bei Landwirten in Osteuropa und der Türkei. Politisch betrachtet sei Spanien das am weitesten links angesiedelte europäische Land, die Tschechische Republik am weitesten rechts. Eine Mehrheit der Europäer traue den eigenen Politikern nicht und würde es vorziehen, von Experten regiert zu werden. Nach Angaben der Universität Tilburg geht auch die Haltung gegenüber Homosexualität sehr weit auseinander. Die größte Akzeptanz gebe es in den Niederlanden, die geringste in Aserbaidschan.

Für den Werte-Atlas wurden seit 1980 in regelmäßigen Abständen Befragungen in den 33 europäischen Staaten unternommen. (KNA)

Die Große Staatsreform – einige konkrete Vorschläge

Eine Ideenskizze für die Erneuerung des demokratischen und sozialen Bundesstaates

VON HELMUT JERMER

Der Staat braucht dringend eine Erneuerung. Die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit belastet den Staatshaushalt, eine Bevölkerungsstruktur mit zu vielen Rentenempfängern und zu wenigen jungen Beitragszahlern hat den Generationenvertrag, auf den der Sozialstaat aufgebaut ist, untergraben. Seit Jahren bleibt das Wirtschaftswachstum hinter den Erwartungen zurück. Ein überbesetztes Parlament, aufgeblähte Verwaltungen und eine eingeschränkt effiziente Rechtsprechung beschweren das öffentliche Leben und frustrieren die Bürger. Die politische Klasse, nicht nur die rot-grüne, steckt in einer Glaubwürdigkeitskrise. Sie hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und durch Konzeptionslosigkeit die Probleme verstärkt oder gar herbeigeführt. Der Ausweg aus Politiker- und Parteienverdrossenheit kann gelingen, wenn sich Politiker und Parteien endlich wieder auf ihren Daseinszweck – bei der politischen Willensbildung mitzuwirken – und auf ihren eigentlichen Auftrag besinnen und ein neues Selbstverständnis entwickeln. Im Folgenden werden einige Therapieansätze vorgestellt, deren Anwendung den Staat wieder gesunden lassen könnten.

Bundespräsident

Der Bundespräsident muss sich seiner geistigen Führerschaft bewusst sein. Als Mentor, Motor und Moderator für die Entwicklung unseres Landes sollte er eine pädagogische Aufgabe wahrnehmen und von Zeit zu Zeit mit klarer und deutlicher Sprache dem Volk „heimleuchten“ und sich mehr als bisher in die Politik einmischen¹. Die Parteien in ihrer derzeitigen Verfassung sind dazu offensichtlich nicht in der Lage. Der Bundespräsident würde künftig auf sieben Jahre gewählt. Er erinnert mit kritischen Fragen an die Versprechen der politisch Verantwortli-

chen, wie z.B. die Ankündigung, die Arbeitslosigkeit (deutlich) zu verringern. Er soll loben und tadeln und auch Fragen nach der Zukunft des Staates stellen (Quo vadis?) und prospektiv-nachhaltige Problemlösungen einfordern sowie an übergeordnete Anliegen wie Frieden, auch sozialen, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung erinnern.

Parteien- und Parlamentsreform

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Art. 21 GG) Tatsächlich haben sich die Parteien „den Staat unter den Nagel gerissen“. Der Volkswille

wird in mancher Hinsicht durch Interessengruppen und Lobbyismus abgefälscht. Es gibt mehr Interessengruppen als Volksvertreter. Die Wahlen zum Bundestag sollten alle fünf Jahre stattfinden. Die Wahltermine in Bund und Ländern wären zu koordinieren, um die andauernde „de-facto-Wahlkampfsituation“ mit ihren künstlich erzeugten Lähmungen und faulen Versprechungen, die eigentlich Betrug am Volk sind, zu verhindern. Das Mehrheitswahlrecht wäre einzuführen; Persönlichkeiten würden gewählt, keine von den Parteien bestimmten Funktionäre oder Politfiguren. Das unsägliche Pfründedenken und die damit verbundene Postenschacherei wäre abzuschaffen, die Zahl der Wahlkreise und damit der Abgeordneten deutlich zu verringern (399). Die verbleibenden Volksvertreter sollten „gut“ alimentiert werden. Das Image von Politikern, von Parlament und Parteien würde sich bei Realisierung dieser Reform von alleine verbessern.

Länder / Föderalismus

Die Zahl der Bundesländer wäre von derzeit 16 auf 7 Bundesländer zu reduzieren². Die Länderregierungen würden auf einen Standard von sieben klassischen Ministerien zugeschnitten, die Verwaltungen wären zu reformieren und zu reduzieren. In

Fortsetzung von Seite 42

halten kann,“ so Paul Kirchhof, ein ausgewiesener Kenner der Materie.⁵

Die künftige Regierung sollte mutig, mutiger als je zuvor, ans Werk gehen. Dann findet sie einen Weg aus dem „Jammertal“ der Lähmung, des Pessimismus, der Staatsverschuldung, der wirtschaftlichen Flaute, der Politiker- und Parteienverdrossenheit („Politikverdrossenheit“ gibt es nicht) einen Weg, der nachhaltig, generationengerecht und zukunfts-tauglich ist. Die Lösung heißt: nicht schlechter, wohl aber schlichter und einfacher! Auf den Weg dorthin will das Volk, wollen die Bürger mitge-

nommen werden. Politische Führung ist angesagt, charismatische Politiker sind gefragt. Oder wollen wir warten, „bis die Krise noch schlimmer wird, damit es dann auch die Wähler be-greifen“?, wie Roman Herzog fragt. Die Menschen müssten von bürgerlicher Ängstlichkeit befreit werden, damit sie bergauf kämpfen könnten, anstatt sie „in die Täler des Labsals“ blicken zu lassen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Gesellschaft ins Schwitzen kommt, wenn sie in die Speichen greift, um den Staatskarren aus dem Dreck zu ziehen. Und dennoch: wir sind es uns und unseren Kindern schuldig – packen wir’s an!

Anmerkungen

- 1 Der Berg hat gekreißt und ein Mäuslein geboren.
- 2 Nächstenliebe bedeutet, dass man sich um den anderen kümmert. Heißt das auch, dass man sich in anderer Angelegenheiten einmischen soll?
- 3 Kirchenvater Bischof Ambrosius.
- 4 Die Katholische Soziallehre definiert soziale Gerechtigkeit wie folgt: Das Gebot, angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen
- 5 Kirchhof, Paul: Der sanfte Verlust der Freiheit – für ein neues Steuerrecht – klar, verständlich, gerecht. München, Wien, 2004, Vorwort VII-XI.

jedem der sieben verbliebenen Landtage gäbe es nur noch 99 Abgeordnete. Die Regierungs-/Verwaltungsbezirke würden aufgehoben. Flache Hierarchien bei Kommune, Landkreis³, Land und Bund sowie überschaubare und verantwortbare Leitungsspannen führten zu mehr Effizienz.

Steuern und Abgaben

Nach Realisierung des Kirchhof-Modells⁴, bei dem es um eine gerechte, klare und einfache, mutige und nachhaltige Reform geht, hätten die Bürger mehr „netto“ und könnten über mehr selbst bestimmen, wären damit (zumindest materiell) freier. Sie könnten mehr konsumieren oder investieren und damit wesentlich zur Finanzierung des Umbaus der Republik beitragen. Sie würden sich gleichsam eine neue Republik „kaufen“. Dann gehörte sie aber auch den Bürgern, nicht den Parteien! Weit-sichtige Ansätze in der Steuerpolitik⁵ wären bitter – im Wortsinn – nötig und würden sich – als „Volksmedizin“ heilsam erweisen. Mit einem solchen ganzheitlichen Ansatz könnte die fetteste Steuerbürokratie der Welt entrümpelt und entbürokratisiert werden; „dekalogisch“ (s.u.) aufgebaute und verständlich formulierte Texte, ggf. mit Verfallsdatum könnten eine moderne Steuergesetzgebung hervorbringen. Parallel dazu wäre ein Standard für Steuern und Abgaben in der gesamten EU anzustreben⁶. Nach Paul Kirchhof würden die heute 31 Bundessteuern auf vier reduziert: Einkommen, Umsatz, Erbschaft, Sonderverbrauch. Auf alle(!) Einnahmen kämen 25% (oder, was zu prüfen wäre, zeitlich begrenzt sieben Jahre lang 30%, der Verf.) Steuern. Weil mit niedrigeren Steuersätzen die Bemessungsgrundlage wesentlich breiter würde, könnten die Große Reform finanziert und die Staatsschulden abgebaut, letztlich sogar ganz getilgt werden. Die unsolidarische Steuerflucht würde durch einen von allen Bürgern akzeptierten gerechten Steuersatz (proportional, progressiv oder durch Stufenmodell wäre auszudiskutieren – für beide Arten gibt es gute Argumente) ad absurdum geführt. Die Umsatz- oder Mehrwertsteuer als andere Stellschraube könnte – ebenfalls auf Zeit – zum Schuldenabbau einge-

setzt werden und bis auf 20% angehoben werden. (Gegenrechnung: geringere Steuern auf Einnahmen, verschlankter Staat, weniger Bürokratie, weniger Beamte und Angestellte, geringere Aufwendungen für die Finanzierung des Staates.)

Sozialversicherungen

Die Frage, ob Sozialstaat oder nicht, stellt sich nicht, sondern wie er saniert und optimiert werden kann. Jeder Einkommensbezieher hat sich per Gesetz zu versichern: Gesundheitsvorsorge, Unterhalt bei Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alterssicherung. Diese „Nebenkosten“, welche Arbeit in Deutschland (zu) teuer und Schwarzarbeit lukrativ machen, werden vom Lohn abgekoppelt. Der Erwerbstätige / Arbeitnehmer erhält deutlich mehr netto (und damit mehr Gestaltungsspielraum) und zahlt in private Versicherungen einen Pflichtbeitrag zur Absicherung der Grundversorgung. Nach eigenem Ermessen kann er sich mit speziellen Modulen zur zusätzlichen Versorgung absichern. Auf diese Sozialstaats-Bürgerpflicht ist in den Schulen vorzubereiten. Privat eingegangene Gesundheitsrisiken würden besonders berechnet. Wer Kuren und ausdrückliche Vorzugsbehandlung wünscht, zahlt ebenfalls mehr. (Reha-Maßnahmen sind allerdings kein „Luxus“.) Kinder, Arme und Schwache genießen Solidarität (nicht Faule, Dumme und Dreiste); deren Versorgung wird, wie heute die Sozialhilfe, über Steuern finanziert.

Ökonomie / Ökologie

Subventionen werden berechenbar, schrittweise aber zügig abgebaut. (Landwirtschaft, Bergbau etc.) Die bisherigen Empfänger haben so die Chance, sich umzustellen oder beruflich umzuorientieren. Die jüngste, von den Grünen auf den Weg gebrachte Agrarreform geht in die richtige Richtung: nicht der Ertrag, sondern „Naturschutz-Fläche“ wird gefördert, wenn überhaupt). Auf „Brunnenvergiftung“ durch Überdüngen mit Gülle, auf Umweltbelastung durch Spritzen mit Nitraten, Herbiziden, Pestiziden, Hormonen werden empfindliche Strafsteuern erhoben. Pflanzenschutz darf nicht länger ein Euphemismus für schleichende Menschenvergiftung

sein. – Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft (Zauberlehrlingseffekt – ein Tschernobyl genügt!) sollte so lange gegangen werden, bis die Atomenergiegewinnung keine für die Schöpfung nachhaltige Schädigung mehr zeitigt. Erneuerbare Energien sind zu fördern nach dem Grundsatz: autark macht stark. Damit könnte à la longue das de-facto-Monopol der Energiewirtschaft (Ölkartell) gebrochen⁸ werden. Das Bundeskartellamt ist offensichtlich nicht in der Lage, den Monopolisten Preisabsprachen nachzuweisen. – Güterverkehr müsste auf die Schiene gestellt werden. Dieses Ur-alt-Problem wird seit Georg Lebers Zeit als Verkehrsminister verschleppt⁹ und erzeugt fortwährend die Volkswirtschaft schädigende Staus. Das Bundeswegenetz wäre zügig auszubauen, vorhandene Straßen und Trassen sind zu erneuern. Die Schienenwege wären zügig auszubauen, regionaler Auf- und Ausbau von Bahnhöfen mit Güter-/Containerterminals, standardisiert für Lkw, würden wieder zu lokalen/regionalen Umschlagplätzen, „Laster“ würden nicht länger die rechte Autobahnspur zuparken und als rollende Lagerfläche blockieren. Die Umweltbelastung und Unfallgefahr durch „dummen“, weil überflüssigen Verkehr würde deutlich eingeschränkt

Rechtsstaat / Justiz

Trotz der jüngst eingeleiteten Justizreform ist es notwendig, sich noch mehr auf die Funktion des Rechtsstaats zu besinnen. Die Rechtsprechung sollte nachvollziehbar danach streben, dass Recht und Gerechtigkeit wieder zusammenkommen, was pädagogisch wirken würde. Wer das Gesetz gebrochen hat, kann nicht mit Toleranz und nur sehr bedingt mit strafmildernden Gründen rechnen, sondern vor allem mit Konsequenz. Um schnell und ereignisnah aburteilen, um Fälle effizienter bearbeiten zu können, sollten ggf. Instanzen verringert und Abläufe vereinfacht werden. Bagatelldelikte sind schnell zu verhandeln. Wer einzelne oder die Gemeinschaft schädigt, kann nicht mit Nachsicht rechnen. (Graffiti-Sprayer beschädigen Eigentum! Jetzt – endlich – eine Straftat). Täter müssen schnell bestraft bzw. aus dem Verkehr gezogen

werden, Opfer geschützt und unterstützt werden. Kriminelle Ausländer sind auszuweisen.

Verwaltung / Bürokratie im Dienst des Bürgers

In allen staatlichen Behörden und Ämtern sind flache Hierarchien und straffe Verwaltungen effizient und bürgernah – nach dem Prinzip: nur so viel Bürokratie, wie nötig und soviel Deregulierung und Dezentralisierung, wie möglich. Sämtliche Gesetzes- und Erlassentexte sind für jeden Bürger verständlich zu formulieren, nicht nur für Spezialisten. Dabei könnte der „Dekalogische Ansatz“ als Beispiel dienen: je Problemfeld höchstens *zehn* klare, eingängige Grundsätze/Regeln/Prinzipien, die Exekutive, die neben dem klaren knappen Wortlaut nicht auch den Sinn deuten kann, wäre unqualifiziert und als Fehlbesetzung abzulösen. Beamte werden künftig nur noch für Aufgaben eingesetzt nach dem Grundsatz: nur so viele Beamte, wie unbedingt nötig (Kultivieren eines neuen Selbstverständnisses) Im Übrigen gilt: Überreglementierung entspricht nicht dem Menschenbild des Grundgesetzes sondern macht den Bürger zum Mündel. Bürokratismus verfremdet den Staat dem Bürger. Es besteht die Gefahr des Bürokratie-Infarktes. Eines Tages könnte die Bundesrepublik an ihren selbstgemachten Gesetzen und Erlassen ersticken – „sie leidet schon längere Zeit an Asthma / Kurzatmigkeit“. (Steuergesetze, Baugesetze etc.)

Ehe und Familie, Erziehung

„Das sozialistische System also, welches die elterliche Fürsorge beiseite setzt, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, versündigt sich an der natürlichen Gerechtigkeit und zerreißt gewaltsam die Fugen des Familienhauses“, so stellt die Enzyklika *Rerum Novarum* aus dem Jahre 1891 fest. Der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie muss in der Gesellschaft neu inkulturiert werden, anstatt ihn aufzuweichen. Kindererziehung und Familienarbeit sollen endlich die Wertschätzung erfahren, die ihnen gebührt. – Erziehungsrbeit ist eben-

so wie die Mutterrolle in den ersten, entscheidenden Jahren des Kindes, zu würdigen. Eine vollwertige Arbeitsstelle soll eine Familie ernähren können. Die Familien sind endlich so zu fördern, wie es das Verfassungsgericht vorgibt. Kinder dürfen nicht (zu früh) in Kinderkrippen „entsorgt“ werden. Eltern müssen frei wählen können, ob sie ihre Kinder eigenverantwortlich erziehen, oder in fremde Hände geben wollen. Kinder müssen wieder erzogen, nicht nur verwahrt und abgerichtet werden. Und Eltern sollen selbst entscheiden können, wer wann und wie lange je nach Alter der Kinder der Erwerbsarbeit nachgeht.

Bildung, Schule, Universitäten

Die Lehrpläne von Schulen und Hochschulen sind zu entrümpeln, Bildungsstandards sind auf Bundesebene festzulegen. Lerninhalte wie: gesund leben (Nahrung, Kleidung, Wohnung), Vorsorge (Eigenverantwortung), Fürsorge (Nächstenliebe, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt), Umwelt (Nachhaltigkeit, Sauberkeit) sind einzuführen. Auf eine fordernde Berufswelt, in der Flexibilität und Mobilität gefordert und lebenslanges Lernen selbstverständlich sind, müssen alle Bürger vorbereitet werden. – Eine Pseudo-Bildungspolitik, die Kinder als Versuchskaninchen missbraucht, ist zu untersagen. Eine klare Schulstruktur mit einer erneuerten Lernkultur jenseits der „Kuschelpädagogik“ ist durchzusetzen: 4 Jahre Grundschule, Hauptschulabschluss nach 8 Jahren, Mittlere Reife nach 10 Jahren, Abitur nach 12 Jahren. Im Übrigen brauchen Kinder und Jugendliche genügend Zeit zur Entfaltung, um zu sozialverträglichen und eigenverantwortlichen und freiheitsliebenden Mitbürgern zu werden. Schulen sind eine Lern- und keine Aufbewahrungsanstalt. Ganztagschulen und Kindergärten werden als ergänzendes Angebot gebraucht, das flexibel genug ist, auf Wünsche der Eltern (Erziehungssituation) einzugehen. – Zwischen den Hochschulen ist der Wettbewerb zu fördern, die Verwaltungen sind gemäß einem festzulegenden Standard zu straffen und studentenfrendlich auszustatten, Eliten sollen gefördert werden. Wer Studiengebühren bezahlt,

hat Anspruch auf einen Lernplatz in Labors und genügend Lernmittel, sowie auf Wohnraum. – Die Abschlüsse orientieren sich an der angelsächsischen Tradition (Bachelor (2-3 Jahre), Master (4-5 Jahre), Doktor danach), für Leistungsnachweise gibt es Credit-Points.

Kultur und Lebensstil

Das Urwüchsige und Natürliche wird durch allerlei zeitgeisthörigen, die Bequemlichkeit und Faulheit fördernden Schnickschnack zurückgedrängt. Viele Menschen, vor allem Kinder, leiden unter Bewegungsmangel einer unsäglichen Reizüberflutung, die keine Zeit lässt, die Natur zu entdecken und auch zu sich selbst zu kommen. Die Konsum- und Fernsehgesellschaft wird darauf abgerichtet, durchs Leben zu zappen. Egoismus und Hedonismus werden – medial verstärkt – gezüchtet. Die Geduld des Wartens und Sparens, der Verzicht auf manches, um sich etwas Wertvolles / Beständiges leisten zu können, ist aus der Mode gekommen. Dass „die Götter“ vor den Preis den Schweiß gesetzt hatten, haben viele vergessen. Die McDonaldisierung („supersize me“ so ein Film von Morgan Spurlock gegen krankmachendes Fast-Food), ist schon weit fortgeschritten. Den Schaden zahlt die Gemeinschaft der Versicherten. Hier, und nicht nur hier, haben Elternhaus und Schule einen gewaltigen Erziehungsauftrag.

Finanzierung

Um die Reform zu finanzieren und gleichzeitig die unverantwortlich hohe Staatsverschuldung abzubauen, wären sieben Jahre lang 20% Mehrwertsteuer zu erheben. Die Generation, die wesentlich die entgrenzten Wohltaten des Sozialstaats genossen hat, müsste noch zu Lebzeiten auch für dessen Sanierung aufkommen. Auch das ist Generationengerechtigkeit. Das Problem, Konsumgüter mit Steuern zu belasten, ist bekannt; scheint aber das kleinere Übel zu sein. Der Staat könnte durch berechenbaren aber zügigen Abbau von Subventionen ebenso Mittel zu seiner Finanzierung freisetzen wie durch eine Verschlinkung der Staatsorgane und Verwaltungen. Durch eine ehrliche Belastung nicht erneuerbarer Rohstoffe ließe sich

eine echte Ökosteuer rechtfertigen. Die Maastricht-Kriterien sind unter allen Umständen beizubehalten.

Anmerkungen

- 1 Horst Köhler hat offensichtlich einen solchen Ansatz gewählt – noch mehr Nachdruck wäre wünschenswert.
- 2 Baden-Württemberg hat eine Länderfusion im Dezember 1951 per Plebiszit vorgemacht (s' Muschlerlände).
- 3 als Agenturen zur Regelung regionaler ökonomischer und ökologischer Probleme.
- 4 Kirchhof, Paul: Der sanfte Verlust der Freiheit – für ein neues Steuerrecht –

klar, verständlich, gerecht. München, Wien, 2004, Vorwort VII-XI.

- 5 Steuerpolitik als Umverteilungsinstrument ist Machtpolitik. An dem, was Bürgern abverlangt aber auch zugedacht wird, lässt sich das Menschenbild der politischen Ordnung erkennen. Neben sicherlich notwendigen staatlichen Aufgaben hat sich „der Staat“ auch solche Aufgaben angemaßt, die eigentlich besser in der Verantwortung des einzelnen – mündigen/eigenverantwortlichen – Bürgers geblieben wären. Hier ist ein gesunder Rückbau nötig.
- 6 Denn Länder mit niedrigeren Steuern ziehen Industrien und Arbeitsplätze an und schaden den Nettozahlern, die ihre Beiträge aus den (höheren) Steuern ih-

ren Bürgern abknöpfen. Schließlich, und das haben einige erkannt, sind die Löhne von Nebenkosten zu entlasten, um Deutschland als Wirtschafts-Standort attraktiv zu halten.

- 7 Wozu brauchen wir eigentlich mehrere hundert gesetzliche Krankenkassen?
- 8 Nach Auffassung des Verfassers zockt eine „Mafia“ mit dem Hinweis auf Marktwirtschaft das Volk, das sich nicht wehren kann, in unverschämter Weise ab. Außerdem sollte dem Psychoterror „vermutete künftige Engpässe“, terroristische Bedrohung etc. ein Riegel vorge-schoben werden.
- 9 Warum wurde dieses Programm eigentlich nie umgesetzt? – Lobby-Einfluss? dürfte zwei Legislaturperioden dauern.

KURZ BERICHTET:

ÄGYPTEN: Konvertit schwer misshandelt Folter und Zwangseinweisung in Psychiatrie

Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am 9. Juni 2005 meldete, wurde Gasir Mohammed Mahmoud aus der Nervenlinik El-Khanka in Kairo entlassen. Der 31-jährige war von der Sicherheitspolizei gefoltert und im Januar dieses Jahres schließlich in die psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen worden, nachdem bekannt wurde, dass er vom Islam zum Christentum übergetreten war.

Vor seiner Zwangseinweisung in die geschlossene Anstalt am 10. Januar war Gasir Mohammed Mahmoud immer wieder von Sicherheitsbeamten festgenommen und zunächst ohne Gewaltanwendung verhört wor-

den. Da er sich jedoch hartnäckig weigerte, zum Islam zurückzukehren, begann man schließlich, ihn zu foltern. Er wurde entkleidet und wiederholt mit eiskaltem Wasser begossen, bekam nichts zu essen; die Zeh-nägel wurden ihm ausgerissen. Noch heute kann der junge Mann keine Schuhe tragen. In der Klinik wurde er wiederholt geschlagen und mit hoch-dosierten Medikamenten „behandelt“. Die Stationsärztin sagte ihm, er werde die Klinik nicht verlassen dürfen bis er zum Islam zurückge-kehrt sei. Offenbar hat im konkreten Falle von Mahmoud eine erhöhte in-ternationale Medienaufmerksamkeit die Entlassung bewirkt.

Nach ägyptischem Recht muss die Religionszugehörigkeit in den Ausweispapieren jeder Person festgehalten werden. Während Christen die Möglichkeit haben, zum Islam zu konvertieren und einen muslimischen Pass zu erlangen, ist es Musli-men unmöglich, nach einem Übertritt zum Christentum einen entspre-chenden Ausweis zu bekommen. Da-mit bleibt ihr „Abfall vom islami-schen Glauben“ (Apostasie) lebens-länglich dokumentiert und kann Strafen bis hin zum Todesurteil zur Folge haben. Die IGFM plädiert dringend für eine Abschaffung der Religionsangabe in den Ausweispapieren und das Recht auf ungestraf-ten Religionswechsel. (IGFM)

DEUTSCHLAND: Immer mehr Muslime wenden sich Moscheen zu

Immer mehr Muslime in Deutsch-land wenden sich der Moschee zu und nehmen aktiv am religiösen Le-ben der islamischen Gemeinschaften teil. Der Anteil stieg um 10 %, wie aus der am 14. Juli 2005 in Soest veröffentlichten Frühjahrsumfrage des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland hervorgeht. Die Zahl der Teilnehmer an Korankursen sei von 15 auf 22 % der Muslime ge-wachsen. Dagegen sank der Anteil jener „stark“, die sich für die In-tegration in Deutschland aussprechen. Diese Entwicklung ist laut Islam-Archiv in dem Gefühl der Muslime be-gründet, nach den Anschlägen arabi-

scher Terroristen unter einen Gene-ralverdacht geraten zu sein.

Laut Umfrage findet die SPD un-ter den Muslimen wieder mehr Zu-spruch; sie konnte 7 % hinzu-gewinnen und liegt bei 48 %. Dage-gen sank die Zahl der Sympathisan-ten für die Unionsparteien unter den Muslimen von 9 auf 2 %. Die Zustim-mung zu den Bündnisgrünen sank um 14 auf 29 %. Nach Angaben des Zentral-Archivs beläuft sich die Zahl der Muslime in Deutschland auf rund 3,2 Millionen. Rund 950.000 haben einen deutschen Pass. 389.000 Mus-lime seien in islamischen Vereinen oder Verbänden organisiert. Am

Stichtag der vom Bundesinnen-ministerium geförderten Befragung (15. Mai) gab es 143 „klassische Mo-scheen“ in der Bundesrepublik, wei-tere 128 befanden sich in der Pla-nung oder im Bau.

Das 1927 in Berlin gegründete Zentralinstitut ist die älteste beste-hende islamische Einrichtung im deutschsprachigen Raum und ver-waltet die Urkunden der islamischen Gemeindegründungen seit 1739. Ziel ist es, den Dialog zwischen den Mus-limen in der Bundesrepublik sowie mit den Angehörigen anderer Glau-bensbekenntnisse und Weltanschau-ungen zu fördern. (KNA)

RUSSLAND:

Diskussion über eine Militärseelsorge in Russlands Streitkräften

VON PAUL ROTH

Das Thema „Militärseelsorge“ ist in Russland viele Jahrhunderte alt. Kürzlich hat die „Nesawisimaja gaseta“ in ihrer Beilage zur Religion (02.03.2005) das Thema wieder aufgegriffen. Sie hat, über zwei Stellungnahmen zu dem Thema die Überschrift gesetzt „Politoffiziere im Priesterrock“. Zwei Tatsachen haben offensichtlich dazu geführt, das Thema wieder aufzugreifen, das bereits 1990 angeblich vom Patriarchat aufgegriffen worden war.

Eine Tatsache ist der klägliche Zustand der Streitkräfte: Desertionen, Selbstmorde, Kriminalität, Misshandlung von Untergebenen usw. Die zweite Tatsache ist die Suche nach einer Idee, nachdem der Marxismus-Leninismus seine alles bestimmende Funktion verloren hat. Man diskutiert über eine „nationale Idee“, die von orthodoxer Seite gerne mit einem Bekenntnis zur Orthodoxie verbunden wird.

Rückblick in die Geschichte

Die Bedeutung der orthodoxen Kirche für die Entstehung und den Bestand des russischen Reiches ist unbestritten, sowohl in der Zeit ihrer Unabhängigkeit, wie in den Jahrhunderten ihrer Unterordnung unter die Zaren. Logischerweise musste sich das auch auf die Streitkräfte auswirken, die Zarenherrschaft und Staatskirchentum verteidigten. Fahnen, Banner, Feldzeichen trugen christliche Symbole. Ein Regimentsgeistlicher wurde erstmals für das Jahr 1641 erwähnt.

Im „Domostroi“ – einer christlichen Hausordnung des 16. Jh. heißt es, dass man dem Zar dienen soll wie Gott selber. Als Peter der Große 1711 gegen die Türken zog, begleitete ihn als Feldgeistlicher der Geistliche und Staatsgelehrte Feofan Prokopowitsch (1681- 1736).

Die Losung des Feldherrn Suworow (1804 - 1882) für seine Soldaten lautete „Wir sind Russen und darum ist Gott mit uns.“ Die Verbindung von Religion und Politik drückte sich auch aus in der Losung: „Für den Glauben, den Zar und das Vaterland“.

Unter Zar Paul I. (Kaiser von 1796 - 1801) wurde es zu einer Manie des Kaisers, alles zu reglementieren und zu disziplinieren. Als Schreckgespenster drohten die Französische Revolution und die Verschwörungen in Russland. Am 16.

April des Jahres 1800 schuf der Kaiser die „Sonderverwaltung der Militärgeistlichkeit mit einem Feld-Oberpriester der Armee und Marine.“

In der russischen Unterrichtshandreichung von Guskow und Iwaschko „Die Orthodoxie und das russische Militärwesen“ (1994) heißt es: „... die Leitung der Geistlichen im Heer und der Marine wurde gemeinsam mit der Entwicklung der allgemeinen Leitung der Streitkräfte Russlands entwickelt“.

Im 1. und 2. Weltkrieg gab es in den russischen Streitkräften rund 1.000 Militärgeistliche, am Ende etwa 5.000. Gerühmt und ausgezeichnet wurden Geistliche, die mit erhobenem Kreuz die Truppen in den Kampf geführt hatten. Neben den orthodoxen Feldgeistlichen gab es auch muslimische Seelsorger. Zur Sowjetzeit war natürlich eine Seelsorge in den Streitkräften unmöglich. Feldgeistliche finden wir in den Streitkräften der „Weißen“, in der Armee Denikins sollen es 1.000 gewesen sein, in der Armee Wrangels 500. Bei Kampfhandlungen sollen sie Kirchenfahnen und Ikonen vor sich hergetragen haben. Auch muslimische Seelsorger gab es bei den Regimentern des „grünen Banners des Propheten“ und den „Regimentern Mohammeds“.

Reichlich unerwartet ist die Tatsache, dass die ersten Militärgeistli-

chen in der Sowjetunion katholische Priester waren. Aus den polnischen Bürgern auf sowjetischer Seite wurden im 2. Weltkrieg Divisionen gebildet. Mehr als hundert polnische Priester wurden aus sowjetischer Haft entlassen, eine Militärseelsorge wurde aufgebaut. Als am 15.07.1943 in der Nähe von Moskau die polnische „Kosciusko“-Division vereidigt wurde, begann die Vereidigungszeremonie mit einer feierlichen Feldmesse. Der katholische Priester F. Kubsz zelebrierte sie – im Range eines polnischen Hauptmanns.

Im 2. Weltkrieg hatte Stalin die Glaubensverfolgung abmildern lassen, um die Unterstützung durch die Gläubigen, insbesondere durch die orthodoxe Kirche zu gewinnen. In Rechtfertigung der eigenen Position konnte man in dem Band „Die Russische Orthodoxe Kirche“ des Moskauer Patriarchates (1958) lesen: „Gleich nach Kriegsausbruch richtete den Patriarchatsstatthalter, Metropolit Sergius, an das gläubige Volk den Appell, sich wie ein Mann zu erheben. ... Weder zur Zeit der Lehnsherren noch zur Zeit des Tatarenjochs, noch zu Zeiten von Unruhen hat die Kirche ihre irdisches Heimatland seinen Feinden preisgegeben, noch sich seine Ohnmacht im eigenen Interesse zu Nutzen gemacht, im Gegenteil, sie hat es auf jede Weise unterstützt, gesammelt, gestärkt. Auch nach der Oktoberrevolution konnte die Kirche ihre Einstellung zum Heimatland nicht ändern“. An eine Militärseelsorge wurde nicht gedacht.

Streitkräfte als Schule des Atheismus

Die Rote Armee, die sowjetischen Streitkräfte wurden von der kommunistischen Führung als „Schule der Nationen“ betrachtet. Politoffiziere, Parteizellen kümmerten sich um die Erziehungsarbeit.



1924 beschloss die Politführung der Roten Armee, die atheistische Arbeit zu organisieren. 1927 wurden Gruppen des Gottlosenverbandes in den Streitkräften geschaffen. In den Jahren der gewaltsamen Religionsverfolgung wurden Pioniereinheiten zur Sprengung von Gotteshäusern eingesetzt.

Nach dem Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ wurde unter Chruschtschow 1958 die atheistische Propaganda auch in den Streitkräften wieder aufgenommen. In dem Buch von F. Dolgich und A. Kurantow „Die kommunistischen Ideale und die atheistische Erziehung der Soldaten“ (Moskau 1976) konnte man lesen: „Der Dienst in der Armee ist ein wichtiger Abschnitt zur Formung einer atheistischen Weltanschauung. Die Kommandeure und Politarbeiter, die Politorgane und Armee-Partei-Organisationen setzen sich dafür ein, dass jeder junge Mann, der seinen Dienst in den Streitkräften durchlaufen hat, als überzeugter Atheist nach Hause zurückkehrt.“

Am 10.03.1985 wurde Michael Gorbatschow Generalsekretär der Partei Angesichts des Rückgangs des wirtschaftlichen Wachstums, der Versorgungslage, der nationalen Spannungen begann er mit seiner „Perestroika“, seiner Forderung nach „Glasnost“. Die Beendigung

der Verfolgung der Religionsgemeinschaften stand noch nicht auf der Tagesordnung. Der Wehrdienst galt als Ehrendienst. In einer Broschüre von 1985 „100 Fragen, 100 Antworten“ für Schüler konnte man lesen: „Der sowjetische junge Mann träumt davon, Verteidiger des sozialistischen Vaterlandes zu werden.“ Das war eine böse Lüge. Die permanente Entwürdigung der jungen Soldaten war allgemein bekannt. K. Podrabinek stellte in seinem Bericht (Der Spiegel 29/78) fest: „Wenn er heimkommt, hat er die Menschenwürde verloren und ist seelisch erniedrigt ...“

Als die Millenniumsfeier der Taufe der Kiewer Rus' (1988) heranrückte, steigerte sich die Atheismuspropaganda in den Streitkräften. Im Militärverlag erschien 1986 die Broschüre von K. Pajusow „Verstand gegen Religion. Fragen der atheistischen Erziehung sowjetischer Soldaten“. Pajusow behauptet, dass ein gläubiger Soldat kein zuverlässiger Soldat sein könne. Daher wäre es auch logisch, dass der Dienstbetrieb ihm „kaum Zeit zur regelmäßiger Beachtung kultischer Bräuche“ gewährt.

Während 1987/88 die Atheismuspropaganda in den Massenmedien verschwand, erschien im Militärverlag 1989 die Broschüre von I. und

In allen Perioden der russischen Geschichte haben sich Kirche und Armee verstanden.“

(Aus: "Nesawisimaja gaseta" vom 02.03.05)

S. Ischtschenko „Aus der Gefangenschaft des Aberglaubens. Notizen über die atheistische Erziehung der Soldaten“. Der letzte Satz der Broschüre lautete: „Der Dienst in den Streitkräften der UdSSR ist eine Schule der politischen und sittlichen Erziehung. Unbedingt muss man die Sache so anpacken, dass sie auch eine gute Schule für eine atheistische Erziehung ist“.

Und Generaloberst D. Wolkogonow behauptete in seinem Buch „Konterpropaganda. Theorie und Praxis“ (1988): „... die Erziehung zur Unversöhnlichkeit gegenüber den bürgerlichen Ideologie (ist) untrennbar verbunden mit der atheistischen Propaganda, dem entschiedenen Kampf gegen religiöse Überbleibsel...“ (Inzwischen ist Wolkogonow zu einem unerbittlichen Kritiker der Sowjetzeit geworden.)

Seit 1989 änderte sich die Situation. Es begann der „religiöse Boom“ (1989 - 1991), der vor allem der orthodoxen Kirche viele Täuflinge brachte. Soziologische Untersuchungen haben inzwischen gezeigt, dass viele, die sich als „Gläubige“ bezeichneten, nicht einmal das Glaubensbekenntnis ihrer Kirche kannten. „Glasnost“ hatte es möglich gemacht, über die Missstände in den glorifizierten Streitkräften zu berichten. Das Pressegesetz (1990) hob die Zensur auf. Die Wahl des Volksdeputiertenkongresses (1989) veränderte die politische Landschaft so entscheidend, dass auch über die Politorgane in den Streitkräften diskutiert wurde. Der Leiter der Politarbeit in den Streitkräften, Armee-general A. Lisitschew, behauptete in der „Prawda“ (01.02.1990), die Politarbeit in den Streitkräften sei unverzichtbar.

Die rechtliche Grundlage für das Monopol der Politarbeit der KPdSU in den Streitkräften entfiel, als der Volksdeputiertenkongress im März 1990 die Führungsrolle der Partei strich. Gorbatschow ordnete, durch

Dekret am 03.09.1990 an, die Arbeit der Politorgane in allen bewaffneten Einheiten zu reformieren.

Bevor noch das Religionsgesetz des Jahres 1990 verkündet wurde, wurde bereits darüber diskutiert, ob ein Zivildienst für jene geschaffen werden sollte, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigerten. Auch von einer Militärseelsorge soll gesprochen worden sein. Metropolit Pitirim vom Patriarchat äußerte im März 1990 den Wunsch, dass in Moskau eine Garnisonskirche und im Zentrum eines jeden Militärbezirkes Gotteshäuser zur Verfügung gestellt werden sollten.

Der Metropolit äußerte sich in der „Prawda“, dass in den Streitkräften mit mindestens 10 % von Gläubigen zu rechnen sei: „Ich habe keine Zweifel, dass die Einrichtung von Militärseelsorgesteilen in der Armee jener geistliche Sauerteig werden kann, der das Niveau der moralisch-patriotischen Erziehung unseres Heeres emporhebt.“ Von Seiten der Streitkräfte bestand jedoch damals noch kein Interesse.

1992 kam ein Geheimpapier über eine Politbürositzung vom 15.03.1989 ans Licht (Moskowskie nowosti 28/1992), in der ein Vorschlag der politischen Hauptverwaltung und des KGB angenommen wurde, 32 Planstellen von Politoffizieren in den Streitkräften durch KGB-Offiziere zu besetzen. Als es 1991 zum Putsch kam, stellte das Institut für Außenpolitik fest, dass nicht nur viele Offiziere auf der Seite der Putschisten gestanden hatten, darunter auch zahlreiche Politoffiziere, die ihre Arbeit hatten fortsetzen dürfen. Anfang 1994 übernahm die Agentur AP eine Meldung von ITAR-TASS, Verteidigungsminister P. Gratschow werde die Politoffiziere entlassen, bzw. auf andere Posten versetzen (Süddeutsche Zeitung 02.01.1994).

Der stellvertretende Verteidigungsminister W. Mironow (Radio Majak 16.04.1994) berichtete über eine Meinungsbefragung unter Soldaten: „Nahezu 70 Prozent von ihnen erklärt, der Wehrdienst sei unnötig ...“ Am 23.05.1994 teilte er mit: „Die Politabteilungen von drei Militärdistrikten, acht Armee, 19 Divisionen sind aufgelöst, sowie acht Schulen.“

Die Religionsgesetze des Jahres 1990

Zwei Religionsgesetze sind zu unterscheiden, das sowjetische Religionsgesetz vom 01.10.1990 und das Religionsgesetz Russlands vom 25.10.1990. Im Artikel 4 des sowjetischen Religionsgesetzes heißt es: „Niemand darf sich aus Gründen seiner religiösen Überzeugung seiner durch Gesetz bestimmten Pflichten entziehen.“ (Dieses Gesetz ist nach dem Zerfall der Sowjetunion unwirksam geworden). Das sowjetische Gesetz erlaubte den Soldaten, in ihrer Freizeit an Gottesdiensten teilzunehmen. Das russische Religionsgesetz vom 25.10.1990 sagt in Art. 7: „Personen, die wegen der eigenen religiösen Überzeugung den Kriegsdienst in den Reihen der bewaffneten Streitkräfte nicht leisten können, wird das Recht nach den Bedingungen und Ordnungen, die im Gesetz (noch) festgelegt wird, erlaubt, diesen durch einen Dienst zu ersetzen, der nicht mit dem Empfang und dem Tragen von Waffen verbunden ist.“ Erst in jüngster Zeit wurde dies Gesetz befolgt, vorher berief man sich darauf, dass noch die Ausführungsgesetze fehlten.

Annäherung und Zusammenarbeit

In den neunziger Jahren stellt man eine Annäherung teilweise eine Zusammenarbeit von Moskauer Patriarchat und Regierung, bzw. Streitkräften fest. Im Jahre 1992 kündigte der Verlag „Junge Garde“ ein Buch „Gebete der russischen Erde“ an. Es soll über die Tätigkeit der Militärgeistlichkeit und Marine-Geistlichkeit berichten. Es heißt in der Ankündigung „Die Geschichte der orthodoxen Militärgeistlichen und der Militärgeistlichen anderer Konfessionen birgt in sich viel Heldenhaftes und Erbauliches“. Leider konnte ich nicht feststellen, ob das Buch erschienen ist.

Am 17.01.1992 sprach Metropolit Kirill, Mitglied des heiligen Synods, vor einer Offiziersversammlung in Moskau. Der Kern der Rede war ein Bekenntnis zu „unserem Vaterland“, eine Beteuerung, dass die Kirche immer für die Streitkräfte gebetet habe. U.a. ging er auf die Rolle der Militärgeistlichen zur Zarenzeit ein.

Im Jahre 1992 konnte man in Zeitungen immer wieder Fotos sehen, die Geistliche zusammen mit Soldaten oder Offizieren zeigten.

1992 erließ das russische Verteidigungsministerium eine Verordnung über die Ausbildung, in der gefordert wurde, Verbindungen zu den Religionsgemeinschaften aufrechtzuerhalten.

Im gleichen Jahr berichtete der stellvertretende Verteidigungsminister V. Mironow am 25.8.92 an seinen Vorgesetzten P. Gratschow: „Versuche, in nächster Zeit eine Militärgeistlichkeit einzurichten, entbehren jeder Kenntnis der Realitäten in der Armee“. Er bezeichnete die Vorschläge als „zeitgeisthörig und populistisch.“ Im Herbst 1992 wurde in den Streitkräften die „Vereinigung für die geistige Erneuerung der Armee“ gegründet. Sie setzte sich für die Einführung einer Militärseelsorge ein.

Als 1993 die Assoziation „Armee und Gesellschaft“ eine internationale Konferenz über militärische Tätigkeit und Reform abhielt, schickte Patriarch Alexej II. ein Grußwort, in dem es u.a. hieß: „Die heroische Vergangenheit unseres Vaterlandes zeugt von einer untrennbaren Verbindung zwischen russischem Militär und der Orthodoxie. Indem sie die Heimat verteidigten, haben unsere Soldaten auch den orthodoxen Glauben verteidigt, zumal ihr Patriotismus sich gründete auf der Liebe zum Vaterland und zur orthodoxen Kirche“. 1993 wurde eine Unterrichtshilfe von M. Guskow und M. Iwaschko „Orthodoxie und russisches Militär“ in Druck gegeben, die den patriotischen Einsatz der russischen Militärseelsorge würdigte.

Seit 1992 erscheint die Reihe „Russisch-militärisches Sammelwerk, herausgegeben vom Verteidigungsministerium. Im Band 4/1994 konnte man lesen: „Durch den orthodoxen Glauben und die autokratische Herrschaft wurde der russische Staat zum Vaterland für viele Nationen.“

Auf dem Weg zur Militärseelsorge

In der „Militärdoktrin“ Präsident Putins vom 21.04.2000 tauchte das Thema Religion und Militärseelsorge nicht auf. Doch war der Weg dazu



„Der Oberkommandierende der russischen Streitkräfte, Wladimir Michailow, und der Vorsitzende der Abteilung zur Zusammenarbeit mit den Streitkräften, der Erzpriester Dimitrij Smirnow, unterschreiben eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit.“

(Aus: "Nesawisimaja gaseta" vom 02.03.2005)

bereits geebnet. Am 02.03.1994 hatten der Patriarch und der Verteidigungsminister eine „Gemeinsame Erklärung“ zur Zusammenarbeit unterzeichnet, in deren Präambel es hieß: „Die Zusammenarbeit der Kirche mit der russischen Armee ist eine sich über Jahrhunderte erstreckende Geschichte erfolgreichen gemeinsamen Dienstes“. Der heilige Synod billigte die Schaffung eines gemeinsamen Koordinationskomitees zu der Zusammenarbeit mit den Streitkräften.

Der stellvertretende Verteidigungsminister W. Mironow erklärte in einem Artikel „Die Erziehung in der Armee: Wie muss sie befasst sein?“ (Nesawisimaja gaseta 13.05.1994), dass „Kirche und Armee die geistlich-sittlichen Grundlagen des Militärs gefestigt“ hätten. Mironow forderte eine Erziehung zum Patriotismus auf der Konferenz „Armee und Gesellschaft“ im Mai 1994. In der Sektion „Armee und Religion“ wurde mehrfach – auch von orthodoxer Seite – vorgeschlagen, die militär-patriotische Erziehung, die vorher von Politoffizieren praktiziert worden war, Militärgeistlichen zu übergeben. Vertreter anderer Religionsgemeinschaften kritisierten, dass die orthodoxe Kirche in einer Weise bevorzugt würde, als sei sie eine Staatsreligion.

Im Oktober 1994 ging es auf der ersten „Allrussischen Konferenz – Orthodoxie und Russische Armee“ auch um die Militärseelsorge. Metropolit Kirill schlug vor, dass die Kirche in den Rekrutierungskommissionen mitarbeiten solle. Doch dürfe in der Armee „kein Missionsplatz für andere Kirchen und Religionen“ sein. Im Februar 1995 beklagte der Patriarch die große Anzahl von Wehrpflichtverweigerern.

In der Zwischenzeit waren bereits orthodoxe Geistliche in der Marine eingesetzt worden. Als 1997 ein neues Religionsgesetz in Kraft trat, sahen die nichtorthodoxen Religionsgemeinschaften darin eine einseitige Vorrangstellung des Moskauer Patriarchates. Kritik kam u.a. von muslimischer Seite. Immer häufiger wurden militärische Objekte durch orthodoxe Geistliche geweiht, im Jahre 2000 zählte das Moskauer Patriarchat in Garnisonen und militärischen Lehranstalten 117 Gotteshäuser. Hinzu kam die Formierung orthodoxer militärischer Einheiten, in die Wehrpflichtige orthodoxen Bekenntnisses abgeordnet wurden.

N. Mitrochin kommt in seinem Buch „Die russische orthodoxe Kirche: Gegenwärtiger Stand und aktuelle Probleme“ (Moskau 2004) am Ende zu dem Urteil: „Angesichts der antidemokratischen Richtung der

russischen Politik kann die Russisch-orthodoxe Kirche zu einem Bestandteil einer konservativen staatlichen nationalistischen Ideologie werden.“

1996 und danach waren in den Streitkräften Umfragen durchgeführt worden, um die Anzahl der gläubigen Soldaten festzustellen: 1996 sollen sich 37 %, 1999 32 % als gläubig bezeichnet haben (Nesawisimaja gaseta 23.02.2000). Oberst Lukičschew, Chef der Gruppe für die Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften beim Verteidigungsministerium, urteilt: „Der religiöse Faktor wirkt sich auf das moralisch-psychologische Befinden der Persönlichkeit aus. Davon kann unter Umständen der Ausgang der Kampfhandlungen abhängen.“ Die Befragungen haben jedoch gezeigt, dass die Hinwendung zum Glauben nicht automatisch zum Patriotismus anspornt.

Pro und Contra

In der Einleitung dieses Artikels ist die Sonderseite der „Nesawisimaja gaseta“ (02.03.2005) erwähnt worden. Zwei Artikel „Pro und Contra“ wurden darin abgedruckt. Unter der Überschrift „Heute wirkt in der Armee aktiv nur die Russische orthodoxe Kirche“ äußert der altgläubige Kapitän 1. Ranges A. Rjabzew, dass der Einfluss der Religion auf Gesellschaft und Streitkräfte stark übertrieben würde. Er lehnt Militärgeistliche ab, da die Militärseelsorge durch eine Konfession die Politik in die Streitkräfte übertragen würde.

Der orthodoxe Oberst A. Surowzew hat seinem Beitrag die „Überschrift gegeben“ Die Militärgeistlichkeit auf dem Marsch“. Er ist überzeugt, dass objektiv die Notwendigkeit besteht, sie einzuführen und sieht sie in kurzer Zeit verwirklicht. □

RUSSISCH ORTHODOXE KIRCHE:

Menschenrechte auf Russisch?

Die mangelnde Einhaltung der Menschenrechte in Russland führt in europäischen Gremien zu ständigen Protesten. Erst Ende Juni hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates Moskau aufgefordert, die bei Aufnahme in den Europarat 1996 unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg wird Russland in Kürze auf Grund einer Eingabe des Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung wegen Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze im Prozess gegen den Unternehmer Michail Chodorkowski verurteilen. Gegen diese Vorwürfe aus dem Westen wehren sich die Regierung in Moskau – und jetzt auch die Russische Orthodoxe Kirche (ROK).

Bei einem Runden Tisch zu diesem Thema rief Ende Juli der „Vize-Außenminister“ des Moskauer Patriarchats, Erzpriester Wsewolod Tschaplin, die Teilnehmer auf, dem liberalen Begriff der Menschenrechte ein neues – spezifisch russisches – Konzept entgegenzusetzen. Die Versammlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Im Interview mit Alexander Soldatow, dem Korrespondenten für Religionsfragen der „Moskowskije Nowosti“, erläuterte Tschaplin jedoch seine Ausführungen in dem Gremium. Der westlich-liberale Menschenrechtsbegriff, erklärte der Geistliche, konzentriere sich auf die Rechte und Freiheiten des Individuums. Dieses Konzept berücksichtige aber nicht die Rechte der Gemeinschaft. Russlands Gesellschaft habe seit alters her im Kollektiv gelebt. Das Interesse der Gemeinschaft bestehe in der nationalen Sicherheit, die von der Armee, der Staatsanwaltschaft und den Sicherheitsdiensten verteidigt werde. Es sei unzulässig, so Tschaplin, die liberalen Menschenrechte absolut zu setzen. Selbst das Leben könne nicht als höchstes Gut anerkannt werden, denn der Mensch setze oft seine Überzeugung höher als sein Leben ein, wie etwa das Beispiel vieler christlicher Märtyrer zeige.

Tschaplins Statement kann als offizielle Meinung des Moskauer Patriarchats gewertet werden. Der Stellvertreter von Außenamtsleiter Metropolit Kirill wird zum engen Kreis jener Personen gerechnet, die zu offiziellen Erklärungen des Patriar-

chats berechtigt sind. Mit seiner Auffassung verteidigt Tschaplin nicht nur die Regierung gegen Angriffe von außen, sondern auch die ROK gegen Kritik im eigenen Land. Russische Menschenrechtler beschuldigen die orthodoxe Kirche, der sie oft selbst angehören, religiöse Minderheiten zu unterdrücken und von Privilegien auszuschließen, die sie selbst vom Staat erhält. Solchen Vorwürfen hält das Patriarchat entgegen, dass die ROK ihrerseits von eben diesen Minoritäten und Sekten bedrängt werde. So ist inzwischen in offiziellen Äußerungen die Rede davon, dass die orthodoxe Kirche zur „unterdrückten Mehrheit“ im eigenen Land geworden sei. Ein Ausdruck, der sich großer Popularität erfreut, wenngleich Beweise fehlen.

Die Thesen des Erzpriesters, vermuten Insider, sind wohl beim Runden Tisch nicht unwidersprochen geblieben. Da die Tagung unter Geheimhaltung stand, ist keine Liste der Teilnehmer bekannt. Sehr wahrscheinlich dürften aber zu dem Kreis auch der Menschenrechtsbevollmächtigte der Regierung, Wladimir Lukin, Mitglied der liberalen Oppositionspartei „Jabloko“, und Michail Men, der Vorsitzende der vom Moskauer Bürgermeister Juri Luschkow kürzlich gegründeten Kommission für Menschenrechte, gehört haben. Men ist der Sohn des 1990 ermordeten Erzpriesters Alexander Men. Inwieweit Bürgerinitiativen zur Verteidigung der Menschenrechte vertreten waren, kann nur vermutet werden. Es gibt zahlreiche derartige Vereinigungen, die die Menschenrechte auf der

Basis eines liberalen Verständnisses verteidigen. Nur zwei kleinere orthodoxe Menschenrechtsbewegungen sind bekannt. Eine Gruppe nennt sich „Schutz der Rechte der orthodoxen Bevölkerung“ und widmet sich in erster Linie sozialen Aufgaben. Die zweite Vereinigung um Tamara Alexandrowna propagiert seit längerem die jetzt von Tschaplin verkündete Position.

Dem orthodoxen Standpunkt in Sachen Menschenrechte wünscht Tschaplin größere Verbreitung. Dafür sollen auch die Gläubigen mobilisiert werden. Dieses Anliegen dürfte jedoch in der russischen Gesellschaft auf Widerstand stoßen. Der Leiter des Informationsdienstes der Bewegung „Für das Recht des Menschen“, Jewgeni Ichlow, fasste die Gegenargumente im Gespräch mit Soldatow zusammen: Tschaplin deute den Begriff der Menschenrechte um, damit die Sicherheit des Staates geschützt werde. Wohin es führe, wenn auf den Schutz persönlicher Interessen zu Gunsten der des Staates verzichtet werde, habe das vergangene Jahrhundert unter Stalin und Hitler gezeigt. Im Übrigen verlange die Bibel die Rettung der einzelnen Seele, nicht die einer Gemeinschaft. Die russische Gesellschaft und die ROK hätten jedoch noch immer nicht die über Jahrzehnte praktizierte Kollektivierung überwunden.

Tschaplins Position hat sich jüngst auch Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow übernommen. Die Zeitung „Kommersant“ zitierte ihn mit dem Argument: „Die Reformer der neunziger Jahre haben nicht begriffen, dass die Wiederherstellung der bedingungslosen Menschenrechte auf Besitz und die Erneuerung der prinzipiellen Freiheit nicht aus dem System der Werte herausgerissen werden dürfen.“ Eine für die russischen Bürgerrechtler bedenkenswerte Feststellung von neutraler Seite, meinte „Kommersant“.

(KNA-ID Nr. 31 / 27. Juli 2005)

Modernisierung kein Gegensatz zur Christlichkeit

Im November 2004 scheiterte die Berufung des vorgesehenen italienischen Philosophieprofessors und Politikers Rocco Buttiglione zum Europakommissar am Widerstand der linken und liberalen Abgeordneten nach seiner Befragung im Europaparlament in Brüssel. Dabei wurde ihm seine katholische Haltung zu Geschlechtlichkeit und Ehe vorgeworfen.

Der „Fall Buttiglione“ bedeutet aber nicht nur ein persönliches Missgeschick für den abgelehnten Politiker – inzwischen ist er italienischer Kulturminister in Rom – sondern er beinhaltet auch eine gefährliche Entwicklung: Sie zeigt, wie ein absolut vertretener Liberalismus durch Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden zu einer politischen Gefährdung der Demokratie und des Christentums in Europa führen kann.¹ „Die Tagespost“ hatte dazu am 26.02.2005 auf Seite 10 einen Beitrag veröffentlicht, den AUFTRAG wegen seiner unveränderten inhaltlichen Aktualität in gekürzter Fassung wiedergibt (Bearbeitung bt).

Ohne Gewissen keine Politik

Anlässlich eines Katholikentages in Madrid am 20.11.2004 nahm Buttiglione zu seinem Fall ausführlich Stellung. Dabei wollte er nicht nur Pressemeldungen richtig stellen, sondern auch die europäischen Katholiken aufrufen, sich ihrer in ihrer Person begründeten Freiheit bewusster zu werden und dafür einzutreten.² Seine grundsätzliche Kritik richtete sich vor allem gegen falsch verstandene Liberalität. Außerdem vertrat er die Meinung, dass es nach der Entchristlichung heute bereits wieder Anzeichen der Rechristianisierung vor allem in Amerika gebe, was aber auch schon hoffnungsvoll in Europa zu beobachten sei.

Die Kategorie der Sünde hätten die ihn befragenden Europa-Abgeordneten in die Diskussion eingebracht, dagegen lehne er es ab, im Zusammenhang mit Politik von Sünde zu reden. Und er habe nicht entgegen vielen anders lautenden Zeitungsmeldungen gesagt, dass Homosexualität Sünde sei. Er habe jedoch angedeutet, dass er vielleicht so etwas denke, ohne aber festzustellen, dass er wirklich so etwas denke. Was er darüber denke, habe überhaupt nichts mit Politik zu tun. In der Politik gehe es nicht um die religiöse Sünde sondern um das Prinzip der Nichtdiskriminierung für das er einstehe. Nachdrücklich habe er sich deshalb gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und gegen jede andere Art von Diskriminierung ausgesprochen. Die Befrager hätten

jedoch von ihm die Aussage hören wollen, dass er keine Einwände gegen die Homosexualität habe, dies entspreche jedoch nicht seinem Denken als Katholik. Nach dem Katechismus sei Homosexualität nicht als Sünde, sondern höchstens als eine objektiv ordnungswidrige Beschaffenheit anzusehen. Jemand sündigt erst dann, wenn er in dem ganzen Wissen um diese Ordnungswidrigkeit subjektiv in diese in freier Entscheidung einwilligt. So etwas dürfe man aber offensichtlich nicht äußern, wenn man Europa-Kommissar werden solle. Im politischen Streit gebe es immer Gewinner und Verlierer. Kritisch werde es allerdings, wenn man als Katholik in der freiheitlich demokratisch verfassten EU nicht mehr seine Meinung vertreten dürfe, ohne von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen zu werden. Hierbei unterschied Buttiglione zwischen zwei Vorstellungen von Freiheit: einerseits die wirklich liberale und andererseits „eine antiliberalistische Perversion von Liberalität.“ Ein der wirklich liberalen Freiheit verpflichteter Staat wisse, dass die Werte für das bürgerliche Leben nicht von ihm, sondern von der Kirche und der Kultur beizutragen sind.³ Deswegen sehe er den Einfluss der Kultur positiv und anerkenne die Rolle der Kirchen in der Gesellschaft.

In Kontinentaleuropa herrsche dagegen die von Jean Jacques Rousseau vertretene andere Vorstellung von Freiheit vor. Danach solle der Staat seine eigenen Werte schaffen über eine Art Zivilreligion, der

sich die Offenbarungsreligionen unterzuordnen hätten.⁴ Nach dem italienischen Politiker ist dies der Anfang des klassischen Totalitarismus gewesen. Im Europa von gestern bildeten jeweils der Marxismus, Faschismus und Nationalsozialismus diese Zivilreligion.

Gewisse Linke im heutigen Europa wollten nun wieder eine Zivilreligion entstehen lassen, indem sich die Demokratie auf Relativismus gründe. Dies verbiete klare ethische Überzeugungen zu haben sowie die Unterscheidung von Gut und Böse.⁵

Demgegenüber habe man nach christlichem Verständnis „das Recht zu denken, dass der andere falsch denke – und könne doch gleichzeitig sein Leben für das Recht des anderen hingeben, falsch zu denken.“ Dagegen scheide der Relativismus als Grundlage für eine wirkliche Demokratie aus. Denn wenn es keinen Unterschied zwischen Gut und Böse gebe, könnten die Politiker tun und lassen was sie wollten. Ohne Gewissen würde politisch der demokratische Fortschritt korrumpiert werden. Nach der „Enzyklika Veritatis Splendor“ von Papst Johannes Paul II. „sei nicht der ethische Relativismus, sondern die Idee vom Personsein des Menschen, der Achtung der Person und ihrer Rechte und das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Wahrheit die angemessene Basis für eine Demokratie. Es sei die Wahrheit, die sich im menschlichen Handeln ausdrücken wolle. Das könne sie aber nur durch die menschliche Freiheit, die die Mutter der Demokratie sei.“

Buttiglione ist der Auffassung, dass sich Europa zwischen den beiden angesprochenen Formen von Demokratie entscheiden müsse. Sein „Fall“ vor dem Europa-Parlament sei deswegen ein glücklicher Anstoß nicht nur für Christen, sondern für alle die an Freiheit glauben, ein Gespräch über die angemessenen Grundlagen der Demokratie zu beginnen. Endlich würden in Europa nicht nur die bürokratischen Probleme beklagt, sondern es würde auch nach dem Gewissen, nach Werten

und nach der Identität Europas gefragt, betonte der verhinderte Europakommissar.

Seiner Meinung nach habe es jedoch nie ein christliches Europa gegeben, sondern es habe vielmehr in der Spannung von Glauben sowie Unglauben gelebt und die Christen müssten jetzt in diesem Zustand Stellung beziehen. Um siegreich zu sein, setze dies jedoch den persönlichen Glauben voraus. Ohne diesen könnten sie niemand von der Wahrheit und Richtigkeit ihrer Einstellung überzeugen. Dazu gehöre auch Mut, sich selbst der Öffentlichkeit zu stellen. Dabei solle nicht die eigene Einstellung anderen übergestülpt werden, sondern es sei „das christliche Menschenbild einzubringen, um die Freiheit für alle verteidigen zu können.“

Für Buttiglioni sind Sokrates und Christus die Väter Europas, das aus der gegenseitigen Herausforderung zwischen jüdisch-christlicher Religion und griechisch-römischen Denken geboren sei. Und ein echter Europäer muss deswegen in dieser Auseinandersetzung Stellung beziehen, Gleichgültigkeit würde dem jedoch entgegenstehen. Ihm komme ein Europa, das nicht zu seinen Wurzeln stehe vor, wie ein Mensch, der vollkommen mit seiner Familie gebrochen habe. Deswegen brauche man eine Verfassung. Obwohl die Präambel der europäischen Verfassung die oben genannten Wurzeln nicht erwähne, beziehe man sich in der Charta der Menschenrechte eindeutig auf den Menschen als die Mitte der rechtlichen und politischen Ordnung. Dies sei die Grundlage und gleichzeitig eine grundlegend christliche Idee: „Nach der Enzyklika Redemptor hominis offenbart Gott die Wahrheit über sich selbst dem Menschen – und damit offenbart Er gleichzeitig die Wahrheit über den Menschen, nämlich dass auch er Person ist. Und ‚Person‘ heißt, dass er frei ist, dass er die Pflicht hat, nach der Wahrheit zu trachten, und zwar in seiner Freiheit und durch seine Freiheit. Die Wahrheit ist etwas, was niemand anders für dich denken kann. Du selbst musst sie entdecken. Und wenn sie aufgezwungen ist, dann ist es nicht die Wahrheit, weil du sie nicht gedacht hast“, hebt der heutige Kulturminister Italiens hervor.

Ohne Kinder stirbt Humanität

Nach der natürlichen Ordnung könne sich der Mensch auch frei als Person der Liebe hingeben. Wenn Frau und Mann sich in der Liebe einander versprechen, miteinander Kinder zu haben und sie zu erziehen, so sei dies der höchste Ausdruck der Freiheit. Dabei sei jedoch ein Problem, dass in Europa vor allem die Familien diskriminiert werden – sei es wirtschaftlich oder sozial. Buttiglioni forderte deswegen Gerechtigkeit für die Familien ohne Chauvinist zu sein. Gleichzeitig unterstreiche er aber auch das Recht der Frau auf eine berufliche Karriere und Mutter zu sein. Deswegen solle aber auch keine Frau benachteiligt werden, weil sie zugunsten ihrer Kindererziehung auf eine berufliche Laufbahn verzichte. Dies gelte jedoch auch genauso umgekehrt. Die Politik müsse deshalb den Frauen die freie Wahl ermöglichen. Wenn diese Politik nicht einsetze, werde es mit Europa vorbei sein, da wir schon zu wenig Kinder hätten. Und „ohne Kinder stirbt Spanien, stirbt Italien, stirbt Europa, stirbt die Humanität.“

Der Politiker kritisierte dann diejenigen, die aus Angst vor der Liebe nicht heiraten wollen, weil sie nicht den Mut haben ihre Liebe für dauerhaft zu halten, die der Selbsthingabe bedarf. Sie hätten ein Europa von isolierten Individuen im Sinn, indem kaum noch Kinder geboren werden mit geringen Aussichten auf ihr „Erblühen und Reifen“.

Hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Verbindungen respektiere er „andere“ Formen des Zusammenlebens und habe auch nichts dagegen, wenn der Staat Möglichkeiten schaffe, in solchen Verbindungen besser zu leben. Aber er wehre sich dagegen, dass der Unterschied zur Familie beseitigt werde: „Zu sagen, alles ist Familie, das heißt zu sagen, dass Familie nichts ist“, betonte Buttiglioni.

Christen sollen Zeugnis geben

In seiner Rede bezog er sich auch auf den Vorwurf, er sei ein „theocon“, ohne zu wissen, was das sei. In den USA gebe es zwar „neocons“, Neokonservative, aber dies müsse man Amerika nicht nachmachen. Dabei sei zu bedenken, dass es Europa sowohl im technischen

Fortschritt, als auch in der Wirtschaft – und eben auf religiösem Gebiet voraus sei. Der Fortgang der Modernisierung bedeute damit, dass die Entchristlichung nicht auch fortschreiten müsse. Der Höhepunkt der Säkularisation sei nämlich in den USA bereits überschritten. Man habe dort auch erkannt, dass man zwar die Familie kritisieren könne, sie aber nicht zerstören dürfe, da es nichts gebe was ihre soziale Funktion ersetzen könnte.

„Der Wert der Familie werde zu einem grundlegenden Element im amerikanischen politischen Leben.“ So seien auch die beiden politischen Lager, wenn auch mit unterschiedlicher juristischer Konsequenz, Abtreibungsgegner. Diese interessanten Wandlungen seien auch in Europa möglich, meinte der Kulturminister.

Wenn mehr als die Hälfte der Italiener sich als praktizierende Katholiken hielten, davon aber nur die Hälfte sonntags zur Messe gingen, dann bedeute das: Die Kirche sollte anziehender wirken, mehr Dialog betreiben und mehr unter den Menschen gegenwärtig sein. Europa sei weder christlich noch unchristlich und suche seinen Weg. „Um den zu finden, sei Christus als die gesunde Antwort auf die Herzenssehnsucht der Menschen zu entdecken. Dazu bedürfe es aber des Zeugnisses der Christen und ihres Mutes, zu sein, was sie sind“, schloss Buttiglioni.

Zum Thema s.a. Beitrag S. 86

Anmerkungen:

- 1 Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer am 23.07.2005 in einem Gespräch mit „Die Tagespost“ u.a. zu einem Interview des Grünen-Europaparlament-Abgeordneten Cohn-Bendit, in dem er seiner Partei vorgeworfen hatte, sich bei der Sterbehilfe und Gentechnik der christlichen Moral eingeordnet und den Anschluss verpasst zu haben: „Selten hat mich etwas inhaltlich so beunruhigt wie dieses Interview ... Denn erstens war das Respektieren dieser Überzeugungen bei den Grünen von Anfang an selbstverständliche Übereinkunft, zweitens gab es bei den Grünen bisher nie eine so drastische Infragestellung von christlichen Positionen als solchen. Wenn wir das akzeptieren würden, würden wir am Basisverständnis der Grünen rütteln. ... Davor kann ich dann wirklich nur warnen.“
- 2 Manfred Spieker, Prof. für Christliche Sozialwissenschaften am Institut für Katholische Theologie der Universität Osnabrück

Fortsetzung auf Seite 56 u.



Dag Hammarskjöld galt als kühler, verhandlungsstarker Politiker und Friedensstifter im Auftrag der Vereinten Nationen. Bis man nach dem Tod des UN-Generalsekretärs eine Art geistliches Tagebuch findet. Darin offenbart er eine ganz andere Dimension seiner Persönlichkeit: eine tiefreligiöse Haltung, die mehr einem christlichen Mystiker als einem Top-Diplomaten entspricht. „Das einzig richtige Profil, das man von mir zeichnen könnte, ergeben diese Notizen“, schreibt er darin. Vor 100 Jahren, am 29. Juli 1905, wurde Hammarskjöld im schwedischen Jonköping geboren. Als jüngster von vier Söhnen des schwedischen Premierministers Hjalmar Hammarskjöld wird er in eine religiöse Familie hineingeboren, die bereits viele herausragende Staatsbeamte, Bischöfe und Künstler hervorgebracht hat. Auch Dag Hammarskjöld setzt die Familientradition fort, schließt sein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit hervorragendem Examen ab und wird zunächst Staatssekretär im Finanzministerium. Nach 1945 übernimmt er zunehmend diplomatische Aufgaben und wird 1951 stellvertretender schwedischer Außenminister. Schon jetzt ist er ein Verfechter der schwedischen Neutralitätspolitik.

Zwei Jahre später wird der nur Insidern bekannte Schwede zum UN-Generalsekretär gewählt. Bald verleiht er der schwerfälligen Weltorganisation durch seine neutrale Linie mehr Autorität. Der neue UN-Generalsekretär engagiert sich für die

VOR 100 JAHREN WURDE UN-GENERALSEKRETÄR DAG HAMMARSKJÖLD GEBOREN:

Top-Diplomat und christlicher Mystiker

VON KNA-REDAKTEURIN ANGELIKA PRAUß

Menschen in der Dritten Welt und für den Erhalt des Friedens - die Friedenstruppen mit den Blauhelm-Soldaten gehen auch auf ihn zurück. Statt zu warten, bis ein Konflikt eskaliert, setzt er auf vorausschauende Diplomatie und unblutige Lösungen. Verschiedene Krisenherde der Welt fordern den Einsatz des pflichttreuen und aufopferungsvollen Beamten: der Suez-Krieg 1956 sowie die Konflikte im Libanon 1958 und in Laos 1959. In seinen knapp acht Amtsjahren macht er sich durch seine undogmatische Politik nicht nur Freunde. In der Kongo-Krise schickt Hammarskjöld UN-Truppen ins Land und versucht auch persönlich, zwischen den kämpfenden Parteien zu vermitteln. Im September 1961 reist der Diplomat zu erneuten Friedensgesprächen nach Nordrhodesien. Bei einem Nachtflug stürzt sein Flugzeug ab, er kommt um. Die Umstände werden nie genau geklärt, ein Mordkomplott wird angenommen. Wenige Monate später erhält Hammarskjöld posthum den Friedensnobelpreis.

Beim Sortieren des Nachlasses findet ein Freund das Manuskript mit den tagebuchartigen Aufzeichnungen Hammarskjölds, das 1963 unter dem Titel „Zeichen am Weg“ veröffentlicht wird. Nun wird deutlich, wie

sehr sich der Politiker mit Gott verbunden wusste. „In seiner Hand hat jede Stunde einen Sinn“, meditiert Hammarskjöld seine persönliche Gotteserfahrung. In mystischer Selbstversenkung glaubt er zu erkennen, was Gott mit ihm vorhat: „Mein Geschick ist es, gebraucht und verbraucht zu werden nach deinem Willen.“ Als Sinn seines Lebens erkennt er den Dienst an der Gemeinschaft. Auch die UN ist für ihn in erster Linie Dienerin der Menschheit und dürfe sich nicht von Einzelinteressen beeinflussen lassen.

Diesen Gedanken hatte er in den Schriften der mittelalterlichen Mystiker gefunden – bei Meister Eckart, Johannes vom Kreuz, Thomas von Kempen und Blaise Pascal. Weitere Inspiration gaben ihm der Religionsphilosoph Martin Buber und Albert Schweitzer, mit denen er befreundet war. Gleichwohl wird deutlich, dass sich Hammarskjöld seit seiner Kindheit einsam fühlte, was ihn offensichtlich sensibel für Gott machte und zu einer tiefen Spiritualität führte. „Dienen“ und „Opfer“ sind zwei Begriffe, die in Hammarskjölds Aufzeichnungen immer wieder auftauchen. Gerade zwischen den Fronten politischer Ideologien wusste sich der Diplomat in der bewussten Christus-Nachfolge. (KNA)

Zum Bericht „Die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen ...“ auf der gegenüberliegenden Seite:

Bei der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen im Oktober 1955 lagen Freud und Leid nah beieinander. Viele Mütter warteten in Friedland vergeblich auf ihre Söhne, viele Frauen vergebens auf ihre Männer, während unter den Klängen des Choral „Nun danket alle Gott“ lang getrennte Familien unter Freudentränen wieder zueinander fanden.



VOR 90 JAHREN:

Bundestagserklärung zu Massakern an Armeniern

Die Fraktionen des Bundestages haben am Donnerstag, dem 16. Juni 2005, mit einer einstimmig verabschiedeten Erklärung der türkischen Massaker des Jahres 1915 an den Armeniern gedacht. Dabei wurde der umstrittene Vorwurf des Völkermords zwar nicht im eigentlichen Antragstext, wohl aber in der Begründung verwendet. Vorausgegangen waren ein Monate langes Gerangel vor allem zwischen SPD und Bundesregierung sowie heftiger Druck der Türkei. Der türkische Außenminister Abdullah Gül hatte den Antrag noch kurz zuvor als „verletzend“ für die Türkei und die in Deutschland lebenden Türken bezeichnet.

Der Antrag wurde ohne weitere Debatte verabschiedet. Er fordert die Bundesregierung auf, „dabei mitzuhelfen, dass zwischen Türken und Armeniern ein Ausgleich durch Aufarbeitung, Versöhnen und Verzeihen historischer Schuld erreicht wird“. Die Bundesrepublik soll sich dafür einzusetzen, dass sich das tür-

kische Parlament sowie seine Regierung und Gesellschaft „vorbehaltslos“ mit ihrer Rolle gegenüber dem armenischen Volk in Geschichte und Gegenwart auseinander setzen.

Unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches

Der Bundestag bedauerte zugleich die „unrühmliche Rolle“ des Deutschen Reiches, das trotz der vielfältigen Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern nicht einmal versucht habe, die Gräueltaten zu stoppen. In der Antragsbegründung heißt es: „Zahlreiche unabhängige Historiker, Parlamente und internationale Organisationen bezeichnen die Vertreibung und Vernichtung der Armenier als Völkermord.“ Konkrete Kritik wird daran geübt, dass eine für Mai geplante Armenier-Konferenz türkischer Wissenschaftler in Istanbul vom Justizminister unterbunden worden sei.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlin-

ge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski (CDU), erklärte, es sei erfreulich, dass alle Fraktionen der Initiative der Union zugestimmt hätten. Es gehe nicht darum, die Türkei an den Pranger zu stellen, sondern die Grundlage für eine auf historischer Aufarbeitung beruhende Aussöhnung zu schaffen. Das Verhalten der türkischen Regierung und des türkischen Parlaments habe den Eindruck erweckt, die Türkei versuche mit Macht eine objektive Aufarbeitung dieses Kapitels ihrer Geschichte zu verhindern.

Bei den vor 90 Jahren begonnenen Massakern an den christlichen Armeniern starben zwischen 800.000 und 1,5 Millionen Menschen. Sie wurden während des Ersten Weltkrieges von türkischen Nationalisten und Regierungsorganisationen erschossen, verbrannt, ertränkt oder auf Hungermärschen zu Tode gebracht, um die Türkei von „antitürkischen Elementen“ zu säubern. Mehrere Staaten haben die Vorgänge offiziell als Völkermord anerkannt. (KNA)

VOR 50 JAHREN:

Die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen
Eine Sternstunde der Bundesrepublik

Ein bewegender Moment der Nachkriegszeit: Am 6. Oktober 1955 kündeten die Glocken des Willkommens im Durchgangslager Friedland von der Heimkehr Tausender Gefangener in die Freiheit. Die letzten 9.628 der 96.229 namentlich bekannten deutschen Kriegsgefangenen kehrten aus sowjetischen Lagern heim.

Nach einem zähen Politpoker hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer ihre Freilassung erreicht. Seine Delegation war Anfang September 1955 mit zwei Flugzeugen, einem umgerüsteten Sonderzug mit abhörsicheren Limousinen an Bord und 80 Journalisten nach Moskau gereist. Nach tagelangen Verhandlungen hatten sich der sowjetische

Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow, Ministerpräsident Nikolai Bulganin und Adenauer auf die Freilassung aller Kriegsgefangenen gegen die mündliche Zusicherung geeinigt, demnächst diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Festgehalten wurden die Abmachungen in einem verklausulierten „Brief zur deutschen Einheit“, in dem „keine Veränderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung“ betont wurde.

Die Kriegsgefangenen in den sowjetischen Lagern „krochen fast in die selbstgebastelten Radiogeräte hinein“, wie sie später erzählten – in der Hoffnung, die entscheidende Nachricht zu hören. Ihre Berichte hielten Guido Knopp, Leiter der

ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, und sein Co-Autor Rudolf Gültner in dem bereits 2003 erschienen Buch „Die Gefangenen“ fest. „Adenauer hatte sein Nahziel erreicht: die Rückkehr der Kriegsgefangenen. Der Alte aus Rhöndorf hatte es den ‘Soffjets’ gezeigt.“

Im Jahr 1945 hatten sich noch mehr als drei Millionen deutsche Soldaten in sowjetischer Gefangenschaft befunden. Viele überlebten die Torturen des Lagerlebens nicht. Fast alle Kriegsgefangenen – aber auch große Teile der sowjetischen Bevölkerung – litten an Hunger. Die Wehrmacht hatte auf ihrem Rückzug verbrannte Erde hinterlassen. Unter den späteren Heimkehrern befanden sich auch Soldaten und SS-Männer, die an Kriegsverbrechen mitgewirkt hatten. (PS nach KNA)

VOR 60 JAHREN:

Als die Rote Armee kam: Das Märchen von der Rache

VON JOACHIM G. GÖRLICH

In den europäischen Medien ist in diesen Tagen viel vom Einmarsch der Sowjets 1945 in Deutschland die Rede und von der Gewaltspur, die Rote Armee hinterließ, was Frauen, Mädchen und gar Greisinnen anbelangt. Die vereinigte deutsche Linke und mit ihr auch ein Dr. Heiner Geisler versuchen dies mit Rachegefühlen zu entschuldigen und mit dem Hinweis, dass angeblich die Wehrmacht nicht anders mit den sowjetischen Frauen umsprang.

Die Vergewaltigungen dauerten noch mehrere Monate nach der Kapi-

tulation am 8. Mai 1945 an. Die „Befreiung“ erlebte der Verfasser an diesem Tag als Halbwüchsiger in Tschechien und kann sich noch gut an die gellenden Schreie – auch der Tschechinnen – erinnern. Ein paar Wochen später auf polnischem Territorium angelangt, ging das Ganze weiter. Der sowjetische Dienstaussweis, der ihn als Küchenjunge des Fliegertabes auswies, erwies sich als wahrer Segen für Frauen aus der Verwandt- und Nachbarschaft, immer dann, wenn nächstens angebliche Kontrollen nach deutschen Landsern von den Rotarmisten durchgeführt wurden.

Beim sowjetischen Stadtkommandanten protestierte eine US-Bürgerin, eine Polin und die Frau des städtischen KP-Vorsitzenden. Er finde es seltsam, so der Major, dass Verbündete kein

*Zivilisten und Soldaten
fliehen vor der Roten
Armee nach Westen.*



Fortsetzung von Seite 53

schreibt unter dem Titel „Christensichern den Frieden“ in „Die Tagespost“ (23.07.2005): „...erfordert der innere Friede eine politische Kultur, die jene Grundwerte achtet und schützt, von denen ein freiheitlicher Staat lebt, die er aber selbst nicht garantieren kann. Der Staat bleibt dazu auf den christlichen Glauben der Bürger angewiesen. Alexis de Toqueville hat dies in der Mitte des 19. Jhs. als das Herz der amerikanischen Demokratie beschrieben. ... Ernst Wolfgang Böckenförde hat es mit Hegel in die Frage gekleidet, ob nicht auch der säkularisierte Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt.“

- 3 Der Vorsitzende des Katholisch-Liberalen Arbeitskreises in der FDP, Thomas Stockmaier, in „Die Tagespost“ (23.07.2005): „Für unsere Gesellschaft ist es wichtig, dass wir keine Gleichmacherei betreiben. Es wäre verfehlt, die beiden großen christlichen Kirchen mit kleineren Religionsgemeinschaften auf dieselbe Stufe zu stellen. Eine Ausnahme bildet die jüdische Religion.

Die FDP hat bei aller freiheitsbetonten Gesinnung trotzdem eine starke christliche Prägung.“

- 4 Joseph Kardinal Ratzinger am 01.04.2005 in Subiaco – s.a. AUFTRAG Nr. 258, S. 46: „So ist auch die Ablehnung des Gottesbezugs nicht Ausdruck einer Toleranz,, sondern eher Ausdruck eines Bewusstseins, das Gott endgültig aus dem öffentlichen Leben der Menschheit auslöschen und in den subjektiven Bereich bestehender Kulturen der Vergangenheit verdrängt sehen möchte. Der Relativismus, der den Ausgangspunkt für das alles darstellt, wird so ein Dogmatismus, der sich im Besitz der endgültigen Erkenntnis der Vernunft glaubt, sowie im Recht, alles andere nur als ein im Grunde überholtes Stadium der Menschheit zu betrachten, das auf passende Weise relativiert werden kann.“
- 5 Ratzinger ebd.: „In Wirklichkeit bedeutet das, dass wir Wurzeln brauchen, um zu überleben und dass wir Gott nicht aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir unsere menschliche Würde nicht verlieren wollen.“

Verständnis für die sexuellen Nöte seiner Soldaten aufbrächten, bekamen die Damen zu hören.

Was das Argument von der „Rache“ anbelangt, so gab es bereits – noch bevor die Sowjets in Ostpreußen einmarschierten – Massengewalttätigkeiten in den baltischen Ländern. Und danach machte man auf Polinnen Hatz, die ja zu den Kriegsverbündeten gehörten.

Mit dieser Thematik befasste sich zuerst der exilpolnische Autor Roman Orwid Bulicz in seinem Buch „Wenn morgen der Krieg beginnt“, und im vergangenen Jahr gar die polnischen postkommunistischen Medien. So erfuhr man, dass die Vergewaltigungen im roten Lodz lange nach dem Krieg noch weiter gingen, bis immer mehr Rotarmisten für immer spurlos verschwanden. Das half.

Die Tatsache, dass ab 1952 an Polens Universitäten und Hochschulen das ganztägige Fach „Militärstudium“ plus Semestermanöver, sprich Reserveoffizierskurse, obligat wurde, eröffnete dem Verfasser die Möglichkeit, sich bei den Ausbildern im Offiziersrang, die meistens Kriegsveteranen waren, ihre Grundausbildung in der Sowjetunion oder gar in der Sowjetarmee erhalten hatten, nachzufragen, wie es sich mit den angeblichen Vergewaltigungen seitens der deutschen Wehrmacht verhalten habe. Die Antworten waren ausnahmslos: Den Deutschen könne man viel nachsagen, von Vergewaltigungen der Wehrmacht in Polen und in der UdSSR habe man nichts gehört.

Jahrzehnte später lernte der Verfasser den während der „Solidarnosc“-Ära geflüchteten polnischen Generalstabsoffizier, General Dr. Leon Dubicki, kennen, der seine Karriere in der Roten Armee begann und zum Kriegsende zur polnischen Volksarmee überwechselte. Er bestätigte dies und meinte dazu: „Die polnische Volksarmee hatte ihre Feldgeistlichen aller Konfessionen, was nicht unbedeutend war. Die sowjetischen Waffenbrüder ihren Ilja Ehrenburg (ein bekannter Schriftsteller und Publizist), der bekanntlich sogar zur Vergewaltigung aufrief.“ □

Der Traum ist aus Jugend im Zusammenbruch 1944-1945

„**E**rlöst und vernichtet in einem“ seien die Deutschen 1945 gewesen, sagte Theodor Heuss einige Jahre nach Kriegsende. Ähnlich empfanden wohl die meisten jungen Deutschen. Doch das Gefühl der Vernichtung überwog. Die Verlierer zu sein, schien ihnen unvorstellbar. Sie kannten kaum anderes als den Nationalsozialismus und seine Parolen. Sie waren erzogen zu gehorchen und zu siegen. Verführt und gedrillt, glaubten sie bis zuletzt an den „Führer“ und den Treueschwur, den sie geleistet hatten.

In einem neuen Buch aus der Reihe Zeitgut spannen die Erinnerungen von Zeitzeugen einen Bogen von den Bombennächten in überfüllten Luftschutzkellern bis zur überstürzten Flucht aus den Ostgebieten. Hier die Furcht vor der Roten Armee, Plünderungen, Vergewaltigungen. Dort der Einmarsch der GIs, Gefangennahme durch die Alliierten, die erste Begegnung mit schwarzen Soldaten. Das Überleben war für viele zur reinen Glückssache geworden.

Klaus Richter meldet sich im September 1944 als 15-Jähriger freiwillig zum Volkssturm: „Ich (...) unterhielt mich mit einem Jungen, den ich aus der Oberschule kannte. Er äußerte vorsichtig, der Krieg könnte mit unserer Niederlage enden, daran müssten wir uns gewöhnen. Das war für mich ein unvorstellbarer Gedanke.“

Auch Paul Misch, der am 11. Dezember 1944 von amerikanischen Soldaten gefangen genommen wird, kann sich nicht vorstellen überzulaufen: „Solche Gedanken hatten mir meine Ausbilder ausgetrieben. Für Führer, Volk und Vaterland zu sterben sollte höchste Ehre sein.“

Renate Rochner erlebt 1945 die Bombenteppiche in Bremen. „Eigentlich erwarteten wir jede Nacht unseren Tod. Könnte ich doch in die Zukunft sehen, musste ich oft denken, dann wüßte ich, ob wir am Leben bleiben.“ Ihre Familie ist immer als letzte im Bunker, weil die kleinen Geschwister erst aus dem Schlaf gerissen, im Handwagen verstaut und hingefahren werden müssen.

Mitte April 1945, als die Angriffe auf Berlin immer stärker werden, flüchtet Irmgard Notz mit ihrer Familie in einen Bunker. Ihr Vater kann sie vor angetrunkenen russischen Soldaten verstecken: „Ich wurde plötzlich aus dem Schlaf gerissen, von den Meinen ganz mit einer Decke umhüllt, an die Wand gequetscht. Vater und Großvater setzten sich davor, lehnten sich an und setzten sich beinahe auf mich. Angstbeben lag ich an der kalten Wand.“

Wolfgang Herchner schildert die Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1945 in Mecklenburg. Seine Einheit befindet sich zwischen der russischen und der amerikanischen Front. „Die Angst, in russische Gefangenschaft zu geraten, ließ uns im Morgengrauen mit letzter Kraft weiterlaufen, 40 Kilometer hatten wir schon geschafft. Unweit von uns eilten unzählige andere Einheiten gen Westen. Das mehr gekaute als gesprochene „Come on, boys!“ klang wie Musik in unseren Ohren. Geschafft! Über die Kapitulation waren wir zwar erleichtert, empfanden aber gleichzeitig Schmach, Verlierer zu sein.“



Die Zeitzeugen-Erinnerungen schildern, was angesichts riesiger Zahlen an Toten und eines ungeheuren Ausmaßes an Zerstörung sonst nicht fassbar wäre: das Schicksal einfacher, am Krieg unschuldiger junger Menschen, die in das Kriegsgeschehen hineingezwungen wurden.

Jürgen Kleindienst, Hrsg.: „Der Traum ist aus. Jugend im Zusammenbruch 1944 - 1945. 31. Geschichten und Berichte von Zeitzeugen“, Band 20 Reihe Zeitgut; 352 S., viele Abb., Chronologie, Ortsregister, geb., Zeitgut-Verlag Berlin 2005.

Kirchen zum Kriegsende: Gräueltaten wach halten

Die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft muss nach Meinung der Kirchen wach gehalten werden. „Wer das Gedächtnis verliert, verliert die Orientierung“, heißt es in einer zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai veröffentlichten Erklärung der evangelischen und katholischen Kirche. Darin wird hervorgehoben, dass immer weniger Menschen den Krieg, seine Vorgeschichte und den Anfang nach der Katastrophe selbst erlebt hätten. Umso wichtiger seien die Bemühungen geworden, die Geschehnisse historisch darzustellen und an die mehr als 50 Millionen Kriegstoten, den als rassistischen Vernichtungskrieg geführten deutschen Feldzug im Osten Europas und die unfassbaren Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern zu erinnern. „Die planmäßige Judenvernichtung übersteigt noch heute jede Vorstellungskraft“, wird in der vom Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, und von Bischof Walter Klaiber für die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) unterzeichneten Erklärung betont.

Sie erinnern auch an den deutschen Widerstand wie die Verschwörer des 20. Juli und die Mitglieder der „Weißen Rose“. Ausdrücklich rufen die Kirchen dazu auf, über den Kreis der vom Nazi-Regime Verfolgten hinaus andere Menschen in das Gedenken einzubeziehen, „vor allem die Opfer von Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung“. (KNA)

Der erste Bundespräsident und die Bundeswehr Korrektur eines Vorurteils

VON DIETER KILIAN

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 in Brackenheim bei Heilbronn als Sohn eines Straßenbaumeisters geboren. Vater Ludwig war bereits im Jahre 1903 gestorben. In der Familie gab es nur eine rudimentäre militärische Tradition. Theodor, der jüngste der drei Söhne, war als einziger kein Soldat geworden. Später wurde ihm diese fehlende Erfahrung bisweilen vorgeworfen.

„Meine persönlichen Beziehungen zu dem Militär waren damals äußerst gering und in einem Sonderfall höchst negativ.“¹

Dieser Sonderfall ereignete sich bei einem Kompaniefest im Jahre 1902. Sein Bruder Hermann hatte große Karikaturen über die Rekrutenausbildung gezeichnet, zu denen der 18-jährige Pennäler Theodor kecke Verse verfasst hatte. Diese aber missfielen dem Kompaniechef, der darauf hin Hermann Heuss „wegen mangelnden Würdegefühls“ von der Liste der Reserveoffizier-Anwärter strich², eine harte Reaktion.

Heuss selbst hatte sich bei einer Feier nach bestandenen Abitur im selben Jahre einen Arm ausgekugelt, was aber erst 20 Stunden später erkannt und behandelt worden war. Wegen dieses Unfalls wurde er nicht zum Militär einberufen. Der junge Heuss war darüber keineswegs glücklich – im Gegenteil.

„Ich habe immer bedauert, dass ich einer Schulterluxation wegen nicht dienen konnte, heute gelte ich deshalb als eingefleischter Zivilist, der gegen das Militär eingestellt sein soll. Das Gegenteil ist richtig.“³

Es muss ihn getroffen haben, als seine beiden älteren Brüder Ludwig und Hermann im Jahre 1902 ihr „Einjähriges“⁴ absolvierten. Es war zu jener Zeit ein erhebliches Manko, nicht zu den Fahnen gerufen zu werden. Der soziale Aufstieg, durch den Status eines Reserveoffiziers gefördert, war gebremst, und auch in der

Damenwelt sanken die Chancen als Nicht-Soldat. Der Kommandeur eines Heilbronner Regiments, Oberst von Triebig, lud Heuss kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bisweilen zu Casino-Abenden ein. Allerdings lag Heuss zu dieser Zeit mit dem preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn (1861-1922) in Fehde. Dieser hatte wegen eines kritischen Artikels über die sog. „Zabern-Affäre“⁵ Strafantrag gegen Heuss gestellt, der später allerdings zurückgezogen wurde.

Den Ersten Weltkrieg erlebte der Journalist Heuss – mittlerweile über dreißig Jahre alt – nur indirekt; sein Bruder Ludwig (†1931) kämpfte als Soldat im Osten. Nur einmal kam Heuss „in die Nähe von Kriegshandlungen“, als er – vermutlich 1915 – eingeladen wurde, mit einem Lazarettzug mitzureisen, um dem an der Ostfront kämpfenden Heilbronner Regiment Liebesgaben zu bringen.

„Ich muss gestehen, dass ich mir als einziger Mann in Zivil unbehaglich und deplaciert vorkam.“⁶

Auf dieser Reise lernte Heuss den Chef des Feldeisenbahnwesens und späteren Reichswehrminister, seinen Landsmann, General Wilhelm Groener (1867-1939), kennen, mit dem er später befreundet war.⁷ Auch mit einem anderen schwäbischen General, Walther Reinhardt (1872-1930), dem letzten preußischen Kriegsminister und späteren Befehlshaber des Wehrkreises V in Stuttgart, pflegte Heuss einen intensiven Meinungsaustausch.

Am 12. September 1949 wurde der 65-jährige Prof. Dr. Theodor Heuss, der Vorsitzende der FDP, zum ersten Bundespräsidenten gewählt. In seiner zehnjährigen Amtszeit wurden die Weichen für die Struktur der künftigen deutschen Streitkräfte gestellt und die junge Republik trat der NATO bei. Die Beurteilungen der Zeitgenossen über die Bindung zwischen Heuss und

dem Militär sind unterschiedlich. Heuss bejahte die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt und verteidigte sie z.B. auch gegen den früheren Marineoffizier Pastor Martin Niemöller (1892-1984),⁸ einem ihrer schärfsten Gegner. Nicht wenige – auch außerhalb der Bundeswehr – argwöhnten, der Bundespräsident brächte rein militärischen Fragen nur das pflichtgemäße Interesse seines Amtes entgegen. In erster Linie wurde dieses weitverbreitete Vorurteil, das bis heute hartnäckig Bestand hat, durch Äußerlichkeiten geprägt.

„Papa Heuss war ein ausgesprochen unmilitärischer Charakter“, schreibt Strauß.⁹ Auch General de Maizière übernimmt dieses Urteil: „Er hatte nur geringe innere Beziehungen zum Soldatenberuf. Sein Verhältnis zum Militär war nüchtern und sachlich. Fern von jedem Pathos und äußerem Gepränge hat er die Notwendigkeit, den Ernst und die Würde des Soldatentums in Worte zu kleiden gewusst.“¹⁰

Heuss selbst gestand, ihm „fehle das Talent zur Feierlichkeit“,¹¹ was sicherlich zutraf. Doch gerade dieses „Defizit“ war sicherlich eine der Qualifikationen, die die junge Bundesrepublik nach der Inflation jener bis ins mystische gehenden Feiern des Dritten Reiches an der neuen Staatsspitze brauchte. In dieser schweren Zeit, in der es kaum etwas zum Feiern gab, war nicht Pathos gefragt, sondern die Wiedergewinnung von Vertrauen. Es gelang Heuss, das emotionale Packeis, das sich zwischen Bundeswehr auf der einen und Politik und Volk auf der anderen Seite auf türmte, aufzubrechen. Heuss war wahrscheinlich gerade weil er kein Soldat gewesen war, gegenüber Politikern und Bevölkerung ein glaubwürdiger Mittler. Leider steht bis heute dieses einseitig geprägte Bild des ersten Bundespräsidenten im Vordergrund. Heuss hat nach eigenem Bekunden den Aufbau und

die Entwicklung der Bundeswehr aktiv begleitet und stand ihr keineswegs neutral gegenüber. Dabei machte er seine Autorität durchaus geltend.

„... als in den fünfziger Jahren der Neuaufbau einer >Bundeswehr< zur Diskussion stand, ..., der ich an dieser Frage lebhaften Anteil nahm ...“¹²

General a.D. Dr. Kießling bekräftigt dies aus der Perspektive des Soldaten. „Blieb ihm (Heuss) auch die Truppenführung und die militärische Sprache fremd, vom Wesen des Soldaten hat dieser philosophisch geprägte Bundespräsident schon etwas verstanden, wie seine zahlreichen Äußerungen beweisen.“¹³

Das Engagement von Heuss wird z.B. durch seine exponierte Haltung in der Frage des Oberbefehls deutlich, mit der er allerdings im Parlament scheiterte. Seine Einlassung, er halte die Aufteilung der Befehls- und Kommandogewalt zwischen Frieden und Krieg für „zu ausgeklügelt“, zeigt durchaus militärischen Sachverstand.¹⁴ Auch in die Diskussion um das Verhältnis von Befehl und Gehorsam in den Streitkräften mischte sich das Staatsoberhaupt ein und stellte klar, dass jeder militärische Vorgesetzte seine Autorität vom Staat ableitet:

„Der Staat ist nun einmal keine Kundmachung der Sentimentalität, keine Vereinigung wohlwollender Illusionäre, die nichts von Erbsünde wissen, sondern eine Veranstaltung, die auf Befehlsgewalt und Gehorsamsanspruch beruht.“¹⁵

Aber er zeigte mit seiner Autorität auch den Streitkräften nachdrücklich ihre Grenzen, wenn er z.B. vor der Forderung nach „unbedingtem Gehorsam“ warnte.

„Ich bin überzeugt, dass im letzten Weltkrieg der >unbedingte

Gehorsam< gegenüber dem Befehlsberechtigten hunderte, tausende Male nicht gewährt wurde. Man mag dabei unterscheiden zwischen Gehorsamsverweigerung und einen Befehl nicht ausführen. Der Regimentskommandeur, auch der Kompanieführer, taten in schwierigen Fällen einfach nicht das, was vom höheren, rückwärtigen Stab kam, weil er, ob es sich um Angriff oder um das >Halten< einer Stellung handelte, die Entscheidung auf seine Kenntnis der taktischen Lage, auf sein Gewissen nahm, was eigentlich verboten war. Das mochte ihn vor das Kriegsgericht, das mochte ihn zum Tod, das konnte auch zum Ritterkreuz führen.“¹⁶

Der militärpolitische Weitblick von Heuss wird z.B. an folgender Aussage deutlich:

„... eine eigenständige, eine autonome preußisch-deutsche Militärgeschichte ist zu Ende; es gibt sie nicht mehr. Die unsere Seele belastende Frage, ..., Vereinigung unseres Vaterlandes, wird nicht mit Waffen gelöst werden wollen und können. Der Weg dorthin darf, ..., nicht an frischen Soldatengräbern vorbeiführen.“¹⁷

Heuss begann sich keineswegs erst als Bundespräsident für militärische Dinge zu interessieren. Bereits während des Ersten Weltkrieges hatte er – neben seiner Arbeit als Journalist – in Militärlazaretten Vorträge gehalten, „die mit dem Krieg und seinem >Sinn< zusammenhingen.“ Seine Artikel und Vorträge besaßen in der Heimat und an der Front ein hohes Ansehen, weil man sein „Bemühen um nüchterne Unterrichtung höher schätzte als das ewige Sprüche-Machen.“ Heuss kam dadurch „in den Ruf eines strategisch phantasiestarken >Militärschriftstellers.“ Als im Westen wegen des Stellungskrieges

„... lange Zeit gar nichts geschah, prophezeite ich die Somme-Schlacht, die psychologisch bedingt den gemeinsamen Einsatz französischer und britischer Divisionen fordern müsste. Mein Rühmlein wuchs bei den Soldaten.“¹⁸

Auch dies zeigt, dass die spätere Meinung, Heuss habe dem Militär weder Interesse entgegengebracht, noch sich damit beschäftigt und daher nichts davon verstanden, nicht gerechtfertigt ist. Er hatte Clausewitz ebenso gelesen wie die „Geschichte



*„... ein wirklich demokratisches Bürgerbewusstsein schließt notwendiger Weise die Verteidigungsbereitschaft ein.“
Bundespräsident Prof. Dr. Theodor Heuß beim einem Manöverbesuch.
Im Vordergrund der erste Generalinspekteur der Bundeswehr,
General Adolf Heusinger.*

der Kriegskunst“ von Hans Delbrück. Der Fehler bei der Beurteilung der Beziehung des ersten Bundespräsidenten zum Militär liegt offenbar darin, dass viele nicht zwischen der Einstellung von Heuss zum Krieg und seiner Abneigung vor übertriebenem militärischen Pathos einerseits und seiner ethischen Bewertung der Landesverteidigung andererseits unterscheiden wollten. Speidel schildert dazu eine Begegnung mit Heuss im Sommer 1954 anlässlich der Vorbesprechung zu dessen Rede zum zehnten Jahrestag des 20. Juli 1944:

„Nur einmal, ..., haben sich unsere Auffassungen getrennt, als er in drastischer Form allein >den Generalen< die Schuld an den Ereignissen des Dritten Reiches geben wollte. Da erinnerte ich ihn an seine Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im März 1933. Diese Feststellung, als Mahnung gemeint, politisches Versagen nicht gegeneinander ins Feld zu führen, traf ihn schwer; er hat zeitlebens an seiner damaligen Entscheidung getragen. Heuss brach unser Gespräch ab mit den Worten: >Komm, wir holen ein Fläschle ... aus dem Keller, wollen uns wieder verstehen und nie mehr davon reden.“¹⁹

Auch seine Haltung zur Wehrmacht, zum Widerstand und jenen, die sich dem Widerstand nicht angeschlossen hatten, ist differenziert. Heuss polarisierte nicht – wie sein Nach-Nachfolger Heinemann –, er verband und versöhnte:

„Als ich kürzlich mit einem früheren Berufsoffizier zusammen war, ich kannte ihn vorher nicht, meinte er, ich möge aber doch in der Gedenkrede (Anmerkung: zum 20. Juli 1954) nicht die anklagen, die nach dem 20. Juli, die bis zur Schlusskatastrophe weiterkämpften. Ich konnte ihn nur bitten, mich nicht für so töricht und ungerecht zu halten. Ich müsste dann ja Freunde und geliebte Verwandte anklagen, die Hitler, die den Nationalsozialismus hassten, aber, als sie starben, glauben mochten, glauben durften, dass ihr Kämpfen Deutschland vor dem Äußersten vielleicht doch rettete. ... Ich bin nie Soldat gewesen, aber man muss es nicht gewesen

sein, um die Grenzsituation der sittlichen Entscheidungen ... spüren zu können.“²⁰

Dies sind Worte, die heute in dieser Klarheit nicht mehr zu hören sind. Heuss war auch der erste, der in einem Artikel gegen die Regelung des alliierten Kontrollratsgesetzes, Berufssoldaten und ihren Witwen gesetzliche Versorgungsansprüche zu versagen, seine Stimme erhoben hatte. Bereits im Herbst 1949 hatte er dafür gesorgt, dass die Rechtsansprüche der Berufssoldaten in die Regierungserklärung Adenauers aufgenommen wurden.²¹ Zur Landesverteidigung vertrat Heuss eine eindeutig positive Grundeinstellung und lehnte die „Ohne-mich-Bewegung“ in Sorge, dass sie jede demokratische Gesinnung zerstöre, ab. Vermutlich aus dieser Motivation heraus hatte Heuss – als einziger – im Parlamentarischen Rat den Grundgedanken einer „demokratischen Wehrpflicht“ vertreten und es abgelehnt, „Kriegsdienstverweigerung“ als Individualrecht ins Grundgesetz aufzunehmen.²² General Schmückle schildert ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten: „... die >Ohne-mich-Bewegung< beunruhige ihn. Sie sei eine schlimme Sache. Schon allein die Formel ... zerstöre jede demokratische Gesinnung. Lebendige Demokratie könne nicht auf dem >Ohne mich<, sondern nur auf dem >Mit dir< beruhen.“²³

Leider wird auch bis heute jener von distanzierter Ironie geprägte, saloppe und die Ausbildung der Armee etwas lächerlich machende Ausspruch „Nun siegt mal schön!“ verfälschend als Grundaussage von Heuss über die Bundeswehr kolportiert. Dieser Satz stieß in der Truppe auf zum Teil harsche Kritik. Allerdings stellte General Schmückle den Sachverhalt viele Jahre später anders, Heuss entlastend, dar.

Danach habe der Bundespräsident, der im September 1958 die erste große Herbstübung des III. Korps im Raum Koblenz besuchte, diesen Satz nicht in der Öffentlichkeit – etwa zu Soldaten oder Journalisten – benutzt, sondern hätte es „in scherzender Ironie“ nur in Gegenwart Schmückles gesagt. Es wurde nur deshalb bekannt, weil Schmückle es an die Presse weitergegeben hatte.

Als dieser als Pressesprecher von Minister Strauß nach der Übung mit den begleitenden Journalisten zusammentraf, wären diese über die mangelnde Auskunftsbereitschaft des Bundespräsidenten ungehalten gewesen. Und so habe er diesen Ausspruch, der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, in Umlauf gebracht, damit sie wenigstens etwas zu berichten hätten.²⁴ Heuss selbst aber stellte den Vorgang so dar, als habe er dies „in einer heiteren Laune“ tatsächlich zu einer kleinen Gruppe von Soldaten gesagt.²⁵ In seiner Rede an der Führungsakademie entschuldigte sich Heuss in Hamburg am 12. März 1959 – er nannte sie später „meine wichtigste Kundgebung“ – für diesen flapsig-humorigen Satz, indem er sagte:

„Ich habe drüber nachgedacht, was es nun eigentlich mit diesem Nun-siegt-mal-schön auf sich haben könnte ... Meist schwieriger ... ist dies, dass es dem Soldaten gelingt, den Sieg über sich selbst zu gewinnen, auch in den Strapazen eines Manövers, wie ich das sah, bei einer Truppe, die einen harten Nachtmarsch hinter sich gebracht hat ...“²⁶

Der Bundespräsident – in Anwesenheit von Minister Strauß und dem Ersten Bürgermeister der Hansestadt, Max Brauer – bestand auf dieser noblen Geste, die ihresgleichen sucht, obwohl General Schmückle Heuss, der ihm den Redeentwurf im voraus zum Gegenlesen geschickt hatte, abgeraten hatte, seinen Ausspruch zu erwähnen und ihn philosophisch auszudeuten. Doch Heuss bestand darauf. Dies zeigt zugleich, dass er trotz fehlender militärischer Erfahrung die inneren Befindlichkeiten der Armee kannte, auf sie Rücksicht nahm und mit großem Einfühlungsvermögen reagierte. Andere Politiker haben dies später weniger beachtet. In dieser Rede versuchte Heuss, Missverständnisse seines Verhältnisses zur Bundeswehr klar zu stellen. Er bezeichnete z.B. die Ansätze der Alliierten, „den deutschen Berufssoldaten als solchen zu einer Art von nichtswürdigem Verbrecher zu erklären“ als „Unfug.“²⁷ Gleichzeitig aber warnte er auch vor dem „miles gloriosus“, dem soldatischen Heldenbild, und den Fallgruben einer falsch verstandenen, „ver-

kitschten“ Tradition im Sinne eines Altherrenvereins.²⁸

Neben jenem Manöverausspruch wird die Zurückhaltung von Heuss in den Fragen der Uniformgestaltung als zweites Argument gegen seine angeblich Militärdistanz angeführt. Sechs Jahre nach der Wahl von Heuss trat die Bundeswehr auf die politische Bühne der jungen Republik – unbeholfen im neuen Umfeld und auch das optische Bild, das die Streitkräfte mit ihren wenig kleidsamen Uniformen boten, stand in krassem Gegensatz zum vormaligen Gepränge. Von der einst schillernden Wehr war nichts mehr geblieben. Das Staatsoberhaupt war hier der richtige Ansprechpartner, denn nur er konnte Farbe in das schlechtsitzende Dunkelgrau des Militärs bringen. Doch allzu große Bereitschaft war dazu weder bei Heuss noch bei Kanzler Adenauer vorhanden. Heuss schreibt dazu:

„Aber es gibt gegenwärtig 70(!) Abzeichen, und die will ich auf 15 bis 20 reduzieren.“

... Und was für ein künstlerischer Dreck ist in der Hitlerzeit auf diesem mir bisher vollkommen fremden Gebiete produziert worden.“²⁹

Gleichwohl musste Heuss – dem als Staatsoberhaupt die „Ehrenhoheit“ zusteht – seine Zustimmung zu den neuen Uniformen der Streitkräfte geben und auch über die Frage des Tragens von Kriegsorden entscheiden. Sachverständige hatte darüber zwei Jahre lang diskutiert. Zum späteren General Schmückle äußerte sich Heuss einmal zu der nach seiner Auffassung um sich greifenden Sucht der Militärs nach Äußerlichkeiten:

„Die Generale liegen mir in den Ohren: Hier eine neue Litze, dort eine metallene Spange. Lauter Sinn- und Geschmacklosigkeiten. Mit diesem Firlefanz hatte schon Gneisenau seine Verdrießlichkeiten. Die Herren sollten wissen, dass ich weder Soldatenkönig noch Uniformschneider geworden bin.“³⁰

Doch diese distanzierte Haltung des Bundespräsidenten ist kein Beweis für dessen grundsätzliche Abneigung gegen militärische Formen und Gepflogenheiten, sondern sind in der Inflation des Optischen wäh-

rend des Dritten Reiches zu sehen.

Heuss erlebte während seiner Amtszeit nur General Heusinger als Generalinspekteur; das Amt war erst 1957 geschaffen worden. Doch darüber hinaus hielt er enge, familiär und landsmannschaftlich begründete Kontakte zu General Speidel und dem damaligen Oberst Schmückle. Einen Verbindungsoffi-

Anmerkungen

- ¹ Heuss, Theodor: Erinnerungen, S. 194
- ² Ebenda
- ³ Schmückle, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten S. 130
- ⁴ Wehrpflichtige mit Obersekundareife konnten damals einen, auf 12 Monate verkürzten Wehrdienst als Reserveoffizieranwärter („Einjährig-Freiwillige“) ableisten, wenn sie sich verpflichteten, für Unterbringung, Bekleidung, Verpflegung und Ausrüstung selbst aufzukommen.
- ⁵ Im November 1913 hatte in der unterelsässischen Stadt Zabern (frz.: Saverne) ein Leutnant namens Forster widerrechtlich Zivilisten einsperren lassen. Sein Kommandeur deckte den Vorfall und auch von Falkenhayn fand vor dem Parlament kein Wort der Entschuldigung. Dies führte, als kleines Beispiel für den deutschen Militarismus, zur sog. „Zaberner Affäre“, die die Öffentlichkeit erregte und zu einer Verfassungskrise führte. Gleichzeitig nahm die Versöhnungspolitik des Reiches gegenüber den Elsässern dadurch bleibenden Schaden.
- ⁶ Heuss, Theodor: Erinnerungen, S. 202
- ⁷ Heuss, Theodor: Soldatentum, S. 26
- ⁸ Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten S. 145
- ⁹ Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen S. 304
- ¹⁰ Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden S. 52
- ¹¹ Heuss, Theodor: am 13. Mai 1953 in: Würdigungen Reden, Aufsätze und Briefe S. 189 f.
- ¹² Heuss, Theodor: Erinnerungen, S. 266
- ¹³ Kießling, Günter: Versäumter Widerspruch S. 168
- ¹⁴ Heuss hatte in einem Memorandum vom 18. Dezember 1952 - drei Jahre bevor die Bundeswehr gegründet wurde - für sein Amt auch den Oberbefehl über die Streitkräfte gefordert ¹⁵ und als Begründung angeführt, dass der Soldat im Bundespräsidenten seinen obersten Vorgesetzten sehen solle, läge doch auch die Befugnis, sie zu ernennen, nach dem Grundgesetz bei ihm. Doch letztlich wurde dieser Ansatz im Jahre 1956 durch den 2. Bundestag verworfen.
- ¹⁶ zitiert in: Ilseman, Carl-Gero von: Die Bundeswehr in der Demokratie S. 115

zier gab es während der Amtszeit von Heuss noch nicht. Am 12. Dezember 1963 starb Bundespräsident Heuss in Stuttgart und wurde am 17. Dezember mit einem Staatsbegräbnis auf dem Stuttgarter Waldfriedhof beigesetzt. Die Bundeswehr ehrte ihn, in dem sie eine Kaserne in Stuttgart-Bad Cannstadt nach ihm benannte.

- ¹⁷ zitiert in: Ilseman, Carl-Gero von: a.a.O. S. 120
- ¹⁸ Heuss, Theodor: Soldatentum, S. 15
- ¹⁹ Heuss, Theodor: Erinnerungen, S. 199
- ²⁰ Speidel, Hans: Aus unserer Zeit S. 343
- ²¹ Heuss, Theodor: Reden, Aufsätze und Briefe (Vom Recht zum Widerstand) Rede am 19. Juli 1954 S. 412 f.
- ²² Heuss, Theodor: Soldatentum, S. 10
- ²³ Heuss, Theodor: a.a.O. S. 11
- ²⁴ Schmückle, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten S. 130
- ²⁵ siehe: Schmückle, Gerd: Ohne Pauken und Trompeten S. 256
- ²⁶ Heuss, Theodor: Soldatentum, S. 12 f.
- ²⁷ Scholz, Günther: a.a.O. S. 79
- ²⁸ Heuss, Theodor: Soldatentum, S. 11
- ²⁹ Die positive Resonanz der Rede zeigte sowohl die – laut Protokoll wiederholt aufgekommene – Heiterkeit im Auditorium als auch der „stark anhaltende Beifall“ am Ende.
- ³⁰ Scholz, Günther: a.a.O. S. 146
- ³¹ Schmückle, Gerd: a.a.O. S. 129

Literatur

- Heuss, Theodor: Soldatentum in unserer Zeit Rainer Wunderlich/ Verlag Hermann Leins Tübingen 1959
- Heuss, Theodor: Erinnerungen 1905 - 1933 Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen ⁴1963
- Heuss, Theodor: Reden, Aufsätze und Briefe (Vom Recht zum Widerstand) Rede am 19. Juli 1954
- Ilseman, Carl-Gero von, Die Bundeswehr in der Demokratie Hrsg. Von J. A. Graf Kielmansegg, R. v. Decker's Verlag G. Schenk Hamburg 1971
- Kießling, Günter, Versäumter Widerspruch v. Hase & Koehler Verlag Mainz 1993
- Maizière, Ulrich de, Führen im Frieden Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen München 1974
- Schmückle, Gerd, Ohne Pauken und Trompeten Deutsche Verlagsanstalt ²1982
- Scholz, Günther, Die Bundespräsidenten Verlagsgemeinschaft Decker & Müller Heidelberg 1990
- Strauß, Franz Josef, Die Erinnerungen Wolf Jobst Siedler Verlag Berlin 1989
- Speidel, Hans: Aus unserer Zeit – Erinnerungen, Verlag Ullstein Frankfurt/Main 1977.

50 JAHRE BUNDESWEHR:

Am 7. Juni 1955 wurde die so genannte Dienststelle Blank, die die Aufstellung neuer Streitkräfte für die Bundesrepublik Deutschland vorbereitete, in das „Bundesministerium für Verteidigung“ umgewandelt. Diese „Dienststelle“ – auch als „Amt Blank“ bezeichnet – war nach dem CDU-Politiker Theodor Blank (*1905, †1972) benannt, der von 1951-55 Beauftragter von Bundeskanzler Konrad Adenauer für Sicherheitsfragen war. Die ersten 101 Freiwilligen der Bundeswehr erhielten am 12. November 1955 in der Bonner Ermekeilkaserne von Bundesverteidigungsminister Theodor Blank ihre Ernennungs-urkunden (Foto); die ersten Wehrpflichtigen wurden am 1. April 1957 einberufen.

Der 12. November 1955 – der 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Generalmajor Gerhard Johann David von Scharnhorst – gilt als das offizielle Gründungsdatum der Bundeswehr. (PS)



Kirchen würdigen Bundeswehr: Dienst für Frieden und Freiheit

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben das 50-jährige Wirken der Bundeswehr für Frieden und Freiheit gewürdigt. Mit einem Ökumenischen Gottesdienst im Berliner Dom eröffneten sie am 7. Juni die Feiern zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr. Der katholische Militärbischof Walter Mixa sagte, die Soldaten trügen „wahrhaft zur Sicherung des Friedens bei“ (s.a. nachfolgendes Interview). Sein evangelischer Amtskollege Peter Krug sagte, mit dem Jubiläum verbinde sich Dankbarkeit für den Frieden in Deutschland. Daraus folge auch eine Mitverantwortung für mehr Freiheit in der Welt.

An dem Gottesdienst, dem sich ein Festakt im Deutschen Historischen Museum anschloss, nahmen neben Bundeskanzler Gerhard Schröder auch die Minister für Verteidigung und Inneres, Peter Struck und Otto Schily (alle SPD), teil. Neben dem früheren Verteidigungs-

minister Rudolf Scharping (SPD) und Alt-Bundespräsident Walter Scheel war auch CDU-Generalsekretär Volker Kauder und der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) in das Gotteshaus gekommen.

„Friedensstiftend, friedenserhaltend“

Mit Blick auf den anhaltenden Streit bei der Gründung der Bundeswehr meinte Mixa, die damalige Entscheidung sei richtig gewesen. Die „kleine Bundesrepublik“ habe sich gegen den starken Ostblock und das marxistisch-leninistische System verteidigen müssen. Gerade mit Blick auf die 15 Jahre seit der Wiedervereinigung, die zahlreiche Auslandseinsätze gebracht hätten, erfülle die Bundeswehr die Vorgabe des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass Soldaten wirklich „der Sicherheit und der Freiheit aller Völker dienen“. Gerade die Auslandseinsätze

der Bundeswehr seien friedensstiftend und friedenserhaltend. Mixa rief zugleich zu mehr Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit weltweit auf.

Krug mahnte das Engagement für einen „gerechten Frieden“ als Leitbegriff christlicher Friedensethik an. Es wäre irrig, dem vermeintlich Guten in der Welt mit aller Gewalt zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Unter Hinweis auf den NATO-Doppelbeschluss erinnerte der Bischof auch an die heftigen Kontroversen während der Zeit der Teilung Europas. Damals habe man auf biblische Texte nicht mehr verweisen können, die Kirche und Gesellschaft gespalten hätten. Die Bergpredigt Jesu mit den Seligpreisungen bleibe aber stets Leitmotiv für das politische Handeln von Christen und Kirche. Krug betonte auch den Dienst der Kirche gerade an jenen Soldaten, die in bestimmten Einsätzen nur zwischen zwei Übeln wählen könnten und dabei Schuldgefühle auf sich lüden. (KNA)

INTERVIEW:

„Ein friedensstiftender Dienst“ Militärbischof Mixa zur Rolle der Bundeswehr

KNA: Herr Bischof, 50 Jahre Bundeswehr – was sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten Entwicklungen in dieser Zeit?

Mixa: Wichtige Entwicklungen sehe ich darin, dass die Bundeswehr mittlerweile in Krisengebieten in und außerhalb Europas im Einsatz ist. Wichtig war auch das Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland durch den Mauerfall und den Zusammenbruch des kommunistischen Systems. Dadurch hat sich auch die Aufgabe der Bundeswehr verändert.

KNA: Deutsche Soldaten wieder im aktiven Kriegseinsatz, das war lange Zeit undenkbar. ...

Mixa: Ich mache immer wieder die Erfahrung bei den Auslandseinsätzen, sei es auf dem Balkan oder in Afghanistan, dass unsere Soldaten wirklich einen friedensstiftenden Dienst leisten. Ich erfahre das auch durch die Reaktion der Bevölkerung. Sie ist den deutschen Soldaten zugetan und schätzt ihren Dienst. Sichtbar wird die friedensstiftende Funktion auch durch das humanitäre Engagement der Soldaten. In Sarajewo leben zum Beispiel seit dem Bosnien-Krieg 47 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Hier helfen unsere Soldaten zusammen mit den Franziskanern, mit der Caritas, dass jeden Tag 1.200 bis 1.500 Menschen nötige Nahrungsmittel bekommen.

KNA: Es gibt konkrete Überlegungen für eigenständige EU-Einsatzkräfte. Werden die nationalen Armeen bald überflüssig?

Mixa: Ich würde es nicht für gut halten, wenn sich die nationalen Armeen auflösen und sich eine anonyme EU-Streitmacht bildete. Seit der Gründung der Bundeswehr vor 50 Jahren hat sich das Prinzip der Inneren Führung und damit das des Staatsbürgers in Uniform bewährt. Das sollte man nicht ohne Not aufgeben. Durch die Auslandseinsätze und die friedensstiftenden Maßnahmen hat die Bundeswehr in den vergangenen 15 Jahren zusätzliches Ansehen gewonnen. Eine

ationale Armee hat es leichter, die Bindungen zur eigenen Bevölkerung zu halten und junge Leute dafür zu mobilisieren, sich für den Frieden und gegen Unrecht und Gewalt einzusetzen.

KNA: Religiöser Fundamentalismus spielt bei Konflikten eine immer größere Rolle. Wie reagiert die Militärseelsorge darauf?

Mixa: Es ist ganz wichtig, dass die Soldaten, die in Auslandseinsätze gehen, die kulturellen und religiösen Traditionen der jeweiligen Länder kennen. In der Vorbereitung auf die Einsätze geschieht das auf vielfältige Weise. Auch die Militärseelsorge erbringt ihren Beitrag im Lebenskundlichen Unterricht, in Vorbereitungsseminaren und - zusammen mit den Familien - in religiösen Familienwochenenden.

KNA: Amerikanische Soldaten haben Gefangene gefoltert, angeblich den Koran geschändet. Wären solche Fälle auch bei Bundeswehreinsätzen möglich?

Mixa: Ich glaube, dass das bei deutschen Soldaten in dem Ausmaß nicht passieren kann. Zum einen gibt es die Tradition der Inneren Führung in der Bundeswehr. Zum anderen gibt es seit 50 Jahren den Lebenskundlichen Unterricht. Dabei geht es immer wieder um die

Frage, wie ich dem anderen Menschen begegnen kann, dass er mir als gleichwertiger Partner gegenübersteht. Offiziere, die Leitungsaufgaben übernehmen, werden besonders geschult. Deshalb bin ich der Ansicht, dass Folter, Erniedrigung von Menschen oder der verächtliche Umgang mit der religiösen Überzeugung eines anderen so bei uns nicht denkbar sind.

KNA: Funktioniert das Verhältnis Bundeswehr – Militärseelsorge?

Mixa: Verteidigungsminister Peter Struck hat erst kürzlich gesagt, die Militärseelsorge sei ein Hoffungsanker für die Bundeswehr. Ich und meine Mitarbeiter in der Militärseelsorge sehen die große Chance, mit jungen und fragenden Menschen in Kontakt zu kommen. Ich bin mit den Möglichkeiten, die wir gegenwärtig haben, zufrieden. Was nicht heißt, dass nicht das eine oder andere noch verbessert werden könnte.

KNA: Was wäre das?

Mixa: Wir brauchen die Gewissheit, dass unsere 93 Dienststellen auch in Zukunft gesichert sind. Die seelsorgerliche Begleitung unserer Soldaten im Auslandseinsatz und - besonders wichtig - auch die Seelsorge vor Ort an den Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörigen und Familien an den Standorten, machen dies notwendig.

(Interview: Karin Wollschläger, KNA)

Pax Christi kritisiert Verteidigungsminister Struck

Kritik an Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) hat die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi geübt. „Statt die Bevölkerung an den Tod von Bundeswehrsoldaten zu gewöhnen, sind politisch alle Anstrengungen zu unternehmen, Konflikte im Vorfeld einzudämmen oder mit zivilen Mitteln zu lösen“, erklärte Pax Christi am 8. Juni 2005 in Bad Vilbel. Die Bewegung kritisierte damit jüngste Äußerungen Strucks, dass deutsche Soldaten möglicherweise künftig in Kampfeinsätzen der Bundeswehr ihr Leben lassen müssten. Der Verteidigungsminister wolle mit diesen Aussagen die deutsche

Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass 50 Jahre nach Gründung der Bundeswehr weltweite Militäreinsätze im Rahmen der UN, der EU und der NATO zur Normalität des Bundeswehrauftrags gehörten und heute eine Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen auf Grund der deutschen Geschichte nicht länger gerechtfertigt sei, so Pax Christi.

Nur in dieser Perspektive werde es gelingen, die Kampfeinsätze der Bundeswehr auf die völkerrechtlich gebotenen Einsätze zu begrenzen und sie nicht in eine Interventionsarmee mit offener oder unklarer Zielsetzung zu verändern. (KNA)


ZENTRALE VERSAMMLUNG:

www.krisenkompass.de

AUFTRAG stellte im Juni 2005 (Nr. 258, Seite 94) den „Krisenkompass“ der Zentralen Versammlung (ZV) der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs vor. Der Sachausschuss „Ehe-Familie-Partnerschaft“ der ZV hatte dieses Hilfsangebot für Betroffene von sogenannten „Fern-Beziehungen“ im April 2005 ins Internet gestellt.

Inzwischen hat die ZV dazu ein Faltblatt erstellt (nebenstehend), das den „Krisenkompass“ bei den Soldaten und ihren Familien bekannt machen und zu seiner Nutzung anregen soll.

Spätestens zur diesjährigen Woche der Begegnung in Haminkeln wird diese zusätzliche Druckinformation zur Verteilung kommen. (PS)



Zentrale
Versammlung
der katholischen
Soldaten


**„Fern-Beziehungen“
haben gemeinsame
Merkmale:**

- Einer der Partner nimmt nur noch zeitweise am Familienleben teil...
- Alltagssorgen des Einen werden vom Anderen nicht mehr oder nur noch teilweise wahrgenommen...
- Beide Partner haben das Gefühl, immer dann alleine zu sein, wenn sie den anderen am Nötigsten bräuchten...
- Erwartungen an die verbleibende gemeinsame Zeit werden höher geschraubt, je seltener man zusammen ist. Dies kann zu unrealistischen Anforderungen führen...

Die Partnerschaft wird belastet!

**Einsatz
Versetzung
Wochenendehe**

Kennen Sie das auch?



**Kinder sind sensibel.
Sie empfinden
unterschiedlich und reagieren
verschieden.**

- Sie fixieren sich im Alltag oft auf den Partner zuhause.
- Sie „projizieren“ den Abwesenden („Papa schimpft nie mit mir!“).
- Sie versuchen, den fehlenden Elternteil zu ersetzen („Jetzt bin ich der Mann im Haus!“).
- Sie können Probleme in der Schule bekommen.



Ungewissheit
Sehnsucht
Ängste

**Sie sind nicht allein!
Viele andere erfahren
die gleichen Belastungen.**

Tauschen Sie sich aus!
www.krisenkompass.de

Auf dieser **Homepage** finden Sie:

- Informationen
- Forum
- Meinungsaustausch
- Hilfsangebote
- Akuthilfe
- Literaturhinweise
- Gästebuch

Wir wenden uns sowohl an Ehepaare mit und ohne Kinder als auch an unverheiratete Paare und an Eltern, deren Sohn/Tochter sich im Auslandseinsatz befindet.

Wir sind selbst **Betroffene** als Soldat/in oder Partner/in und kennen somit die Situation einer Soldatenfamilie von heute.

Wir arbeiten ehrenamtlich als aktive **Laien** innerhalb der **Katholischen Militärseelsorge** und bilden dort den Sachausschuss **Ehe - Familie - Partnerschaft**.

Besuchen Sie uns im Internet:
www.krisenkompass.de

Impressum
Zentrale Versammlung
der katholischen Soldaten
im Jurisdiktionsbereich
des Katholischen Militärbischofs
Sachausschuss Ehe, Familie, Partnerschaft

c/o Katholisches Militärbischofsamt
Am Weidendamm 2
10117 Berlin

eMail: kmbsa@bundeswehr.org
Internet: www.kmbsa.de

PRESSEMITTEILUNGEN AUS DEM KMBA:

Militärbischof Mixa, neuer Bischof von Augsburg, erhält bayerische Auszeichnung

Dr. Walter Mixa, Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und Bischof von Eichstätt, wird neuer Oberhirte der Diözese Augsburg. Das gaben am 16. Juli der Vatikan und das Bistum offiziell bekannt. Der Bischofssitz in Augsburg, mit gut 1,5 Millionen Katholiken, ist nach dem altersbedingten Rücktritt von Bischof Viktor Josef Dammertz seit 13 Monaten vakant. Als Bischof von Augsburg kehrt Mixa in seine Heimatdiözese zurück (s.a. Beitrag Seite 32 f.).

Das zusätzliche Amt des Militärbischofs, das Mixa im August 2000 vom damaligen Papst Johannes Paul II. übertragen wurde, wird er weiterhin mit Überzeugung und Engagement wahrnehmen. Mixa hat in seiner fast fünfjährigen Amtszeit als Militärbischof den Dienst der Soldatinnen und Soldaten für die Sicherheit und Freiheit der Völker kennen gelernt und gewürdigt. Bei zahlreichen Truppenbesuchen an den Standorten sowie in den Einsatzgebieten in Afghanistan, Kosovo und Bosnien-Herzegowina, konnte er sich von deren verantwortungsvoller Aufgabe überzeugen.

Die Belastungen, die mit diesem Beruf für die Soldaten, ihre Familien und Angehörigen verbunden sind, weiß er wohl einzuschätzen. Deshalb veranlasste Mixa auch eine Kooperation der Katholischen Militärseelsorge mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Dort wird die Problematik der Fern-Beziehungen sowohl wissenschaftlich aufbereitet als auch den Betroffenen praktische Hilfe angeboten. Es ist ihm ein großes Anliegen, genügend Militärseelsorger den Soldaten zur Seite zu stellen, damit die „Kirche unter den Soldaten“ lebendig bleibt. Die Vertreter des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge schätzen Mixa als einen für ihre Arbeit offenen und verständnisvollen Bischof.

Auszeichnung für Bischof Mixa

Zwei Tage vor der Ernennung Mixas zum Bischof von Augsburg hatte der Bayerische Ministerpräsident dem Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr den Bayerischen Verdienstorden verliehen. Orden und Verleihungsurkunde zu dieser hohen Auszeichnung überreichte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber dem Katholischen Militärbischof am Vormittag des 14. Juli 2005 in einem Festakt in der Residenz München (Foto o.r.).

Mit dieser Auszeichnung werden im besonderen die Verdienste des Katholischen Militärbischofs um die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr gewürdigt. Seit dem 31. August 2000 nimmt Bischof Dr. Mixa zusätzlich zu dem Amt des Bischofs von Eichstätt das Amt des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr wahr. Kraftvoll setzt er sich gegenüber dem Staat und in der Gesellschaft für den Stand der Kirche unter den Soldaten in der heutigen Zeit ein. Dabei vertritt er überzeugend und überzeugend die Lehre der katholischen Kirche. Bei Besuchen in den Standorten und in den Einsatzgebieten nimmt er sich verständnisvoll und hilfreich der vielfälti-



gen Sorgen und Nöte der Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Familien an. Seinen Militärseelsorgern, deren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie allen im Laienapostolat ehrenamtlich in der Militärseelsorge Tätigen ist er stets ein guter, fordernder und fördernder Oberhirte. (KMBA-PrSt)

Martin Straub (35), Kaplan in Augsburg, ist vom künftigen Augsburger **Bischof Walter Mixa** (64) mit Wirkung zum 10. September zu seinem Bischofssekretär ernannt worden. (KNA)

Militärseelsorge feiert mit Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann 75. Geburtstag

Militärgeneralvikar a.D. Dr. Ernst Niermann, Apostolischer Protonotar, vollendete am 23. Juni 2005 sein 75. Lebensjahr.

Niermann, Priester des Bistums Aachen, war von 1981 bis 1995 Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in Bonn und damit Vorgesetzter aller deutschen Militärseelsorger. Vor seiner Zeit im Militärbischofsamt war der promovierte Kirchenhistoriker mehrere Jahre Standortpfarrer. In seine Dienstzeit als MGv fiel u.a. die Auseinandersetzung um die Nachrüstung, die deutsche Einigung und in deren Folge der Aufbau der Katholischen Militärseelsorge in den neuen Bundesländern.

Bereits die ersten friedensstiftenden Einsätze der Bundeswehr in Somalia und auf dem Balkan wurden von



Fortsetzung auf Seite 62

Militärpfarrern seelsorglich begleitet. Damit veränderten sich Aufgabe und Erscheinungsbild der Militärseelsorge von Grund auf. Niermanns Einsatz für die Militärseelsorge und für die Soldaten in der Bundeswehr wurde mit dem Großen Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens und kirchlichen Ehrentiteln gewürdigt.

Anlässlich des 75. Geburtstages von Dr. Ernst Niermann lud Militärgeneralvikar Walter Wakenhut am 23. Juni 2005 zu einer Feier in das Katholische Militärbischofsamt nach Berlin ein. Zu dem festlichen Gottesdienst in der St. Michaels-Kapelle und dem anschließenden Empfang waren zahlreiche Gäste gekommen.

Niermann habe das Gesicht der Katholischen Militärseelsorge intensiv geprägt, sagte Wakenhut in seiner Predigt. Der Aufbau der Militärseelsorge im Osten des Landes, die seelsorgerliche Begleitung der Soldatinnen und Soldaten bei Auslandseinsätzen und nicht zuletzt die Einleitung des Umzuges des KMBA von Bonn nach Berlin seien Beispiele und Beweis dafür.

Beim Empfang hielt Monsignore Dr. Karl-Heinz Dücke zum Thema: „Seelsorge in den neuen Bundeslän-

dern nach der Wende. Entwicklungen, Erfahrungen, Chancen“, den Festvortrag. Die Feier wurde musikalisch von dem Luftwaffenmusikkorps 4 aus Berlin-Gatow umrahmt. Dompropst Dr. Hammanns als Vertreter des Aachener Bischofs, Staatssekretär a.D. Werner Ablaß sowie Admiral a.D. Dieter Wellershoff hielten dem Jubilar zu Ehren jeweils eine kurze Rede. Ein sehr persönliches Grußwort richtete Admiral a.D. Wellershoff – drei Wochen vor seinem Tod am 16. Juli – an seinen Freund Ernst Niermann. Er habe Niermann kennen gelernt als einen Seelsorger, der aufgeschlossen und verständnisvoll seinen Dienst bei den und für die Soldaten erfüllt habe. Er habe Niermanns Fähigkeit geschätzt zuzuhören und dessen Nachhaltigkeit menschliche Beziehungen zu pflegen. Besonders hob Wellershoff das ökumenische Miteinander hervor, das ihm als evangelischer Christ sehr viel bedeute.

Dr. Niermann dankte zum Abschluss allen, die dieses Fest für ihn ermöglicht hatten; er dankte den Festrednern und den Gästen, die an diesem Tag gekommen waren, um ihn persönlich zu beglückwünschen. (KMBA-PrSt)

Militärdekan Ursprung feierte Silbernes Priesterjubiläum

Es war ein richtig heißer Sommertag, der 10. Juli, an dem Msgr. Carl Ursprung, Katholischer Leitender Militärdekan Koblenz, in die Pfarrkirche St. Clemens Maria Hofbauer in Bendorf-Mülhofen zu einem Dankamt anlässlich seines Silbernen Priesterjubiläums eingeladen hatte. Etwas aufgeregt und voller Erwartung stellten sich die Messdienerinnen und Messdiener vor dem Pfarrhaus auf, um den Jubilar und die Konzelebranten abzuholen. Feierlich zog die Prozession unter den Klängen der Orgel und eines Quartetts des Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz in die Kirche ein.



Die Stadtbewohner, an der Spitze der Bürgermeister sowie zahlreiche Gäste füllten das Gotteshaus. Pfarrverwalter Frank Klupsch hieß zu Beginn der Eucharistiefeier alle herzlich willkommen. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut würdigte Ursprungs Wirken als Priester. In den letzten 25 Jahren habe sich einiges verändert in Kirche, Staat und Gesellschaft, so der Generalvikar. Als Militärseelsorger habe Ursprung drei Militärbischöfe, ebenso viele Generalvikare, den Umzug von Bonn nach Berlin und den Auf- und Abbau von Dienststellen und Dienstsitzen erlebt. Im Rahmen der Transformation werde zurzeit sowohl die Bundeswehr wie auch die Militärseelsorge umgekrempelt und neu organisiert. Durch die Auslandseinsätze, die Wertediskussion in der Bundeswehr und durch problematische Vorfälle wie z.B. am Standort Coesfeld, seien die Militärseelsorger wieder gefragt und angesehen, aber auch sehr gefordert. „Auf diesem Acker gilt es das Wort Gottes auszusäen“, betonte Wakenhut. Und zu dem Jubilar gerichtet, sagte er: „Carl, du hast das durch all die vielen Jahre mit viel Engagement und Herzblut getan. Das wichtigste ist, dass gesät wird!“

Militärdekan Ursprung dankte für die herzlichen Worte und lud nach dem Gottesdienst alle Teilnehmer zur Begegnung ins Pfarrheim ein. Es gab schließlich ein zweifaches Fest zu feiern: das Priesterjubiläum und seinen 57. Geburtstag. Fast alle Militärseelsorger und Pfarrhelfer des Dienstaufsichtsbezirkes Koblenz waren gekommen, um ihm zu gratulieren. Mit seinem ihm ureigenen Witz gab Ursprung seine Freude darüber kund. – Beim festlichen Abendessen überreichte Militärgeneralvikar Wakenhut ihm zum 25jährigen Dienstjubiläum die Dankesurkunde des Verteidigungsministers. (KMBA-PrSt)

Pfarrer Frank Kupsch, MGW Walter Wakenhut und KLMD Carl Ursprung (v.l.) auf dem Weg vom Pfarrhaus zur Kirche.

Ein vielfältiges und ideenreiches Laienengagement im kirchlichen Verbandswesen ist vollendet

Oberst a.D. Hans-Georg Marohl

* 3. Juli 1923 † 5. Juli 2005

Es war ein ausgefülltes, ideenreiches, von Fürsorge und christlicher Mitverantwortung für die ihm anvertrauten Menschen und übertragenen Aufgaben geprägtes Leben, das Hans-Georg Marohl nach schwerer Krankheit am 5. Juli 2005 – zwei Tage nach Vollendung des 82. Lebensjahres – zurück in die Hände seines Schöpfers legen musste.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) sowie zahlreiche andere Zusammenschlüsse im deutschen Katholizismus können dankbar auf sein jahrzehntelanges, selbstloses ehrenamtliches Engagement zurückblicken.

Hans-Georg Marohl schien als Mitglied des Bundesvorstandes der GKS immer etwas rastlos zu sein, war wenig für Sitzungen mit theoretische Erörterungen geeignet, suchte statt dessen zupackend nach gangbaren Wegen, um Probleme zu lösen. Er war eben ein Pionieroffizier, praktisch veranlagt, schnell die Situation erkennend, sachlich bewertend und sachgerecht handelnd. Dabei ging es ihm vorrangig um das Wohl der betroffenen Menschen – durchaus noch gemäß einer traditionell patriarchalischen Auffassung, dass Fürsorge weniger einen gesetzlichen Anspruch zu erfüllen hat, als vielmehr auf einer moralischen Verpflichtung des Verantwortungsträgers beruht. Marohls Initiativen dienten nicht einem materiellen Gewinn, sondern entsprangen dem Streben, eine als notwendig erkannte Sache zu fördern und sich für Schwache und Unterprivilegierte solidarisch einzusetzen. Deutlich wurde dies in seinem Engagement für den Malteser Hilfsdienst in Köln und in der Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung, hier besonders als es nach 1990 darum ging, in den neuen Bundesländern eine Organisation für die Betreuung der Soldaten aufzubauen.

Hans-Georg Marohl gehörte zu den Kriegsteilnehmern (1941-45 Wehrdienst als Pionier, Zugführer und KpChef, Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft Juni 1945), die als junge Männer aus den Erlebnissen und Erfahrungen unter der Naziherrschaft die Folgerung zogen, dass sie sich für den Aufbau einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Staats- und Gesellschaftsordnung zur Verfügung stellen sollten. Seit seinem Dienstantritt 1956 in der Bundeswehr hat er in Gemeinschaft mit Anderen Einfluss auf den inneren Aufbau, das Bild und das Selbstverständnis der Streitkräfte und deren Einordnung in die deutsche Gesellschaft genommen. Er war mit dabei, als sich 1960 katholische Offiziere zusammenschlossen, um gemeinsam über den Dienst als christliche Soldaten nachzudenken und diesen Dienst in Verantwortung gegenüber ihrem Staat und ihren Mitbürgern zu gestalten. Er war mit anderen von der Notwendigkeit



überzeugt, dass Christen Offizier werden und bewusst der jungen Demokratie dienen sollten. Diesem Pflichtbewusstsein gegenüber den Gemeinschaften Kirche, Staat, Gesellschaft ist H.-G. Marohl immer treu geblieben.

Ohne alle Stationen seines Lebens hier aus Platzgründen aufzeigen zu können, sollen doch einige ehrenamtliche Tätigkeiten stellvertretend erwähnt werden:

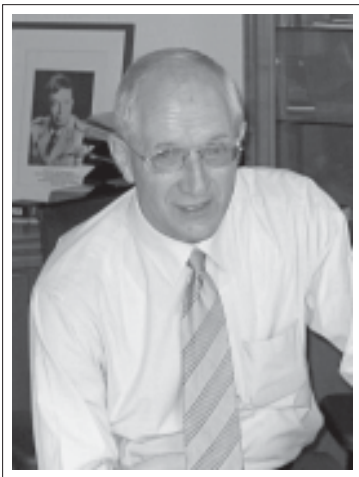
- 1946-49 Diözesanjugendleiter in Berlin
- 1956-2002 Mitbegründer der KAS, seit 1982 Vorstandsmitglied, 1993-99 stellv. Vorsitzender
- 1961-96 Mitbegründer des Königsteiner Offizierkreises (KOK), seit 1971 GKS, Mitglied im Bundesvorstand bis 1996 als Beauftragter für die GKMD
- 1969-96 Vizepräsident der Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands (GKMD)
- 1969-73/84-88 stellv. Vors. der Arbeitsgemeinschaft der Kath. Verbände Deutschlands (AGKVD)
- 1973-84 Vorsitzender der AGKVD
- 1973-96 Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) als Vertreter der GKMD
- 1982-91 stellv. Diözesanleiter Köln des Malteser Hilfsdienstes (MHD)

Anerkennungen und Auszeichnungen:

- Ritter des päpstlichen Ordens vom hl. Gregorius
- Ritter des Ordens vom Hl. Grab zu Jerusalem
- Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Dtl.
- Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold
- Großes Ehrenkreuz der GKS
- Ehrenmitglied der KAS seit 2002

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass Hans-Georg Marohl immer dann, wenn er sich aus Altersgründen aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit zurückzog, rechtzeitig für geeignete Nachfolger Sorge trug, diese auch auf ihre Aufgaben vorbereitete und weiterhin interessiert wie kameradschaftlich begleitete.

Die GKS wird sein Andenken in Ehren halten und seiner im Gebet gedenken. (PS)



VON KLAUS ACHMANN

Sitzung des Bundesvorstandes

Im zurückliegenden Berichtszeitraum war das wichtigste Ereignis die Sitzung des Bundesvorstandes der GKS vom 17.-19. Juni 2005 in Tauberbischofsheim. Zu dieser Sitzung waren auch viele der Ehefrauen der Teilnehmer angereist. Das vorgesehene Damenprogramm sollte ein Dank des Bundesvorsitzenden dafür sein, dass die Mitglieder des Bundesvorstandes manchen Abend und manches Wochenende fern ihren Familien verbringen müssen.

Der Bundesvorsitzende leitete die Konferenz mit einem Überblick über die wichtigsten Probleme ein, mit denen sich unser Verband derzeit auseinandersetzen muss. Er nannte Schwierigkeiten bei der Anwerbung neuer Mitglieder, den zögerlichen Aufbau der GKS in Ostdeutschland, die absehbar knapper werdenden finanziellen Mittel und die bevorstehende Strukturreform der GKS im Anschluss an organisatorische Veränderungen der Militärseelsorge.

Als Schwerpunkte der Sitzung des Bundesvorstandes bezeichnete er die Vorbereitung auf die Woche der Begegnung vom 10.-17. September 2005 in Hamminkeln, die Beschlussfassung zu einem weiteren gemeinsamen Seminar mit pax christi, die Stellungnahme der GKS zu einer geplanten Erklärung der Zentralen Versammlung, die Frage der Aussetzung der Politikergespräche während der zu erwartenden Wahlkampfzeit sowie die Unter- richtung über die Entwicklungen bei

Der Bundesgeschäftsführer berichtet aus dem Bundesvorstand der GKS

der GKS e.V. und bei AMI, um deren Präsidentschaft sich die GKS bei den nächsten Wahlen bewerben wird.

In seinem Bericht ging der Bundesvorsitzende auf seine Teilnahme an einem „Seminar 3. Lebensphase“ ein. Trotz seiner durchgängig positiven Erfahrungen sollen einige Fragen der Durchführung neu geregelt werden, so vor allem die Sichtbarkeit der GKS als Veranstalter für die Teilnehmer. Er berichtete weiterhin von seiner Teilnahme am Evangelischen Kirchentag in Hannover und dankte den GKS-Vertretern, die sich dort als Gäste der Cornelius-Vereinigung engagiert hatten.

Zum Ablauf der Bundeskonferenz im Rahmen der Woche der Begegnung legte der Bundesvorstand fest, dass die Weihe der GKS-Fahnen während des Gottesdienstes am Donnerstag stattfinden soll. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Amtsübergabe an den neu zu wählenden Bundesvorsitzenden in einem einfachen, aber stilvollen Rahmen durchgeführt werden soll. Zu inhaltlichen Arbeit wurde festgelegt, den Inhalt des Hauptvortrags durch Arbeitsgruppen zu vertiefen.

Für eine Reihe weiterer geplanter Veranstaltungen wurden Einzelregelungen getroffen (Akademie Oberst Helmut Korn, Seminare 3. Lebensphase, Seminar für neue Funktionsträger, Seminar mit pax christi, Katholikentag Saarbrücken 2006).

Schließlich wurde festgelegt, dass zum Beginn des nächsten Jahres die CD mit dem GKS-Handbuch neu aufgelegt werden soll.

GKS e.V.

Nach der Gründung des GKS e.V. im April 2005 wurde sofort der Antrag auf Eintragung in das Vereinsregister gestellt. Dazu gab es seitens des Registergerichts Nachfragen zu Struktur und Charakter der GKS sowie die Forderung nach einer Detailänderung als Voraussetzung für die Eintragung ins Vereinsregis-

ter. Diese Bedingungen wurden inzwischen erfüllt. Ein endgültiger Bescheid des Gerichts liegt noch nicht vor. Sobald die Eintragung erfolgt ist, werden wir beim zuständigen Finanzamt die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragen.

Gemeinsame Sitzung der Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“

Vom 10.-12. Juni 2005 trafen sich die Sachausschüsse „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“ zu einer gemeinsamen Sitzung im KMBA in Berlin. Schwerpunkt der Arbeit war der Entwurf für die Gliederung einer Erklärung, die von beiden Sachausschüssen im Auftrag des Bundesvorstandes erarbeitet werden soll. Der Arbeitstitel dieser Erklärung lautet: „50 JAHRE MILITÄRSEELSORGE – DIE GKS IM SPANNUNGSFELD GEWANDELTEN AUFGÄBEN.“ In dieser Erklärung soll die bisherige inhaltliche Arbeit der GKS zusammenfassend dargestellt, vor allem aber ihre Befassung mit neuen wichtigen Fragen deutlich gemacht werden: Beispiele dafür sind das Luftsicherheitsgesetz, die Vermischung polizeilicher und militärischer Aufgaben beim Kampf gegen den Terrorismus sowie Veränderungen bei der Inneren Führung.

Nach der Erstellung von Einzelbeiträgen soll im Oktober eine weitere gemeinsame Sitzung zu diesem Thema folgen.

Ausblick

Das wichtigste bevorstehende Ereignis ist die Woche der Begegnung mit der GKS-Bundeskonferenz im September. Während der Sommerpause muss dafür der Lagebericht erstellt werden.

Schon im August wird vom 16.08. -21.08.2005 das Weltjugendtreffen in Köln mit dem Tag der Militärseelsorge am 17.08.05 stattfinden.

Der Bundesgeschäftsführer wünscht allen Lesern einen erholsamen Urlaub! □

GKS-KREIS STANDORT VEITSHÖCHHEIM:**Erfolgreiches erstes Familienwochenende unter neuer Führung**

Auf ein besonders harmonisches Familienwochenende vom 27.-29. Mai im „Bonifatiushaus“, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, kann der GKS-Kreis Veitshöchheim zurückblicken.

Fulda, ein Ort, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition bestimmt ist, standen neben dem Thema „Gewalt in der Familie/häusliche Gewalt“ auf dem Programm. Die Referentin an diesem Wochenende, Dipl. Sozialpädagogin Frau Schmidt-Hahnel, verstand es, ihre Zuhörer auf eine anschauliche, spannende Art durch dieses schwierige Thema zu begleiten.

Während die Erwachsenen sich interessiert dem Thema widmeten, stellten die Kinder unter der Leitung der Betreuerin Stephanie Hammer Bastelarbeiten her, die bei allen Beteiligten großen Einklang fanden.



Abendliches Grillen mit gemütlichen Beisammensein bereitete große Freude und festigte auch die Gemeinschaft. – Ein Gottesdienst am

Sonntag in der benachbarten St. Andreas Kirche beendete unser harmonisches Familienwochenende in Fulda. (Raphael Sikorski)

GKS-KREIS INGOLSTADT/PLEYSTEIN:**Familienwochenende zur Suchtprävention**

Das letzte Familienwochenende des GKS-Kreises Ingolstadt in Pleystein war dem Thema Suchtprävention gewidmet. Die beiden Referentinnen Frau Raidel und Frau Loretz führten mit Humor und doch auch Betroffenheit weckenden Hinweisen auf dieses alltägliche Problem hin. So begannen sie Ihren Vortrag zunächst mit den legalen Drogen.

In Deutschland gibt es jährlich über 40.000 Alkoholtote, einschließlich der Verkehrstoten unter Alkoholeinfluss. Bei Jugendlichen sehr beliebt sind die seit kurzem mit einer höheren Steuer belegten Alkopops.

Über 18 Millionen Menschen in Deutschland sind Raucher. Dadurch sterben in Deutschland jährlich 110.000 Menschen, einschließlich der Krebstoten, die auf das Rauchen zurückzuführen sind.

Interessierte Zuhörer folgen den Ausführungen über Suchtprävention und auch bei Handarbeit kann man sich gut auf's Thema konzentrieren.

Von den Jugendlichen in Deutschland sind bereits 26 % mit illegalen Drogen in Kontakt gekommen.

men. Die häufigste illegale Droge ist Cannabis. Eine weitere sehr weit verbreitete und in ihrer Wirkung unter

Fortsetzung auf Seite 70 u.



STANDORT FELDKIRCHEN:

Familienwochenende: „Das Jahr der Eucharistie“

Bischofsreuth im Bayerischen Wald war vom 10. bis 12. Juni 2005 das Ziel der GKS Feldkirchen.

Der Empfang im „Witikohof“, einer Einrichtung des Diözesanverbandes Passau, zeugte von der herzlichen Atmosphäre, die in diesem Haus allgegenwärtig ist. So hatte Militärpfarrer Norbert Sauer keine Mühe, die Teilnehmer bei der Abendandacht auf das gemeinsame Wochenende einzustimmen. Ausgewählte Bilder des Pfarrers und Malers Sieger Köder, die auch von den Kindern mit erstaunlicher Tiefgründig-

keit interpretiert wurden, bildeten die Meditationsgrundlage. Lieder, die nur bei den Familienwochenenden gesungen werden, stellten durch ihre Wiedererkennung die Verbindung zu vorausgegangenen harmonischen Tagen dar.

Das Thema des Wochenendes, „Das Jahr der Eucharistie“, füllte den Samstag mit Vortrag und Diskussion. Pfarrer Sauer erläuterte Ursprung und Entwicklung der Eucharistie. Ihre Bedeutung für uns Katholiken und die Unterschiede zu den durch die Reformation entstandenen

Religionsgruppen der evangelischen Kirche trafen auf lebhaftes Interesse der Zuhörer. Mut machen die Schritte der Annäherung durch intensiven Gedankenaustausch, basierend auf Gemeinsamkeiten; nur durch dieses Bemühen kann die Kirchenspaltung der Christenheit überwunden werden und weltweit zur Einheit der Christen führen. Im kleinen Kreis stellten die Familien unter Beweis, dass Gemeinschaft in Toleranz und Offenheit – mit Jesus als Mittelpunkt – Wirklichkeit werden kann. Der Sonntagsgottesdienst in der hauseigenen Kapelle brachte dies bei der gemeinsamen Feier der Eucharistie zum Ausdruck (Foto l.).

Auch außerhalb des spirituellen Programms traf man sich zu Spaziergang, Schwimmen und Saunieren, im Bierstüberl und zu den alle begeisterten Mahlzeiten. Hierbei aber auch in allen anderen Bereichen leistet die Belegschaft des „Witikohofs“ hervorragende Arbeit. Dem örtlichen GKS-Vorsitzenden Hermann Schaubeck, der organisatorisch die Grundlage für das Gelingen der Veranstaltungen regelt, sei an dieser Stelle gedankt.

„Freude zu haben, bedeutet reich zu sein“, so lautete das Sonntagsmotto der Witikohof Leute und so fühlten sich die Familien im übertragenen Sinn als reich, denn die Freude an der erlebten Gemeinschaft war deutlich spürbar. (Anna Hartl)



Fortsetzung von Seite 69

schätzte Droge ist Extesi. Als synthetische Droge wird sie vor allem im Party-Bereich (Love-Parade) konsumiert. Als die gefährlichsten Drogen gelten die Opiate (z.B. Heroin). Die meisten Konsumenten werden als Abhängige suchtkrank. In vielen Fällen endet diese Sucht tödlich.

Doch sollte man bei aller Dramatik dieser Thematik nicht die Flinten ins Korn werfen. Als Präventionsversuche wurden die Aufklärungsarbeit in Kindergarten und Grundschule durch Sozialarbeiter und Polizei genannt. Auch Aufrufe bei Veranstaltern zur Einhaltung des Jugendschutzgesetzes und die Überwachung

durch Eltern, Veranstalter und Polizei ist ein gutes Präventivmittel. Der Konsum von legalen Drogen kann durch eine Verringerung von Zigarettenautomaten und der Verbannung von Alkoholika aus Automaten verringert werden. Eines kam bei diesem Vortrag allerdings ganz deutlich zum Vorschein: Niemand und keine Familie ist vor diesem Problem sicher. Doch wenn einmal ein solcher Fall eintreten sollte, muss man wissen, dass es Hilfe gibt. Man muss sie nur in Anspruch nehmen!

Selbstverständlich wurde nicht nur dieses Thema behandelt. Auch die Ausflüge in die nähere Umgebung und das gesellige Beisammensein kam nicht zu kurz.

(Helmut Häckl)

Hinweis:

Der Papst wird am 18. August 2005 auf dem Flughafen Köln-Bonn eintreffen und von dort am 21. August 2005 um 19.15 Uhr zurück fliegen.

Das gesamte Programm des WJT finden Sie unter www.wjt2005.de in der Rubrik Downloads.

Und am 17. August findet der Tag der Militärseelsorge zum WJT statt. Einzelheiten dazu auf Seite 76 in diesem AUFTRAG.

KATHOLISCHEN ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SOLDATENBETREUUNG E.V.:

Mitgliederversammlung der KAS bestätigt Vorsitzende und Vorstand in ihren Ämtern

Christa Reichard, CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Dresden, wird auch für die nächsten zwei Jahre die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) als Vorsitzende führen. Dafür sprachen sich in der ordentlichen Mitgliederversammlung der KAS 2005 am 18. Mai in den Räumen des Katholischen Militärbischofsamtes in Berlin alle Mitglieder einstimmig aus. Für Reichard wird dies die zweite Amtsperiode als Vorsitzende sein.

In Abwesenheit wurde Stabsfeldwebel a.D. Frank Hübsche als stellvertretender Vorsitzender und geschäftsführendes Vorstandsmitglied ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Hübsche nahm zum Zeitpunkt der Wahl als Wehrübernder am Auslandseinsatz der Bundeswehr im Kosovo teil.

Ebenfalls wurden die Beisitzer Frau Oberfeldapotheker Ruth Nobis, Dr. Lothar Weber, Oberstleutnant a.D. Jobst Schulze-Büttger sowie Hauptmann Dieter Scholle ohne Gegenstimmen in ihren Ämtern bestätigt.

Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Dr. Walther Mixa hat in seinem Schreiben vom 20. Juni die Wahl bestätigt und dem Vorstand viel Glück und Gottes Segen für die Arbeit der kommenden zwei Jahre gewünscht.



Wesentliche Aufgaben des neuen alten Vorstandes in der beginnenden Amtsperiode werden die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge sowie die Umsetzung der neuen Teilkonzeption Betreuung der Bundeswehr in Verbindung mit einer Prioritätenfestlegung für die künftige Betreuungsarbeit der KAS in den Feldern Einsatzbetreuung, Familienarbeit, Offene Betreuung und Betreuung in Soldatenfreizeitheimen sein. (KAS)

Der Vorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) (vordere Reihe v.l.): Dr. jur. Lothar Weber, Oberfeldapotheker Ruth Nobis, MdB Christa Reichard (Vorsitzende), Hauptmann Dieter Scholle, Militärdékan Msgr. Georg Kestel; (h.v.l.): Ltd. Regierungsdirektor Walter Reinartz, Geschäftsführer Rainer Krotz, Dipl.-Betriebswirt Detlef Warwas, Militärdékan Rainer Schnettker, Oberstleutnant a.D. Jobst Schulze-Büttger. Es fehlt der stellvertretende Vorsitzende Stabsfeldwebel a.D. Frank Hübsche.

Polnischer Erzbischof mit Bundesverdienstkreuz geehrt

Erzbischof Slawoj Leszek Glodz (59), Oberhirte der Diözese Warschau-Praga und ehemaliger Militärbischof der polnischen Streitkräfte, hat das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Er werde damit für seinen außerordentlichen Einsatz für die Verständigung der Völker Deutschlands und Polens geehrt, sagte der deutsche Botschafter Reinhard Schweppe bei der Ordensverleihung in der Warschauer Residenz des Botschafters.

Glodz war von Januar 1991 bis September 2004 polnischer Militärbischof. Er leitete während dieser Zeit den Aufbau der katholischen Militärseelsorge. Schon frühzeitig knüpfte und förderte er viele Verbindungen zwischen Angehörigen der deutschen und der polnischen Militärseelsorge. Eines seiner Anliegen

war und ist die Aussöhnung von Deutschen und Polen; dabei setzt er auch auf die Militärseelsorge.

Deutsch-polnische Soldatenwallfahrt nach Tschenstochau

Botschafter Schweppe erinnerte in diesem Zusammenhang an zwei Beispiele, die das Wirken des Erzbischofs illustrierten. So genehmigte Glodz, dass ein Offizier der Bundeswehr seine polnische Braut in der Militärkathedrale der polnischen Streitkräfte in Warschau in einer ökumenischen Trauung heiratete. Zudem sei ihm maßgeblich zu verdanken, dass seit einigen Jahren deutsche Soldaten gemeinsam mit ihren polnischen Kameraden an der Wallfahrt zur Schwarzen Madonna von Tschenstochau teilnehmen.

(KNA)

EINSTIMMUNG

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus Fulda vom 7. bis 11. November 2005 (Montag bis Freitag) das 10. Seminar ihrer AKADEMIE OBERST HELMUT KORN durch.

Das Thema lautet:

**„EUROPÄISCHE EINHEIT –
CHANCEN FÜR EINE NEUE
FRIEDENSPOLITIK“**

Das Seminar befasst sich u.a. mit den Fragen:

- Ist die Europäische Union (EU) mehr als eine Wirtschafts- und Währungsunion?
- Können der europäische Verfassungsvertrag und die EU als ein Modell für Sicherheit in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in anderen Weltregionen gelten?
- Ist Europa darauf vorbereitet, wenn es als globaler Akteur gefordert wird?
- Sind die Streitkräfte in der Lage, im Auftrag der Vereinten Nationen und der OSCE Friedensmissionen auch außerhalb Europas durchzuführen?
- Wie werden Führer und Soldaten darauf mental und durch qualifizierte Ausbildung vorbereitet?

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete berufsethische Bildungsveranstaltung der GKS, die alle zwei Jahre Anfang November in Fulda stattfindet. Sie ist nach dem geistigen Vater und Mitbegründer der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn (*1924 †1983), benannt. Die Vorträge von Fachleuten dienen der Information, Aussprachen und Diskussionen mit ihnen der Meinungsbildung und Standpunktfindung. Damit will die GKS Offizieren und Unteroffizieren Orientierungshilfen anbieten und ihnen Antworten auf die Fragen nach dem Sinn der soldatischen Dienstes in der heutigen Zeit geben.

Im Bonifatiushaus, dem Haus der Weiterbildung der Diözese Fulda, hat die GKS einen in Deutschland zentral gelegenen Ort der Begegnung gefunden, der durch die vom „Apostel der Deutschen“ begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt ist.

**Zielgruppe: Offiziere u. Offizieranwärter,
Unteroffiziere u. Unteroffizieranwärter**

Karl-Heinz Lather
Generalleutnant
Schirmherr der Akademie

Gunter Geiger
Direktor Bonifatiushaus
Wiss. Begleiter der Akademie

PROGRAMM

- Montag, 7. November**
bis 15:00h Anreise
15:30h Kaffee
16:00h Begrüßung und Einführung in das Seminar, Vorstellung des Hauses und des Veranstalters, Organisation
18:00h Abendessen
19:00h „Ist Europa gott-los? Zum Christlichen in der Europäischen Verfassung“; Offener Akademieabend mit Vortrag und Aussprache: Dr. Frank Ronge, Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, Geschäftsführer Kommission für gesellsch. u. soziale Fragen.
anschl. gesellige Kennenlern-Runde
- Dienstag, 8. November**
07:30h Hl. Messe
09:00h „Der Stand der europäischen Integration. Der europäische Verfassungsvertrag unter dem Aspekt der Friedens- und Sicherheitspolitik“; Referent: Janis A. Emmanouilidis, Dipl.Kfm., Centrum für angewandte Politik (C·A·P),
15:00h „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas im Zusammenspiel der Sicherheitsorganisationen“; Referent: Dr. Sven Gareis, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Sowi), Strausberg
18:00h Abendessen, anschl. zur freien Verfügung
- Mittwoch, 9. November**
08:00h Morgenlob
09:00h „Das strategische Konzept der Europäischen Union“; Referent: Brigadegeneral Gerhard Kemmler, LtrArbBereich MilPol an der EU-Botschaft, Brüssel
ab 14:00h Führung zum Bonifatiusgrab, durch Dom und Michaelskirche
16:00h Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss
anschl. Schlossführung
ab 18:00h Kleiner Imbiss im Bonifatiushaus
19:30h „Zehn Seminare der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn 1987-2005“
Empfang des Kath. Militärgeneralvikars Prälat Walter Wakenhut zum Wechsel bei
• der Schirmherrschaft der GKS-Akademie von Generalleutnant Karlheinz Lather, Stv. Befehlshaber Joint Command NATO in Heidelberg zu Generalmajor Wolfgang Korte, Amtschef Heeresamt in Köln
• der Leitung der GKS-Akademie vom Ehrenbundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz zum noch bis Sept. 2005 amtierende Bundesvorsitzenden, Oberst a.D. Dipl. Ing. Karl-Jürgen Klein

Donnerstag, 10. November

- 07:30h Hl. Messe (MGV)
 09:00h „Europa und andere sicherheitspolitische Akteure“; Referent: Kpt z.S. a.D. Frank Kupferschmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
 15:00h „Neue Aufgaben der Bundeswehr“; Referent: Generalmajor Wolfgang Korte, Stellv. Befehlshaber Heeresführungskommando, Koblenz
 17:00h Arbeitsgruppen zum Thema „Veränderungen im Bild des Soldaten“
 19:00h Fortsetzung der Arbeitsgruppen
 20-21:00h Vortrag der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Freitag, 11. November

- 08:00h Hl. Messe,
 Schlusswort und Verabschiedung
 anschl. Frühstück und Abreise

allgemeiner Zeitrahmen

soweit keine anderen Angaben im Programm:

- 07:30h Hl. Messe oder 08:00h Morgenlob
 08:15h Frühstück
 09:00-12:00h Vormittagsvortrag, Aussprache
 10:15-10:45h Kaffeepause
 12:30h Mittagessen
 14.30h Kaffee
 15:00-18:00h Nachmittagsvortrag, Aussprache
 18:30h Abendessen

ORGANISATION
Anmeldung:

- **bis spätestens 30. September 2005**
- über den Katholischen Standortpfarrer oder den Vorsitzenden des örtlichen GKS-Kreises/Ansprechpartner der GKS oder unmittelbar beim Bundesgeschäftsführer der GKS
 Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
 Tel: 030-20619990, Fax: 030-20619991
 Email: GKS.Berlin@t-online.de
- mit folgenden Angaben:
 Name, Vorname, Geburtsdatum, Dienstgrad, Truppenteil/Dienststelle mit Anschrift, Privatanschrift, Tel/Fax/Email;
- wird entsprechend ihres Eingangs und der Zugehörigkeit zur Zielgruppe berücksichtigt. Kann eine Anmeldung z.B. aus Platzgründen nicht angenommen werden, erfolgt unverzüglich eine Benachrichtigung durch die Bundesgeschäftsstelle.

Kostenbeitrag:

Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben.
 Für Unterkunft und Verpflegung wird der für Veranstaltungen der Militärseelsorge übliche, gestaffelte Tagesatz für vier Tage erhoben:

- Wehrsoldempfänger 4 x 5,00 = EUR 20,00
- bis Bes.Grpf A8 4 x 7,00 = EUR 28,00
- Bes.Grpf A9-A12 4 x 11,00 = EUR 44,00
- Bes.Grpf A13-A15 4 x 13,00 = EUR 52,00
- ab Bes.Grpf A16 4 x 17,00 = EUR 68,00

Hinweis auf Urlaubsregelung:

Das Seminar ist eine Veranstaltung der Katholischen Militärseelsorge. Soldaten können Sonderurlaub gem. Ausführungsbestimmungen der Soldatenurlaubsverordnung (SUV - ZDv 14/5, F511, Nr. 78 u. 79 Abs. 1) beantragen.

Bekleidung während des Seminars:

Dienstanzug „Grundform“; zum Empfang am Mittwoch Ausgehanzug mit Diensthemd (Ärmel lang) und Krawatte.

An- und Abreise:

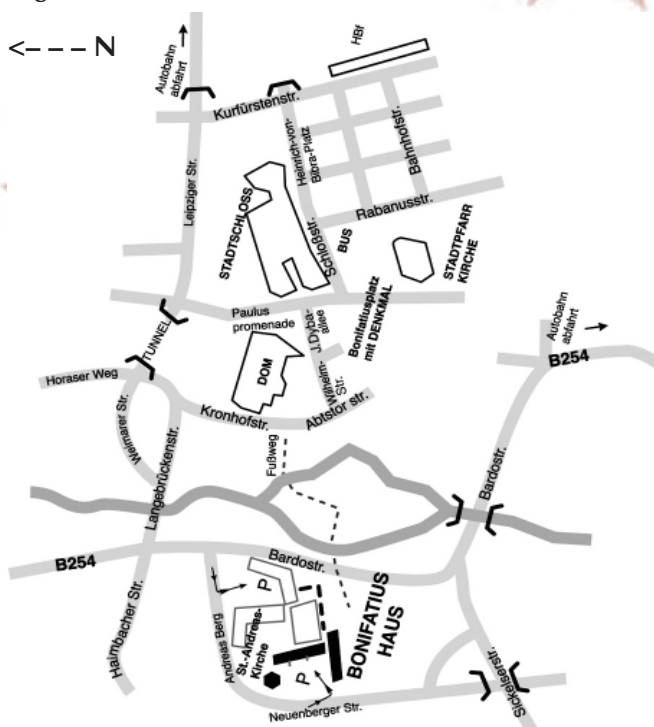
Die Anreise soll mit dem Zug bis Fulda Hbf. erfolgen. Aktive Soldaten erhalten von der zuständigen Betreuungsdienststelle (StO-/TrVerw) unter Vorlage des Einladungsschreibens einen Militärdienstfahrschein 2. Klasse, ggf. mit Zuschlägen.

Bei Benutzung von Privat-Kfz wird eine Wegstreckenentschädigung von 0,20 Euro/km und ggf. Mitnahmeentschädigung gezahlt. Die Benutzung des Privat-Kfz erfolgt auf eigene Gefahr.

Näheres kann dem Einladungsschreiben entnommen werden.

Anfahrt über BAB A7 bis ASt Fulda-Nord oder – aus Richtung Frankfurt – ASt Fulda-Süd.

Das Bonifatiushaus erreicht man ab Hauptbahnhof zu Fuß in ca. 20 Min. oder vom Busterminal (schräg ggü. oberem Ausgang) aus mit der Linie 3 Richtung Maberzell/Bimbach im 30 Minuten-Takt.

Lageskizze Bonifatiushaus:


Seminar für Funktionsträger der GKS

Der Bundesvorstand der GKS führt in der Zeit vom 9. bis 11. Dezember 2005 in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ des Bistums Essen ein Seminar für Funktionsträger innerhalb unserer Gemeinschaft durch. Geleitet wird das Seminar von stellvertretenden Bundesvorsitzenden Oberstabsfeldwebel Johann A. Schacherl.

Zielgruppe sind alle Aktiven in der GKS, die Verantwortung im Verband als Vorsitzende/Stellvertreter eines Kreises, Bereiches oder Sachausschusses, Geschäftsführer oder in einer anderen Funktion tragen bzw. eine solche Aufgabe übernehmen.

Absicht des Seminars ist es, Informationen über die Militärseelsorge und die GKS zu vermitteln, vor allem

aber Hinweise für die konkrete Arbeit „aus der Praxis für die Praxis“ zu geben. Schwerpunkte sind: Struktur und Organisation der GKS, Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in einem GKS-Kreis (Veranstaltungen, Haushalt, Abrechnungen u.a.)

Interessenten erfahren Einzelheiten über den

- Bundesgeschäftsführer der GKS,
Tel: 030-20619990,
Fax: -20619991,
gks.berlin@t-online.de,
oder
• OStFw Johann-A. Schacherl,
Tel (d): 0221-9571-7472,
AllgFspWnBw: 3524,
J.A.Schacherl@t-online.de

Den Seminarteilnehmern entstehen keine Kosten. Für Ehepartner und Kinder sind anteilige Beiträge wie für ein Familienwochenende zu zahlen. Bahnfahrkarten werden auf Antrag zugestellt. Bei Benutzung eines priv.Pkw werden die Kosten einer Bahnfahrt 2. Kl. erstattet. Anmeldung umgehend, spätestens bis 31.08.2005 auf dem nebenstehenden FBI 14.

Formblatt 14 (Anmeldung Seminar Funktionsträger)

6.4.14

(Name, Vorname)

(PLZ, Ort)

(Straße)

(Telefonnummer)

(Mitglied des GKS – Kreises / Mitglieds – Nr. FGKS)

(Kontonummer / Bankleitzahl)

(Kreditinstitut)

An den
Stellv. Bundesvorsitzenden der GKS
Johann A. Schacherl
Dellbusch 369

42279 Wuppertal

Verbindliche Anmeldung ! *

Hiermit melde(n) ich mich / wir uns verbindlich zum
Seminar für Funktionsträger der GKS vom 09.12.2005 bis 11.12.2005
Die Wolfsburg, katholische Akademie in Mülheim / Ruhr.

Funktionsträger / in

Name: _____ Vorname: _____

DstGrd: _____ Konfession _____

Einheit: _____ Tel: _____

Dienstanschrift: _____

Ehefrau / Ehemann _____

Vorname: _____ Konfession: _____

Die Kosten für Kinder (bis zum vollendeten 14. Lebensjahr) und Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) werden aus dem Haushalt der GKS übernommen. Ältere Kinder haben die Eigenleistungen wie ein Erwachsener zu zahlen.

Kinder

Vorname	Geb.Datum	Konfession

☐ Anreise soll mit der Deutschen Bahn erfolgen, bitte entsprechendes Formular zusenden

☐ Anreise erfolgt mit PKW

[Zutreffendes bitte ergänzen bzw. streichen]

.....
Unterschrift Datum

Um Rücksendung der schriftlichen Anmeldung an o.a. Anschrift wird bis 31.08.2005 gebeten.
(Später eingehende Anmeldungen können u.U. **NICHT** berücksichtigt werden.)

* Sollten Sie oder andere durch Sie angemeldete Personen Ihre Teilnahme absagen müssen, (bitte schnellstmögliche Mitteilung an mich) und kann der Platz, der Ihnen und allen von Ihnen angemeldeten Personen, nicht ohne Kosten storniert werden, müssen wir uns die Nachforderung **aller** in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vorbehalten.

GKS-F14-08/04-HB



Termine • Termine • Termine

Allgemeine Termine 2005

- 16.08. – 21.08. Weltjugendtreffen, Köln,
17.08. Tag der Militärseelsorge
- 10.09. – 17.09. 45. Woche der Begegnung,
Akademie Klausenhof, Hamminkeln
10.09. – 12.09. Vorkonferenz
12.09. – 15.09. ZV
15.09. – 17.09. BuKonf GKS
- 22.09. Soldatengottesdienst zur 1200 Jahr-
feier mit KLMD Erfurt
- 24.09.05 Verabschiedung Bischof Mixa in Eichstätt
- 01.10.05 Einführung Bischof Mixa in Augsburg
- 17.10. - 21.10 50. Gesamtkonferenz in Potsdam
- 19.10. – 23.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 07.11. – 11.11. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn,
Fulda
- 18.11. – 19.11. Vollversammlung ZdK
- 09.12. – 11.12. Seminar für Funktionsträger der GKS,
Mülheim/R.

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden 2005

- 02.09. – 04.09. Nord/Küste: AK u. BK II, Nordstrand
- 23.09. – 25.09. Nordrhein-Westfalen: AK, Günne
- 09.10. – 14.10. GKS Nordrhein-Westfalen: Familien-
werkwochenende, Rohrbach
- 04.11. – 06.11. Niedersachsen-Bremen:
AK u. BK, Lingen
- 25.11. – 27.11. Bayern/Baden-Württemberg:
AK u. BK II, Tauberbischofsheim
- 25.11. - 27.11. GKS Bereich Ost / KLMD Erfurt:
AK u. BK, IBZ St. Marienthal
- 09.12. – 11.12. GKS Rheinland-Pf/Hessen/Saarland:
BK, Kloster Engelpfort/Mosel

BV/EA GKS und Vorst ZV 2005

- 12.11. Vorstand ZV, Berlin

GKS-Sachausschüsse 2005

- 26.-28.08. Internat. Sachausschuss, Berlin
- 26.09. Innere Führung, Bonn
- 14.10. Sicherheit und Frieden, Bonn
- 21.11. Innere Führung, Bonn
- 25.11. Sicherheit und Frieden, Bonn

Vorschau 2006

Allgemeine Termine 2006

- 09.01. Internat. Soldatengottesdienst in Köln
- 27.01 - 28.01. EA und Vorst ZV, Berlin, mit Empfang
MGV am 27.01. für die Vorstände
- 06.02. Feier zum 50-jährigen Bestehen der
Militärseelsorge in Berlin
- 26.04. - 30.04. I. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 17.05.-23.05. 48. Lourdes-Wallfahrt, Frankreich
- 23.05. – 24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
- 24.05. – 28.05. 96. Deutscher Katholikentag,
Saarbrücken
- 07.06. -11-06. II. Seminar 3. Lebensphase,
Cloppenburg
- Mitte 2006 BV mit Ehefrauen im Bereich Nord/Küste
- 18.09. – 23.09. 46. Woche der Begegnung,
Ludwigshafen
- 16.09. – 18.09. Vorkonferenz
- 18.09. – 21.09. ZV
- 20.09. – 23.09. BuKonf GKS
- 23.10 – 27.10. 51 Gesamtkonferenz
- 25.10. - 29.10. II. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 11.11. Vorstand ZV in Berlin
- 24.11. – 25.11. Vollversammlung ZdK

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden 2006

- 09.02. – 10.02. KLMS Erfurt AK 1/06, Berlin
- 10.02. – 12.02. KLMD Hannover AK 1/06, Dassel
- 02.03. – 03.03. KLMD Koblenz AK 1/06 Ludwigshafen
- 10.03. – 12.03. Nord/Küste AK 1/06, Bad Bederkesa
- 17.03. – 19.06. LKMD K-Wahn AK 1/06, Günne
- 24.03. – 26.03. Bereich Ausland AK, Berlin
- 24.03. – 26.03. KLMD München AK 1/06, Ellwangen
- 25.08. – 27.08. NKLM K-Wahn AK 2/06
- 29.09. – 01.10. KLMD Glöckstadt AK 2/06, Parchim
- 20.10. – 22.10. KLMD München AK 2/06, Beilngries
- 02.11. – .3.11. KLMD Erfurt
- 03.11. – 05.11. KLMD Hannover AK 2/06, Stapelfeld

Sonstige Termine

- 2008 97. Deutscher Katholikentag in Essen
- 2010 2. Ökumenischer Kirchentag in München

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken



WELTJUGENDTAG IN KÖLN:

400 Soldaten aus aller Welt kommen zum Tag der Militärseelsorge

Mehr als 400 Soldaten aus aller Welt werden zum „Tag der Militärseelsorge“ am 17. August beim Weltjugendtag in Köln erwartet. Geplant sind ein internationales Pontifikalamt mit Militärbischof Walter Mixa, eine „Stunde der Begegnung“ und ein Konzert der „Bremer Musical Company“, wie das Militärbischofsamt am Freitag in Berlin ankündigte. Neben 200 deutschen Soldaten sollen ebenso viele Angehörige der Streitkräfte aus Ländern wie Argentinien, Ecuador, Frankreich, Großbritannien, Ungarn und den USA kommen. Als Veranstaltungsort dient die ehemalige belgische Kaserne „Camp Altenrath“ in Troisdorf-Altenrath.

Zentrale Werkwoche der Katholischen Militärseelsorge aus Anlaß des Internationalen Soldatentreffens beim XX. Weltjugendtag in Köln

Ablauf „Tag der Militärseelsorge“

Zur Zentralen Werkwoche der Militärseelsorge sind bereits mehr als 200 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie Gäste aus den Streitkräften Argentinien, Ecuadors, Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Kroatiens, Litauens, der Niederlande, Österreichs, Polens, der Schweiz, der Slowakei, Spaniens, Ungarns und der USA angemeldet.

Veranstaltungsort: Ehemalige belgische Kaserne „Camp Altenrath“, 53842 Troisdorf-Altenrath, Alter Kölner Straße

Die musikalische Umrahmung beim „Tag der Militärseelsorge“ gestalten miteinander das Heeresmusikkorps 300 aus Koblenz unter der Stabführung von Major Burkard Zenglein und die „Bremer Musical Company“ aus Bremen unter der Leitung von Thomas Blaeschke. Der Eintritt ist frei.

Zum Repertoire der „Bremer Musical Company“: Informationen im Internet unter

www.bremer-musical-company.de

Während des Internationalen Pontifikalamtes wird die renommierte Musikgruppe unter der künstlerischen Leitung von Thomas Blaeschke die Lieder „Leben“, „Mein Ende ist mein Neubeginn“, „In the arms of freedom“ sowie das Weltjugendtagslied „Venimus adorare eum“ von Gregor Linßen zu Gehör bringen.

07:00 Uhr Frühstück

08:00 Uhr Morgenimpuls durch geistliche Lagerleitung in der Zeltkirche (Rubbertent)

09:00 Uhr Musikalische Einstimmung in der Zeltkirche durch Heeresmusikkorps 300

10:00 Uhr Deutschsprachige Katechese durch Militärbischof Dr. Walter Mixa mit musikalischer Umrahmung in der Zeltkirche

Thema: Die Wahrheit als tiefen Sinn menschlicher Existenz suchen. „Wo ist der neugeborene König der Juden?“

Wir haben seinen Stern aufgehen sehen“

- Parallel haben die fremdsprachigen Teilnehmer die Gelegenheit, sich im Lagerbereich (Räume der Stille) mit den anwesenden Seelsorgern zu Glaubensgesprächen ihrer Muttersprache zu treffen.
- Während der Katechese stehen Priester für Einzelgespräche und zur Erteilung des Bußsakramentes zur Verfügung.

12:00 Uhr Internationales Pontifikalamt mit in- und ausländischen Teilnehmern in der Zeltkirche. Hauptzelebrant Militärbischof Dr. Mixa. Musikalische Gestaltung durch Heeresmusikkorps 300 und „Bremer Musical Company“
Die Teilnahme von Herrn Parl. Staatssekretär Wagner vom BMVg ist geplant.

13:30 Uhr „Stunde der Begegnung“ mit Mittagessen und musikalischer Unterhaltung durch Heeresmusikkorps 300

14:30 Uhr Konzert der „Bremer Musical Company“ in der Zeltkirche; geistliches Schlusswort durch Militärbischof Dr. Walter Mixa

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Die Teilnehmer verpflegen sich abends an den offiziellen Verpflegungsausgabepunkten des Weltjugendtages im Stadtbereich Köln. Es besteht auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung im Camp Altenrath zu verpflegen (Catering-Service im Verpflegungszelt).

Wallfahrt 2005 auf dem Camino in Spanien

Jakobuswallfahrt vom 3. bis 12. Juni 2005 planmäßig und in entspannter Atmosphäre unter spanischer Leitung in den autonomen Regionen („Bundesländern“) Castilla y León und Galicia

VON FRANZ THIELE



1. Zeitraum

Gegenüber dem gewohnten Zeitrahmen wurde die Wallfahrt in diesem Jahr um ein paar Wochen vorgezogen, da die spanischen Organisatoren die sommerliche Hitze der kastilischen Hochebene fürchteten. Das führte dazu, daß auf deutscher und spanischer Seite etliche der „altgedienten“ und regelmäßigen Pilger wegen Terminüberschneidungen nicht teilnehmen konnten.

Im „wettermäßigen“ Ergebnis war es in der Frühe teils noch so frisch, daß in der ersten Phase der Etappe Wetterjacken o.ä. getragen werden mußten.

2. Strecke

Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf einem Abschnitt des in Erschließung befindlichen Weges Madrid – Sahagún. (Dort fädelt sich dieser neue Weg in den klassischen „Camino francés“ ein.) Ein nicht geringer Teil dieses Weges wurde von den Spaniern in den letzten Jahren an einmal im Monat angesetzten Wochenendveranstaltungen „began- gen“.

Diese relativ unbekannte Region erwies sich als sehr geschichts- und kulturträchtig. Da dieser Weg bisher noch wenig von Pilgern genutzt wird, war das Interesse in den Ortschaften und lokalen/regionalen Medien hoch.

Ab Sahagún wurde dann in zwei Bus-Etappen Santiago de Compostela erreicht, unterbrochen durch zwei Abschnitte, die wiederum zu Fuß absolviert wurden (Aufstieg zum Cebreiro an der Grenze zu Galicia und die letzte Etappe zum „Monte de Gozo“ vor Santiago).

3. An- und Abreise der deutschen Pilger

Die deutschen Pilger reisten am 2. Juni nach Madrid an und am 13. Juni wieder ab. Einige wenige Pilger – neben den beiden Organisatoren

(Glinka und Thiele) – trafen bereits aus persönlichen Gründen am 1. Juni in Madrid ein und/oder blieben einen Tag länger. Die Kosten für die zusätzliche Unterkunft/Verpflegung wurden von den betroffenen Pilgern selbst getragen.

Die individuelle Regelung der An- und Abreise durch die Teilnehmer hat sich bewährt. Die sonst nicht unüblichen kritischen Kommentare zu der früheren zentralen Organisation und Buchung von An- und Rückreise unterblieben.

Außerdem war nunmehr bei jedem einzelnen Pilger das „Kostenbewusstsein“ voll gegeben, wogegen früher das Streben nach bequemer Anreise im Mittelpunkt stand, ohne Berücksichtigung der Kosten – zum Beispiel der hohen „Umsteigekosten“ (Flughafengebühren) in Frankfurt oder München, die für den einzelnen Pilger wegen des einheitlichen Eigenbeitrags nicht in Erscheinung traten und von der „Gemeinschaft“ getragen wurden.

Natürlich wurde, wo nötig, administrative Hilfe oder Beratung bei den Flugbuchungen geleistet, sowohl seitens der Organisatoren als auch seitens der Mitpilger.

Die Anwesenheit der beiden deutschen Organisatoren in Madrid bereits vor dem Eintreffen der Masse der deutschen Pilger sowie ihr Verbleib in Madrid bis nach deren Abreise hat sich bewährt. Die spanische Seite wird von der Abholung/dem Rücktransport der deutschen Gruppe entlastet, und die deutschen Pilger können bei Eintreffen auf den neusten Stand der (Zeit-) Planung gebracht werden. Dadurch wird viel Unruhe vermieden.

Zugleich kann nach Abschluß der Wallfahrt eine intensive gemeinsame „Manöverkritik“ stattfinden. Zudem können die finanziellen Transaktionen sauberer abgewickelt werden als irgendwo unterwegs.

4. Teilnehmer:

Im Durchschnitt lag die Gesamtteilnehmerzahl bei etwa 70 Personen. Die Teilnehmerzahlen der spanischen Seite schwankten täglich, da manche Pilger und Pilgerinnen nur phasenweise teilnahmen, teils wegen des frühen Termins.

Unter den Spaniern ist eine Zunahme der Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen zu beobachten, während die Zahl der Angehörigen der „Gründergeneration“ altersbedingt zurückgeht. Natürlich ist nicht abzusehen, ob das zufällige Erscheinungen sind oder ein solider und dauerhafter Trend.

Von deutscher Seite nahmen 16 Personen teil, darunter vier Frauen (drei Ehefrauen von Pilgern und eine Zivilangestellte der Luftwaffe). Zu den 12 teilnehmenden Männern zählte ein aktiver Soldat (Oberleutnant), bei den restlichen 11 handelte es sich um ehemalige Berufsoffiziere/Berufsunteroffiziere. Einer dieser Pilger nahm erstmals an dieser Wallfahrt teil.

5. Transport

Es wurden ein angemieteter Großraumbus und ein Kleinbus eingesetzt. Der Kleinbus diente – neben dem Personentransport und der Mitnahme von Gepäck, das im großen Bus keinen Platz mehr fand, auch zur Steckenüberwachung.

6. Übernachtungen

Die Übernachtungen erfolgten in Kasernen, Klöstern/kirchlichen Einrichtungen und in der hotelähnlichen Anlage auf dem „Monte del Gozo“ bei Santiago de Compostela. Die sanitären/hygienischen Rahmenbedingungen waren deutlich besser als bei manchen früheren Wallfahrten.

7. Verpflegung

Sowohl die „stationäre“ Verpflegung in den Quartieren als auch die

Fortsetzung auf Seite 78 u.

EINGANG NACH REDAKTIONSSCHLUSS:

GKS-München: „Der Mensch im Einklang mit Gott und der Natur“ ...

..., so lautete das Motto des Familienwochenendes des GKS-Kreises München vom 15. bis 17. Juli im Kloster Strahlfeld. Liebevoll vorbereitet von Norbert Rödl (Vorsitzender des GKS-Kreises München) und seiner Ehefrau Waltraud, geleitet von der Familie Bauer als Lektoren und Referenten sowohl wie auch als Kinderbetreuer (die junge Bauer-Generation), war es ein wundervolles Erlebnis für die Familien des GKS-Kreises.

Nach dem am Freitagabend von Herrn Bauer veranstalteten Bibel-

Quiz in guter alter Wim-Toelke-Tradition, bei dem sogar Pfarrer Grötzner nach eigenem Bekunden noch was dazu lernen konnte, wurde der Abend des ersten Tages gemütlich im Stüberl abgeschlossen.

Am Samstag ließ Frau Bauer uns anhand eines Landschaftsspaziergangs die Farben des Sommers entdecken. Das Foto (u.) zeigt die Erwachsenenengruppe, die manches Fundstück aus der Natur für eine anschließende Gestaltungsrunde einsammelte: unbekannte kreative Seiten konnte dabei jeder an sich entde-

cken! Nach einem freien Nachmittag klang der Samstag mit einem Abendgottesdienst und anschließendem Grillabend gemütlich aus.

Das Wochenende wurde am Sonntag nach der Hl. Messe mit einer Führung durch den Kräutergarten des Klosters durch Schwester Flavia, der „Kräuter-Spezialistin“, sowie einem Rück- und Ausblick abgeschlossen. Zufrieden machten sich die Teilnehmer nach dem wie immer schmackhaften Mittagessen auf den Heimweg.

(Norbert Rödl)



Fortsetzung von Seite 77

ausgegebene Marschverpflegung waren insgesamt ausgezeichnet. Seitens der deutschen Pilger wurde vorgeschlagen, hier in Zukunft durchaus „Abstriche“ zu machen und ein „pilgermäßigeres Niveau“ anzupeilen.

8. Kosten/Zuschuß der GKS

Mit den Eigenbeiträgen und dem bisher abgerufenen Zuschuss der GKS von 1.500 Euro konnten alle

wesentlichen Ausgaben vor Ort beglichen werden. Für noch nicht ganz überschaubare „Restkosten“ könnten eventuell noch etwa 500 Euro anfallen. Das wird sich in den nächsten Wochen klären.

9. Ausblick 2006

Die spanische Seite sieht der Wallfahrt 2006 – Köln/Aachen – Trier, Ende Juni/Anfang Juli 2006, – mit Freude entgegen.

Seitens einiger deutscher Pilger

wurde Mitarbeit bei der organisatorischen Vorbereitung – z.B. Erkundung einzelner Wegstrecken und Übernahme der Führung an den entsprechenden Tagen – angeboten.

Wir müssen sehen, daß das Vorhaben durch administrative Klärung der zu erwartenden Unterstützung als wichtigster Rahmenbedingung auf den Weg kommt. Erst dann kann mit der Detailarbeit begonnen werden. – Ein Vorschlag zu 2006 folgt in gesondertem Vorgang. □

Secretary General AMI - Breite Straße 25 - D-53111 Bonn

Tel. 00 49 / 228 / 63 87 62
Fax 00 49 / 228 / 63 87 63
Mobile 0049 / 171 / 58 26 433
e-mail: AMI.SECGEN@web.de
Juergen.Bringmann@web.de

AMI to ...

Apostolat Militaire International Information Magazine

1/2005

AMI General Assembly 2005 in VILNIUS / Lithuania

AMI Asamblea General 2005 en VILNIUS / Lituania

AMI Assemblée Générale 2005 à VILNIUS / Lituanie

AMI Generalversammlung 2005 in VILNIUS / Litauen

27 September - 2 October 2005

Invitation by the Secretary General

Carta del Secretario General

Einladung durch den Generalsekretär

Einladung durch den Militärgeneralvikar Litauen

Program - Programa - Programme - Programm

General information - Informaciones generales -

Information général - Allgemeine Informationen

Registration - Ficha de inscripción - Feuille d'inscription -

Anmeldeformular



Secretary General AMI - Breite Straße 25 - D-53111 Bonn

Tel. 00 49 / 228 / 63 87 62
Fax 00 49 / 228 / 63 87 63
Mobile 0049 / 171 / 58 26 433
e-mail: AMI.SECGEN@web.de
Juergen.Bringmann@web.de

30. Juni 2005

**An die
Katholischen Militärbischöfe**

**An die Mitglieder und Freunde des
Apostolat Militaire International (AMI)**

**Eminenz, Exzellenz, verehrter Herr Militärbischof,
meine Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des AMI,**

die diesjährige **Generalversammlung und Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI)** findet statt in **VILNIUS / Litauen, vom 27. September (Ankunft) bis 2. Oktober 2005 (Abreise).**

Die AMI Konferenz und Generalversammlung stehen unter folgendem Thema:

40 Jahre Apostolat Militaire International (AMI) - Unser Auftrag geht weiter

- **Wer sind wir?**
- **Was haben wir getan und erreicht?**
- **Was erwartet man von uns in der Zukunft (aus der Sicht des Heiligen Stuhls, der Militärseelsorge und aus der unserer Mitglieder)**
- **Herausforderungen und Chancen für AMI, Streitkräfte und Militärseelsorge**

Wenn möglich wollen wir am Ende der Konferenz eine AMI Position zu dieser Thematik beschließen und später veröffentlichen.

Das Programm der Konferenz und allgemeine Informationen sind dieser Ausgabe AMI to... 1/2005 beigelegt.

Ich lade Sie hiermit ein, bis zu vier Delegierte (und auch mehr Teilnehmer) Ihres Landes oder Ihrer Organisation zur AMI Konferenz 2005 zu entsenden. Wie bisher immer würden wir uns freuen, wenn Ehepartner teilnehmen.

Bitte senden Sie Ihre Anmeldung auf dem beigelegten Formblatt so bald wie möglich (nicht später als 15. August 2005) an den Militärgeneralvikar Litauens und an den Generalsekretär AMI - möglichst per Fax oder e-mail.

Eminenz, Excellenz, verehrter Herr Militärbischof, es würde den Mitgliedern des AMI eine Ehre sein, Sie persönlich bei der Konferenz zu begrüßen (wenn auch nur zeitweise) und/oder Ihren Generalvikar ebenso.

Die Förderung des Laienapostolats in den Streitkräften und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge auf allen Ebenen mit den engagierten Laien in den Streitkräften sind wichtige Ziele und Aufgaben des AMI und besonders dieser Konferenz.

Ich bitte alle Delegationen, Folgendes für die Konferenz vorzubereiten:

Ein Beitrag zum Konferenzthema, der aus der Sicht Ihres Landes die aktuelle Situation, die bestehenden Probleme und mögliche Lösungen darstellt (nicht mehr als 10 Minuten Redezeit, aber ggf. ausführlichere Darstellung im schriftlichen Bericht als Grundlage für Diskussionen und Protokoll).

Bitte bereiten Sie ebenfalls einen Tätigkeitsbericht über die Laienarbeit in Ihrer Organisation / Ihrem Land vor. Er wird in das Protokoll der Konferenz aufgenommen. Bitte halten Sie sich an folgende Gliederung:



1. Berichtszeitraum
2. Kurze Information über die derzeitige Gliederung der (Laien-)Organisation
3. Bis zu drei wichtige Aktivitäten im Berichtszeitraum
4. Bis zu drei wichtige geplante Aktivitäten im kommenden Jahr
5. Probleme, die innerhalb des AMI diskutiert werden sollten und für die AMI in irgend einer Weise Unterstützung geben könnte
6. Das Wichtigste: Was können wir tun, um unsere Laien-Aktivitäten in den Streitkräften zu verbessern? Wie können wir Rat und Unterstützung geben für die Laienarbeit in den so genannten Neuen Demokratischen Staaten und den Staaten der so genannten Dritten Welt - vergessen wir nicht, dass der Katholische Glaube in diesen Ländern anwächst, während er zurückgeht im „alten“ und immer älter werdenden Europa.

Dieser Austausch von Informationen ist besonders wichtig, um nationale Aktivitäten abzustimmen und neue Initiativen zu entwickeln. Alle Beiträge sollten auf Englisch vorbereitet werden; eine deutsche und spanische Version wären wünschenswert.

Die Konferenzsprache in Litauen wird Englisch sein; Übersetzung zu / von Deutsch und Russisch (sic) ist vorgesehen (zumindest bei Plenarsitzungen).

Ich hoffe, dass wir auch dieses Jahr 2005 in Litauen viele Delegationen der Mitgliedsländer und der befreundeten Länder des AMI begrüßen können, und auch aus Ländern, die bisher noch nicht bei uns vertreten sind. Ich informiere Sie hiermit offiziell, dass Ghana um die Vollmitgliedschaft im AMI ersucht hat; das Exekutivkomitee unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Während der Generalversammlung in VILNIUS stehen Wahlen an für die Präsidentschaft und das Generalsekretariat des AMI für die Periode 2006 - 2008. Alle Länder wurden in meinem Brief vom 10. Dezember 2004 um Bewerbung für einen dieser wichtigen Posten (Brief, Fax, e-mail an den Generalsekretär) gebeten. Da der Generalsekretär den Heiligen Stuhl um das Nihil OBSTAT für die Kandidaten vor Beginn der Generalversammlung zu bitten hat, ist auch die Nominierung eines Präsidenten bzw. Generalsekretärs notwendig. (Da der Geistliche Beirat Msgr. Werner Freistetter gerade seinen Posten von Msgr. Don Luis Martínez Fernández übernommen hat, wird es hier keine Neuwahl geben).

In diesem Zusammenhang will ich eines klar sagen: "Posten" sagt nicht ganz richtig aus, was von den Kandidaten oder Land erwartet wird; es geht um mehr: Pflichten übernehmen, persönliches Engagement, (eine Menge von) ehrenamtlicher Arbeit, die vielleicht einmal im Himmel vergolten wird.

Deshalb - für alle Länder mit einer Katholischen Militärseelsorge, die noch nicht Mitglieder im AMI sind - es wird Zeit, dass Sie sich dieser weltweiten Organisation Katholischer Soldaten anschließen. Und für einige unserer alten Mitglieder, zum Beispiel Frankreich, Italien, Kolumbien, Philippinen: Wir haben Sie einige Zeit vermisst - sicher aus schwer wiegenden Gründen. Aber wir brauchen Sie weiterhin.

In diesem Zusammenhang gebe ich Ihnen folgende Information (Stand Juni 2005):

- Deutschland hat sich - mit Zustimmung des Militärbischofs - um die AMI Präsidentschaft 2006 - 2008 beworben
- Kenia hat sich - mit Zustimmung des Militärbischofs - um die AMI Präsidentschaft 2006 - 2008 beworben
- Österreich hat sich - mit Zustimmung des Militärbischofs - um das AMI Generalsekretariat 2006 - 2008 beworben
- Bewerbungen anderer Länder für diese Posten sollten bis 1. September 2005 beim Generalsekretär AMI eingehen

Beste Grüße - Ihr im Herrn ergebener

Jürgen Bringmann
Oberst
AMI Secretary General



THE ORDINARIATE OF LITHUANIAN ARMED FORCES

Code 8873267, St. Ignoto g. 8/29, LT - 01120 Vilnius, Tel. (+370 5) 273 55 25,
Fax: (+370 5) 278 70 12, e-mail: ordinariat@pastas.kam.lt

May 9th, 2005

Excellency, Ladies and Gentlemen,

Let me express you deep respect and invite to AMI General Assembly and Conference, which will be held in Lithuania on 27 September – 2 October in Lithuania. This year is very special for AMI organisation, as it is celebrating 40th foundation anniversary. It is great honour for us to organise conference in our country on this very special occasion.

All together we will have an opportunity to discuss the works we had accomplished, the results we had reached and talk about challenges raised by today's situation and future perspectives.

Our nation went through a long way of challenges in its faith and statehood and now the main endeavour is creation of open democratic society. We can not forget Christian values and have to be equal partner with other states both in political and Armed Forces life. Every day our military chaplains service is taking part in wider activity, it is concerned not only in the spiritual life of our Armed Forces, but more and more secular people are being involved into this activity. Therefore the ideas discussed in this conference and experience shared will be a significant move and inspiration for our newly founded Armed Forces secular movement.

During this conference you also will have an opportunity to get acquainted with our country, its culture, traditions and historical heritage.

We hope and expect that time, which you will spend in our country will be valuable and beneficial, full of long lasting pleasant impressions.

Let me wish you Lords blessing for your works and ideas and express hope to meet you in the conference.

Col Juozas Gražulis
General Vicar
Chief Chaplain of the Armed Forces

AMI Generalversammlung und Konferenz VILNIUS/Litauen

27. September - 2. Oktober 2005

„40 Jahre AMI - Unser Auftrag geht weiter“



Sonntag, 25. September

Ankunft AMI Exekutivkomitee (ExeCom)

Montag, 26. September

Ganztägig AMI ExeCom Konferenz mit Arbeitsgruppe Litauen (Nemen'in)
- Vorbereitungen für die Konferenz

Dienstag, 27. September

1000 - 1700 Vorbereitungen ExeCom / AG Litauen Forts.

1200 - 1300 Mittagessen

1800 - 1900 Abendessen

Ganztägig Ankunft der Delegierten und Teilnehmer
- Verteilung von Konferenz Dokumenten und Zahlung von Gebühren (Konferenz und Jahresbeitrag)

Mittwoch, 28. September

0930 Eröffnungsgottesdienst (in Latein) (Nemen'in), Zelebrant: Mons. Eugenijus Bartulis, Mil. Bischof Litauen)

1045 - 1130 Eröffnung der Konferenz durch den Präsidenten AMI, BrigGen Miguel Alonso Baquer, Spanien
- Litauen: Rede des Verteidigungsministers
- Begrüßung durch Organisator Litauen, Col. Juozas Grazulis, Militärgeneralvikar

1200 - 1300 Vorstellung der Delegationen

1500 - 1800 Berichte
- Präsident
- Generalsekretär
- Geistlicher Beirat
- Diskussion

1900 Gala Abendessen zur Eröffnung

Donnerstag, 29. September

0730 Uhr Gottesdienst

0900 -1200 Vorträge zum Konferenz Thema „AMI: Blick zurück – Unser Auftrag geht weiter“

0900 - 0930 Präsident AMI: „AMI – Meine Vorstellungen für die Zukunft“

1000 - 1100 Hauptvortrag: Bischof Josef Clemens, Sekretär des Päpstl. Rates für die Laien „Wie beurteilt der Heilige Stuhl die Arbeit des AMI – Was erwarten wir vom AMI?“; anschl. Diskussion

1315 - 1845 Besuch von VILNIUS (Kultur, Geschichte, Religion)

Freitag, 30. September

0715 Gottesdienst

0900 - 1200 Besuch des Verteidigungsministeriums / Generalstab Litauen

1430 - 1515 Vortrag des Generalsekretärs AMI, Oberst Jürgen Bringmann, Germany „Was war, was ist AMI - Geschichte, Selbstverständnis, Zukunft“

1600 - 1830 Die zukünftigen Aufgaben des AMI
- Vorträge der Nationalen Delegationen
- Plenumsdiskussion
- Vorschläge für Abstimmungen oder Beschlüsse

Samstag, 01. Oktober

0730 Gottesdienst

0915 - 1000 Vortrag des Geistlichen Beirats AMI, Mons Dr. Werner Freistetter, Österreich „Die spirituelle Dimension eines Internationalen Militärappostolats“

1030 - 1130 Forum mit Militärbischöfen und -Geistlichen, geleitet durch MilBischof Litauen

1130 - 1230 Abstimmungen und Beschlüsse der Generalversammlung
- Wahlen: Präsident, Generalsekretär 2006 - 2008
- AMI: Perspektiven für die Zukunft / Aktivitäten
- Schlusswort des Präsidenten AMI, Gen Baquer

1345 - 1700 Kulturelles Programm in TRAKAI

1800 - 1900 Schlussgottesdienst und Übergabe der Verantwortlichkeiten (St. Ignatius Church, VILNIUS) (HE Nuncio at the Baltic States Archbishop Dr. Peter Stephan Zurbruggen)

1930 Gala Abendessen zum Abschluss (Nemenin)

Sonntag, 02. Oktober

0800 Uhr Gottesdienst – Reisesegen

Ganztägig Abreise der Delegationen

Jürgen BRINGMANN
Generalsekretär AMI

Militärsoziologie

Nina Leonhard, Ines-Jacqueline Werkner (Hg.): „Militärsoziologie – Eine Einführung. Lehrbuch.“
Verlag für Sozialwissenschaften,
Wiesbaden 2005, 359 S., geb.

Seit einigen Jahren wird im Rahmen des Studienganges Soziologie an der Universität Potsdam ein Studienschwerpunkt „Militärsoziologie“ angeboten. Durch eine Vereinbarung zwischen dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg und der Universität Potsdam wird das Lehrpersonal hierfür durch das SOWI gesichert. Mit der Buchveröffentlichung „Militärsoziologie – Eine Einführung“ liegt nunmehr ein Lehrbuch zu diesem Studienschwerpunkt vor.

Die Militärsoziologie befasst sich mit den Gebieten von „Militär und Gesellschaft“, „Militär aus Organisationsperspektive“, „Der Soldat im Militär“, „Methodologische Überlegungen im Bereich der Militärsoziologie“. Eine moderne, auf das Militär bezogene sozialwissenschaftliche Forschung mit interdisziplinären Fragestellungen kennen wir erst seit dem Ende des II. Weltkrieges. Gleichwohl haben sich die Politische Ideengeschichte und die Staatsphilosophie mit Themen von „Krieg und Frieden“ sowie „Militär und Gesellschaft“ seit der griechischen und römischen Antike auseinandergesetzt.

Ein Lehrbuch zum Thema Militärsoziologie und die Unterrichtung als Fach an einer Universität sind keine selbstverständlichen Vorgänge. Schon bei der Frage der Wiederbewaffnung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren traten große Vorbehalte in der westdeutschen Bevölkerung gegenüber einem deutschen Militär auf, die in gewisser Hinsicht sich durch die Studentenbewegung 1967/68 und die sich daraus entwickelte Friedensbewegung weiter verfestigten. Diese das Militär ablehnende Haltung spiegelt sich auch wieder in von Zeit zu Zeit aufkommenden Diskussionen um die Wehrpflicht in Deutschland.

Die vorliegende Publikation versteht sich als eine Art Lexikon, in der Erläuterungen zu zentralen Begriffen und Themen gegeben werden. Als Beispiele lassen sich hier „Auftrag und Aufgaben des Militärs im Wandel“, „Zivil-Militärische Beziehungen“, „Militärische Multinationalität“, „Militär und Tradition“, „Soldat: Beruf oder Berufung?“, „Kampfmoral und Einsatzmotivation“ oder „Cross-Cultural Research als neue Herausforderung für die Militärsoziologie“ nennen.

Für die Leser der Zeitschrift AUFTRAG dürfte von diesen verschiedenen Begriffs- und Themenbestimmungen das Stichwort „Soldat und Religion“ von besonderem Interesse sein. Die Sozialwissenschaftlerin Ines-Jacqueline Werkner versucht dabei, neben den evangelischen Religionsgemeinschaften auch die Sichtweise der katholischen Kirche zu berücksichtigen. Zu Recht weist Werkner darauf hin, dass eine religionssoziologische Wahrnehmung dem Thema „Soldat und Religion“ nicht gerecht wird, sondern auch etwa das heilsgeschichtliche Selbstverständnis der

katholischen Kirche zu berücksichtigen ist.

In ihrem Beitrag behandelt Werkner zwei Fragestellungen:

- Welche Bedeutung haben Religion und Militärseelsorge für den Soldaten heute und wie beeinflussen die gegenwärtigen Auslandseinsätze das Bedürfnis der Soldaten nach Religion und Religionsausübung?
- Wie stehen die christlichen Religionsgemeinschaften zu den gegenwärtigen, militärischen Einsätzen?

Aufgrund der Komplexität der beiden Fragestellungen können im Rahmen dieses Artikels lediglich zwei Punkte angeführt werden. So ergaben empirische, im Jahr 2002 veröffentlichte Forschungsergebnisse des SOWI durch Martin Bock unter anderem, dass die Akzeptanz der Militärseelsorge bei den Soldaten sehr hoch ist. Für die derzeitigen militärischen Auslandseinsätze sehen die evangelischen Religionsgemeinschaften und die katholische Kirche gegenwärtig eine moralische Notwendigkeit, sofern damit Beiträge für einen gerechten Frieden geleistet und Menschen in Not geholfen werden. (Andreas M. Rauch)

Soldatenfamilien

Gerhard Kümmel (Hrsg.): „Diener zweier Herren.“ Peter Lang Verlag, Pieterlen/Schweiz, 209 S., geb.

Die Bundeswehr befindet sich in einem Transformationsprozess, der Auslandseinsätze geradezu in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellt. Auslandseinsätze sind für Zeit- und Berufssoldaten schon seit einigen Jahren keine Ausnahmeerscheinung mehr, sondern inzwischen fester Bestandteil in ihrer militärischen Laufbahnplanung geworden. Schon für Soldaten in der Bundeswehr, wie sie bis Anfang der neunziger Jahre bestand, war die gesamte Bundesrepublik Einsatzgebiet. Der Dienst von Bundeswehrsoldaten an mehreren Standorten in der alten Bundesrepublik im Laufe eines militärischen Werdeganges stellte den Normalfall dar. Für die Familien von Bundeswehrsoldaten bedeutete dies, dass Ehen oftmals als Wochenendbeziehung geführt wurden. Vielfach zogen Soldatenfamilien auch innerhalb der Bundesrepublik mehrere Male im Verlaufe eines soldatischen Berufslebens um. Oftmals wechselten Kinder aus Soldatenfamilien in ihrer Schulzeit zwischen zwei und fünf Mal die Schule.

Mit den militärischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit Mitte der neunziger Jahre hat sich die Befindlichkeit von deutschen Soldatenfamilien zunächst verschlechtert und dann leicht verbessert. Anfänglich befanden sich Bundeswehrsoldaten sechs Monate im Auslandseinsatz und konnten in dieser Zeit nur für einige Urlaubstage bei ihrer Familie zu Hause sein. Nachdem sich in empirischen Untersuchungen herausstellte, dass nach vier Monaten die Motivation und die Einsatzbereitschaft von Soldaten im Auslandseinsatz drastisch sinken, wurden Auslandseinsätze der Bundeswehr 2005 in der Regel auf vier Monate verkürzt. Hinsichtlich der Situation von Soldaten-

familien stellt dies eine Verbesserung dar. Allerdings ist bei Bundeswehrsoldaten heute von mehreren Auslandseinsätzen im Laufe weniger Jahre und entsprechenden Abwesenheitszeiten von der Familie auszugehen, wie dies der Beitrag von Sabine Collmer zu den Mobilitätsanforderungen an Soldaten in der heutigen Zeit im vorliegenden Sammelband ausweist. Zudem gibt es Tendenzen, dass sich die Zeitabstände zwischen den Auslandseinsätzen von Bundeswehrsoldaten verringern. Der Aufsatz von Peter Dietrich und Dietmar Sturzbecher unterstreicht, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr zu einer Auflösung von Partnerbeziehungen beitragen können.

Der von Gerhard Kümmel herausgegebene Sammelband setzt sich in weiteren Aufsätzen allgemein mit dem Wandel der Familie auseinander, wobei Autor Hans Bertram zum Ergebnis kommt, dass die gewandelten Familienstrukturen nicht durchgängig negativ oder unter einem Verlust-Aspekt zu betrachten sind. In einem der Bundeswehr recht ähnlichen Bereich, der Polizei, wird deutlich, dass von einer reinen Berufsorientierung zugunsten einer Familienorientierung abgerückt wird. Anhand quantitativer Befragungen von Bundeswehr-Soldaten zu partnerschaftlichen und familiären Beziehungen im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr lassen sich allgemein vier Phasen des Umgangs mit dem Belastungsfaktor von Einsatz bedingten längerfristigen Trennungen erkennen. Autorin Maja Apelt verweist darauf, dass Kameradschaft helfen kann, die Einsatz- und Mobilitätsanforderungen von Soldaten im Auslandseinsatz zu verbessern. Nina Leonhard setzt sich mit dem Einfluss der Familie auf das Verhältnis zum Militär auseinander, wobei sie ihren Ausführungen Beispiele von in ihrer Interview-Familie tradierten Familiengeschichten über Krieg und Militär sowie den darin enthaltenen Werthaltungen zugrunde legt.

Peter Wendt unterstreicht in seinem Beitrag, dass flankierende Maßnahmen entwickelt und bereitgestellt werden müssen, um die Mobilitätsanforderungen aufgrund von Auslandseinsätzen der Bundeswehr partnerschaftlich zu gestalten. Wie dies gelingen kann, skizziert der Autor anhand der Vor- und Nachbereitung wie auch der Begleitung eines Auslandseinsatzes. Peter Wendt hat 2004 eine Studie „Fern-Beziehungen – ein Praxisleitfaden. Orientierungen für die Militärseelsorge. Seelsorgerliche Begleitung von Soldaten und deren Partnern bei Fern-Beziehungen“ (Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung) erstellt. In dieser Studie hat Wendt herausgefunden, dass funktionierende Kommunikation eine der Grundvoraussetzungen für die Stabilität von Partnerschaften ist, die durch Trennungen belastet sind. Peter Wendt ist Diplom-Theologe und Leiter des Projektes „Fern-Beziehungen“ am „Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft“ der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt in Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt (Anm. der Red.: s.a. AUFTRAG 257, S. 90).

Im Aufsatz von Ines-Jacqueline Werkner und Christine Barker mit dem Titel

„Der Militärpfarrer im Auslandseinsatz: Geistig-religiöser Beistand oder nur Sozialarbeiter? Zur Funktion von Religion in einer zunehmend säkularen Welt“ wird in einem deutsch-englischen Vergleich die Tätigkeit der Militärseelsorger im Auslandseinsatz untersucht. Die These dieses Beitrages lautet: Militärseelsorger sind gerade im Auslandseinsatz zu einem wichtigen Ansprechpartner der Soldaten für ihre Sorgen und Nöte außerhalb der militärisch-regulären Befehls- und Kommandowege geworden. Gerade weil die Militärseelsorger im Unterschied zum Psychologischen Dienst und zum Sozialdienst in den jeweiligen Streitkräften nicht in militärische Befehls- und Kommandostrukturen eingebunden sind, erfreuen sie sich einer großen Akzeptanz unter den Soldaten, auch wenn diese möglicherweise eher kirchenfern einzuordnen sind. Daraus folgt, dass sich den christlichen Kirchen hier Chancen eröffnen, das religiöse Element wieder deutlicher ins Spiel zu bringen. Die Intensität des originär religiösen Bedarfs an Militärseelsorge ist eng verknüpft mit der Art und dem Gefährdungsgrad des jeweiligen militärischen Einsatzes, ganz im Sinne des alten Spruches „Not lehrt Beten“. Die Autoren stellen fest, dass in der britischen Armee Soldaten eher mit dem Anliegen zu beten zum Militärpfarrer kommen. Dieses Manko sollte die deutsche Militärseelsorge – so Werkner und Barker – nicht dadurch kompensieren, sich aus Gründen der Legitimation oder Anerkennung in die Rolle eines Sozialarbeiters zu begeben.

(Andreas M. Rauch)

Christliche Soziallehre

Joachim Reber: „Das christliche Menschenbild“. St. Ulrich-Verlag, Augsburg 2005, kt., 128 Seiten.

Zufall oder von Gott geliebtes Geschöpf?

Gleichgültig, ob es um Kindererziehung, Sozialpolitik oder Ethik in der Medizin geht, selbst, wenn Literatur diskutiert oder ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wird: Das Bild vom Menschen bestimmt wesentlich viele alltägliche Entscheidungen. Eine fundierte Auseinandersetzung mit dem „Christlichen Menschenbild“, bietet der gleichnamige Band aus der Reihe „Fundamente“, der jetzt im Augsburger Sankt Ulrich Verlag erschienen. Der Theologe und Philosoph Joachim Reber diskutiert darin den Menschen als soziales Wesen, das seine Identität aus der Interaktion mit anderen gewinnt.

Jeder von uns kommt in seinem Leben immer wieder an Punkte, wo er die Frage nach sich selbst stellt. Was sind wir: Zufall oder von Gott geliebtes Geschöpf? Reber beantwortet die Frage nach der Bedeutung menschlichen Lebens aus christlicher Überzeugung. Von der Frage nach dem Sinn kommt er zu einer philosophischen Betrachtung der Würde und geistigen Freiheit des Menschen, die ihm von Gott geschenkt ist und ihn von allen anderen Geschöpfen unterscheidet. Er geht ein auf Bewusstsein und

Erkennen, Identitätsbildung und Empathie, Vernunft und Entscheidungsfreiheit.

Auf eine kurze Erörterung der Sünde als der bewussten Abkehr von Gott und der möglichen Erlösung folgen die zentralen Kapitel des Buches, in denen es um den Menschen als Beziehungswesen und seinen Gestaltungsauftrag geht. Reber betont die soziale Natur des Menschen, die sich nicht nur in der dialektischen Aufteilung der Geschlechter zeigt, sondern sich nicht zuletzt auch in der Fähigkeit zur sprachlichen Kommunikation und zur Gestaltung der Gesellschaft erweist. Er geht auf die Prinzipien der christlichen Sozialethik mit ihren drei grundlegenden Leitideen Personalität, Solidarität und Subsidiarität ebenso ein wie auf die Menschenrechte und ihre historische Umsetzung in individuelle Bürgerrechte.

Doch Begabungen, Freiheit und Würde sind nicht nur Geschenk. Vielmehr zeigt Reber, dass daraus Verpflichtungen erwachsen: die Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, die Pflicht, die menschliche Gesellschaft mit zu gestalten, die Pflicht, einander anzunehmen, mit liebenswerten Eigenschaften und Fehlern, Erfolg und Scheitern. Von einem christlichen Lebensentwurf über die Kontrollfunktion des Gewissens bis zum charakteristischen Existenzgefühl eines Christen, das ihm die Gewissheit gibt, dass die Seele über den Tod hinaus Bestand hat, entwickelt Reber eine Anthropologie auf dem Fundament christlicher Weltanschauung. Das Buch gibt Sinnsuchern ebenso Anhaltspunkte zur Orientierung wie gläubigen Christen, die sich ihres eigenen Standorts versichern wollen. Es bietet gerade für aktuelle Diskussionen in Wirtschaft und Politik klare Leitlinien und ist ein unverzichtbares Handbuch für jeden Christen, der sich qualifiziert an der gesellschaftspolitischen Diskussion beteiligen will.

Johannes Paul II. – Benedikt XVI.

Mathias Schiltz (Hrsg.): „Johannes Paul II. und Benedikt der XVI. – Kontinuität oder Wandel?“ St. Ulrich-Verlag, Augsburg 2005, 304 Seiten mit zahlr. Abb., Festeinband.

Ein großer Papst ist am 2. April von uns gegangen! Papst Johannes Paul II. hat uns alle geprägt durch seine tiefe Menschlichkeit und sein Charisma. Noch ganz präsent sind uns die ersten Bilder des neu gewählten Papstes: der erste Segen Benedikt XVI. auf dem Petersplatz nach seiner Wahl am 19. April und seine kurze Ansprache an die versammelten Menschen. Der „deutsche Papst“ betont mit jenen Worten seine Bewunderung für seinen Vorgänger, den „großen Papst Johannes Paul II.“.

Das vorliegende Buch „Johannes Paul II. und Benedikt der XVI. – Kontinuität oder Wandel?“ versucht dem großen Erbe Papst Johannes Paul II. nachzuspüren und im Übergang zu seinem Nachfolger, dem Theologen Joseph Ratzinger, den „roten Faden der Kirche“ aufzugreifen. Biographisches, Geschichtliches und Theologisches über Johannes Paul II. und über den neuen Papst

Benedikt XVI. kommt dabei in ansprechender und spannender Weise zur Sprache.

Im Anhang befindet sich eine chronologische und bibliografische Übersicht der beiden Päpste.

Zum Jahr der Eucharistie

Dr. Georg Bätzing (Hrsg.): „Bleib doch bei uns, Herr. Geistliche Impulse zum Verständnis der Eucharistie“. Paulinus Verlag, 2005, 56 Seiten mit Gedicht- und Bildimpulsen.

„Bleib doch bei uns, Herr!“, inspiriert von diesem letzten apostolischen Schreiben Papst Johannes Paul II. gehen die acht Autoren dieses Bandes dem Geheimnis der Heiligen Eucharistie nach.

Die geistlichen Impulse zum Jahr der Eucharistie, herausgegeben von Dr. Georg Bätzing, verstehen sich als Anregungen für Predigt und Glaubensgespräch, wie auch zur persönlichen Glaubensvertiefung. Im Jahr der Eucharistie leistet dieser Band einen wertvollen Beitrag, die Heilige Messe als Mitte des christlichen Gottesdienstes neu verstehen zu lernen. Kurz und präzise werden zentrale Aspekte dieses Sakramentes beleuchtet.

Wie die Eucharistie Kirche aufbaut und zum Projekt einer weltweiten Solidarität anstiftet, welcher Zusammenhang zwischen Eucharistie, Mission und christlicher Berufung besteht, rückt in diesem Buch ganz nah in unser Blickfeld.

DVD zum Weltjugendtag

„Köln – Heilige Stadt“. Ein Film von Gerhard von Richthofen und Karsten Knafla. Sprecher: Josef Tratnik. DVD (49 Minuten). Deutsch, Englisch, Spanisch. Köln: Emons Verlag 2005.

Auf dem Weg zur Domstadt: „Köln – Heilige Stadt“ ist der Titel des Films, der zum Weltjugendtag auf den Markt kommt. Das Stadtporträt erzählt mit vielen Menschen von heute und spannenden Legenden von früher, mit schönen Bildern und kleinen Geschichten, warum Köln eine katholische Metropole ist, wie eintausendsiebenhundert Jahre Leben im Glauben eine Stadt prägen, was Kirche und Karneval gemeinsam haben und wieso die kölsche Überheblichkeit nur Ausdruck unendlichen Gottvertrauens ist.

Viele Mitwirkende wie: Erzbischof Joachim Kardinal Meisner, Oberbürgermeister Fritz Schramma, die heiligen drei Könige und Schwester Reginata.

Die renommierten Kölner Filmemacher Gerhard von Richthofen und Karsten Knafla gehen mit dieser Produktion einen neuen Weg. Dieser Dokumentarfilm ist ohne Auftrag einer Fernsehanstalt und ohne Filmförderung entstanden und nur auf DVD erhältlich. Ein Film mit viel Information und noch mehr Gefühl, unterhaltsam und ansprechend aufbereitet.



UNO, EU und die Kirche

Neues Buch weist auf große Differenzen hin



Die christliche Auffassung der Menschenrechte wird in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der Europäischen Union immer mehr angefeindet. Dies ist die These, die das Anfang Juni im „Piemme“-Verlag erschienene Buch „Contro il Cristianismo: L'ONU e l'Unione Europea come nuova ideologia“ („Gegen das Christentum: Die UNO und die EU als neue Ideologie“) vertritt.

Eugenia Roccella und Lucetta Scaraffia, die beiden Autorinnen, weisen in ihrem Werk auf auffallende Änderungen in der Menschenrechtsdefinition hin. So enthalte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO aus dem Jahre 1948 beispielsweise keinerlei so genannter „reproduktive Rechte“. Einen Hauptgrund für das Aufkommen dieser neuartigen „Rechte“ sehen die Autorinnen im kulturellen Umbruch der 1960-er Jahre. Damals habe nicht nur eine „Kulturrevolution“ auf dem Gebiet der Sexualität stattgefunden, sondern auch hinsichtlich des Rechtsbegriffs, sagen sie.

Die Sexualität sei von der Fortpflanzung getrennt, die Idee von der Autonomie des Individuums verherrlicht und das menschliche Leben zu etwas bloß Biologischem degradiert worden, das man im Labor manipulieren könne. Die Menschheit habe sich in diesen Jahren auch darum bemüht, eine neue Utopie zu errichten, die auf der Befriedigung sexueller Begierden gegründet war. Diese utopische Sicht sei dann von internationalen Organisationen im Laufe der Jahre immer stärker den Ländern der Dritten Welt auferlegt, ja oft sogar aufgezwungen, indem man finanzielle Unterstützungen mit dem Programm der so genannten reproduktiven Rechte koppelte.

In dem neuen Buch wird erklärt, dass die internationalen Institutionen die katholische Kirche und einige andere Religionen und religiöse Organisationen als Gefahr für eine derartige Rechtsauffassung betrachten. Scharfe Kritik habe auch die Position der Kirche zu einigen Frauenfragen hervorgerufen. Gipfelpunkt dieser Entwicklung sei schließlich die Weigerung der EU gewesen, das christliche Erbe Europas in der Präambel der neuen Verfassung überhaupt anzuerkennen.

Die Autorinnen erklären, dass sich die katholische Sicht der Menschenrechte von anderen Auffassungen ganz wesentlich in ihren Grundlagen unterscheidet: Regierungen und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen würden ihren Rechtsbegriff auf Ideen der Aufklärungsdenkler des 18. Jahrhunderts und der amerikanischen und französischen Revolutionen gründen, die Kirche verbinde dagegen die Rechte mit dem Begriff der menschlichen Würde, die wiederum auf der Gottesebenbildlichkeit des Menschen beruhe. Im Denken der Kirche spiele auch der Begriff des „Naturrechts“ (oder des „natürlichen Sittengesetzes“) eine bedeutende Rolle, das mit der menschlichen Natur verbunden sei und deswegen nicht willkürlich umdefiniert werden könne.

Auch wenn die UNO-Erklärung von 1948 auf einer rein menschlichen Interpretation der Menschenrechte basiert, betrachtete die Kirche dieses Dokument doch sehr wohlwollend und habe in den Jahren danach viele diesbezügliche UN-Initiativen unterstützt.

Eine säkulare Religion

Neben den Divergenzen in der Sexualmoral und im Menschen-

rechtsverständnis verweisen die beiden Verfasserinnen noch auf eine weitere Konfliktquelle zwischen Kirche und Vereinten Nationen: In den letzten Jahren hätten Organisationen innerhalb und auch außerhalb der Vereinten Nationen versucht, eine Art Alternativreligion mit einem eigenen Verhaltenskodex zu entwickeln und zu etablieren.

Die Vereinten Nationen waren, so heißt es, an einer Anzahl von Initiativen beteiligt, die den Dialog zwischen den Religionen und den verschiedenen sittlichen Verhaltenskodices betrafen. Angelpunkt dieser Bemühungen sei eine Auffassung, die alle Religionen und Glaubensüberzeugungen auf ein und dieselbe Stufe stellt. Es sollen sogar Versuche unternommen worden sein, einen universellen Moralkodex zu formulieren, um die Zehn Gebote durch die Idee einer „Erdecharta“ zu ersetzen, in der Religion, Ökologie und Heidentum miteinander vermischt werden.

Die Mischung von New Age, ökologischen Bestrebungen und der Idealisierung des Toleranzprinzips als Leitfaden religiöser Praxis habe starke Kritik seitens der Kirche ausgelöst. Konkret wird im Buch der damalige Erzbischof Jean-Louis Tauran mit einer Aussage aus dem Jahr 2003 zitiert, einer Zeit, in der er für die auswärtigen Beziehungen des Heiligen Stuhls verantwortlich war. Er verurteilt, dass man die christlichen Werte manchmal deshalb ablehne, weil man meint, sie stünden im Gegensatz zum Prinzip der Toleranz. Und er weist darauf hin, dass jene Organisationen, die hinter dieser Kritik am Christentum stehen, in vielen Fällen von ideologischen und ökonomischen Interessen geleitet sind und ihre Vorstellungen den schwächeren Nationen aufnötigen.

Christenverfolgungen werden ignoriert

Die Europäische Union beteilige sich zwar nicht so sehr an der Propagierung einer neuen, allumfassenden Weltreligion oder eines universellen ethischen Verhaltenscodices, dafür sei sie aber von einer stark säkularistischen Orientierung beeinflusst, die den etablierten Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, feindlich gegenüber stehe.

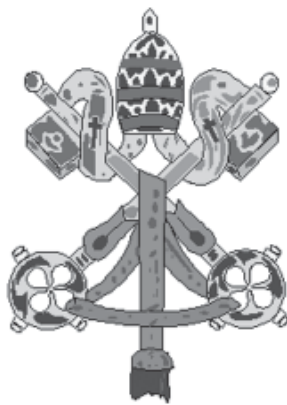
Roccella und Scaraffia weisen darauf hin, dass der Bericht der Menschenrechtskommission des Europäischen Parlaments für das Jahr 2003 Chinas Unterdrückung wie etwa der Falun Gong oder der Buddhisten sehr wohl verurteile, über die Christenverfolgung aber kein Wort verliere. Dementsprechend würden die islamischen Länder von der EU kritisiert, weil die Frauen nicht gebührend behandelt würden, über die schweren Einschränkungen christlicher Aktivitäten in vielen dieser Länder werde zugleich aber Stillschweigen bewahrt.

Scharfer EU-Kritik müsse sich auch Italien gefallen lassen, weil die italienische Verfassung auf die Bedeutung der katholischen Kirche Bezug nehme. Dabei seien die Garantien für eine vollkommene religiöse Freiheit in diesem Land reichlich vorhanden, schreiben die Autorinnen. Sie weisen auch darauf hin, dass der Bericht aus dem Jahr 2003 die Religion im Allgemeinen als den schlimmsten Feind der Menschenrechte und eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle.

In den letzten Jahren habe man in den EU-Dokumenten der Religion im Allgemeinen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Oft sei in ihnen die Tendenz festzustellen, alle Formen von Religion in einen Topf zu werfen und sie als fundamentalistisch und intolerant abzutun, weshalb sie mit einer modernen pluralistischen Gesellschaft unvereinbar wären.

Es sei auch genau dieselbe EU-Menschenrechtskommission gewesen, die die katholische Kirche wegen ihrer Weigerung, die „Ehe“ gleichgeschlechtlicher Paare anzuerkennen und ihre Adoption von Kindern zu befürworten, ausdrücklich kritisiert habe.

Die EU unterstütze sehr aktiv die verschiedenen Arten der Familien-



planung und finanziere diesbezügliche UN-Initiativen, aber auch Aktivitäten privater Organisationen, wie zum Beispiel der „International Planned Parenthood Foundation“ (IPPF), eine jener führenden Organisationen, die die Abtreibungspraxis in alle Teile der Welt bringen möchten.

Das Buch zeigt, auf welche Weise die Begeisterung für so genannte „reproduktive Rechte“ die EU dazu führt, die katholische Kirche als einen Feind der Frauen darzustellen. Und während EU-Dokumente in ihrer Kritik der Behandlung von Frauen in islamischen Ländern sehr behutsam vorgehen, werde bei Kirche und Papst selten mit Kritik gespart.

Zuschüsse für „Planned Parenthood“

Im ausführlichen Anhang des Buches, den Assuntina Morresi zusammengestellt hat, findet sich neben einer Chronologie der UN-Konferenzen und Dokumente auch eine Übersicht über die Aktivitäten von „Planned Parenthood“ und der Gründerin dieser Organisation, Margaret Sanger.

Demnach umfasst die internationale Organisation 148 nationale Gruppen und ist in 180 Ländern aktiv. Im Jahr 2003 verfügte sie über ein Einkommen von 87 Millionen Dollar. Sie unterhält enge Beziehungen sowohl zu den nationalen Regierungen als auch zu den Vereinten Nationen und zur Europäischen Union. In der Tat sollen 73 Prozent ihrer Geldmittel des Jahres 2003 aus Regierungsquellen stammen. Die nationalen Gruppen seien sogar noch finanzkräftiger, heißt es. Das Einkommen für die Jahre 2003 bis 2004 der „Planned Parenthood

Federation of America“, so das Buch, belief sich auf 810 Millionen Dollar, von denen 265,2 Millionen Dollar aus Regierungssubventionen kamen. Diese Zahlen scheinen zu zeigen, dass die Menschenrechtsauffassung, die „Planned Parenthood“ anbietet, für viele Regierungen attraktiver ist als die der Kirche. (ZENIT.org)

Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Jermier, Helmut P.

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/ Saudi-Arabien.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Plickert, Philip

Beitrag aus „Die Tagespost“ vom 19.07.2005

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität Bonn.

Voß, Dr. Reinhard

Generalsekretär der deutschen Sektion der internationalen Friedensbewegung pax christi.

Zutter, Albrecht / Elsigk, Richard

haben durch Veröffentlichungen und persönliche Initiativen dazu beigetragen, dass das Martyrium der im Artikel beschriebenen Pfarrer bis heute unvergessen ist.

Foto-/Grafiknachweis:

Archiv 8, BMVg 2, Dt. Bundestag 1, Elsigk 3, Häckl 1, Hartl 1, Internet 2, KAS 1, KMBA 5, Pinzka 1, PS 7, Rauch 1, Rödl 1, Roth 2, Sikorski 1, Zeitgut 1.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
Förderkreis der GKS (FGKS e.V.),
Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.